

# Chronik des Werra-Meißner-Kreises

anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Kreisgründung



## Inhaltsverzeichnis / Impressum

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>3.</b>	<b>Die territoriale Vorgeschichte der Region um Werra und Meißner</b>	<b>4</b>
3.1.	Von der Landvogtei an der Werra zum Distrikt Eschwege – Die Werra-Meißner-Region zwischen Spätmittelalter und Franzosenherrschaft	4
3.1.1.	Der hessisch-thüringische Erbfolgekrieg	4
3.1.2.	Die Städte und Ämter im Werraland	5
3.1.3.	Die Landvogtei an der Werra	5
3.1.4.	Die Landvogtei nach dem „Stern“-Krieg	5
3.1.5.	Landadel muss hessische Landeshoheit anerkennen	6
3.1.6.	Das Werraland im „Ökonomischen Staat“ und seine Verwaltungsorganisation	6
3.1.7.	Die Rotenburger Quart	7
3.1.8.	Teil des „Königreiches Westphalen“	7
<b>4.</b>	<b>Verwaltungsgeschichte der Kreise Eschwege und Witzenhausen 1821–1945</b>	<b>8</b>
4.1.	Die kurhessische Verwaltungsreform von 1821 und die Gründung der Landkreise Eschwege und Witzenhausen	8
4.1.1.	Von der Kreisgründung 1821 bis zur bürgerlichen Revolution 1848	8
4.1.2.	1848 und die Folgen: Demokratisches Zwischenspiel	10
4.1.3.	1851–1866	11
4.1.4.	Die Kreise Eschwege und Witzenhausen im Kaiserreich (1866–1918)	11
4.1.5.	Kreis Eschwege	12
4.1.6.	Kreis Witzenhausen	13
4.2.	Die Kreise Eschwege und Witzenhausen zur Zeit der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ 1918–1945	14
4.2.1.	Kreis Eschwege	14
4.2.2.	Kreis Witzenhausen	17
<b>5.</b>	<b>Von der Stunde „Null“ zur Gebietsreform</b>	<b>21</b>
5.1.	Wiedergeburt der Demokratie und Integration der Flüchtlinge	21
5.2.	Sorgenkinder Wirtschaftslage, Versorgung und Wohnungsnot	22
5.3.	Die Deutsche Teilung bringt die Region in eine Randlage	25
5.4.	Zonenrandförderung und „Großer Hessenplan“ sollen Lebensverhältnisse verbessern	26
<b>6.</b>	<b>Die ungeliebte Reform – von frühen Ehen und zurückgewiesenen Avancen</b>	<b>30</b>
6.1.	Freiwillig vor Zwang	30
6.2.	Gebietsreform in unserer Region	30
6.3.	Vom Werrakreis zum Werra-Meißner-Kreis	32
6.4.	Chronologisches	33
6.5.	Der steinige Weg zu einem Wappen für den neuen Kreis	35
<b>7.</b>	<b>Suchen und Finden – der Weg des Kreises bis zum November 1989</b>	<b>37</b>
7.1.	Schwere Geburt – holpriger Start	37
7.2.	Bürgernähe als oberstes Prinzip	39
7.3.	Investitionen in Gesundheit und Bildung	40
7.4.	Die schwierige Sache mit dem Müll	43
7.5.	Tschernobyl und Hochwasser	44
7.6.	Rettet den Meißner	46
7.7.	Team Landrat	48
<b>8.</b>	<b>Von der „Schnittstelle der Systeme“ in die Mitte Europas</b>	<b>50</b>
8.1.	Der Zaun bekommt Löcher	50
8.2.	Hilfe für die Nachbarn	51
8.3.	Verkehrslawine und geplatzte Träume	51
8.4.	Im Zeichen der deutschen Einheit	52
8.5.	Der Ruf nach neuen Verkehrswegen	53
8.6.	Dauerthema Autobahnbau	54
8.7.	Aus für Traditionsindustrien	55
<b>9.</b>	<b>Der Kreis im geeinten Deutschland – Chance und Herausforderung</b>	<b>56</b>
9.1.	Dieser Haushalt ist ein ganz magerer Hering	56
9.2.	Kräfte bündeln – Wirtschaftsförderung, Tourismusmarketing und Landwirtschaft	57
9.3.	Immer älter, immer weniger – den demografischen Wandel gestalten	63
9.4.	Sanierungsfall Krankenhäuser	65
9.5.	Einheit und Vielfalt	68
9.6.	Vom Amt zum Fachbereich – modernisierte Verwaltung	71
9.7.	Dinge, die (auch) bewegten	74
9.8.	Weichenstellungen für die Zukunft	76
<b>10.</b>	<b>Parteien und Politiker</b>	<b>78</b>
10.1.	Landräte seit der Gründung der Landkreise in Kurhessen im Jahr 1821	83
10.2.	Persönlichkeiten die für ihr Jahrzehnte andauerndes politisches Engagement mit der Ehrenplakette des Werra-Meißner-Kreises ausgezeichnet wurden	83
10.3.	Wahlergebnisse seit 1946	84
<b>11.</b>	<b>Die Autoren</b>	<b>85</b>
<b>12.</b>	<b>Bildnachweise</b>	<b>86</b>
<b>13.</b>	<b>Anmerkungen</b>	<b>86</b>

## 1. Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

40 Jahre ist es nun her, dass aus den Kreisen Eschwege und Witzzenhausen der Werra-Meißner-Kreis entstand. Auch wenn der neue Kreis zunächst von Vielen mit Argwohn betrachtet wurde, gibt es heute ein großes Zusammengehörigkeits- und Wir-Gefühl in unserem Kreis.

Mit dieser Chronik möchten wir den Blick auf die Geschichte unseres noch jungen Kreises werfen. Dabei betrachten wir bewusst auch die Zeit, die vor der Gründung des Werra-Meißner-Kreises liegt. Denn vieles, was unserer Region noch heute prägt, reicht viel, viel weiter zurück als die letzten 40 Jahre.

Nicht alles, was aus den letzten 40 Jahren erwähnenswert wäre, konnte in dieser Chronik aufgenommen werden und doch bietet sie ein lebendiges Bild unserer Region, deren Schicksal ja auch sehr eng mit der deutschen Geschichte, insbesondere der Deutschen Teilung, verflochten ist.

Ich lade Sie dazu ein, auf den kommenden Seiten vieles über das zu erfahren, was uns und unsere Vorfahren bewegt hat, welche Sorgen und Nöte sie hatten und welche Glücksmomente es gab.

Ich freue mich, dass diese Chronik durch die Unterstützung der Sparkasse Werra-Meißner möglich wurde und danke all jenen, die an der Erstellung beteiligt waren und dabei so manches Archiv durchstöberten, um bisher nicht Zusammengetragenes für die Nachwelt zu dokumentieren.

Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, wünsche ich viel Freude bei der Lektüre und freue mich, wenn Sie weiter dabei mitwirken, dass unsere Heimat eine gute Zukunft hat.

Ihr Stefan G. Reuß  
Landrat



## 2. Einleitung

Als vor vier Jahrzehnten die Diskussion um die Gebietsreform überall in Hessen entbrannt war und damals verschiedene Lösungsmöglichkeiten für Kreiszusammenlegungen ins Feld geführt wurden, gab es in unserem Raum nicht wenige, die sich gegen einen Zusammenschluss der Kreise Witzenhausen und Eschwege stellten. Viele „Witzenhäuser“ sprachen sich für eine Orientierung ihres Kreises nach Westen hin zum Landkreis Kassel aus; „Eschweger“ tendierten in ihren Optionen zumeist nach Norden, teilweise aber auch nach Süden zum Landkreis Rotenburg hin. Doch zum 01.01.1974 kam es zur Vereinigung der Landkreise Witzenhausen und Eschwege, dem vom Kreis Rotenburg noch die Stadt Sontra zugeschlagen wurde. Das 1974 entstandene

Gebilde an der unteren und mittleren Werra und am Osthang des Kaufunger Waldes mit dem administrativen Mittelpunkt Eschwege steht indessen in einer vielhundertjährigen weitgehend gemeinsam durchlebten historischen Tradition, die offenbar kaum allgemein bekannt ist. Der Zusammenschluss von 1974 darf vor diesem Hintergrund im Nachhinein in der Tat auch als historisch gerechtfertigt angesehen werden. Schon das Mittelalter begriff diesen Landstrich durchaus als zusammengehörige Region; er war Objekt konkurrierender landesherrlicher Politik, die diesen Kleinraum als Ganzes für den Ausbau der jeweiligen Machtsphären interessant machte.

## 3. Die territoriale Vorgeschichte der Region um Werra und Meißner

Autoren: Dr. Karl Kollmann / Dr. Herbert Reyer

### 3.1. Von der Landvogtei an der Werra zum Distrikt Eschwege – Die Werra-Meißner-Region zwischen Spätmittelalter und Franzosenherrschaft

#### 3.1.1. Der hessisch-thüringische Erbfolgekrieg

Der hessisch-thüringische Erbfolgekrieg zwischen 1247 und 1264 zeigt deutlich, welche Mächte Ansprüche auf das Werraland durchzusetzen suchten. Nachdem in Thüringen mit Heinrich Raspe, dem deutschen Gegenkönig, das ludowingische Landgrafenhaus erloschen war, stritten die wettinischen Markgrafen von Meißen, die welfischen Herzöge von Braunschweig-Lüneburg und die thüringische Landgrafentochter Sophie von Hessen für ihren Sohn Heinrich um das Erbe. Die Werrastädte gelangten kurzzeitig an Braunschweig, ehe schließlich das Werraland, d. h. seine Hauptorte, die ja von militärisch-strategischer Bedeutung waren, an Hessen kam. Für die junge aufstrebende Landgrafschaft Hessen lag im Werraland schließlich sogar die Grundlage ihrer späteren Erhebung zum Reichsfürstentum: Landgraf Heinrich von Hessen übertrug dem Reich im Jahre

1292 die Stadt Eschwege und erhielt daraufhin von König Adolf von Nassau die Reichsburg Boyneburg und auch Eschwege als unmittelbare Reichslehen. Als am Ende des hessisch-thüringischen Erbfolgekrieges die hessische Landgräfin Sophie und ihr Sohn Heinrich das Kind auf ihre Ansprüche auf Thüringen verzichteten, gelangten in ihren Besitz als Entschädigung jene „acht festen Plätze“ (castella) an der Werra, die den Grundstock für den Ausbau der hessischen Landesherrschaft in diesem Raum bildeten. Es handelte sich dabei um die Städte Witzenhausen, Allendorf und Eschwege und wahrscheinlich um den Fürstenstein bei Albungen, die (schon 1265 zerstörte) Westerbürg oberhalb Soodens, den Altenstein östlich von Allendorf (jetzt im Kreis Eichsfeld/Thüringen), Bischoffshausen, das heutige Bischhausen (nördlicher Stadtteil von Witzenhausen), und den Arnstein im Norden Witzenhausens. Umstritten ist in der Forschung, ob nicht anstelle des Fürstensteins, der vielleicht erst 1301 mit den bilsteinischen Besitzungen an Hessen fiel, die Stadt Sontra in dieser Aufzählung zu nennen ist. Noch aber war mit diesen im Jahre 1264 gewonnenen „Plätzen“ kein einheitliches, zusammen hängendes Territorium landgräflichen Besitzes im Werraland geschaffen. Der Raum war am Ende des 13. Jahrhunderts von einer Reihe kleinerer



adliger und geistlicher Herrschaften durchsetzt. Die Landgrafen bemühten sich seither kontinuierlich und mit wechselndem Erfolg, über all diesen Streubesitz ihre Landeshoheit durchzusetzen und zu behaupten.

### 3.1.2. Die Städte und Ämter im Werraland

Kristallisationspunkte der beginnenden Ausdehnung landgräflicher Herrschaft im Werraland waren die hier erworbenen neugegründeten Städte. Drei von ihnen besaßen übrigens schon, bevor sie der hessischen Landesherrschaft zugefallen waren, Stadtrechte: Witzenhausen erhielt 1225 Marktrecht und dürfte sich bis 1232/47 zur Stadt entwickelt haben, Allendorf wurde zwischen 1212 und 1218 zur Stadt, Eschwege mag zwischen 1236 und 1264 Stadt geworden sein. Lichtenau indes ist eine Stadtgründung des hessischen Landgrafen Heinrich I.; nach einem gescheiterten Versuch der Stadterhebung Walburgs ließ er kurz vor 1289 mehrere Dörfer zur Stadt Lichtenau zusammenlegen. Sontra erhielt 1368 von Landgraf Heinrich II. das Marktrecht, Waldkappel wurde um 1570 Stadt, Wanfried erst 1608, und Großalmerode schließlich, das aber bis 1817 gemeinsam mit Wickenrode noch zum Amt Kassel-Neustadt bzw. dem Gericht Kaufungen gehörte, also nicht eigentlich dem „Werraland“ zuzurechnen ist, wurde erst 1775 von Landgraf Friedrich II. zur Stadt erhoben. Seit der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert bildeten die Städte die Zentren der ersten hessischen Ämter des Werralandes als die kleinsten lokalen Verwaltungseinheiten der Landgrafschaft.

Keimzelle des Amtes Eschwege war am Ende des 13. Jahrhunderts ein eng begrenzter Gerichtsbezirk, die Zent Eschwege, die nur wenige Dörfer im engeren Umkreis der Stadt umfasste. Bereits 1301 konnte der Landgraf die recht beträchtlichen bilsteinischen Lehen erwerben. Der letzte Graf von Bilstein, Otto II., verkaufte ihm u. a. alle Lehen, die er zwischen Werra und dem Hainchen (Wald nahe Altmorschen) besaß (que habemus ab aqua Gwerra dicta usque ad silvam qui Hecheno appellatur). Als der Bilsteiner wenig später starb, gingen auch dessen Eigengüter an Hessen über. Damit war praktisch das gesamte Meißnervorland dem Amt Eschwege einverleibt worden.

1306 erhielt Hessen vom Landgrafen von Thüringen die Lehenhoheit über Wanfried und Frieda und damit die Möglichkeit der Bildung eines weiteren Amtes im Süden der Werralandschaft. Der Besitz um Wanfried, dem östlichen Vorposten Hessens, konnte 1365 durch Zukauf der später als „Wanfrieder Zentdörfer“ bezeichneten fünf v. Völkershausischen Dörfer Weißenborn, Rambach, Heldra, Helderbach (wüst bei Heldra) und Altenburschla erweitert werden, dürfte aber erst zu Beginn des 15. Jahrhunderts als Amt Wanfried organisiert gewesen sein, denn hier wird 1406 erstmals ein hessischer Amtmann zu Wanfried genannt.

Auch Sontra - vielleicht schon 1264 an Hessen gelangt - bildete den Ausgangspunkt eines hessischen Amtes. Im 13. Jahrhundert noch tritt der engere Bezirk der Stadt als adliges Gericht der Vögte von Sontra entgegen. Erst nach ihrem Aussterben in den dreißiger Jahren des 14. Jahrhunderts kann der Landgraf von Hessen hier endgültig Fuß fassen. Seit dieser Zeit ist mit einem Amt Sontra zu rechnen, ein Amtmann ist freilich frühestens im Jahre 1368 nachzuweisen. Von einem Amt Allendorf ist gegen Ende des 14. Jahrhunderts die Rede. Es wird 1379 erwähnt, scheint sich jedoch erst im 16. Jahrhundert als eigentliches Amt herausgebildet zu haben. Nur wenig früher (1361) treten die Ämter Witzenhausen und Bischhausen entgegen. Nach dem Bau der Burg Ludwigstein im Jahre 1415 wurde Hans von Dörnberg als erster Amtmann auf dem Ludwigstein eingesetzt

(1416), dem neuen Amt Ludwigstein das bisherige Amt Witzenhausen zugeordnet.

Ein Amt Reichenbach, als dessen Mittelpunkt zunächst die gleichnamige Burg nahe Hessisch Lichtenau erscheint, bestand schon vor 1318. Sein Amtmann wechselte um 1490 von der Burg nach Lichtenau über. Burg Reichenbach verfiel, das seitherige Amt Lichtenau umfasste nicht nur eine Anzahl umliegender Dorfgemeinden, sondern auch das um 1570 zur Stadt erhobene Waldkappel, dessen Stellung innerhalb des Amtes einen besonderen Charakter hatte und recht schwankend erscheint. 1746 wird schließlich ein eigenes Amt Waldkappel erwähnt, doch dürften auch weiterhin Abhängigkeiten gegenüber Lichtenau bestanden haben. Im Norden der Werralandschaft bildete sich nach dem Erwerb der Burg Ziegenberg gegen Anfang des 14. Jahrhunderts und einiger Dörfer des näheren Umkreises, die bald danach anfielen, ein kleineres landgräfliches Amt Ziegenberg. Es wird bereits vor 1379 bestanden haben. Später gelangte es nach mehrfachen Verpfändungen als Lehen an die v. Buttler und zählte schließlich als adliges Gericht Ziegenberg zum Amt Ludwigstein.

### 3.1.3. Die Landvogtei an der Werra

Die Landschaft an der Werra bildete schon seit Ende des 13. Jahrhunderts im Rahmen der gesamten Landgrafschaft Hessen einen zusammengehörigen Verwaltungsbereich. 1329 wird sie gleichberechtigt neben die beiden anderen Teile der Landgrafschaft, Ober- und Niederhessen, gestellt: In einem Bündnisvertrag dieses Jahres mit Mainz ist von drei Teilen Hessens, „obene und nidene und uf der Wirra“, die Rede. Entsprechend hatte die Landesherrschaft im Mittelalter, weil der direkten Herrschaftsausübung durch den Landgrafen allein wegen der Größe des Landes schon verwaltungstechnisch Grenzen gesetzt waren, drei mittlere Verwaltungsinstanzen oberhalb der Amtsorganisation geschaffen: So gab es „Landvögte“ an den drei Hauptströmen: an der Lahn in Marburg, an der Fulda in Kassel und an der Werra in Eschwege.

Als frühester Inhaber der Landvogtei an der Werra ist Hermann von Brandenfels wahrscheinlich zu machen, der 1292 als Vogt zu Eschwege entgegentritt und das Amt des Landvogtes bis 1305 innehatte. Bis 1385 hatten die Landvögte ihren Sitz in Eschwege; sie standen in der Regel gleichzeitig dem Amt Eschwege vor. Nicht ganz sicher ist dies für den 1332 bezeugten Amtmann Heinrich I. von Eisenbach, der 1333 als Führer der hessischen Truppen an der Werra in einer Fehde gegen die v. Treffurt erscheint und nicht nur Amtmann zu Allendorf war, sondern auch der von Eschwege gewesen sein soll. Hermann von Treffurt dagegen ist 1334 nicht nur Amtmann in Eschwege, sondern eindeutig auch als Landvogt bezeichnet (advocatus domini lantgravii terre Hasste).

### 3.1.4. Die Landvogtei nach dem „Sternen“-Krieg

Die harte und unnachgiebige Politik des seit 1367 regierenden Landgrafen Hermann II. markiert einen wichtigen Einschnitt in der hessischen Geschichte und insbesondere des Werralandes: Der um seine Selbständigkeit fürchtende hessische Adel lehnte sich angesichts des für ihn beängstigend zügig fortschreitenden Ausbaus der hessischen Territorialmacht und immer höherer Steuerforderungen gegen den Landgrafen auf. Die hessischen Städte, darunter Eschwege, Witzenhausen und Allendorf, denen hohe „Ungeld“-Zahlungen (Verbrauchssteuern) abverlangt wurden, verweigerten sich und stellten sich dem von Graf Gottfried von Ziegenhain geführten Ritterbund der „Sternen“, in dem der

aufbegehrende hessische Adel organisiert war, an die Seite. Außerdem verbündeten sich die Sterner mit Herzog Otto von Braunschweig, der vor allem die einst 1264 abgetretenen Werrastädte aus erbrechtlichen Gründen für sich beanspruchte. Aus den kriegerischen Auseinandersetzungen der siebziger Jahre des 14. Jahrhunderts ging Landgraf Hermann als glücklicher Sieger hervor. Die relative Selbständigkeit der Werrastädte wurde drastisch eingeschränkt, ihre städtischen Verfassungen wurden beseitigt. Nur Eschwege wehrte sich gegen die landesherrlichen Eingriffe und schlug sich auf die Seite des thüringischen Landgrafen Balthasar und damit einer erneuten, allerdings mächtigeren Koalition gegen den Landgrafen, die von Hermanns schärfstem Rivalen, dem Erzbischof von Mainz, zusammengebracht worden war. Auch Otto von Braunschweig zählte wieder zu den Gegnern. Von drei Seiten drangen die feindlichen Truppen 1385 in Hessen ein, das Werraland wurde von Thüringen besetzt. Eschwege, Sontra und Boyneburg huldigten bereitwillig dem thüringischen Landgrafen als ihrem neuen Landesherrn. Hermann gelang es indes, auf diese Orte eine Anwartschaft zu erwerben und erreichte für seinen Sohn Ludwig zunächst die Mitherrschaft; erst nach Ludwigs Heirat mit Anna von Thüringen 1434 erlangte Hessen die Landeshoheit über die drei Orte zurück. Die nach 1385 weiter zu Hessen gehörenden Teile der Landvogtei wurden dem Vogt auf dem Schloss Bilstein unterstellt, der in dieser Zeit beide Ämter wahrnahm. Nach 1418 begegnen die Landvögte an der Werra in Personalunion auch als Amtmänner in Eschwege und als Vögte zu Bilstein. Ihr Amtssitz ist das Eschweger Schloss. Nicht eindeutig ist, welche Ämter des Werralandes der Landvogtei zuzurechnen sind. Sicher gehörten im 14. Jahrhundert die Ämter Ziegenberg, Witzenhäuser/Bischhausen, Allendorf, Eschwege und Wanfried dazu. Die Aufgaben des Landvogtes lagen zum einen, wie sich in den Auseinandersetzungen am Ende des 14. Jahrhunderts gezeigt hat, auf militärischem Gebiet, zum anderen waren sie für Verwaltung und Rechtsprechung zuständig: Sie hatten die Rechtsprechung zu beaufsichtigen, eigene richterliche Tätigkeit ist nur in wenigen Fällen nachzuweisen. Außerdem überwachten sie die Amtsverwaltungen, achteten auf die Grenzen, sollten Korruption verhindern und allgemein das Land vor Schaden bewahren. Die Landvögte waren Vertrauensleute der Landgrafen und stiegen nicht selten zu den höchsten Ämtern im Lande auf.

Die beginnende Neuzeit lässt einen Wandel bei den mittelalterlichen Mittelinstanzen erkennen. Der Landvogt an der Werra beispielsweise verliert im 16. Jahrhundert weitgehend seine Funktionen. Zwar sollte er nach den Testamenten Landgraf Philipps in Salz- und Bergwerkssachen Bescheid wissen, doch hat er mit solchen Aufgaben nie etwas zu tun gehabt. Der Landvogt an der Werra war im 16. Jahrhundert zum reinen Titularbeamten abgesunken.

### 3.1.5. Landadel muss hessische Landeshoheit anerkennen

Wie zuvor schon erwähnt, war das unter hessischer Landesherrschaft stehende Gebiet zwischen Ziegenberg und Sontra keineswegs ein zusammenhängendes, einheitliches Territorium. Es war allenthalben von kleineren Adelsgerichten und geistlichen Besitzungen durchsetzt. Im Süden hatte zum Beispiel das Kloster Kaufungen größeren Besitz; dazu gehörte vor allem Herleshausen. Die Treusch-Buttlar hatten das Gericht Brandenfels inne. Der im 13./14. Jahrhundert bestehende Gerichtsbezirk des Klosters Germerode, über den die Landgrafen 1349 Vogtei und weltliches Gericht beanspruchten, kam mit der Reformation an das Gericht Bilstein. Auch Mainz und das Kloster Heydau hatten in unserem Raum Streubesitz. Über bedeutenden Besitz aber ver-

fügten die v. Boyneburg. Sie hatten Allodien, Gerichtsrechte und Lehen, die über den gesamten Bereich der Werrallandschaft verteilt waren. Wichtigste Besitzungen waren ihr freier Hof und Vorwerk Datterpeife und die Dörfer und Gerichte Reichensachsen, Oetmannshausen, Langenhain, Ober- und Niederdünz bach und Jestädt. Sie waren begütert u. a. in Schlierbach, Netra, Röhrda und Rittmannshausen. Weitere im südlichen Teil der Werrallandschaft begüterte Adelsfamilien waren die Herren v. Diede, die v. Eschwege und die v. Keudell. Im Norden treten im 14. Jahrhundert die Herren von Berlepsch als Lehensnehmer und Pfandinhaber der Landgrafen entgegen. Die Herren v. Bodenhausen begegnen im 14./15. Jahrhundert. Sie erhielten den Arnstein und u. a. Eichenberg von Landgraf Ludwig I. zu Lehen. Um Sooden-Allendorf hatten die v. Dörnberg Besitz, im Raum Lichtenau die v. Hundelshausen. Rückerode und Flasbach (heutige Flachs bachmühle) trugen die v. Berge zu Lehen. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle detaillierter auf alle diese ohnehin häufigen Veränderungen unterworfenen Besitzverhältnisse einzugehen.

Wesentlich erscheint die sich im 14./15. Jahrhundert abzeichnende Entwicklung die dazu führte, dass die Landgrafen in stetigem Ausbau ihrer Territorialmacht den hiesigen Landadel zur Lehensauftragung und damit zur Anerkennung der hessischen Landeshoheit zu zwingen vermochten.

Die ständigen Verpfändungen landesherrlicher Ämter oder einzelner Dörfer und Gerichte, ja selbst der gesamten Landvogtei an der Werra, als Ausdruck notorischer Finanzprobleme der Landgrafschaft, mögen dem Prozess der Entwicklung zum Territorialstaat hinderlich gewesen sein, sicherten aber anders als bei Lehen, dass die Rechtstitel jederzeit - sofern freilich das Geld zur Auslösung einer Pfandschaft überhaupt vorhanden war - rückrufbar waren. Gemessen an den anderen Landesteilen aber kamen solche Verpfändungen im Werraland relativ häufig vor, sicherlich auch ein Zeichen dafür, dass dieser Raum nicht gerade im Vordergrund landesherrlichen Interessen gestanden haben mag.

### 3.1.6. Das Werraland im „Ökonomischen Staat“ und seine Verwaltungsorganisation

Das Dorfbuch des Niederfürstentums Hessen im „Ökonomischen Staat“ Landgraf Wilhelms IV., dem von ihm als politisches Testament und Staatshandbuch 1585 hinterlassenen Werk, bietet uns einen umfassenden Überblick über die territorialen Verhältnisse am Ende des 16. Jahrhunderts. Es nennt nicht nur sämtliche Ämter und die ihnen zugerechneten Dörfer und Höfe, sondern liefert auch genaue Zahlen der hier im einzelnen wohnenden „Hausgesessenen“. Bezeichnenderweise sind die dem Adel zustehenden Gerichte jeweils einem landgräflichen Amt zugeordnet. Danach bestehen 1585 folgende Ämter im Werraland: Allendorf, Eschwege, Lichtenau, Ludwigstein, Sontra und Wanfried. Als kleinste Ämter erscheinen Wanfried mit 373 und Allendorf mit 793 Hausgesessenen. Die Adelsdörfer im Amt Allendorf gehören den v. Bischhausen, v. Hanstein und v. Dörnberg. Das bevölkerungsreichste Amt Eschwege (2.954 Hausgesessene) gliedert sich in die Gerichtsstühle Abterode und Germerode und das umfangreiche adlige Gericht Boyneburg. Außer den Boyneburgern sind hier u. a. noch die v. Diede, die v. Keudell, die v. Dörnberg und die v. Eschwege im Besitz von Dörfern. Eine schematische Aufteilung der Dörfer in verschiedene Leistungseinheiten, „Orte“, die aus zwei bzw. nur einem Dorf bestehen, bietet das Amt Lichtenau (insgesamt 870 Hausgesessene). Die hier verzeichneten Adelsdörfer stehen den v. Hundelshausen, den v. Meisenburg und den v. Ratzenberg zu.

Das Amt Ludwigstein besteht neben der Stadt Witzenhause aus nur acht Dorfgemeinden, nicht weniger als 21 Dörfer und 3 Höfe stehen dem Landadel zu. Sie gehören den v. Bischhausen, v. Berlepsch, v. Berge, v. Buttler und v. Bodenhausen. Insgesamt werden 1.323 Hausgesessene gezählt. Das Amt Sontra schließlich mit seinen 1.480 Hausgesessenen besteht aus den vier „Gerichtsstühlen“ Sontra, Ulfen, Rockensüß und Wommen. Hinzu tritt das adlige Gericht der Treuschen. Die außerdem aufgeführten Adelsdörfer sind im Besitz der v. Diede, der v. Baumbach, v. Hundelshausen, v. Treusch und v. Trott zu Solz. Die hier genannten Ämter der Werra- Meißner-Region umfassen 1585 demnach 7.793 Hausgesessene. Das dürfte etwa einer Zahl von insgesamt 34.000 Einwohnern entsprechen. Ungefähr 13.000 Einwohner sind davon Hintersassen des Adels.

Der „Ökonomische Staat“, der ansonsten eine umfassende statistische Übersicht über Besitz und Einkünfte der Landgrafschaft bietet, macht auch die Funktion der Amtsorganisation des hessischen Landesstaates deutlich: Die Ämter sind in erster Linie als Einrichtungen der landesherrlichen Finanzverwaltung zu verstehen: Die an ihrer Spitze als „landgräfliche Diener“ entgegertretenden adligen Amtmänner hatten in ihrem Amtsbereich den ihrem Landesherren zustehenden Anspruch auf Abgaben und Dienste durchzusetzen. Sie übten als persönliche Stellvertreter des Landgrafen dessen obrigkeitliche Gewalt aus. An der Seite des Amtmannes standen im 16. Jahrhundert in unterschiedlicher Anzahl bürgerliche Unterbeamte, sie erschienen als Rentmeister, Rentschreiber, Schultheißen und Vögte. Rentmeister und -schreiber waren die eigentlichen Finanzbeamten, Schultheißen und Vögte sowie Zentgrafen nahmen Aufgaben als Gerichtsvorsitzende wahr. Der voranschreitende Ausbau der Landesherrschaft führte zu einer wachsenden Aufgabendifferenzierung der Beamenschaft und zu einer zunehmenden Reglementierung der Bevölkerung bis in die Dorfgemeinden hinein, deren Organe seit dem Spätmittelalter in den Landesordnungen schließlich immer häufiger für die eigenen Belange eingespannt und am untersten Ende der landgräflichen Beamtenhierarchie gesehen werden. Amtsträger der Dorfgemeinden - an ihrer Spitze erscheint im Norden der Werralandschaft der „Grebe“, im Süden der (Dorf-)Schultheiß - werden ausschließlich von der Herrschaft oder dem Amtmann eingesetzt, die anfängliche Mitwirkung der Gemeindeglieder ist in der frühen Neuzeit kaum mehr erkennbar. Selbst das unterhalb dieser herrschaftlichen Dorfvorsteher anzusiedelnde, von der Genossenschaft her zuleitende Mehrmännerkollegium der „Vormünder“ oder (Gemeinde-)Vorsteher oder - wie es im Südosten um Wanfried herum bezeichnet wird - der „Heimbürger“ gerät unter den Einfluss der Landesherrschaft und wird für deren Zwecke vereinnahmt. Diese Entwicklung findet ihren vorläufigen Höhepunkt in der 1739 erlassenen hessischen „Gebenordnung“, durch die erstmals umfassend für die Landgrafschaft die Einführung einer einheitlichen Dorfverfassung versucht wird.

### 3.1.7. Die Rotenburger Quart

Seit dem 17. Jahrhundert bildet das Werratal das Kernstück eines kleinen souveränen (eingeschränkt souveränen) Fürstentums, der Rotenburger Quart. Mehr als zwei Jahrhunderte beherrschte das merkwürdige Nebeneinander von rotenburgischer Amtsbefugnis und Kasseler Oberhoheits- und Vorbehaltsrechten, die von „Reservaten-Kommissaren“

wahrgenommen wurden, das politische Bild unserer Region. Landgraf Moritz hatte sich 1627 bei seinem Rücktritt eine Ausstattung seiner Kinder aus zweiter Ehe ausbedungen, denen 1628 der vierte Teil des Landes, die „Quart“, überlassen werden musste; zu ihr zählen seither die Schlösser, Städte und Ämter Rotenburg, Sontra, Eschwege, Wanfried, Witzenhause, außerdem der hessische Anteil an Treffurt und der 1571 an Hessen gefallene ehemalige Herrschaftsbereich der v. Plesse mit Gleichen.

Als Hauptort der Quart und damit als Namensgeber erscheint Rotenburg. Nachdem das Haus Hessen-Rotenburg Mitte des 17. Jahrhunderts in den Besitz der Niedergrafschaft Katzenelnbogen gelangt war, verlor der ursprüngliche Bereich der Quart seine Bedeutung. Landgraf Ernst residierte auf Rheinfels, Rotenburg büßte zunächst seine Funktion als Residenzstadt ein. Die zeitweise Teilung des Ländchens unter seine Söhne Karl und Wilhelm führte zu einer Wiederbelebung Rotenburgs als Residenz durch Wilhelm, der hier freilich nicht ständig anwesend war, und zur Bildung einer Hofhaltung in Wanfried, wo sich Karl niederließ. Die Wanfrieder Linie erlosch jedoch schon 1755 ihr Anteil fiel damit wieder an Rotenburg zurück.

### 3.1.8. Teil des „Königreiches Westphalen“

Ein vorläufiges Ende der Rotenburger Quart tritt mit der französischen Besetzung im Jahre 1806 ein. Mit der Errichtung des Königreiches Westphalen 1807, an dessen Spitze Napoleon seinen Bruder Jérôme stellte, wurde die Verwaltung nach französischem Muster umgebildet: Jérôme, der in Kassel residierte, hob nicht nur die bis dahin weiterbestehende Patrimonialgerichtsbarkeit des Landadels auf, sondern trennte auch Justiz und Verwaltung, die bisher von ein und derselben Person, dem Amtmann, versehen worden waren. Neben der Verwirklichung dieser aus der Französischen Revolution herrührenden freiheitlichen Prinzipien wurde eine völlige Neuorganisation des Landes vorgenommen. Das Königreich zerfiel in Departements, die zumeist nach den wichtigen sie berührenden Flüssen benannt waren, diese waren in Distrikte, diese wiederum in Kantone gegliedert. Die Grenzen waren recht willkürlich gezogen und haben in den wenigsten Fällen auf die historischen Gegebenheiten Rücksicht genommen. Das Departement der Werra als südlichstes des Königreiches erstreckte sich von Marburg bis nach Eschwege, Hauptstadt war Marburg.

Die Werralandschaft, erweitert im Südwesten durch Landstriche um Spangenberg und Nentershausen, fand sich im Wesentlichen im Distrikt Eschwege wieder. Sämtliche Orte rechts der Werra gehörten zum Distrikt Heiligenstadt im Harzdepartement, der Raum um Großalmerode war Teil der Fuldadepartements. An der Spitze des Distriktes stand ein „Unterpräfekt“. Zum Eschweger Distrikt zählte übrigens auch das schmalkaldische Gebiet. 1813 bestanden im Distrikt Eschwege (ohne Schmalkalden) folgende Kantone: Aue, Reichensachsen, Netra, Bischhausen, Nentershausen, Spangenberg, Lichtenau, Witzenhause und Sooden.

Die Befreiungskriege setzten der Franzosenherrschaft 1813 ein Ende. 1814 wurden die hessischen Ämter wiederhergestellt, und auch die Rotenburger Quart lebte noch einmal für wenige Jahre auf, bis sie 1834 erlosch.

## 4. Verwaltungsgeschichte der Kreise Eschwege und Witzenhausen 1821–1945

Autor: Dr. Karl Kollmann

### 4.1. Die kurhessische Verwaltungsreform von 1821 und die Gründung der Landkreise Eschwege und Witzenhausen

#### 4.1.1. Von der Kreisgründung 1821 bis zur bürgerlichen Revolution 1848

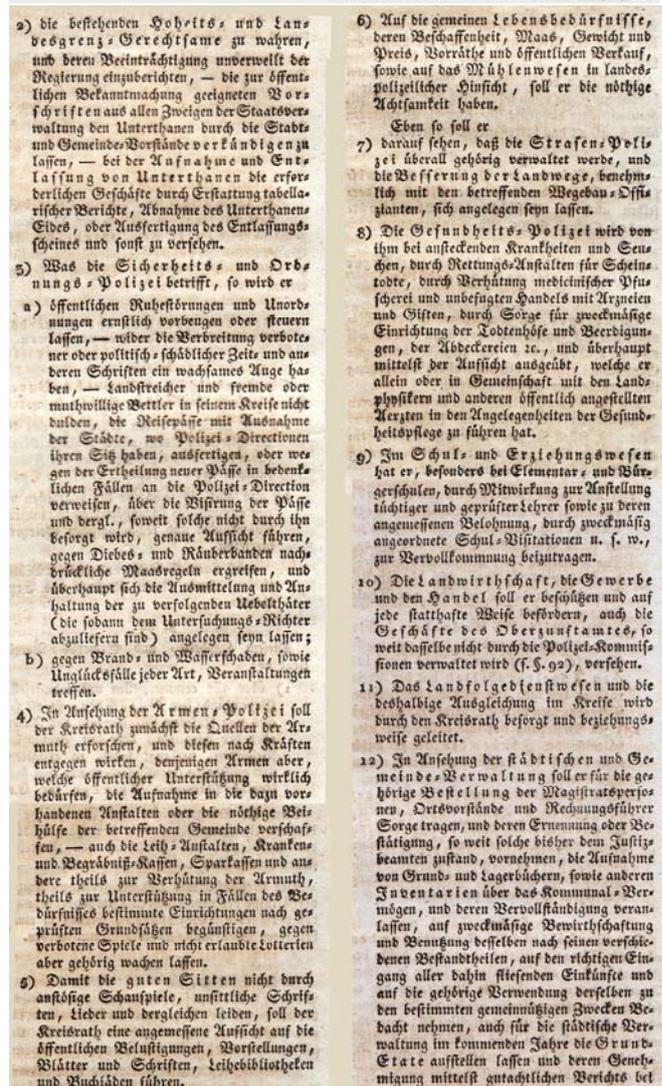
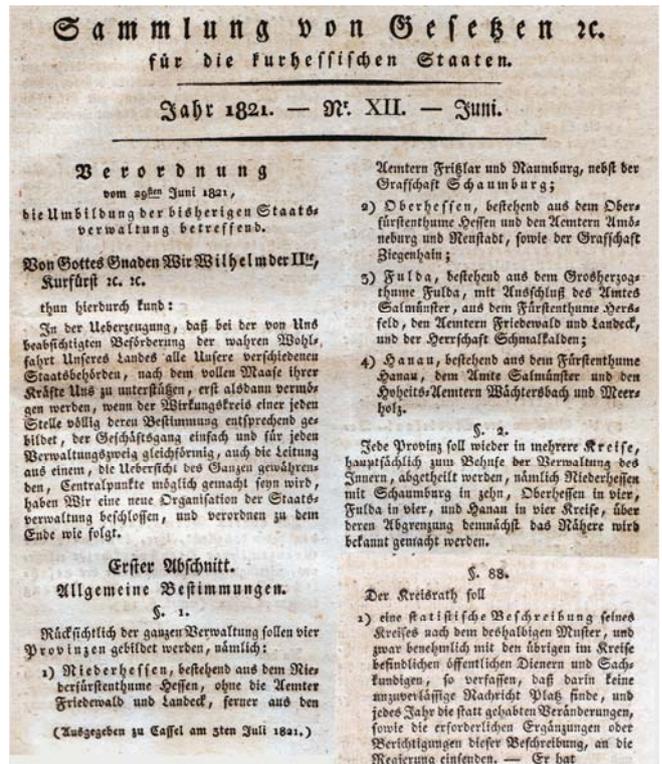
Kurfürst Wilhelm II. (1777–1848) hatte nach dem Tode seines Vaters Wilhelm I. (1742–1821) am 27. Februar die Herrschaft im Kurfürstentum Hessen übernommen und setzte sogleich eine Reorganisation des Militärs (wobei das Fallen des obligaten Haarzopfes ein markantes Detail darstellte) und eine neue Organisation der Staatsverwaltung im sogenannten Organisationsedikt vom 29. Juni 1821 um. An diesem Tag erließ er eine Verordnung, „die Umbildung der bisherigen Staatsverwaltung betreffend“.<sup>1</sup> In der Präambel heißt es:

„In der Ueberzeugung, daß bei der von Uns beabsichtigten Beförderung der wahren Wohlfahrt Unseres Landes alle Unsere verschiedenen Staatsbehörden, nach dem vollen Maasse ihrer Kräfte Uns zu unterstützen, erst als dann vermögen werden, wenn der Wirkungskreis einer jeden Stelle völlig deren Bestimmung entsprechend gebildet, der Geschäftsgang einfach und für jeden Verwaltungszweig gleichförmig, auch die Leitung aus einem, die Uebersicht des Ganzen gewährenden, Centralpunkte möglich gemacht seyn wird, haben Wir eine neue Organisation der Staatsverwaltung beschlossen, und verordnen zu dem Ende wie folgt.“

Es wurden vier Provinzen gebildet: Niederhessen nebst der Grafschaft Schaumburg, Oberhessen mit der Herrschaft Schmalkalden und Hanau. Die Provinz Niederhessen wurde in zehn Kreise neu eingeteilt. Eine Verordnung vom 30. August 1821 legte die neue Gebiets-Einteilung fest.<sup>2</sup> Von Bedeutung ist die zukünftige Trennung von Justiz und Verwaltung. Die Kreise waren in sogenannte Justizämter eingeteilt.

Der Kreis Witzenhausen wurde aus den Ämtern Witzenhausen und Großalmerode, der Stadt Witzenhausen mit dem Amt Ludwigstein sowie den Ämtern Lichtenau und Allendorf gebildet und zählte damals 25.057 Einwohner. Der Kreis Eschwege wurde aus dem bisherigen Kurfürstlichen Amt Eschwege, dem Fürstlich Rotenburgischen Amt Eschwege sowie aus den Ämtern Bischhausen, Bilstein, Germerode, Wanfried und Netra gebildet und zählte 34.551 Einwohner. Beide Kreise zusammen hatten somit 59.608 Einwohner. Im gesamten Kurfürstentum Hessen lebten damals 578.501 Menschen, davon 23.296 in der Residenzstadt Kassel.

Im Organisationsedikt vom 29. Juni 1821 wurde auch die Personalausstattung der neuen Behörden festgelegt. Wörtlich heißt es dazu: „Die Geschäfte der Verwaltung des Innern in jedem Kreise werden durch einen Kreisrath besorgt, welcher hauptsächlich der Regierung, zugleich aber auch den neben denselben fortbestehenden höheren Behörden des Innern untergeordnet ist. Ihm wird ein Sekretär, welcher nöthigenfalls dessen Stelle vertritt, nebst einem oder zwei Schreibern und einem Landbereiter, beigegeben, auch wird hinsichtlich der Militär-Angelegenheiten durch das General-Kriegs-Departement für die etwa weiter erforderliche Beihülfe gesorgt.“<sup>3</sup>



der Regierung zeitig anzuwirken, die Abdrücke der Rechnungen des verwichenen Jahres vorzubereiten und sodann an die Regierung zur Abführung einzuwenden, alle Rechnungen der Dorfs-Gemeinden aber selbst abhören und darüber für seinen Kreis jedes Jahr eine Uebersicht, die alle Rubriken der Einnahme und Ausgabe enthält, mit den nöthigen Bemerkungen, der Regierung zugehen lassen.

15) Die mit den Stiftungen und anderen im §. 59, Nr. 9, bezeichneten gemeinnützigen Anstalten sehen ebenfalls unter seiner allgemeinen Aufsicht und Leitung. Die Abhörnung ihrer Rechnungen geschieht durch ihn, es sey denn, daß die jährliche Einnahme in der Regel über 300 Thaler betrage (s. oben §. 59).

14) Die Militär's Anstalten, Einquartirungs- und Verpflegungs-, Marsch-, Vorposten-, und dergleichen Angelegenheiten hat der Kreisrath zu besorgen, so weit die desbaldigen Verordnungen diese Geschäfte ihm zuweisen.

13) In Beziehung auf die besondern Verhältnisse der Israeliten soll er dahin sehen, daß die desbaldigen Anordnungen nicht überschritten oder umgangen werden.

16) Alle übrigen vorkommenden Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung hat er ebenfalls, nach dem Maße seiner Kompetenz und den vorhandenen Bestimmungen für die demal mit jenen Geschäften beauftragten Beamten, durch Verichts-Erstattung oder eigene Verfügung zu besorgen.

§. 89.  
Das Verhältnisß des Kreisrathes zu den obern Finanz- Behörden wird dahin bestimmt, daß er alle Anträge derselben in solchen Angelegenheiten, wobei die Wohlfahrt der zu seinem Verwaltungs-kreise gehörigen Einwohner oder Anstalten wesentlich beteiligt ist, anzunehmen und zu vollziehen habe, so weit eine gütliche Erledigung nach den Grundsätzen der Billigkeit eintreten, oder bloß Anstufes gegeben werden soll.

VII. Kreis Wüthenhausen.	Einwohner.
a) Amt Wüthenhausen mit Großalmerode:	
1) Amt Wüthenhausen . . . . .	5,534
2) Amt Großalmerode (ohne Eichensfruth, Heisa und Dertausungen) . . . . .	3,324
Kurfürstl. Amt Wüthenhausen	8,858
Dieses Amt erhält auch in der Stadt Wüthenhausen und dem Amte Ludwigsheim diejenige Gerichtsbarkeit, welche bis jetzt dem Referenten-Kommissar in Wüthenhausen zufließt, sowie den Theil der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welcher von der bisherigen Regierung zu den Untergeordneten übergeht.	
b) Stadt Wüthenhausen und Amt Ludwigsheim, wie bisher . . . . .	5,108
c) Amt Eichenau, wie bisher . . . . .	6,492
d) Amt Alendorf (ohne Bergfreiheit Alterode) . . . . .	4,599
Kreis Wüthenhausen überhaupt	25,057

VIII. Kreis Eschwege.	Einwohner.
a) Kurfürstl. Amt Eschwege:	
1) aus dem Amte Alendorf: Bergfreiheit Alterode, nebst der Schmittshütte . . . . .	246
2) aus dem Oberichte Wilslein: Alungen, mit dem Schlosse und Vorwerk Fürstensein . . . . .	807
Frankershausen, mit der Mühle Wilsferode . . . . .	850
Widdanishausen, nebst herrschaftl. Güte Wipperode, mit der Brauermühle . . . . .	258
3) aus dem Amte Bischhausen: Langenhain, nebst herrschaftl. Werwerke Niederrünzbad . . . . .	260
. . . . .	400
. . . . .	361
Reichensachsen, nebst dem herrschaftl. Vorwerke und dem Hofe Weigsburg . . . . .	1,328
4) aus dem Amte Eschwege: Aue . . . . .	387
. . . . .	147
. . . . .	604
Wegenrode . . . . .	157
Neuerode . . . . .	247
Schwehda . . . . .	564
Wüthershausen, mit Hof Zwickelthal, Lehnhaus und der Dornmühle . . . . .	460
5) aus dem Amte Germerode: Schwälbenthal . . . . .	60
Kurfürstl. Amt Eschwege	6,845
Dieses Amt erhält auch in den fürstlich-rottenburgischen Ämtern Eschwege, Wilslein, Germerode und Wanfried diejenige Gerichtsbarkeit, welche bis jetzt dem Referenten-Kommissar in Eschwege und anderen kurfürstlichen Justizbeamten zufließt, sowie den Theil der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welcher von der bisherigen Regierung zu den Untergeordneten übergeht.	
b) Fürstl. Rotenburgisches Amt Eschwege, wie bisher . . . . .	6,008
c) Amt Bischhausen:	
1) Amt Bischhausen (ohne Langenhain, Aue, u. Hof-Danzbach u. Reichensachsen), mit der Stadt Walskappel . . . . .	3,935
2) aus dem Amte Spangenberg: Burgböfen, Gehau, Heierode, Deberode, Müttelstorf und Schennern) . . . . .	1,363
. . . . .	330
. . . . .	73
. . . . .	241
Amt Bischhausen	5,942
d) Amt Wilslein (ohne Alungen, Frankershausen, Widdanishausen und Wipperode) . . . . .	5,093
e) Amt Germerode (ohne Schwälbenthal) . . . . .	2,425
f) Amt Wanfried, wie bisher . . . . .	2,862
g) Amt Netra, wie bisher . . . . .	5,576
Kreis Eschwege überhaupt	34,551

Das Faksimile des Organisationsediktes vom 29. Juni 1821

Dem Kreisrat fiel eine Fülle von Aufgaben zu. Dazu gehörten: die Erstellung und Fortführung einer statistischen Beschreibung, die Wahrung der Hoheits- und Landesgrenzen, die Sicherheits- und Ordnungspolizei, die Armen- und Sittenpolizei, Straßenpolizei und Straßenbau, Gesundheitspolizei, Schul- und Erziehungswesen, Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, Lenkung und Beaufsichtigung der Gemeinde-Verwaltungen, Aufsicht über milde Stiftungen, Militärangelegenheiten wie Rekrutierung und Einquartierung, Überwachung der „besonderen Verhältnisse der Israeliten“ sowie „alle übrigen vorkommenden Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung“. Nach Erlass der kurhessischen Gemeindeordnung vom 23. Oktober 1834 reduzierte sich dies auf eine bloße Aufsicht über die neu geschaffenen gemeindlichen Organe der Selbstverwaltung. Dem Kreisrat standen zunächst nur ein Sekretär als Vertreter, zwei Schreiber und ein Kreisbereiter zur Seite, der sozusagen im Außendienst tätig war.

Die Kreisräte wurden nach Veröffentlichung am 29. September 1821 ernannt<sup>5</sup> und dürften ihren Dienst kurz darauf angetreten haben.

Erster Amtsinhaber in Eschwege wurde Friedrich Meisterlin (25.02.1780–29.06.1847), vorher Amtmann in Veckerhagen; er wechselte schon Anfang 1823 in derselben Funktion nach Hofgeismar, wurde Ende April 1824 zum Finanzkammerrat in Kassel ernannt<sup>6</sup> und stieg im September 1835 zum Direktor der Ober-Finanzkammer auf.<sup>7</sup> Die Ernennung des bishe-

rigen Amts-Aktuars Cranz aus Bischhausen zum Kreissekretär in Eschwege erfolgte am 14. November 1821.<sup>8</sup> Am 30. Januar 1822 erfolgte die Ernennung des bisher im 3. Linien-Infanterie-Regiment gestandenen Bataillonsschreibers Kehr zum Kreisbereiter.<sup>9</sup> Am 3. April 1822 wurde der Kandidat der Rechte Dirks zum Kreisamts-Praktikanten ernannt.<sup>10</sup> Am 24.09.1823 zeichnete in Vertretung der Kreissekretär Cranz.<sup>11</sup> Bei der Geburt von dessen Sohn am 09.03.1824 fungierte der Kammerrath Friedrich Meisterlin als Pate. Cranz wurde am 22. Mai 1824 zum Kreisrat in Homberg befördert.<sup>12</sup>

Meisterlins Nachfolger Kreisrat Johann Christian Schmitt starb am 02.09.1829 in Eschwege im Alter von 54 Jahren 9 Monaten und 2 Tagen. Seine neun Kinder drückten in einem Nachruf im Wochenblatt für die Provinz Niederhessen ihre tief empfundene Trauer aus, zumal der Tod der Mutter auch noch nicht lange zurücklag.<sup>13</sup>

Der Nachfolger Friedrich Gottlieb Rohde (14.12.1777–27.11.1863) trat sein Amt wohl schon 1829 an und hatte vorher das gleiche Amt in Melsungen inne; 1835 ging er in dieser Funktion nach Marburg bis zu seiner Pensionierung 1848.<sup>14</sup> Im Juni und Juli 1835 wurde der Landrat durch den Kreissekretär Renner vertreten. Dieser wurde Ende März 1837 nach Schmalkalden versetzt.<sup>15</sup> Erst nach einem Jahr, im April 1838, wurde die Stelle erneut ausgeschrieben<sup>16</sup> und am Jahresende mit Thomas Boch aus Hanau neu besetzt.<sup>17</sup>

Am 23.10.1834 wurde eine neue Gemeindeordnung für das Kurfürstentum verfasst, womit den Gemeinden mehr Selbstständigkeit zugestanden wurde. Die darin vorgeschriebenen Wahlen der Gemeindebehörden fanden meist erst 1835 statt. Mit Bezug auf die Rangordnung vom 26.11.1834 verordnete Kurprinz Friedrich Wilhelm Anfang Dezember 1834, dass die Kreisräte künftig die Bezeichnung „Landräthe“ führen sollten.<sup>18</sup>

Elard Wilhelm von Ende (07.03.1800 Netra – 19.09.1843 Eschwege) zeichnete am 22.07.1835 mit „v.A.“, erhielt seine Bestellung zum Landrat aber erst im November 1835.<sup>19</sup> Er war schon seit 1831 in Eschwege als Justizbeamter tätig gewesen und blieb Landrat bis zu seinem Tode im Jahr 1843. Er wohnte zunächst am Marktplatz, später Hinter denn Scheuern. Ab Ende 1842 war er bereits aus gesundheitlichen Gründen verhindert und wurde von Kreissekretär Boch vertreten.<sup>20</sup> Ende Juni 1843 ging der Kreissekretär Thomas Boch nach Hofgeismar und der dortige Kreissekretär Carl Wilhelm wechselte nach Eschwege, um die Aufgaben des erkrankten Landrats mit wahrzunehmen.<sup>21</sup> Nach dessen Tod übernahm er eine Zeit lang dessen Geschäfte; am 19.12.1843 zeichnete er z. B. für den Landrat verantwortlich.<sup>22</sup>

Der Bau-Eleve Carl Ruhl wurde Ende März 1841 zum Bau-Commissar für den Kreis Eschwege bestellt.<sup>23</sup> Am 15.05.1844 wurde der bisherige Landrat von Hofgeismar, Georg Philipp Giesler (geb. 22.05.1779 Melsungen), im Alter von 65 Jahren nach Eschwege versetzt.<sup>24</sup> Kreissekretär Rohde unterzeichnete die Verfügungen der Behörde aber noch am 05.06.1844, und spätestens ab August versah Giesler die Amtsgeschäfte. Er ließ sich im Februar, März und April 1845 durch Rohde vertreten. Mit Verfügung vom 15.03.1845 wurde Rohde zur Regierung in Kassel versetzt,<sup>25</sup> auf ihn folgte Anfang Mai Otto Süs, bisher Kreisamts-Praktikant in Rinteln.<sup>26</sup> In der Folgezeit vertrat er den Landrat sehr häufig, bis dieser am 15.05.1847 auf eigenes Ansuchen in den Ruhestand versetzt wurde.<sup>27</sup> Danach unterzeichnete Süs als „Kreisamts-Verweser“; er wurde Anfang 1849 zum zweiten Verwaltungsbeamten in Kassel befördert.

Mit Beginn des Jahres 1848 wurde der bisherige Regierungssekretär Carl August Friedrich Groß (19.10.1812 Zierenberg – 03.02.1892 Eschwege) zum Landrat des Kreises Eschwege bestellt.<sup>28</sup>

In Witzenhausen beginnt die Reihe mit Wilhelm Karl Philipp Bockwitz (12.11.1784–23.09.1857). Er war vorher Amtmann in Volkmarsen gewesen, verließ Witzenhausen 1832 und war später Landrat und Regierungsrat in Kassel. Mit Verfügung vom 1. Dezember 1821 wurde der bisherige freiwillige Jäger Johann Ludwig Merrem von Hanau zum Kreissekretär in Witzenhausen ernannt.<sup>29</sup> Am 30. Januar 1822 erfolgte die Ernennung des bisherigen Landbereiters Salzmann zu Großalmerode zum Kreisbereiter.<sup>30</sup>

Am 23. Februar 1822 wurde Kreisrat Bockwitz erstmals wegen der anstehenden Militäraushebungen mit einer amtlichen Bekanntmachung tätig.<sup>31</sup> Am 7. April 1822 rief er die nicht erschienenen Militärpflichtigen zur Meldung auf, und am folgenden Tag gab er den Fund einer weiblichen Leiche in der Werra bei Kleinvach bekannt.<sup>32</sup> Anfang Mai 1832 wurde Bockwitz die Stelle des Kreisrats in Kassel übertragen.<sup>33</sup>

Auf ihn folgte Karl Michael Heuser (08.06.1788 Niederaula – 17.06.1846 Witzenhausen), der zuvor Kreisrat in Wolfhagen gewesen war. Der Kreissekretär Ferdinand König wurde Ende März 1845 von Witzenhausen nach Kassel versetzt.<sup>34</sup> Auf ihn folgte Anfang Juni Ludwig Carl von Oeynhaus aus Hünfeld,<sup>35</sup> der bis auf weiteres die Stelle vertrat. Im November 1847 wurde er als Assessor zur Regierung in Kassel versetzt.<sup>36</sup>

#### 4.1.2. 1848 und die Folgen: Demokratisches Zwischenspiel

Im Zusammenhang mit der Märzrevolution 1848 wurde auch die kurhessische Verwaltung umgestaltet. Durch Gesetz vom 31.10.1848 und Verfügung vom 22.12.1848 trat an die Stelle des Kreisamts ein Verwaltungsamt. Die Verwaltungsämter Eschwege und Witzenhausen bildeten nun einen Verwaltungsbezirk mit dem Sitz in Eschwege. Die Neuordnung wurde schon nach zweieinhalb Jahren per Verordnung vom 07.07.1851 revidiert. Das Kreisamt wurde als Landratsamt wiederhergestellt und übernahm die Aufgaben des Kreisamts und der Polizeikommissionen. Die Veränderungen schlugen sich auch in der Stellenbesetzung nieder. Zum Referenten des Bezirks Eschwege wurde Anfang 1849 der Regierungsrat Adrian von Specht ernannt.<sup>37</sup> Kurz darauf folgten die Ernennungen von Bickell zum Repositar und Probator sowie zu Kanzlisten die bisherigen Regierungskanzlisten Simon aus Fulda und Ital aus Kassel.<sup>38</sup> Landrat Groß wurde Anfang 1849 zum ersten, der Kreisamts-Praktikant Ignatz Wilhelm Stöhr aus Fulda zum zweiten Verwaltungsbeamten bestellt.<sup>39</sup>

Laut Ausschreiben des Innenministeriums vom 29. Januar 1849 wurden die Verwaltungsämter unter „thunlichstem Anschluss an die seitherige Kreiseintheilung“ gebildet. Das Verwaltungsamt Eschwege umfasste die Ämter Eschwege I und II, Abterode, Bischhausen, Netra und Wanfried; zum Verwaltungsamt Witzenhausen zählten die Ämter Witzenhausen, Allendorf, Großalmerode und Lichtenau. Beide bildeten zusammen den Bezirk Eschwege.<sup>40</sup> Der Bezirksrat für den oberen Verwaltungsbezirk Eschwege wählte am 9. Februar 1849 zu Mitgliedern des Bezirks-Ausschusses: Amtmann Wilke zu Netra, Gutsbesitzer Pfeiffer zu Ermschwerd, Fabrikant Mangold zu Witzenhausen, Advokat Block zu Allendorf, Gutsbesitzer Euler zu Bischhausen und

Fabrikant Gottlieb zu Waldkappel.<sup>41</sup> Der aus sechs Mitgliedern bestehende Bezirksrat war beratend für den Landrat tätig und bestand bis zu Beginn der Preußischen Zeit 1867. Ab 7. April 1849 erschien an jedem Sonnabend für den oberen Verwaltungsbezirk Eschwege an Stelle des Wochenblattes für die Provinz Niederhessen als offizielles Blatt das „Wochenblatt für den Verwaltungs-Bezirk Eschwege“, unter Aufsicht und Leitung des Bezirks-Vorstandes.<sup>42</sup> Die Bekanntmachungen wurden vom Bezirksdirektor Otto Heinrich Julius Leopold Volmar unterzeichnet, nicht mehr vom Landrat.

In der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar 1849 wurde in das Kreisamt in Eschwege eingebrochen und der „kreisamtliche Depositenkasten“, der stark mit Eisen und Schlössern bewehrt war, samt seinem Inhalt von 113 Thalern 22 Silbergroschen und 1 Heller gestohlen.<sup>43</sup>

Landrat Carl Wilhelm Bickell (18.12.1796–30.11.1864) wurde am 15.03.1848 zum Landrat in Witzenhausen berufen, nachdem er vorher Kreissekretär in Marburg gewesen war. Zur selben Zeit kam Eduard von Baumbach, vorher in Melungen, als Kreissekretär nach Witzenhausen.<sup>44</sup> Als „Dienstfahrzeug“ diente dem Landrat offenbar zwei Pferde; im Juni 1851 wollte er zwei alte verkaufen und zwei neue anschaffen.<sup>45</sup>

Für das Kurfürstliche Verwaltungsamt unterzeichnet am 07./09.05.1849 v. Bischoffshausen.

Im Zuge der Verwaltungsreform 1848 wurden Anfang 1849 der Landrat Carl Wilhelm Bickell als Landrat zum ersten und der Kreissekretär Eduard von Baumbach zum zweiten Verwaltungsbeamten bestellt.<sup>46</sup> Ende 1849 wurde für den oberen Verwaltungsbezirk Eschwege eine Spar- und Vorschusskasse gegründet, deren Wirksamkeit mit dem 1. Januar 1850 beginnen sollte.<sup>47</sup>

Nach Auflösung der Ständeversammlung im August 1850 verhängte Kurfürst Friedrich Wilhelm am 07.09.1850 den Kriegszustand über das Kurfürstentum Hessen, um den drohenden „anarchischen Zuständen“ zu begegnen, die nicht zuletzt durch „die fort und fort sich steigernde verbrecherische Frechheit der Tagespresse“ geschürt würden. Dies führte auch in unserer Region zu Veränderungen. Der Eschweger Bezirksdirektor Volmar wurde im Oktober 1850 zum Geheimen Rath und Vorstand des Finanzministeriums ernannt; letztere Aufgabe gab zur selben Zeit der Staatsminister Hassenpflug wieder ab.<sup>48</sup> Für den Bezirksvorstand unterschrieb nun von Specht. Um Ruhe und Ordnung in seinem Lande sicher zu stellen, rief der Kurfürst am 28.10.1850 Bundestruppen zu Hilfe. Am 04.11.1850 tagte der Bezirksrat des oberen Verwaltungsbezirks Eschwege mit einer langen Tagesordnung, die keinen Einfluss der aktuellen Ereignisse erkennen lässt.<sup>49</sup> Zum Jahresende sah sich der „Civil-Commissar des deutschen Bundes für die kurhessischen Angelegenheiten“, von Leiningen, veranlasst, den Eschweger Bezirksdirektor von Specht darauf hinzuweisen, welche Zeitungen inzwischen verboten waren; angeblich war deren Verbreitung im Raum Eschwege „nicht vollständig gehindert worden“.<sup>50</sup>

Im April 1851 wurde der Erste Verwaltungsbeamte Carl August Friedrich Groß nach Rotenburg versetzt, während seine Stelle der Erste Verwaltungsbeamte Otto Klingelhöfer, bisher in Ziegenhain, einnahm.<sup>51</sup> Am 01.08.1851 machte die jüdische Gemeinde Eschwege bekannt, dass das Gemeindegeld in der Berggasse ab 01.10. „durch das Eingehen der

Bezirksdirectionen“ wieder zur Verfügung stehe; offenbar war es von der Bezirksverwaltung angemietet worden.<sup>52</sup>

Auf Beschluss des Innenministeriums vom 13.09.1851 wurden die Bezirkswochenblätter wieder durch Provinzial-Wochenblätter ersetzt, welche mit dem 20.09.1851 ihren Anfang nahmen. Es erschienen ab nun jeweils ein Wochenblatt für die Landkreise Eschwege und Witzenhausen. Gleichzeitig wurde der Regierungsrat und bisherige Vorsitzende des Bezirksrates Jacob Wilhelm Adrian von Specht zum Landrat in Eschwege ernannt.<sup>53</sup> Landrat Carl Wilhelm Bickell wurde von Witzenhausen nach Wolfhagen versetzt; an seine Stelle trat der Regierungs-Assessor Ludwig Carl von Oeynhaus aus Hanau, der 1845–47 hier schon als Kreissekretär tätig gewesen war.

4.1.3. 1851–1866

Damit waren die beiden Landkreise wieder verwaltungsmäßig getrennt. Die Bezirksräte bestanden weiter, nun aber auf beide Kreise verteilt; für den Kreis Eschwege wurden im November 1851 neue Mitglieder gewählt.<sup>54</sup> Im April 1852 wurde die Stelle des Kreissekretärs in Witzenhausen mit Wilhelm von Bischoffshausen zunächst provisorisch besetzt.<sup>55</sup>

Im Februar 1853 wurde der Eschweger Landrat von Specht zum Regierungs-Commissar für die Grafschaft Schaumburg ernannt,<sup>56</sup> im März jedoch schon zum Brunnenndirektor in Bad Nenndorf berufen. Die Vertretung übernahm zunächst Kreissekretär Nordmann, bis im November 1853 der Regierungsrat Carl Friedrich von Stiernberg (22.07.1806 Hanau - 07.09.1891 Kassel) zum Landrat für den Kreis Eschwege bestimmt wurde.<sup>57</sup> Im Herbst 1854 wurden die Bezirksräte auf drei Jahre neu gewählt, und zwar getrennt für beide Kreise. Im Mai 1855 wurden für die bevorstehende Landtagswahl Kommissare für die Bezirke festgelegt, wobei für die Kreise Eschwege und Witzenhausen gemeinsam der Eschweger Landrat v. Stiernberg zuständig war.<sup>58</sup>

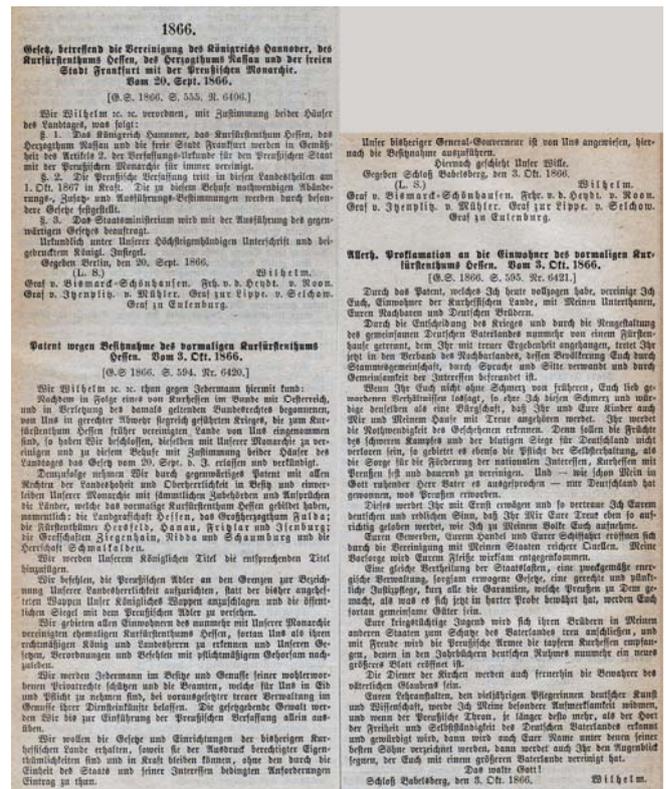
Im Juni 1855 wurde der Regierungs-Assessor Eduard von Göddaeus aus Kassel zum Landrat für den Kreis Witzenhausen bestellt.<sup>59</sup> Im März 1856 wurde er zum Legationsrat und vortragenden Rat im Ministerium des Kurfürstlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ernannt.<sup>60</sup> Zu seinem Nachfolger wurde im Mai der Regierungsrat Adam Heinrich Wilhelm Uloth (geb. 01.03.1804), von 1846–50 Oberbürgermeister in Marburg und danach Landrat in Kirchhain, bestimmt, nachdem er bereits seit Jahresanfang 1856 hier tätig war; er erhielt ein Jahresgehalt von 1.100 Reichstälern.<sup>61</sup>

Ende August 1856 wurde der Justizbeamte Henkel in Bischhausen zum Stellvertreter des Landrats in Eschwege für den Amtsbezirk Bischhausen „in Noth- und Eilfällen“ bestellt.<sup>62</sup> Der Witzenhäuser Kreissekretär Wilhelm v. Bischoffshausen ging Ende November 1856 nach Rotenburg; für ihn kam der bisherige Praktikant Richard Wilhelm Philipp Schulz aus Fulda.<sup>63</sup> Zum Jahresende 1856 wurde der Justizbeamte Hoefle zu Netra zum Stellvertreter des Landrats in Not- und Eilfällen für das Justizamt Netra bestellt.<sup>64</sup>

4.1.4. Die Kreise Eschwege und Witzenhausen im Kaiserreich (1866–1918)

Nach dem Anschluss Kurhessens an Preußen wurde aus dem bisherigen Bezirksrat der Kreistag, zu dem Vertreter der Städte und Gemeinden, der Stände und Großgrundbesitzer gehörten. Er konnte über Finanzen, Baumaßnahmen und Mitwirkung bei der Kommunalaufsicht Beschlüsse fas-

sen. Die Kreisverfassung im Gebiet des Regierungsbezirks Kassel wurde per Verordnung vom 09.09.1867 festgelegt.<sup>65</sup> Jeder Kreis bildete einen kreisständischen Verband, deren Organ die Kreisstände darstellten. Die Kreisstände versammelten sich auf Kreistagen und waren berufen, die Funktionen der bisherigen Bezirksräte im ehemaligen Kurfürstentum Hessen auszuüben, vor allem im Hinblick auf die Mitaufsicht über die Kommunalverwaltung der einzelnen Gemeinden. Die Kreisversammlung wurde gebildet aus Abgeordneten der Städte und Landgemeinden sowie von Grundbesitzern mit einem Grundsteuer-Reinertrag über 1.000 Talern. Der Landrat beruft den Kreistag, führt den Vorsitz und leitet die Verhandlung. Die Beschlüsse der Kreisversammlung hat er auszuführen. Die kommunalständische Verfassung im Gebiet des Regierungsbezirks Kassel wurde durch Verordnung vom 20.09.1867 geregelt.<sup>66</sup>



Das „Gesetz betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit der Preussischen Monarchie“ brachte auch für die Kreise Eschwege und Witzenhausen erhebliche Veränderungen.

Die erste Wahl zum deutschen Reichstag fand am 03.03.1871 statt. Von den 5.844 gültigen Stimmen in den Wahlbezirken der Kreise Eschwege, Witzenhausen und Schmalkalden entfielen 4.662 auf den Direktor der Landeskreditkassa in Kassel, Dr. Richard Harnier (18.06.1820–17.10.1885). Harnier hatte schon zuvor dem konstituierenden Reichstag und dem Reichstag des Norddeutschen Bundes angehört und war Mitglied der Nationalliberalen Partei. Er vertrat den hiesigen Wahlkreis auch nach den folgenden drei Reichstagswahlen bis 1881. Mit der Wahl des Rechtsanwalts Carl Frieß am 27.10.1881 wurde der Wahlkreis erneut von einem liberalen Kandidaten vertreten.<sup>67</sup> Wahlkommissar für den 4. Wahlkreis war der Eschweger Landrat Groß.<sup>68</sup> Bei der nächsten Reichstagswahl am 28.10.1884 unterlag Frieß dem konservativen Gutsbesitzer Hermann von Christen (05.03.1841–26.09.1919) aus Werleshausen, der den Wahlkreis bis 1910 in fünf Legislaturperioden vertrat und nur bei der Wahl von 1893 sich dem Kandidaten der antisemitischen Deutschsozialen Partei Hans Leuß geschlagen geben musste.

Erst ab etwa 1880 wurde in Hessen die Position des Landrats der gleichnamigen preußischen Institution angeglichen. Der Landrat war nun nicht nur Leiter der allgemeinen Landesverwaltung im Kreisgebiet, sondern als Vorsitzender des Kreistags und des Kreisausschusses zugleich Leiter der Kreiskommunalverwaltung. Gleichzeitig wurde ein Kreisausschuss gebildet, der aus sechs Mitgliedern bestand, die Beschlüsse des Kreistages vorbereitete und sie ausführte. Dabei waren die Aufgaben um die Aufsicht über das Versicherungswesen, Steuerveranlagung, Energieversorgung und Fortbildungsschulen erweitert worden.<sup>69</sup>

#### 4.1.5. Kreis Eschwege

Anfang 1861 wurde der Eschweger Landrat meistens vom Kreissekretär Nordmann vertreten. Im August 1861 wurde der bisherige Landrat in Ziegenhain Carl August Friedrich Groß (19.10.1812–03.02.1892) wieder nach Eschwege versetzt,<sup>70</sup> wo er bis zu seinem Ruhestand 1885 eine lange Amtszeit verblieb, auch über die Eingliederung Hessens an Preußen 1866 hinweg. Seine Ernennung in preußischer Zeit erfolgte am 28.03.1868.<sup>71</sup> Zu seinem 50-jährigen Dienstjubiläum am 29.04.1885 wurde für den „verehrten Jubelgreis“ sogar ein Gedicht in der Zeitung veröffentlicht.<sup>72</sup> Nach seinem Ruhestand zog Groß in das Haus An den Anlagen 2, wo er am 03.02.1892 verstarb. Das „Eschweger Tageblatt“ würdigte ihn mit einem Nachruf, die Kreisverwaltung mit einer großen Todesanzeige.<sup>73</sup>

Am 22.04.1874 traten die nachfolgend genannten Mitglieder der Kreisstände zum Kreistag zusammen:<sup>74</sup>

- Moritz von Eschwege, Rittergutsbesitzer zu Reichensachsen
- Rudolf von Keudell, Rittergutsbesitzer zu Schwebda
- Eduard von Hundelshausen, Rittmeister a.D. zu Friemen
- von Boyneburgk, Rittergutsbesitzer zu Wichmannshausen
- von Kutzleben, Rittergutsbesitzer zu Willershausen
- Domainen-Rentmeister Friedrich Heinrich Bell aus Eschwege
- Lederfabrikant Georg Christoph Döhle aus Eschwege
- Kaufmann Ernst Friedrich Heinemann aus Eschwege
- Bürgermeister Rauschenberg aus Aue
- Vize-Bürgermeister Strauß aus Grebendorf
- Bürgermeister Menthe aus Eltmannshausen
- Bürgermeister Schönewolf aus Germerode
- Bürgermeister Brehm aus Abterode

Bei der nächsten Sitzung des Kreistages am 07.10.1874 hatte sich die Zusammensetzung bereits geändert: an Stelle des Lederfabrikanten Georg Christoph Döhle saß nun der Eschweger Vize-Bürgermeister Ernst Christoph Döhle; statt des Grebendorfer Vize-Bürgermeisters nun Bürgermeister Joseph Klingensbiel; als Bürgermeister nahmen nun teil Dehnhardt aus Stadthosbach, Meister aus Wichmannshausen und Siemon aus Archfeld, während Brehm aus Abterode fehlte. Neu hinzugekommen waren ferner: Rittergutsbesitzer Otto von Gilsa zu Völkershausen, Rittergutsbesitzer von Buttler zu Lengröden, Gutsbesitzer Wilhelm Bierschenk aus Niederhone, Stadtrat Carl Herfurth aus Eschwege und Stadtrat Peter Israel aus Wanfried.<sup>75</sup>

Nachfolger von Landrat Groß wurde Emil Grimm aus Marburg (geb. 30.11.1853) zunächst kommissarisch ab Dezember 1885, fest dann erst ab 04.08.1886.<sup>76</sup> Er hatte dieses Amt bis Ende August 1893 inne und ging dann als Regierungsrat zur Königlichen Regierung in Trier. Schon am 01.09. erfolgte die Abmeldung dorthin.<sup>77</sup>

Am 05.12.1885 fand die erste Kreistagswahl nach der neuen Kreisordnung statt. Die Stadt Eschwege konnte danach vier Abgeordnete bestimmen; es waren dies Bürgermeister Friedrich Ernst Gebhard, Kaufmann Ernst Friedrich Heinemann, Justizrat Friedrich Ebel und Lederfabrikant Carl Döhle.<sup>78</sup> Die Landgemeinden entsandten acht Abgeordnete: Oekonom Christoph Munk in Datterode, Oekonom Wilhelm Thon in Albungen sowie die Bürgermeister Adam Dietzel aus Weißenborn, Jakob Schönewolf aus Germerode, Eduard Wilhelm Kühnemuth aus Frankershausen, Carl Krause aus Neuerode, Adam Schäfer aus Burghofen und Johannes Roßbach aus Nesselröden.<sup>79</sup> Auch die „größeren Grundbesitzer und Gewerbetreibenden“ entsandten acht Abgeordnete: Oberamtmann Heinrich Vaupel aus Niederhone (als Vertreter des Fiskus), Obervorsteher von Schutzbar genannt Milchling zu Hohenhaus, Jagdjunker a.D. Moritz von Eschwege zu Reichensachsen, Rittergutsbesitzer Carl Xaver von Scharfenberg zu Kalkhof bei Wanfried, Gutsbesitzer Carl Heckmann zu Mönchhof, Oekonom Theodor Bierschenk aus Wichmannshausen, Oekonom und Mühlenbesitzer Wilhelm Vaupel aus Eltmannshausen und Weinhändler Peter Hupfeld aus Weidenhausen. In den Kreistag kamen noch die beiden Fabrikanten Peter Israel aus Wanfried und Mühlenbesitzer Theodor Bierschenk aus Waldkappel.<sup>80</sup> Der Kreistag wählte am 13.03.1886 folgende Mitglieder in den Kreisausschuss: Jagdjunker a.D. Moritz von Eschwege, Reichensachsen; Oekonom Wilhelm Vaupel, Eltmannshausen; Kaufmann Ernst Friedrich Heinemann, Eschwege; Fabrikant Peter Israel, Wanfried; Oekonom Theodor Bierschenk, Wichmannshausen; Bürgermeister Carl Krause, Neuerode.<sup>81</sup>

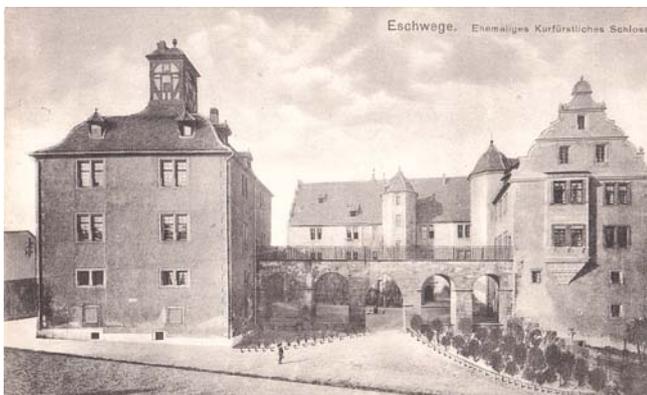
Am 15.11.1888 bestimmte die Stadt Eschwege den neuen Bürgermeister Heinrich Vocke und den Lederfabrikanten Hermann Weymar für die beiden frei gewordenen Sitze.<sup>82</sup> Am 29.11. wurden auch die Ergänzungswahlen für die Großgrundbesitzer und Landgemeinden gewählt; es waren dies Gutsbesitzer Carl Heckmann zu Mönchhof, Jagdjunker a.D. Moritz von Eschwege zu Reichensachsen und Rittergutsbesitzer Rexerodt zu Röhrda sowie die bereits früher benannten Bürgermeister von Frankershausen, Germerode und Nesselröden; neu hinzu kam der Gutsbesitzer Martin Mench aus Reichensachsen.<sup>83</sup> Für den verstorbenen ehemaligen Eschweger Bürgermeister Gebhard rückte am 03.02.1890 der Lederfabrikant Ernst August Döhle nach.<sup>84</sup>

Der Regierungs-Assessor Alexander von Keudell (16.08.1861–24.06.1939) übernahm das Amt zunächst ab September 1893 kommissarisch. Auf Aufforderung des Regierungspräsidenten machte der Kreistag am 11.01.1894 von seinem Vorschlagsrecht Gebrauch und brachte v. Keudell für das Amt in Vorschlag, woraufhin die Amtseinführung am 01.03.1894 erfolgte.<sup>85</sup> Alexander von Keudell entstammte einem alteingessenen Adelsgeschlecht aus Schwebda und hatte am 23.06.1888 Luise Henschel, die Tochter des Lokomotivfabrikanten Oskar Henschel in Kassel geheiratet. Zu dem bestehenden Einfluss der Familie in der Region kam hierdurch ein weiterer Machtfaktor hinzu, der sich nicht zuletzt im Bau des Schlosses Wolfsbrunnen (1904–06) offenbarte. Keudell gilt als besonderer Förderer der Landwirtschaft, aber auch des Straßen- und Eisenbahnbaus. Von 1895 bis 1930 war er Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisvereins, wurde 1905 Mitglied der Landwirtschaftskammer und 1917 deren Präsident. Politisch orientierte er sich an der Deutschkonservativen Partei und kandidierte für diese im Preußischen Landtag. In seine Amtszeit fällt der Erwerb des Landgrafenschlosses vom Staat an die Kreisverwaltung im Jahr 1906.<sup>86</sup>

Nach den Kreistagswahlen kam der neue Kreistag am 26.11.1904 zu seiner ersten Sitzung unter Vorsitz des Landrats zusammen. Ihm gehörten weiterhin an:

- Bürgermeister Heinrich Vocke aus Eschwege als Kreisdeputierter
- Königlicher Kammerherr Carl Xaver von Scharfenberg zu Wanfried
- Rittergutsbesitzer Otto Freiherr von und zu Gilsa zu Völkershausen
- Oekonomierat Karl Rexerodt zu Kassel
- Rittergutsbesitzer Georg Wilhelm Heinrich Thon zu Albungen
- Fabrikant Ernst Bartholomäus aus Eschwege
- Sanitätsrat Dr. Gustav Brill aus Eschwege
- Fabrikant Ernst August Döhle aus Eschwege
- Justizrat Albert Meinshausen aus Eschwege
- Fabrikant Arthur Israel aus Wanfried
- Gutsbesitzer Steinmetz aus Herleshausen
- sowie die Bürgermeister
- Meister aus Waldkappel
- Hesse aus Aue
- Siemon aus Burghofen
- Kühnemuth aus Frankershausen
- Schönewolf aus Germerode
- Krause aus Neuerode und
- Mohr aus Hoheneiche.<sup>87</sup>

Ende 1906 waren Fabrikant Döhle und Justizrat Meinshausen aus Eschwege ausgeschieden; stattdessen waren nun dabei Fabrikant Schilbe aus Grebendorf, Rittergutsbesitzer Georg von Eschwege und der Rentner Schäfer aus Eschwege.



Diese Fotos des Eschweger Schlosses entstanden um die Jahrhundertwende und zeigen den Südflügel noch ohne Turmuhr und Dietemannsfigur (oben) und am Westflügel parkseitig noch einen Wintergarten der später entfernt wurde.

Dem neu gewählten Kreistag gehörten am 16.02.1910 die Gutsbesitzer Thon aus Albungen und Steinmetz aus Herleshausen sowie Bürgermeister Meister, Fabrikant Schilbe und Rentner Schäfer nicht mehr an. Stattdessen werden genannt: aus Eschwege Gutsbesitzer Fritz Gebhard, Rentner Julius Döhle und Kaufmann Otto Junghans, aus Waldkappel Kaufmann Braun und aus Reichensachsen Gutsbesitzer Beyer.<sup>88</sup> Im Kreistag von 1913 fehlten der Ökonomierat Rexerodt, Fabrikant Bartholomäus und Kaufmann Braun; neu waren der Gutsbesitzer Dr. Weigel von Frankershausen, der Fabrikant Georg Brill aus Eschwege und Bürgermeister Küschall aus Waldkappel.<sup>89</sup>

Alexander von Keudell kündigte nach den politischen Umwälzungen 1918/19 in der Kreistagssitzung vom 03.04.1919 seinen Rücktritt an, nachdem er noch einige Monate „in treuer Pflichterfüllung auf seinem Posten ausgeharrt“ hatte.<sup>90</sup> Die erste Sitzung des neuen Kreistags fand noch unter seiner Leitung statt. Der Kreistag bestand an diesem Tag aus folgenden 19 Mitgliedern, die letztmalig die alten Machtverhältnisse repräsentieren.<sup>91</sup>

- Bürgermeister Dr. Fritz Stolzenberg, Eschwege, zugleich Kreisdeputierter
- Freiherr Otto von und zu Gilsa, Völkershausen
- Rittergutsbesitzer von Eschwege, Reichensachsen
- Oberamtmann Gebhard, Eschwege
- Fabrikant Ackermann, Eschwege
- Fabrikant Bartholomäus, Eschwege
- Fabrikant Döhle, Eschwege
- Fabrikant Hochhuth, Eschwege
- Fabrikant Weber, Eschwege
- Kaufmann Braun, Waldkappel
- Bürgermeister Keßler, Wanfried
- Bürgermeister Hesse, Aue
- Bürgermeister Carl Krause, Neuerode
- Bürgermeister Hoßbach, Rittmannshausen
- Bürgermeister Kersten, Schemmern
- Bürgermeister Schönewolf, Germerode
- Bürgermeister Zimmermann, Frankenhain
- Landwirt Beyer, Reichensachsen
- Landwirt Steinmetz, Herleshausen

Keudells Antrag auf Entlassung aus dem Staatsdienst wurde am 01.07.1919 entsprochen. In einem öffentlichen Brief „An die Bewohner des Kreises Eschwege“ in der Tageszeitung verabschiedete er sich und kündigte an, weiterhin für die Interessen des Landkreises tätig sein zu wollen.<sup>92</sup> Im Juni 1926 trat er in einer großen Anzeige gegen die geplante Enteignung des Fürstenstandes an die Öffentlichkeit<sup>93</sup> und agierte als Mitglied des Kreistages noch jahrelang gegen das neue System.

#### 4.1.6. Kreis Witzenhausen

Adam Heinrich Oloth wurde am 07.11.1867 zum Abgeordneten der 2. Kammer für den Landkreis Kassel gewählt. Nachfolger Oloths wurde am 27.03.1868 der bisherige Landrat von Wolfhagen, Thomas Boch (23.06.1810–20.08.1875), der von 1838 bis 1843 Kreissekretär in Eschwege gewesen war.<sup>94</sup> Dort hatte er am 26.11.1840 Caroline Friederike, die Tochter des Orgelbauers Eobanus Friedrich Krebaum geheiratet.<sup>95</sup> Thomas Boch war eines der am härtesten betroffenen Opfer der politischen Umwälzungen von 1850/51 gewesen und hatte danach über zehn Jahre lang ohne Einkommen bei der Familie seiner Frau gelebt.<sup>96</sup> Boch zog Ende April 1868 von Wolfhagen nach Witzenhausen und erhielt 1.200 Taler Jahresgehalt. Er starb am 20.08.1875 in Witzenhausen an einem Schlaganfall.<sup>97</sup>

Nachdem die Geschäfte kurzzeitig von dem Kreissekretär Sandrock geleitet worden waren, wurde die Stelle des Landrats am 23.10.1875 dem bisherigen Landrat von Frankenberg, Christian Ludwig Friedrich Ernst Bernstein (12.01.1818–20.05.1886), übertragen, der seinen Dienst am 15.11. antrat.<sup>98</sup> Er war in seiner Amtszeit häufig krank bzw. in Kur. Vor seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst Ende März 1884 wurde ihm der Titel „Geheimer Regierungsrath“ verliehen.<sup>99</sup>

Ihm folgte mit Ernennung am 10.09.1884 Bernhard von Schenck nach,<sup>100</sup> der bereits seit dem 27.03.1884 zunächst kommissarisch tätig gewesen war. Seine Amtszeit ist durch viele Urlaube und Vertretungen gekennzeichnet, zumal er gleichzeitig Mitglied im Provinziallandtag war.<sup>101</sup> Im Verwaltungsbericht von 1887 trifft er die Feststellung: „Die allgemeine finanzielle Lage des Kreis-Communalverbandes ist eine recht günstige.“ Der Kreis zählte damals 29.348 Einwohner, davon 305 Juden, 276 Katholiken und 163 Religionslose. Sämtliche 84 Schulstellen waren besetzt, 5.642 Schüler besuchten die Schulen des Kreises.<sup>102</sup>

Die Zusammensetzung des Kreistages am 01.03.1886 ist beispielhaft für die Verteilung von Mitsprache im Rahmen des Dreiklassenwahlrechtes. Dem Kreistag gehörten 19 Abgeordnete an, dazu kam als Vorsitzender Landrat v. Schenck. Sechs Vertreter aus der Reihe der Höchstbesteuerten waren sämtlich Gutsbesitzer, davon die meisten adliger Herkunft: Graf Karl von Berlepsch auf Schloss Berlepsch, Geheimer Regierungsrat William Mordian Arthur von Bischoffshausen zu Kassel, Forstmeister Emil von Buttler-Ziegenberg zu Kassel, Landes-Direktor Eduard von Hundelshausen zu Kassel, Ökonomierat Andreae zu Büxleben und Gutsbesitzer Löbbbecke zu Kassel. Es fällt auf, dass die meisten der Genannten gar nicht im Kreis Witzzenhausen wohnten, dort aber große Güter besaßen. Als zweite Interessengruppe waren die Bürgermeister mit 10 Sitzen gut vertreten: v. Lorentz aus Witzzenhausen, Oeste aus Allendorf, Lange aus Sooden, Rüppel aus Großalmerode, Klebe aus Walburg, Bertling aus Ellingerode, Brübach aus Oberrieden, Demme aus Berge, Gunkel aus Wickenrode und Hose aus Hausen. Sie werden vermutlich auch die Interessen der „kleinen Leute“ auf den Dörfern vertreten haben. Die Gruppe der Beamten und Handwerker war mit nur drei Sitzen repräsentiert: Oberförster Ide aus Witzzenhausen, Gastwirt und Bierbrauer Müller von dort und Metzger Schmidt aus Allendorf.<sup>103</sup>

Im Kreisausschuss, dessen Protokolle ab 02.04.1886 erhalten sind, saßen zu Beginn (unter Vorsitz des Landrats v. Schenck): Graf Karl von Berlepsch, bis März 1887; Gutsbesitzer Löbbbecke bis November 1889, danach ausgeschieden wegen Verkauf seines Gutes; ferner die vier Bürgermeister v. Lorentz aus Witzzenhausen (bis Anfang 1905), Möller aus Hess. Lichtenau (bis zum Tod am 03.03.1889), Lange aus Sooden (bis 1901) und Gunkel aus Wickenrode (bis Ende 1891). Von April 1887 bis Ende 1903 gehörte der Geheime Regierungsrat William von Bischoffshausen dem Kreisausschuss an, von 1889 bis 1901 der Oberförster und zeitweilige Bürgermeister Jung aus Harmuthsachsen, Bürgermeister Löber aus Hess. Lichtenau von 1890 bis 1899 und Freiherr Erich von Bodenhausen von 1892 bis 1914.<sup>104</sup>

Von Schenck wurde am 07.08.1895 mit der kommissarischen Verwaltung des Landkreises Hanau beauftragt,<sup>105</sup> kurz darauf auch mit der Stelle des landesherrlichen Kommissars beim dortigen israelitischen Vorsteheramt. Die Versetzung nach Hanau erfolgte aber offenbar erst im Februar des folgenden Jahres.<sup>106</sup> In von Schencks Amtszeit, in den Jahren 1889 bis 1891, erfolgte der Neubau eines Verwaltungsge-

bäudes für den Kreis nördlich der Altstadt nach Plänen des sehr bekannten und bedeutenden Baumeisters Franz Schwechten (12.08.1841–11.08.1924). Es entsprach den damaligen Anforderungen und enthielt einen Saal für den Kreisausschuss, Büroräume für die Mitarbeiter und nicht zuletzt die Dienstwohnung für den Landrat.<sup>107</sup> Der repräsentative Bau wurde im September 1891 eingeweiht.



Bis 1891 wurde dieses Gebäude (o.) in der Innenstadt von Witzzenhausen als Kreisshaus genutzt. Das 1891 eingeweihte neue Kreisshaus (u.) in Witzzenhausen thronte dereinst imposant über der Stadt und wurde durch Umbauten deutlich in der äußeren Ansicht verändert.



Mit Heinrich (Heino) Edwin Mordian von Bischoffshausen (26.11.1855-25.02.1933) gelangte, nahezu zeitgleich wie Alexander v. Keudell in Eschwege, auch in Witzzenhausen ein Angehöriger des örtlichen Adels auf den Posten des Landrats. Damit war hier wie dort eine konservativ ausgerichtete Politik verbunden. Er erhielt die Stelle zunächst kommissarisch ab 09.09.1895<sup>108</sup>, definitiv dann am 23.05.1896.<sup>109</sup> Wie seinem Kollegen in Eschwege lag auch ihm die landwirtschaftliche Entwicklung am Herzen. Die Viehzählung vom 01.12.1897 ergab für den Kreis Witzzenhausen einen Bestand von 1.510 Pferden, 8.816 Stück Rindvieh, 15.759 Schafen, 12.777 Schweinen und 6.509 Ziegen. Nahezu 1.000 Menschen waren in der Tabakindustrie beschäftigt, und es herrschte ein Mangel an Arbeitskräften, so dass z. B. im Jahr 1900 115 Arbeiter aus Polen eingesetzt waren.<sup>110</sup> Der Landkreis Witzzenhausen bestand um 1900 aus 4 Städten, 56 Landgemeinden und 23 Gutsbezirken. 1900 waren 17 Landgemeinden ans Fernsprechnetzt angeschlossen, Ende 1905 schon 37. Die Einwohnerzahl überstieg um 1900 die Grenze von 30.000.<sup>111</sup>

War das Dienstfahrzeug des Landrats 1911 noch eine zweispännige Kutsche, so hatte er bis 1915 dann doch einen eigenen Kraftwagen angeschafft, den er auch dienstlich benutzte. Im August 1917 gab er seinen Dienst auf und ging nach Ratibor.

## 4.2. Die Kreise Eschwege und Witzzenhausen zur Zeit der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ 1918–1945

### 4.2.1. Kreis Eschwege

Die ersten Wahlen zum Kreistag im Kreis Eschwege nach dem 1. Weltkrieg ergaben eine sozialdemokratische Mehr-

heit von 13 Abgeordneten gegenüber 10 von den bürgerlichen Parteien. Der neu gewählte Kreistag trat am 02.06. erstmals noch unter Leitung von Keudells zusammen, bei seiner nächsten Sitzung am 14.07. unter Leitung von Dr. Bödiker.

Den politischen Wechsel kann man gut an der Zusammensetzung des neuen Kreistags, der am 29.09.1919 zusammentrat, erkennen. Hier sind auch die politischen Zugehörigkeiten vermerkt; dem Parlament gehörten 12 Mehrheits-Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger Sozialdemokrat, 5 Deutschnationale, 4 Demokraten und 1 bürgerlicher ohne Zuordnung an:<sup>112</sup>

- Kaufmann Friedrich Hoßbach, Eschwege (MSPD)
- Gastwirt Martin Henning, Eschwege (MSDP)
- Stadtverordneten-Vorsteher Müller, Wanfried (MSDP)
- Monteur Wilhelm Eimer, Waldkappel (MSPD)
- Maler August Herzog, Frieda (MSDP)
- Steinsetzer Wilhelm Bauhan, Germerode (MSDP)
- Kohlenhändler Adolf Gimpel, Niederhone (MSDP)
- Maurer Georg Mäurer, Oberdünzabach (MSDP)
- Maurer Georg Wenzel, Schwebda (MSDP)
- Aufseher Ferdinand Martin, Grebendorf (MSDP)
- Maurer Johannes Krapf, Röhrda (MSDP)
- Lotte Tolle, Eschwege (MSDP)
- Maurer Karl Küllmer, Reichensachsen (USPD)
- Rechtsanwalt Rühmekorb, Eschwege (DN)
- Landwirt Ernst Beyer, Reichensachsen (DN)
- Landwirt Peter Schönewolf, Germerode (DN)
- Landrat a.D. Alexander von Keudell, Schwebda (DN)
- Landwirt Adam Hoßbach, Rittmannshausen (DN)
- Bürgermeister Dr. Fritz Stolzenberg, Eschwege (Dem.)
- Landwirt Eduard Stemm, Abterode (Dem.)
- Straßenmeister Wilhelm Flender, Oetmannshausen (Dem.)
- Hauptlehrer Karl Wittich, Herleshausen (Dem.)
- Fabrikant Ernst Weymar, Eschwege (Bürger)

Mit Lotte Tolle saß erstmals eine Frau im Kreistag. Sie beendete ihre politische Karriere allerdings schon nach einem halben Jahr.

In der Sitzung am 02.10.1919 wurden die Mitglieder verschiedener Kommissionen gewählt. Regierungsassessor Dr. Rudolf Bödiker (geb. 25.03.1887), der inzwischen die Verwaltungsgeschäfte leitete, wurde, nachdem er schon seit Anfang 1919 dem Landrat „zur Hilfeleistung“ beigegeben worden war,<sup>113</sup> am 01.08.1919 kommissarischer Landrat in Eschwege, wechselte aber schon Ende Juli 1920 zum Landratsamt in St. Goar und dann 1923 nach Stettin. Noch am 16.02.1920 hatte sich der Kreistag für seinen Verbleib ausgesprochen.<sup>114</sup> Am 18.06.1920 wurden als Mitglieder des Kreis Ausschusses vereidigt: Bürgermeister Dr. Fritz Stolzenberg (war schon vereidigt), Rechtsanwalt Georg Rühmekorb, Landwirt Eduard Stemm, Kaufmann Friedrich Hoßbach, Kohlenhändler Adolf Gimpel und Schmiedemeister Heinrich Müller.<sup>115</sup>

Der Kampf um die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gehörte zu den wichtigsten Aufgaben Bödikers in dieser Zeit.<sup>116</sup> Nach seinem Weggang beschäftigte sich der Kreistag ein Jahr lang mit der Nachfolgeregelung.<sup>117</sup> Der SPD-Kandidat Johannes Struve aus Kassel wurde dabei durch die rechten und linken Parteien im Kreistag blockiert, so dass er verzichtete. In dieser Zeit amtierte der Eschweger Bürgermeister Dr. Fritz Stolzenberg (27.01.1879-21.04.1934) in stellvertretender Funktion, bevor im Februar 1921 der bisherige Stadtrat Hermann Langer aus Kassel, zunächst wieder kommissarisch, den Posten übernahm,<sup>118</sup> obwohl sich der Kreistag im August 1921 nach wie vor uneinig war. Am 20.02.1921 war ein neuer Kreistag

gewählt worden. Die 23 Sitze verteilten sich wie folgt: SPD 10, die konservative „Kreisarbeitsgemeinschaft“ 8, DDP 2, USPD 2 und KP 1.

Folgende Abgeordnete saßen nun im Kreistag:<sup>119</sup>

- August Herzog, Maler, Frieda (SPD)
- Wilhelm Eimer, Isolierer, Waldkappel (SPD)
- Heinrich Müller, Schmiedemeister, Wanfried (SPD)
- Friedrich Hoßbach, Kaufmann, Eschwege (SPD)
- Adolf Gimpel, Landwirt, Niederhone (SPD)
- Georg Mäurer, Maurer, Oberdünzabach (SPD)
- Wilhelm Schellhase, Geschäftsführer, Röhrda (SPD)
- Heinrich Siegel, Bürgermeister, Reichensachsen (SPD)
- Johannes Becker II, Arbeiter, Bischhausen (SPD)
- Heinrich Thon, Arbeiter, Wommen (SPD)
- Karl Küllmer, Gewerkschafts-Angestellter, Reichensachsen (USPD)
- Gustav Köhler, Kriegsbeschädigter, Eschwege (USPD)
- Wilhelm Steinkrug, Schuhmacher, Eschwege (KP)
- Karl Mench, Landwirt, Reichensachsen (Kreis-AG)
- Otto Greineisen, Schlossermeister, Eschwege (Kreis-AG)
- Dr. Adolf Schäfer, Winterschuldirektor, Eschwege (Kreis-AG)
- Karl Hohmann, Eisenbahn-Werkmeister, Eschwege (Kreis-AG)<sup>120</sup>
- Alexander von Keudell, Landrat a.D., Schwebda (Kreis-AG)
- Wilhelm Hesse, Maurermeister, Eschwege (Kreis-AG)
- Georg Rühmekorb, Rechtsanwalt, Eschwege (Kreis-AG)
- Justus Weber, Landwirt, Renda (Kreis-AG)
- Dr. Fritz Stolzenberg, Bürgermeister, Eschwege (DDP)
- Franz von Lühmann, Apotheker, Wanfried (DDP)

Diese Zusammensetzung hatte in der folgenden Wahlperiode eine äußerst schwierige Mehrheitsbildung zur Folge. In der ersten Sitzung am 19.03.1921 wurden verschiedene Kommissionen sowie der Kreis Ausschuss gewählt und Notstandsmaßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit beschlossen. Der Kreis Ausschuss blieb wie 1920, nur anstelle von Eduard Stemm rückte Direktor Dr. Adolf Schäfer nach.<sup>121</sup>

Hermann Langer, geb. 24.03.1867 in Langensalza als Sohn eines Schuhmachers, zog am 01.03.1921 von Kassel nach Eschwege und leitete die Sitzung des neugewählten Kreistags am 19.03. In der Sitzung vom 22.06., bei der auch das im Schloss befindliche Heimatmuseum besucht wurde, kam keine Einigung über Langers Wahl zustande. Dies erfolgte erst in der Sitzung am 20.08. mit den Stimmen der SPD und DDP, gegen die Linken und Konservativen. Die von Langer geäußerten Statements bei Eröffnung der Sitzung wurden von Keudell als politische Propaganda kritisiert. Am 30.09.1921 erhielt Langer nunmehr seine feste Anstellung. Wie sein Amtskollege in Witzenhausen gehörte auch er der Sozialdemokratischen Partei an.<sup>122</sup> Wie sein Amtsvorgänger, so musste auch er vor allem gegen die Wirtschaftskrise ankämpfen. Mit seinen Äußerungen betreffend die Versorgung mit Kartoffeln rief er im Oktober 1923 den Widerspruch des Kreisbauernverbandes hervor.<sup>123</sup> Bei der Reichstagswahl am 04.05.1924 erhielt der Völkisch-Soziale Block (Vorläufer der NSDAP) im Kreis Eschwege auf Anhieb 2.586 Stimmen und erreichte damit den dritten Platz hinter DNVP und SPD.<sup>124</sup> Am 29.11.1925 wurde ein neuer Kreistag gewählt, dem nun ein Abgeordneter mehr angehörte. Die SPD erhielt 11 Sitze, die konservative „Kreisarbeitsgemeinschaft“ 7, die Wirtschaftliche Vereinigung (DDP) 3, die KP 2 und der Meißner-Verband 1.<sup>125</sup>

Folgende Abgeordnete gehörten dem neuen Kreistag an:<sup>126</sup>

- Hans Becker, Bürgermeister, Bischhausen (SPD)
- Hans Braunholz, Geschäftsführer, Eschwege (SPD)

- Wilhelm Bredemeier, Werkmeister, Wanfried (SPD)
- Wilhelm Eimer, Monteur, Waldkappel (SPD)
- August Engel, Weber, Eschwege (SPD)
- Karl Herzog, städtischer Arbeiter, Eschwege (SPD)
- August Herzog, Maler, Frieda (SPD)
- Karl Küllmer, Gewerkschafts-Sekretär, Reichensachsen (SPD)
- Otto Martin, Bauunternehmer, Grebendorf (SPD)
- Wilhelm Schellhase, Geschäftsführer, Röhrda (SPD)
- Heinrich Siegel, Bürgermeister, Reichensachsen (SPD)
- Karl Küllmer, Schlosser, Reichensachsen (KP)
- Wilhelm Steinkrug, Schuhmacher, Eschwege (KP)
- Karl Kratzenberg, Landwirt und Postagent, Bischhausen (Kreis-AG)
- Alexander von Keudell, Landrat a.D., Schwebda (Kreis-AG)
- Karl Mench, Landwirt, Reichensachsen (Kreis-AG)
- Heinrich Opfer, Landwirt und Bürgermeister, Netra (Kreis-AG)
- Georg Pfuhl, Lehrer, Weidenhausen (Kreis-AG)
- Dr. Adolf Schäfer, Direktor der Landwirtschaftsschule, Eschwege (Kreis-AG)
- Karl Weyrich, Bürgermeister, Wanfried (Kreis-AG)
- Otto Greineisen, Schlossermeister, Eschwege (DDP)
- Dr. Fritz Stolzenberg, Bürgermeister, Eschwege (DDP)
- Otto Vollprecht, Buchhändler, Eschwege (DDP)
- Joseph Schwenger, Gutsbesitzer, Mönchhof (Meißner-Verband)

In der ersten Sitzung am 01.01.1926 äußerte sich Landrat Langer, „dass der alte Kreistag in großer Sachlichkeit ersprießliche Arbeit geleistet habe“.<sup>127</sup> Man beschloss u. a. die Einrichtung eines Kindererholungsheims, ohne sich auf den Standort festzulegen. Am 09.01.1926 wurden in den Kreis-ausschuss gewählt: von der SPD Johannes Braunholz, Wilhelm Schellhase und Friedrich Hoßbach, von der AG Dr. Adolf Schäfer und Heinrich Opfer und von der DDP Dr. Fritz Stolzenberg.<sup>128</sup>

Zu Langers 60. Geburtstag am 24.03.1927 attestierte man ihm trotz aller Differenzen, mit seiner sachlichen Arbeit, die immer das Gesamtwohl des Kreises zum Ziel hatte, auch bei den politisch anders Denkenden Vertrauen gefunden zu haben.<sup>129</sup> In seiner Amtszeit setzte er Schwerpunkte bei der Förderung des Schulwesens und des Wohnungs- und Straßenausbau; auch die Verschönerung des Schlosses mit dem Einbau des Dietemannes 1927 und dem Bau des Schlossbrunnens 1930 fiel in seine Zeit.<sup>130</sup>



Die Einweihung der Dietemannfigur auf dem Turm des Landgrafenschlosses war ein Großereignis, wie die Aufnahme aus 1927 verrät.

Die Wahl am 17.11.1929 bestätigte die SPD mit 11 Sitzen, während die sich nun „Landvolkliste“ nennenden Konserva-

tiven in drei regionalen Listen auf 8 Sitze zunahmen; die liberale Bürgerliste erreichte 3, die KP 2 Sitze. Die Kreistagsabgeordneten der letzten Wahlperiode vor der NS-Zeit waren:<sup>131</sup>

- Karl Küllmer, Gewerkschafts-Sekretär, Reichensachsen (SPD)
- Karl Herzog, Arbeiter, dann Angestellter, Eschwege (SPD)
- August Herzog, Streckenwärter, Frieda (SPD)<sup>132</sup>
- Georg Müller, Invalide, Eschwege (SPD)
- Heinrich Fischer, Lithograph, Wanfried (SPD)
- Wilhelm Ludolph, Hilfsschullehrer, Eschwege (SPD)
- Johannes Becker, Bürgermeister, Bischhausen (SPD)
- Wilhelm Schellhase, Geschäftsführer, Röhrda (SPD)<sup>133</sup>
- Heinrich Hoffesommer, Steinsetzer, Hitzerode (SPD)
- Adam Ruhland II, Schmied, Weißenborn (SPD)
- Heinrich Füllgrabe, Bürgermeister, Aue (SPD)
- Wilhelm Steinkrug, Schuhmacher, Eschwege (KP)
- Karl Küllmer, Schlosser, Reichensachsen (KP)
- Alexander von Keudell, Schloss Wolfsbrunnen (DNVP)
- Karl Hose II, Zimmermann, Altenburschla (DNVP)
- Karl Walter, Landwirt, Reichensachsen (DNVP)
- Heinrich Albrecht, Landwirt, Germerode (DNVP)<sup>134</sup>
- August Diegel, Landwirt und Bürgermeister, Gehau (DNVP)
- Heinrich Opfer, Schreinermeister und Bürgermeister, Netra (DNVP)
- Karl Fehr, Bürgermeister, Herleshausen (DNVP)
- Karl Weyrich, Bürgermeister, Wanfried (DNVP)
- Otto Greineisen, Schlossermeister, Eschwege (DVP)<sup>135</sup>
- Dr. Fritz Stolzenberg, Bürgermeister, Eschwege (DDP)
- Edmund Plaut, Fabrikant, Eschwege (DDP)

Von diesen wurden am 20.12.1929 in den Kreis-ausschuss gewählt: Heinrich Albrecht<sup>136</sup>, Friedrich Hoßbach, Dr. Fritz Stolzenberg, Wilhelm Schellhase, Dr. Adolf Schäfer und August Herzog.<sup>137</sup>

Zum 01.04.1932 trat Langer infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand und verzog mit seiner Familie nach Eisenach.<sup>138</sup>

Da sein Vorgänger schon Mitte Februar 1932 Urlaub genommen hatte, wurden die Geschäfte seitdem von Hans Otto Glahn (01.04.1895–Aug.1979), Landrat in Usingen, wahrgenommen, der ebenso der SPD angehörte.<sup>139</sup> Mit den Stimmen der SPD wurde er in der Kreistagssitzung am 21.05.1932 gewählt.<sup>140</sup> Obwohl er nach kurzer Zeit seine parteipolitischen Bindungen beendete, wurde er – zeitgleich mit den Maßnahmen in Preußen nach dem „Preußenschlag“ am 20.07. – Ende Juli 1932 seines Amtes enthoben und in den Wartestand versetzt.<sup>141</sup> Er verließ Eschwege nach nur fünf Monaten am 31.07.1932 ohne polizeiliche Abmeldung nach Göttingen.<sup>142</sup> Er war dann für kurze Zeit Regierungsrat in Köslin, wurde aber bei der Machtergreifung entlassen. Von 1947-49 war er umstrittener Oberstadtdirektor in Göttingen.<sup>143</sup>

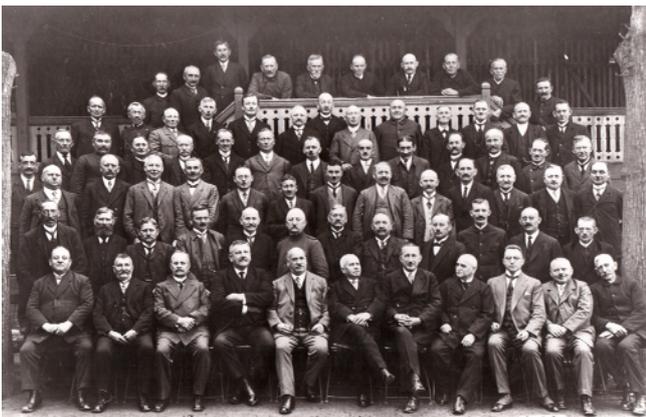
Auf ihn folgte Dr. Philipp Deichmann (24.12.1889–21.05.1962), zunächst kommissarisch, am 04.08.1932. Nachdem die KPD und das konservative Bündnis seine Wahl zunächst blockiert hatten, wurde er schließlich am 10.12.1932 mit Unterstützung der liberalen Bürgerliste in seinem Amt bestätigt<sup>144</sup> und Anfang Januar 1933 von der Preußischen Regierung ernannt.<sup>145</sup> Bei seinem Dienstantritt deutete er an, dass die desolante Finanzlage des Kreises für ihn das größte zu lösende Problem sei.<sup>146</sup>

Bereits am 01.03.1933 wurde der Kreistagsabgeordnete Karl Küllmer aus Reichensachsen, der der KP angehörte, in

sogenannte Schutzhaft genommen und bis zum 17.03. festgehalten. Das KP-Mitglied Wilhelm Steinkrug wurde drei Tage festgesetzt, vom 10. bis 13.03., dann nochmals am 20./21.03., Wilhelm Schellhase aus Röhrda vom 24. bis 27.03.<sup>147</sup>

Zur Kreistagswahl am 12.03.1933 stellten sich vier Listen zur Wahl: NSDAP, SPD, KP sowie die Liste „Bauer und Bürger“. Die NSDAP erhielt 13 Sitze, darunter der spätere Kreisleiter Weiß und, als Nachfolger seines Vaters, Rudolf von Keudell aus Schwebda. Die SPD erhielt 8 Sitze, die KP 2 und die Bürgerliste 1 Sitz.<sup>148</sup> Am 29.03. gab Landrat Deichmann bekannt, dass fünf Abgeordnete der SPD ihre Ämter niedergelegt hatten.<sup>149</sup>

Als am 08.04. der neue Kreistag „feierlich eröffnet“ wurde, war außer 12 Abgeordneten der NSDAP nur noch der Vertreter der Liste „Bauer und Bürger“ erschienen. Das Tageblatt berichtete: „Die Fraktion der N.S.D.A.P. wurde von der SA mit Fahnen und unter schneidiger Marschmusik zum Landratsamt geleitet. Von dem Schloß flatterten die Fahnen, im Sitzungssaal selbst hatten hinter dem Tisch des Landrats drei Gruppen mit Hakenkreuzfahnen Aufstellung genommen. Von den Wänden her grüßten die großen Bilder des Reichspräsidenten v. Hindenburg und des Reichskanzlers Adolf Hitler. Die Plätze nahm fast allein die nationalsozialistische Fraktion ein, die mit 13 Abgeordneten die absolute Mehrheit des 24 Abgeordnete umfassenden Kreistages hat. Anwesend waren neben 12 nationalsozialistischen Abgeordneten nur noch der eine Abgeordnete der Liste Bauer und Bürger. Von den 8 sozialdemokratischen Abgeordneten, von denen inzwischen 5 ihr Amt niedergelegt haben, war niemand erschienen, ebenso fehlten die Kommunisten, auf die 2 Sitze entfallen waren. Der Vorsitzende Landrat Dr. Deichmann eröffnete die Sitzung und führte u. a. aus, daß die nationale Wiedergeburt Deutschlands auch im Kreistag seinen(!) Ausdruck gefunden habe.“<sup>150</sup> Eduard Weiß äußerte sich zur Zeit der Weimarer Republik mit den Worten, dass marxistische Mißwirtschaft in den letzten 14 Jahren der Grund für die jetzige große Not sei und dass es ein marxistischer Landrat nicht geschafft habe, die Finanzen zu ordnen.



Die von Landrat Dr. Deichmann postulierte „nationale Wiedergeburt Deutschlands“ zeigt sich auch beim Vergleich der beiden hier abgebildeten Fotos der Mitarbeiter der Kreisverwaltung aus dem Jahr 1926 (oben) und 1936 (unten).



Sodann wurden die Kommissionen neu gewählt und ausschließlich mit Parteigenossen besetzt.

Deichmann kooperierte sofort mit den neuen Machthabern; so forderte er die Mitarbeiter des Landratsamtes zur geschlossenen Teilnahme am Fackelzug am 21.03.1933 anlässlich der „nationalen Wiedergeburt des Deutschen Reiches“ auf.<sup>151</sup> Ab dem 30.03. prangte die neue Bezeichnung des Schlossplatzes als „Adolf-Hitler-Platz“ am Südflügel des Schlosses.<sup>152</sup> Am 01.04.1933 trat Deichmann der NSDAP bei. Am 20.07.1933 wurde der Hitlergruß in der Kreisverwaltung obligatorisch.<sup>153</sup>

Am 19.12.1935 gaben die Mitglieder des Kreis Ausschusses ihre Erklärungen zur bisherigen Tätigkeit ab. Zu diesem Zeitpunkt waren dies: Rudolf von Keudell, August Hohmann, Eduard Weiß, H. Schindewolf und Albert Prach.<sup>154</sup>

Die Bewältigung der Finanzkrise und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestimmten die nur vier Jahre dauernde Amtszeit Deichmanns. Zu seiner Zeit erfolgte die Eingemeindung von Niederhone nach Eschwege und die Vereinigung der beiden Orte Wipperode und Bernsdorf unter dem neuen Namen Vierbach am 01.04.1936. Als Deichmann Ende Oktober 1936 nach Trier versetzt wurde, bescheinigte man ihm eine enge Zusammenarbeit mit der NSDAP und ihren Dienststellen.<sup>155</sup> Bei der Abschiedsfeier am 05.11.1936 erhielt er ein Bild im Wert von 225 RM geschenkt, das durch eine Umlage bei allen Gemeinden des Kreises finanziert wurde.<sup>156</sup> Deichmann blieb bis zum Kriegsende Landrat in Trier und war von 1949–1958 in der Landesvermögensverwaltung Nordrhein-Westfalen in Koblenz tätig, wo er 1962 verstarb.

Sein Nachfolger wurde Dr. Walter Schultz (27.11.1874–08.08.1953), zunächst kommissarisch, bis am 06.01.1937 seine offizielle Einführung stattfand. Hier wird er als einer „der ältesten und bewährtesten Kämpfer des Führers im Gau Kurhessen“ bezeichnet.<sup>157</sup> Er war schon 1925 in die Partei eingetreten und 1927–28 Gauleiter für Hessen-Nassau Nord gewesen, danach Landrat von Kassel-Land. Erst Anfang März 1937 zog er von Kassel nach Eschwege. Der aus nur noch sechs Personen bestehende Kreis Ausschuss wählte ihn am 13.03.1937 einstimmig.<sup>158</sup> Der Kreis Ausschuss bestand aus dem Kreisleiter der NSDAP Eduard Weiß, dem Eschweger Bürgermeister Dr. Alex Beuermann, dem Fabrikanten Karl Artur Israel aus Wanfried, dem Kreisbauernführer Fritz Walter aus Wanfried, dem Landwirt Rudolf von Keudell aus Schwebda und dem Erbhofbauern August Hohmann aus Lüderbach.<sup>159</sup> Schultz wurde bei Kriegsende seines Amtes enthoben und zog im April 1948 nach Oberhone, dann nach Kassel.

#### 4.2.2. Kreis Witzenhausen

Zum Jahresende 1917 wurde Landrat Dr. Hermann Wolf aus Sulingen definitiv angestellt,<sup>160</sup> nachdem er schon Ende August als Nachfolger feststand und am 01.10.1917 seinen Dienst hier angetreten hatte. Der Kreis Ausschuss bestand zu Wolfs Amtszeit aus dem Freiherrn von Buttler, Kammerherrn Erich von Bodenhausen, Forstmeister Wetz, Landwirt Brübach und den beiden Bürgermeistern Müller und Weichel.<sup>161</sup>

Am 23.03.1919 musste der Landrat bekanntgeben, dass das Dienstsiegel des Landratsamtes gestohlen worden war, so dass man ein neues beschaffen musste.<sup>162</sup> Schon im April 1919 musste er seinen Dienst wegen Krankheit aufgeben und erhielt sechs Monate Urlaub. Die Zeitung meldete:

„Landrat Dr. Wolff ist bis auf weiteres krankheitshalber beurlaubt. Man nimmt an, daß er in sein Amt nicht wieder zurückkehren wird.“<sup>163</sup> Der Kreistag setzte sich aus 11 Sozialdemokraten, 5 Demokraten und 4 Deutschnationalen zusammen, die im Juni 1919 die sechs Mitglieder des Kreis-ausschusses wählten.<sup>164</sup> Es waren dies die Bürgermeister Müller, Wickfeldt und Kregelius, der Privatmann Engelmann, Landwirt Wilhelm und Former Vonhof.<sup>165</sup>

Freiherr von Verschuer fungierte nun als stellvertretender Landrat und musste eine große Demonstration wegen der Versorgungslage am 17.06. beschwichtigen. Während seiner Abwesenheit im Juli 1919 musste der Witzenhäuser Bürgermeister Oskar Wickfeldt die Geschäfte des Landrats übernehmen. In seiner Sitzung am 08.08.1919 sprach sich der Kreistag mit 11 Stimmen für Georg Thöne (05.01.1867–04.05.1945), Parteisekretär der SPD, Mitglied der Nationalversammlung und des Provinziallandtags, als Landrat aus, 9 Stimmen erhielt Bürgermeister Wickfeldt.<sup>166</sup> Bis zum Jahresende 1919 wurde jedoch der Gerichtsreferendar Georg Eschstruth (geb. 02.08.1889) mit der vertretungsweisen Verwaltung des Landratsamtes in Witzzenhausen beauftragt.<sup>167</sup> Er verfasste am 08.08.1919 einen Aufruf an die Bevölkerung des Kreises. Gleichzeitig wurde der bisherige Landrat Dr. Wolf zum Regierungsrat ernannt und nach Arnsberg, kurz darauf nach Köln überwiesen.<sup>168</sup> Die Zeitung merkte an: „Der Gesundheitszustand des pflichttreuen Beamten hatte denn auch so gelitten, daß Herr Dr. Wolf sich seit etwa einem halben Jahr vom Dienst befreien lassen musste.“<sup>169</sup>

Am 04.09. sprach sich Eschstruth entschieden gegen die in letzter Zeit zu Tage tretende Judenhetze aus.<sup>170</sup> Am 22. und 27.09. musste er sich mit den Problemen der Zwangsbewirtschaftung für Milch auseinandersetzen.<sup>171</sup> In der Sitzung vom 10.11.1919 sprach sich der Kreistag erneut für Georg Thöne als Landrat aus, diesmal mit der großen Mehrheit von 15 gegen 5 Stimmen.<sup>172</sup> Thöne leitete die Sitzung des Kreis-ausschusses am 03.01.1920 als kommissarischer Landrat, aber erst im Mai 1920 wurde er zum Landrat in Witzzenhausen ernannt.<sup>173</sup> Zu Beginn seiner Amtszeit war die Versorgung der Bevölkerung, so die Festlegung der Lebensmittelpreise, ein vordringliches Ziel.<sup>174</sup> Am 04.10.1920 appellierte Thöne an die Landwirte wegen der Kartoffelversorgung.<sup>175</sup>

Die Wahlen zum Kreistag am 20.02.1921 brachten einen Sieg der SPD (7.142 Stimmen) über die konservative „Kreisarbeitsgemeinschaft“ (5.243 Stimmen). Es folgten der Deutsche Beamtenbund (914), die Gastwirte (646), die Demokratische Partei (545), die Liste Rühling (328), die Christliche Gewerkschaft (185) und die USPD (147).<sup>176</sup> Im neu gebildeten Kreis-ausschuss saßen nun die Bürgermeister Wickfeldt und Wilhelm, Ingenieur Möller, Rittergutsbesitzer Kröschell, Bergmann Ebert und der Stadtverordnete Quadt aus Witzzenhausen.<sup>177</sup> Im Oktober 1922 saßen im Kreistag: Kreissekretär Althans, Katasterkontrolleur Hahn, die Bürgermeister Wickfeldt (a.D.), Wilhelm und Kipp, Buchdruckereibesitzer Vogt, Kaufmann Wachsmuth, Landwirt Böttner, Bergmann Ebert, Küfermeister Hebaum, Fabrikarbeiter Mühlhausen, Schneiderin Heinevetter, Kriegsbeschädigter Nakonz, Heizer Quadt, Gastwirt Scharf, Zigarrenmacher Schimpf, Former Vonhof und Maurer Zahnwetzner. Die Schneiderin Heinevetter war wohl die erste Frau im Witzzenhäuser Kreistag; sie blieb anscheinend nur eine Wahlperiode lang.

Der Ablauf der Kreistagssitzung am 12.06.1922 fällt durch recht große Einigkeit und Sachlichkeit auf.<sup>179</sup> Dasselbe gilt für die Sitzung am 30.10.1922.<sup>180</sup> Auch die Beschlüsse betreffend Gebührenerhöhungen wegen der rasant galoppie-

renden Inflation sowie der Besetzung von Ausschüssen gingen am 15.06.1923 ohne große Diskussionen über die Bühne.<sup>181</sup> Im August 1923 konnte durch persönliches Eingreifen des Landrats ein Waggon mit Futtermehl auf dem Bahnhof Eichenberg aus den Händen von Wucherern beschlagnahmt werden.<sup>182</sup> Thönes Name findet sich auf den im Oktober 1923 vom Kreis-ausschuss herausgegebenen Notgeldscheinen mit Werten von einer bis fünfzig Milliarden Mark.



Notgeldschein des Kreises Witzzenhausen aus dem Jahr 1923.

Bei der Reichstagswahl am 04.05.1924 erreichte der erstmals auftretende Völkisch-Soziale Block (Vorläufer der NSDAP) auf Anhieb 1.504 Stimmen im Kreis Witzzenhausen und lag damit an fünfter Stelle hinter SPD, DNVP, DVP und KP.<sup>183</sup> Bei der Kreistagssitzung am 23.05.1924 bescheinigte Bürgermeister a.D. Oskar Wickfeldt dem Landrat, „er habe es mit großer Geschicklichkeit verstanden, uns durch die Inflationszeit hindurch zu bringen.“<sup>184</sup> Der Bericht über die Sitzung am 05.12.1924 lässt keine großen parteipolitischen Auseinandersetzungen erkennen.<sup>185</sup> Erst am 14.05.1925 fand wieder eine Sitzung des Kreistags statt, die einzige in diesem Jahr, was auch bemängelt wurde.

Die für den 25.10.1925 geplanten Wahlen wurden auf dem 29.11. verschoben. Mit der Wahl zum Kreistag gehörten diesem nun an:

- Graf Karl von Berlepsch, Rittergutsbesitzer zu Berlepsch (Bürgerliste)
- Kreissekretär Alexander Althans, Witzzenhausen (SPD)
- Bürgermeister i.R. Oskar Wickfeldt, Witzzenhausen (Bürger)<sup>186</sup>
- Bürgermeister Georg Domke, Witzzenhausen (Bürger)
- Bürgermeister Heinrich Wilhelm, Laudenschau (SPD)
- Bürgermeister Reinhart Zeeden, Bad Sooden (Liste Sooden)<sup>187</sup>
- Fabrikant Heinrich Albert Meyer, Witzzenhausen (Bürger)
- Rendant Martin Zahnwetzner, Lichtenau (SPD)
- Bergmann Heinrich Bernhardt, Velmeden (SPD)
- Landwirt Hermann Böttner, Orferode (Bürger)
- Schlosser Georg Brandt, Wickenrode (KP)
- Kaufmann Adolf Dömich, Allendorf (Bürger)
- Lagerverwalter Georg Ebert II, Wickenrode (SPD)
- Küfermeister Heinrich Hebaum, Allendorf (Bürger)
- Weißbinder Georg Jung, Lichtenau (KP)
- Fabrikarbeiter Friedrich Mühlhausen, Roßbach (SPD)
- Land- und Gastwirt Eduard Piskantor, Großalmerode (Bürger)
- Maurerpolier Heinrich Pflüger II, Hundelshausen (SPD)
- Ziegelei-Verwalter Louis Quadt, Witzzenhausen (SPD)<sup>188</sup>
- Zigarrenmacher Heinrich Schimpf, Allendorf (SPD)
- Former August Vonhof, Großalmerode (SPD)<sup>189</sup>

Es entfielen auf die SPD 4.877 Stimmen, auf die Bürgerliste 4.568, die KP 915 und die Liste Sooden und Umgegend

635. Daraus folgte die Sitzverteilung: SPD 10, Bürger 9, KP 2 Sitze, Liste Sooden 1 Sitz. In einem Leserbrief wurde wegen des schwachen Ergebnisses die Wahlfaulheit der bürgerlichen Wähler bedauert und der Bürgerliste vorgeworfen, den Südtel des Kreises zu vernachlässigen.<sup>190</sup> In den neuen Kreisausschuss gingen der Rittergutsbesitzer Graf v. Berlepsch, Buchdruckereibesitzer Vogt, Kreisinspektor Althans, Bürgermeister Wilhelm, Lagerhalter Ebert und Former Vonhof.<sup>191</sup>

Am 27.02.1926 wurde in die Geschäftsräume des Landratsamtes eingebrochen, es wurden aber nur geringe Mengen an Bargeld gefunden.<sup>192</sup> In der Kreistagssitzung am 27.09.1926 wurde die Bitte an die Reichs- und Staatsregierung gerichtet, die geplante Kanalisation der Werra nun endlich voranzutreiben.<sup>193</sup> Zum 60. Geburtstag des Landrats schrieb die Zeitung: „Am 5. Januar feierte Landrat Thöne seinen 60. Geburtstag, der in den beteiligten Kreisen durch eine kleine Feier begangen wurde. Unter den zahlreichen Glückwünschen befanden sich auch solche von den Landesbehörden.“<sup>194</sup> Über die Kreistagssitzung am 08.02.1927 berichtete die Heimatzeitung ausnahmsweise sehr ausführlich; es ging hauptsächlich um den Etat für den Landwegbau, der auf 120.000 RM festgesetzt wurde.<sup>195</sup> Bei der nächsten Sitzung am 31.05. beschloss man den Kreishaushalt für 1927 mit einem Umfang von 554.700 RM.<sup>196</sup> Im Jahr 1928 trat der Kreistag erstmals am 20.02. zusammen und beschloss u. a. einen Wegebauetat von 140.000 RM.<sup>197</sup>

Im April 1928 wurde Landrat Georg Thöne zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau gewählt. Die Heimatzeitung verband diese Nachricht mit einem Rückblick auf die Tätigkeit Thönes in den vergangenen acht Jahren: „Ein Rückblick auf die Tätigkeit Landrat Thönes zeigt, daß er seine Tätigkeit durchaus ernst und gewissenhaft genommen und manches Erfreuliche erreicht hat. Diese Endübersicht ist besonders befriedigend, weil man damals bei seinem Antritt des Postens dem neuen Landrat nicht überall mit allzuviel Vertrauen entgegenkam. Dabei darf vor allem nicht verkannt werden, daß die Verhältnisse der Nachkriegszeit die Arbeiten besonders erschwerten. Wenn er jetzt aus dem Amte scheidet, das er treu und mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit verwaltet hat, so geschieht es nicht, ohne daß ihm aus allen Kreisen herzliche Wünsche gewidmet sind.“<sup>198</sup>

Am 04.06.1928 beschloss der Kreistag u. a. den Haushalt für das laufende Jahr in Höhe von 609.000 RM, davon fast die Hälfte für die Wohlfahrtspflege.<sup>199</sup> Im Juli 1928 bat Thöne um Entlassung aus dem Amt und wurde am 14.07. von seinen Mitarbeitern verabschiedet. Am 20.07. nahm er letztmalig zu seiner Verabschiedung an einer Kreistagssitzung teil, die aber schon von Kreisinspektor Althans geleitet wurde. Hier wurden Thönes Verdienste nochmals von mehreren Anwesenden gewürdigt.<sup>200</sup> Das neue Amt bei der Landesversicherungsanstalt hatte er bis 1933 inne. In der NS-Zeit verlor Thöne alle seine Ämter und Auszeichnungen. Er starb kurz vor dem Ende des Weltkrieges (am 04.05.1945) in Kassel.

Jean Gröniger, bisher Lehrer in Niedervellmar und Kreistagsabgeordneter der SPD im Kreis Kassel-Land, wurde Anfang August 1928 vom Preußischen Innenministerium kommissarisch zum Landrat ernannt.<sup>201</sup> Am 20.08.1928 leitete er die Sitzung des Kreisausschusses. In seine Amtszeit fällt die Eingemeindung des Dorfes Bischhausen in die Stadt Witzenhausen am 30.09.1928, ebenso der verordnete Zusammenschluss von Bad Sooden-Allendorf am 01.07.1929.<sup>202</sup> Am 29.10.1928 debattierte der Kreistag über die Neubesetzung der Landratsstelle, wobei sich schließlich

die SPD und KP mit 12 zu 10 Stimmen durchsetzen und sich für Gröniger aussprachen.<sup>203</sup> Am 08.02.1929 erhielt Landrat Gröniger vom Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg seine Ernennung; außerdem legte der Kreistag u. a. die Ausgaben für den Straßenbau 1929 auf 180.000 RM fest.<sup>204</sup> Am 22.04.1929 beschloss der Kreistag den Haushalt für das laufende Jahr in Höhe von 705.110 RM.<sup>205</sup> Grönigers Rede zum 10. Jahrestag der Weimarer Verfassung am 11.08.1929 läßt seinen sozialdemokratischen Standpunkt klar erkennen.

Bei den Kreistagswahlen am 17.11.1929 erhielten die SPD 9 Sitze, die „Arbeitsgemeinschaft für Stadt und Land“ 8, die KP 2 und je 1 Sitz die Reichspartei des deutschen Mittelstandes, die Kriegspolter und die Liste Bad Sooden-Allendorf.<sup>206</sup>

Die Gewählten waren:

- Bürgermeister Heinrich Wilhelm, Laudenschbach (SPD)
- Metallarbeiter Konrad Bischoff, Witzenhausen (SPD)
- Lehrer Ludwig Rüdiger, Quentel (SPD)
- Zigarrenmacher Heinrich Schimpf, Bad Sooden-Allendorf (SPD)
- Lagerhalter Georg Ebert II, Wickenrode (SPD)
- Tonhauer Karl Traube, Großalmerode (SPD)
- Lagerhalter Friedrich Toby, Witzenhausen (SPD)
- Anstreicher Karl Lenz, Hess. Lichtenau (SPD)
- Maurerpolier Heinrich Pflüger II, Hundelshausen (SPD)
- Landwirt und Bürgermeister Hermann Böttner, Orferode (AG)
- Buchdruckereibesitzer Adolf Vogt, Hess. Lichtenau (AG)
- Bürgermeister Georg Domke, Witzenhausen (AG)
- Landwirt Eduard Gröling, Wendershausen (AG)
- Bäckermeister Friedrich Wilhelm Kleinsorge, Witzenhausen (AG)
- Direktor Hermann Hofmeister, Rommerode (AG)
- Landwirt Heinrich Möller II, Retterode (AG)
- Rentmeister Wilhelm Freye, Witzenhausen (AG)
- Weißbinder Georg Jung, Hess. Lichtenau (KP)
- Arbeiter Paul Joerg, Witzenhausen (KP)
- Bauunternehmer Fritz Röder, Hess. Lichtenau (Reichspartei)
- Kriegsbeschädigter Karl Nakonz, Ermschwerd (Kriegspolter)
- Kurdirektor Otto Wiebeck, Bad Sooden-Allendorf (Liste BSA)

Der Kreisausschuss setzte sich Anfang 1930 zusammen aus den Bürgermeistern Georg Domke (Witzenhausen), Hermann Böttner (Orferode) und Heinrich Wilhelm (Laudenschbach), dem Druckereibesitzer Adolf Vogt, Lagerhalter Ebert und Arbeiter Paul Joerg. Als es Ende 1931 Überlegungen zu einer Auflösung des Kreises gab, machte sich der Witzenhäuser Magistrat für die Erhaltung stark.<sup>207</sup>

Die politischen Veränderungen in der preußischen Regierung Ende Juli 1932 (der sogenannte „Preußenschlag“) schlugen auch auf die Verhältnisse in den Provinzen durch; SPD-Mitglieder wurden aus ihren politischen Ämtern verdrängt. Landrat Grönigers letzte Sitzungsleitung ist für den 02.08.1932 dokumentiert; am 10.08. vertrat ihn Bürgermeister Wilhelm.<sup>208</sup> Am 22.08.1932 wurde er mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand versetzt und der Wolfhagener Landrat v. Uslar mit der kommissarischen Verwaltung des Kreises beauftragt.<sup>209</sup>

Ab 01.10.1932 folgte auf ihn Dr. Ernst Beckmann (21.09.1893–27.08.1957) aus Marienberg, wo er Landrat des Oberwesterwaldkreises gewesen war, zunächst kom-

missarisch, ab Januar 1933 dann endgültig. Er war Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen und trat 1933 der NSDAP bei. Am 06.01.1933 wurde er zum Landrat gewählt und waltete seines Amtes im Sinne des NS-Staates. Bei der Kreistagswahl am 12.03.1933 erhielt die NDSAP nach der ersten Auszählung 12 Sitze, die SPD 6, die Nationale Arbeitsgemeinschaft 2, die KP und der Christlichsoziale Volksdienst je 1 Sitz.<sup>210</sup>

Der gewählte Kreistag bestand aus:

- Landwirt Wilhelm Otten, Kleinvach (NSDAP)
- Maurermeister Gustav Bernhardt, Großalmerode (NSDAP)
- Arbeiter Johannes Berus, Witzenhausen (NSDAP)
- Landwirt Otto Hildebrandt, Oberrieden (NSDAP)
- Metzgermeister Hartmann, Bad Sooden-Allendorf (NSDAP)
- Landbundgeschäftsführer Karl Wahmke, Witzenhausen (NSDAP)
- Justizinspektor Heinrich Knoth, Hess. Lichtenau (NSDAP)
- Küfer Julius Goebel, Großalmerode (NSDAP)
- Arbeiter Elias Peter, Wickenrode (NSDAP)
- Hotelbesitzer Fritz von Velsen, Bad Sooden-Allendorf (NSDAP)
- Landwirt Hermann Neumeier, Laudenbach (NSDAP)
- Kaufmann Konrad Hildebrandt, Witzenhausen (NSDAP)
- Bürgermeister Heinrich Wilhelm, Laudenbach (SPD)
- Tabakwarenhändler Konrad Bischoff, Witzenhausen (SPD)
- Lagerhalter Friedrich Toby, Witzenhausen (SPD)
- Anstreicher Karl Lenz, Hess. Lichtenau (SPD)
- Tonputzer Karl Traube, Großalmerode (SPD)
- Lagerhalter Georg Ebert II, Wickenrode (SPD)
- Malermeister Georg Jung, Hess. Lichtenau (KP)
- Kaufmann Konrad Prediger, Großalmerode (Christlich-Sozialer Volksdienst)
- Landwirt Hermann Böttner, Orferode (Nationale AG)
- Kaufmann Chr. Hartmann, Bad Sooden-Allendorf (Nationale AG)

Der neue Kreistag trat erstmals am 08.04. ohne die linken Parteien zusammen; die Sitzung „stand ganz im Zeichen der

erwachenden Nation“.<sup>211</sup> Einige linke Abgeordnete wurden in sogenannte Schutzhaft genommen, so am 27.03. der Arbeiter Paul Joerg, der der KP angehörte. Am 02.04. wurde auch der ehemalige Landrat Gröniger für neun Tage festgesetzt.<sup>212</sup> Der Kreisausschuss setzte sich Ende 1933 aus sechs Vertretern zusammen, dazu kam der Landrat Dr. Beckmann. Es waren dies: Bürgermeister Hermann Kolckhorst aus Witzenhausen, Kreisleiter Julius Goebel aus Großalmerode, Handwerkskammerpräsident Karl Bernhardt von dort, Kreisbauernführer Wilhelm Otten aus Kleinvach und die beiden Bürgermeister (nun „Gemeindegemeinschaft“) Hermann Böttner aus Orferode und Schröter aus Hermannrode.<sup>213</sup> Diese Zusammensetzung änderte sich bis 1939 nicht mehr; es fand keine neue Wahl statt. Man sieht – ähnlich wie in Eschwege – die Besetzung mit Funktionären der Partei. Im Zuge des Umbaus des Kreishauses wurde 1938 eine Dienstwohnung für den Landrat in unmittelbarer Nähe errichtet.<sup>214</sup> Im Juli 1938 wurde Beckmann in Kassel zunächst zum Regierungsvizepräsidenten und am 01.07.1944 zum Regierungspräsidenten ernannt. Bis zum Kriegsende hatte er dann auch das Amt des Oberpräsidenten inne. 1945/46 verbrachte er ein Jahr in Internierungshaft.<sup>215</sup>

Dr. Walter Gerber war zunächst ab Juli 1938 vertretungsweise tätig und wurde erst im April 1940 endgültig zum Landrat ernannt. Er blieb im Amt bis zum Ende der NS-Zeit 1945. In seiner Funktion nahm er am 21.11.1938 den Bericht von Bürgermeister Kolckhorst über die Ausschreitungen am 08./09.11. entgegen.<sup>216</sup> Gerbers aktive Rolle bei der Verfolgung und Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung in Witzenhausen lässt sich in mehreren Fällen gut belegen.<sup>217</sup> In der ersten Sitzung der Spruchkammer Witzenhausen beantragte der öffentliche Ankläger zwei Jahre Zwangsarbeit und Einziehung des Vermögens, das Urteil lautete hingegen auf zwei Jahre auf Bewährung, eine Geldbuße von 5.000 RM und Einstufung in die Gruppe der Minderbelasteten.<sup>218</sup> Dies ist somit ein weiteres Beispiel für den milden Umgang mit den Hauptverantwortlichen des NS-Regimes. Gerber war eifriger Verfechter einer Generalamnestie, trat 1949 dem „Schutzverband der Beamten“ bei und bewegte sich in Kreisen der LDP (später FDP), einem Sammelbecken ehemaliger unbeherrschter Parteigenossen.<sup>219</sup>



## 5. Von der Stunde „Null“ zur Gebietsreform

Autor: Matthias Roeper

„Gebt mir zwölf Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wieder erkennen“, hatte Adolf Hitler in einer seiner Sportpalastreden Anfang 1933 verkündet. Und in der Tat, nach dem 8. Mai, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, war das Land nicht mehr wiederzuerkennen. Gemäß den Vereinbarungen, die die Anti-Hitler-Koalition am 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim getroffen hatte, wurde das Deutsche Reich in vier Besatzungszonen aufgeteilt und die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter russische und polnische Verwaltung gestellt.

Nach den Ereignissen der letzten Kriegswochen gehörte das heutige Kreisgebiet zur amerikanischen Zone und das erste Plakat, das in den Rathäusern und Häuserwänden zwischen Herleshausen und Ziegenhagen erschien, war die berühmte „Proklamation Nr.1“ Dwight D. Eisenhowers, deren entscheidende Passage die Zukunft der bisherigen Machthaber betraf:

„Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von den Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben.“<sup>220</sup>

Weiterhin wurde der Bevölkerung mitgeteilt, dass die Ausgangsbeschränkung von 19 bis 6 Uhr festgesetzt sei. In dieser Zeit durften Zivilisten, ausgenommen Ärzte und Angehörige ähnlicher Berufe, ihre Häuser nicht verlassen. Darüber hinaus durfte sich niemand aus dem jeweiligen Gemeindegebiet weiter als sechs Kilometer entfernen, es sei denn, er besaß einen Passierschein. Eisenbahnen – so sie denn überhaupt fahren – und Privatfahrzeuge durften ohne besondere Erlaubnis nicht benutzt werden, Ansammlungen von mehr als fünf Personen waren verboten.

Am 21. Mai 1945 wurden Wolfgang Hartdegen und Fritz v. Coelln, letzterer seit Mitte April Bürgermeister der Kreisstadt Witzenhausen, von der alliierten Militärregierung zu den ersten Nachkriegslandräten der damaligen Kreise Eschwege und Witzenhausen berufen – das „normale“ Leben lief wieder an, die Konturen des Kommenden begannen sich abzuzeichnen.

Gemeinsam mit vielen anderen überall im Land, die, wenn sie auch nicht ausgewiesene Gegner der Nationalsozialisten gewesen waren, doch zumindest den Verlockungen der NS-Partei widerstanden hatten, gingen diese Männer und Frauen der ersten Stunde an die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und den Wiederaufbau.

Es war ein Wiederaufbau mit vielen Fragezeichen, der zudem von den Siegermächten – auch den Westalliierten – anfangs mit erheblichem Argwohn beobachtet und keineswegs immer nur unterstützt wurde. Und es war ein Wiederaufbau, der alle noch vorhandenen Kräfte der Besiegten bis zum Äußersten beanspruchte und die, die sich engagierten, vor fast unlösbare Probleme stellte.

Deutschland, aufgeteilt in vier voneinander streng getrennte Zonen, in die hinein und aus denen heraus niemand ohne

Passierschein kam; Deutschland, ohne einheitliche staatliche Verwaltung und Regierung, ohne Güter- und Personenverkehr, mit tausenden zerstörter Brücken, Bahnhöfen und 2,25 Millionen zerstörter Wohnungen, ohne Industrie, Rohstoffe, Nahrung, der größte Teil seiner Männer hinterm Stacheldraht der Gefangenenlager – soweit sie nicht verwundet, gefallen oder verschollen waren –, ein Land mit Nahrungsmittelrationen von 1150 Kalorien täglich, in das nun auch noch Millionen von Flüchtlingen einströmten – dieses Deutschland also ging an seinen Wiederaufbau.

### 5.1. Wiedergeburt der Demokratie und Integration der Flüchtlinge

Mühsam wieder bzw. gänzlich neu aufgebaut werden mussten auch die durch zwölf Jahre NS-Diktatur fast völlig verschütteten demokratischen Institutionen. Zu den ersten demokratischen Wahlen nach dreizehn Jahren wurden die Menschen am 27. Januar 1946 an die Urnen gerufen: Überall in Großhessen entschied die Bevölkerung über die Zusammensetzung der Gemeindeparlamente.

Schon unmittelbar nach Kriegsende hatten sich aus Widerstandsgruppen und Verfolgten des NS-Regimes sogenannte „Antifaschistische Ausschüsse“ gebildet, die sich mit dem vorsichtigen Aufbau einer demokratischen Parteienlandschaft im Sommer 1945 wieder auflösten. Diese Parteienlandschaft wurde von den Traditionsparteien SPD und KPD und der sich neu bildenden Christlich-Demokratischen Union (CDU) – hervorgegangen aus dem katholischen Zentrum und dem protestantisch geprägten Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD) – geprägt. Hinzu kam die „Liberal-Demokratische Partei (LDP)“, aus der dann die am 11. Dezember 1948 im Heppenheim gegründete „Freie Demokratische Partei“ (F.D.P.) hervorging.

Diese vier, zwischen dem 13.12.1945 und dem 11.01.1946 zugelassenen Parteien, stellten sich Ende Januar 1946 der Gemeindevahl, Ende April 1946 der Kreistagswahl, Ende Juni 1946 der Wahl zur verfassungsberatenden Landesversammlung und am 01.12.1946 der Wahl zum ersten hessischen Landtag.

In den Altkreisen Eschwege und Witzenhausen wurden die Sozialdemokraten – bei einer Wahlbeteiligung von etwas über 87 Prozent – bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen mit 54,7 % bzw. 57 % der abgegebenen Stimmen die bei weitem stärkste politische Kraft und knüpften damit nach den schrecklichen Jahren von Diktatur, Demütigung und Verfolgung wieder an ihre politische Stellung an, die sie auf Landkreisebene in der Region bis zum Ende der zwanziger Jahre inne gehabt hatten.

Auch die Presselandschaft sortierte sich neu und als erste überörtliche Tageszeitung erschienen die in Kassel herausgegebenen „Hessischen Nachrichten“, die ab dem 23. Januar 1946 mit dem sogenannten „Werraboten“ eine besondere Beilage mit Nachrichten für die „Bevölkerung der Kreise Eschwege und Witzenhausen“<sup>221</sup> präsentierte.

Ein Blick sowohl in die Presse als auch die amtlichen Dokumente jener Tage zeigt, welche Probleme damals vordringlich zu lösen waren. „Die Wohnungskommission muss“, hieß es da in den Protokollen der Witzenhäuser Stadtverordnetenversammlung, „mit allen Mitteln die Sicherstellung der Wohnungen für Ostflüchtlinge durchführen“<sup>222</sup> und die „Hes-

sischen Nachrichten“ erschienen am 23. März 1946 mit der Schlagzeile „Europa hungert“ – um dann nur wenige Tage später ihren Lesern mitzuteilen, dass ab dem 1. April die Lebensmittelrationen von 1.550 auf 1.275 Kalorien pro Tag herabgesetzt würden.

Damit waren auch schon die Dinge benannt, mit denen die Menschen am meisten zu kämpfen hatten: Wohnungsangel und unzulängliche Versorgungslage.

Im April 1946 trafen die ersten Heimatvertriebenen ein, wurden nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Städte und Gemeinden verteilt und verschärften durch ihre bloße Anwesenheit überall die ohnehin angespannte Wohnraumsituation auf dramatische Weise.

Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zählte der Kreis Eschwege 51.191 und der Kreis Witzenhausen 37.860 Einwohner. Diese Zahlen erhöhten sich bis 1950 um ca. 22.000 im Altkreis Eschwege und 18.000 im Altkreis Witzenhausen, um sich dann Mitte der 60er Jahre durch Abwanderung in die Ballungsgebiete im Altkreis Eschwege bei 65.520 (plus 28 %) und im Altkreis Witzenhausen bei 52.835 (plus 39 %) Einwohnern einzupendeln.

Im Mai 1946 erreichten die Transporte ihren Höhepunkt und Hans v. Coelln, der kommissarische Landrat des Kreises Witzenhausen, informierte am 14. Mai die Bürgermeister seiner Gemeinden über weitere zu erwartende Transporte und die damit einhergehenden Schwierigkeiten: „Ich möchte darauf hinweisen, dass grundsätzlich sich jeder Ortsansässige gefallen lassen muß, dass er bei der Einweisung von Flüchtlingen in seinem Wohnraum beschränkt wird. Der Ortsansässige wird dabei in der Regel immer noch geräumiger und besser wohnen als der Flüchtling. Über der Gewährung der Unterkunft hinaus muss den Flüchtlingen auch der notwendigste Hausrat zur Verfügung gestellt werden, ebenso Schränke oder Schrankteile, damit der Flüchtling imstande ist, seine geringe mitgebrachte Habe einigermaßen ordnungsmäßig unterzubringen. Da die Haushaltungen der ortsansässigen Bevölkerung im Gegensatz zu den Verhältnissen in anderen Kreisen von Fliegerschäden nicht betroffen wurden, dürfte in jedem Haushalt noch so viel Geschirr vorhanden sein, dass auch die Flüchtlinge noch mit versorgt werden können. Ich werde künftig bei berechtigter Klage, falls es dem Quartiergeber an dem notwendigen sozialen Verständnis fehlt, mit aller Entschiedenheit gegen die Betroffenen vorgehen.“<sup>223</sup>

Die Integration der neuen Mitbürger war sicher nicht einfach, aber sie gelang Schritt für Schritt. Am leichtesten konnten sich naturgemäß die Kinder mit der neuen Situation abfinden und schon im Herbst 1946 hatten sich „... die eingewiesenen Flüchtlingskinder schnell mit den hier beheimateten Kindern angefreundet. Spannungen oder gar Zänkereien sind nicht zu beobachten, was umso erfreulicher ist, da es sich um verschiedene Konfessionen handelt. Die zugewanderten Familien sind alle katholisch und die Zahl der katholischen Schulkinder stieg dadurch beträchtlich.“<sup>224</sup>

Eine von der Kreisverwaltung Witzenhausen Mitte der 50er Jahre in Auftrag gegebene „Kreisbeschreibung“ kommt bezüglich des Zusammenlebens von „Alteingesessenen“ und Heimatvertriebenen zu einem Ergebnis, das durchaus als repräsentativ auch für den damaligen Kreis Eschwege gelten kann: „Im Laufe von sieben Jahren (1946–1953) des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens der verschiedenen Bevölkerungsteile“, so die Einschätzung, „hat ein gewisses Abschleifen der anfänglich auftretenden Gegensätze mit sich gebracht. Wo diese noch heute auftreten, gehen sie

meist auf Wohnungsschwierigkeiten zurück. Besonders unter den Jugendlichen bestehen kaum noch Gegensätze irgendwelcher Art. Durch Heirat sind schon manche Familienbände zwischen Alteingesessenen und Neubürgern geknüpft worden. Wenn die Heimatvertriebenen also in ihrem neuen Heimatgebiet schon in weitem Umfang Wurzeln geschlagen haben, bleibt es nun Aufgabe der Planung und Verwaltung dafür zu sorgen, dass diese wertvollen Kräfte weiterhin beim Wiederaufbau der Wirtschaft und im kulturellen Leben mithelfen.“<sup>225</sup>

Viel dazu beigetragen hat auch der erstmals vom damaligen Ministerpräsidenten Zinn am 10. Januar 1951 verkündete „Hessenplan“, – der dann im April 1965 als „Großer Hessenplan“ bis in die 70er Jahre fortgeschrieben wurde – der nicht nur im Allgemeinen die Situation in dem neu gebildeten Bundesland verbessern sollte, sondern sich auch speziell der Situation der Vertriebenen annahm und diese deutlich zum Positiven wendete.

## 5.2. Sorgenkinder Wirtschaftslage, Versorgung und Wohnungsnot

Nicht minder katastrophal als die Wohnungssituation stellte sich in den ersten Nachkriegsjahren die allgemeine Versorgungslage dar, die, sowieso bereits problematisch, durch die schiere Zahl vieler tausend Neubürger zu kollabieren drohte. Im Vergleich zu den letzten Kriegsjahren hatte sich der Rückgang der Nahrungsmittelproduktion noch verstärkt, denn mit den deutschen Ostgebieten standen die traditionellen Kornkammern des untergegangenen Reiches entweder unter polnischer Verwaltung oder lagen in der sowjetischen Zone. Im Westen fehlte es sowohl an Düngemitteln als auch an Saatgut, so dass die vorhandenen Anbauflächen noch nicht einmal den notwendigsten Bedarf decken konnten.

Ähnlich war die Lage auf dem Energiesektor: Kohlen standen nur den wichtigen Industrieunternehmen zur Verfügung und wenn es sie für die Allgemeinheit gab, machte es die zerstörte Verkehrsinfrastruktur nahezu unmöglich, sie zu den Verbrauchern zu transportieren. Brennholz war rationiert, und die Versorgung mit elektrischem Strom, auch damals schon für die Gesellschaft fast überlebensnotwendig, konnte nur stundenweise erfolgen.

Wer gehofft hatte, die allmähliche Normalisierung des Lebens würde auch die Energieversorgung mit einbeziehen, sah sich bitter getäuscht. Im Gegenteil: Ende Februar 1947 erreichte die Versorgung mit elektrischer Energie in der Region einen neuen Tiefpunkt. „Wegen der immer schlechter werdenden Stromversorgungslage“, so der Leitartikel in den „Hessischen Nachrichten“, „die aus einem akuten Kohlenmangel und durch Abfuhr von enormen Mengen Strom an ehemalige Feindstaaten entstanden ist, und um einer Katastrophe auf diesem Gebiet vorzubeugen, macht man sich Gedanken darüber, ob man ein Windkraftwerk errichten sollte.“<sup>226</sup>

Dieser höchst modern anmutende Vorschlag kam nicht zur Ausführung – die Versorgung mit Strom hingegen blieb mehr als mangelhaft. Besonders dramatisch gestaltete sie sich noch einmal im Winter 1948/49, also fast vier Jahre nach Kriegsende. Am 29. Oktober 1948 wurde bekannt gegeben, dass „... die Stromversorgung in Nordhessen katastrophal geworden“ sei, die „Bevölkerung mit Stromabschaltungen in noch größerem Umfang als bisher rechnen“ müsse und „auch tagsüber jederzeit Ganzabschaltungen vorgenommen werden“<sup>227</sup> können. Bis zum Herbst 1949 änderte sich an dieser Situation nur wenig, erst dann kam es zur langersehnten Wende zum Besseren.

„Die Nazis hatten es mit den Vitaminen, die Amerikaner mit den Kalorien, wir wollen endlich was zu Fressen“, lautete ein bekannter Nachkriegslogan. Die Versorgung, auf die hier angespielt wurde, war noch schlechter als im letzten Kriegsjahr und strengste Rationierung weiterhin unumgänglich. Die größte Gruppe der Bevölkerung, besser bekannt unter der bis heute unvergessenen Bezeichnung „Normalverbraucher“, erhielt eine Mengenzuteilung, die man heute nur noch aus Fahrplänen für strenge Diäten kennt.

Der Normalverbraucher der 93. Zuteilungsperiode vom 16. September bis 13. Oktober 1946 erhielt für den Zeitraum einer Woche: 1.500 Gramm Brot, 150 Gramm Nahrungsmittel, 3.000 Gramm Kartoffeln, 75 Gramm Fett, 62,5 Gramm Zucker, 250 Gramm Fleisch, 50 Gramm Puddingpulver, 31,25 Gramm Käse, 50 Gramm Kaffee-Ersatz sowie einen Liter entrahmte Frischmilch.

Angstvoll blickte man nun dem Ertrag der Ernte entgegen, die, wenn sie ähnlich schlecht ausfiel wie 1945, auch noch das letzte Fünkchen Hoffnung auf Besserung verglühen lassen würde. „Die Ernährungslage ist auch weiterhin als sehr ernst zu bezeichnen“, vermeldete der polizeiliche Lagerbericht vom Juni 1946, um dann ein düsteres Zukunftsbild zu malen. „Durch den in den letzten Wochen anhaltenden Regen ist auch die erhoffte Ernte in Gemüse und Obst nicht ausgefallen, wie es erforderlich wäre. Ebenfalls ist die Heuernte durch die dauernden Regenfälle sehr in Mitleidenschaft gezogen, so dass sich auch dieses im kommenden Winter ungünstig auswirken wird.“<sup>4228</sup>

Ebenso schlecht wie bei Heu, Gemüse und Obst sah es im Frühherbst des Jahres 1946 allenthalben bei den Kartoffeln aus. Hinzu kam der längste und kälteste Winter seit Menschengedenken, dessen Folgen die Zuteilungsmenge an Lebensmitteln bis Mitte April 1947 auf den bis dato tiefsten Stand absinken ließ. Zur gleichen Zeit gab Ministerpräsident Stock auf einer Pressekonferenz bekannt, dass die hessischen Lebensmittelvorräte nur noch für 14 Tage reichen würden.

Auf den schneereichen und überaus frostigen Winter folgte ein außergewöhnlich langer, trockener Sommer mit entsprechend niedrigen Ernteerträgen – zusammengenommen Folgen, die einer Naturkatastrophe gleichkamen. „Das Jahr 1947“, schreibt ein Chronist, „brachte im Sommer und Herbst eine seit fast 40 Jahren nicht da gewesene Dürre mit sich. In der Zeit von Anfang Juli bis Mitte Oktober sind keine nennenswerten Niederschläge gefallen. Die Weiden sind völlig ausgebrannt, und es macht sich eine unvorstellbare Futterknappheit bemerkbar. Ein erheblicher Teil des Milchviehs muss verkauft und notgeschlachtet werden.“

Die Hackfrüchte, die sich sehr gut entwickelt hatten, brachten einen nur geringen Ertrag. Auf Anordnung des Landwirtschaftsamtes Hessen sollen für die Nichtselbstversorger nur 1 Ztr. Kartoffeln zur Einkellerung für den Winter freigegeben werden. Ein großer Teil der Bevölkerung sieht dem Winter 1947/48 mit noch größerer Besorgnis als dem vorigen Winter entgegen.<sup>4229</sup>

Noch bis Mitte 1948 unterlagen fast alle Gebrauchsgüter der Zwangsbewirtschaftung und es fehlte, neben den Lebensmitteln, an Kleidungsstücken aller Art und zahllosen Gütern des täglichen Bedarfs, die, wenn überhaupt, nur mit Bezugsscheinen zu bekommen waren. Die Zuteilung mit Bezugsscheinen war jedoch völlig unzureichend und die Stimmungslage der auf engstem Raum zusammengedrängten Bevölkerung entsprechend.

Zunehmend wertloser wurde auch das Geld und jeder, der es irgendwie konnte, hortete entweder Sachwerte oder tauschte sie bei den unzähligen sog. „Hamsterfahrten“ auf dem Land gegen Lebensmittel oder auf dem ausufernden Schwarzmarkt ein. Ein Stimmungsbild aus jenen Jahren gibt der damalige Großalmeröder Bürgermeister Carl Thiel.

„Jeder einzelne ist der Überzeugung“, schrieb er Mitte 1947, „dass in absehbarer Zeit eine Neuregelung der Währung durchgeführt werden muss, da die gegenwärtigen Verhältnisse auf die Dauer nicht tragbar sind. Industriebetriebe, Kaufleute usw. versuchen vielfach sich dadurch gegen eine Minderung ihres Vermögens zu schützen, dass sie die von ihnen erzeugten Waren zurückhalten, um dadurch einer Abwertung zu entgehen. Man muss daher von einer ausgesprochenen Flucht in die Sachwerte sprechen. Die Folge dieses Verfahrens ist aber, dass trotz aller Ankurbelungsversuche der Produktion die produzierten Waren nicht auf dem Markt erscheinen.“<sup>4230</sup>

Diese Zustände hatten die Menschen noch bis zum Sommer 1948 zu ertragen, ehe mit der Währungsreform der Grundstein für stabile wirtschaftliche Verhältnisse gelegt wurde. Und so war dann auch der 20. Juni 1948 – es war ein an Werra und Meißner trüber und verregener Sonntag – ein ganz besonderer Tag. Überall stauten sich die Menschen in langen Schlangen, ein für die damalige Zeit nicht ungewöhnliches Bild. Nur ging es diesmal um kein Sonderangebot auf einen bestimmten Abschnitt der Lebensmittelkarte, sondern es gab das neue Geld, das „Deutsche Mark“ hieß und von dem niemand wusste, was es wert sein würde. Jedem standen 60,- Mark zu, zunächst kamen aber nur 40,- Mark zur Auszahlung. Später konnten Reichsmark-Beträge, 1:10 abgewertet, in Deutsche Mark umgetauscht werden, waren aber in der neuen Währung zu versteuern.

Viele Millionen Reichsmark auf den Kundenkonten der Kreissparkassen in Eschwege und Witzenhausen lösten sich praktisch in Luft auf, der Wert der Reichsanleihen sank auf null. Allein die Städte im heutigen Kreisgebiet verloren viele Millionen Mark, waren fast ohne Mittel und mussten neben einer deutlichen Verringerung des Personals zur monatlichen Einziehung von Steuern und Gebühren übergehen. Besitzer von Sachwerten konnten sich glücklich schätzen und der viel beschworene „gleiche Start für alle“ stand nur auf dem Papier.

Der Morgen des 21. Juni sah dann in den Innenstädten eine völlig veränderte Schaufensterlandschaft. Ob in Sontra oder Eschwege, Waldkappel oder Großalmerode, Hess. Lichtenau oder Witzenhausen, in den Schaufenstern häuften sich auf einmal die Waren, die man jahrelang vermisst hatte. Die Wirtschaft hatte in Erwartung der Währungsreform Waren gehortet, nun fehlte vielen Menschen das Geld, diese auch zu kaufen. Dennoch stabilisierte die Währungsreform nicht nur den Geldwert und trocknete den Schwarzmarkt binnen Kurzem aus, sondern gab auch den Startschuss für die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ermöglichte das in den 50er Jahren so viel bestaunte „Wirtschaftswunder“.

Auch sonst stellte der Neuanfang den Menschen eine schwierige Aufgabe. Sie mussten einen ebenso schnellen wie gründlichen Wechsel in Verwaltung und Politik verkraften und zugleich die Vergangenheit bewältigen. Das Verhältnis der Besatzungsmacht zur Bevölkerung war klar definiert und konnte als „geschäftsmäßig korrekt“ bezeichnet werden. Zwischenmenschliche Kontakte untersagte das sogenannte „Fraternisierungsverbot“, das nur auf dem

„Schwarzen Markt“ und in der Liebe durchbrochen wurde. Übergriffe waren selten, kamen aber vor.

Weitaus schwieriger gestaltete sich die sogenannte „Entnazifizierung“, die auf der Grundlage des im März 1946 verabschiedeten „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ mittels sogenannten „Spruchkammern“ durchgeführt wurde. Demnach musste jeder Deutsche einen Meldebogen ausfüllen und dort Angaben zu seinem Lebensweg während des „Dritten Reiches“ machen. Die Spruchkammer entschied dann über die Einstufung des einzelnen in eine der fünf Kategorien, die sich in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufteilten.

Grundsätzlich muss angemerkt werden, dass das schematische Verfahren viel zu viele betraf und den individuellen Lebenswegen nicht gerecht werden konnte. Die Kritik von deutscher Seite richtete sich vor allem gegen den Umfang – so mussten für den Kreis Eschwege im Juni 1946 insgesamt 42.347 und für den Kreis Witzenhausen rund 39.000 Fragebögen bearbeitet werden –, denn die NS-Führer und Aktivisten, die man eigentlich hatte erfassen und bestrafen wollen, gingen in der Masse unter.

Das Resultat dieser „Entnazifizierung“ war ernüchternd. Als im April 1948 die Spruchkammer Witzenhausen ihrer Arbeit beendete, waren insgesamt 14.239 Personen vom Befreiungsgesetz betroffen gewesen. Davon wurden 11.088 Fälle aufgrund der Jugend- und Weihnachtsamnestie 1947 als erledigt zu den Akten gelegt und lediglich 1.441 Fälle noch verhandelt. Von diesen galten 22 als entlastet und 1.146 als Mitläufer, 251 waren Minderbelastete, 21 Belastete und lediglich ein einziger wurde als Hauptschuldiger verurteilt.

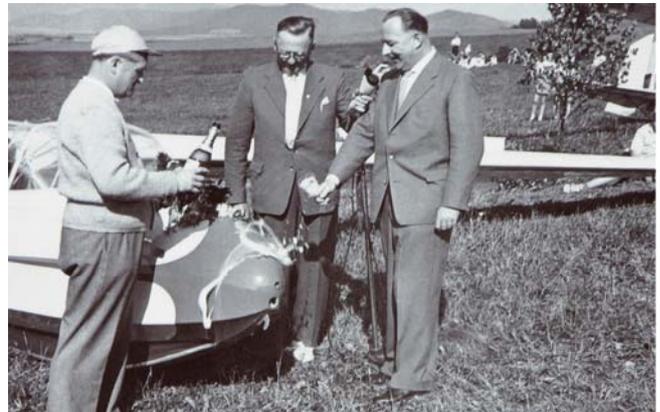
Beispielhaft für das gesamte Procedere mag das Verfahren gegen Dr. Gerber, den Landrat des Kreises Witzenhausen stehen, das die Hessischen Nachrichten am 27. Juni 1946 wie folgt kommentierten: „Es ist nun heute so, daß getreu den Vorbildern auf der Nürnberger Anklagebank keiner etwas getan haben will. Jeder ist unschuldig wie ein neugeborenes Lamm und wenn er wirklich, ja dann (...) hat er eben auf Befehl gehandelt, und wenn er diesen Befehl nicht befolgt hätte, wäre er ja selbst ins KZ gekommen. Man sollte es kaum glauben, daß das Hitlerregime so viel Gegner gehabt haben soll.“

Betrachtet man in diesem Zusammenhang die politische Entwicklung der beiden Landkreise bis zur Bildung des Werra-Meißner-Kreises, so fällt als erstes die dominierende Rolle der SPD ins Auge, die sowohl in Eschwege als auch Witzenhausen zur maßgeblichen politischen Kraft wurde. Allerdings war diese Rolle im Altkreis Witzenhausen deutlich ausgeprägter – hier gelangen den Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Kommunalwahl vom 25. April 1948, bei allen Kreistagswahlen bis 1972 Ergebnisse weit jenseits der 50%-Marke und mit Wilhelm Brübach stellten sie vom 1. Juli 1946 bis zum 31. Dezember 1973 auch den Landrat.

Etwas differenzierter stellte sich die politische Situation im Landkreis Eschwege dar. Zwar war die SPD auch hier ab 1956 die stärkste Partei mit Ergebnissen von 50 % + x und stellte mit Eitel O. Höhne seit dem März 1961 auch den Landrat, aber bis zur Kommunalwahl des Jahres 1956 war das politische Terrain doch deutlich vielschichtiger als bei den Witzenhäuser Nachbarn.

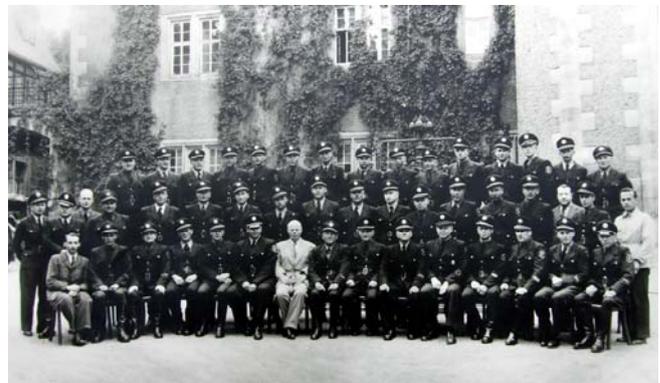
Bei den Kommunalwahlen 1948 wurden die Sozialdemokraten mit 37,7 % hinter der LDP nur zweitstärkste politische

Kraft und auch das Ergebnis der Kreistagswahlen des Jahres 1952 sah die SPD nur bei etwas mehr als 40 %. Die Wahlen 1960 und 1964 fanden ohne politische Beteiligung der CDU statt und das daraus entstandene politische Vakuum wurde durch eine starke „Überparteiliche Wählergemeinschaft“ (ÜWG) und die FDP ausgefüllt.

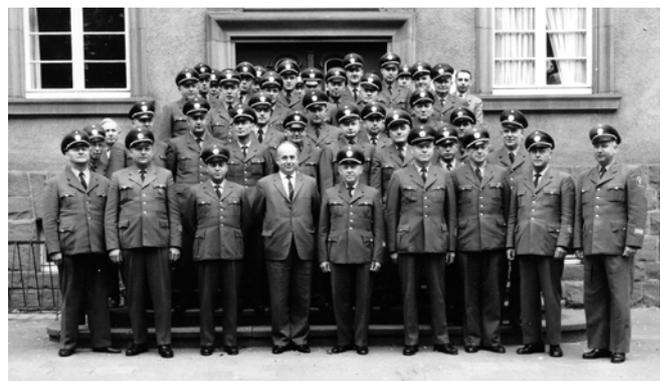


Das 1959 entstandene Bild zeigt den damaligen Landrat Hansjochen Kubitz bei der Taufe eines Segelflugzeuges auf dem gerade eröffneten Segelfluggelände Staufenberg bei Eschwege.

Diese doch etwas andere politische Gemengelage macht es auch erklärlich, dass in den fünfzehn Jahren bis zum Amtsantritt Eitel Höhnes fünf Landräte im Eschweiger Schloss residierten: Neben Wolfgang Hartdegen und Dr. Friedrich Alfred Busse, die als Männer der ersten Stunde ohne Mandat der Wähler bis zum Februar 1946 amtierten, noch der Sozialdemokrat Johannes Braunholz (01.07.1946–30.06.1948), Gerhard Pffor von der LDP (01.07.1948–30.06.1954) und schließlich Hansjochen Kubitz (BHE), dessen Amtszeit vom 05.07.1954 bis 15.12.1960 dauerte.



Im Gegensatz zur heutigen Zeit lag die Zuständigkeit für die Polizei in den fünfziger und sechziger Jahren zum Teil noch bei den Kreisen. Das Bild entstand um das Jahr 1952 und zeigt den damaligen Landrat Gerhard Pffor im Kreise der Beamten des Polizeikommissariats Eschwege vor dem Landgrafenschloss in Eschwege, in dem die Polizei bis 1958 mit untergebracht war.



Landrat Eitel O. Höhne, ab 1961 Landrat des Kreises Eschwege, mit Polizeibeamten vor dem seinerzeitigen Behördenhaus in der Goldbachstraße in Eschwege.

Alle diese Männer und die sie tragenden Parteien gingen nach der Verabschiedung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949 gemeinsam den langen Weg der Westintegration, die den jungen deutschen Staat schließlich wieder zu einem gleichberechtigten Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft machte.

### 5.3. Die Deutsche Teilung bringt die Region in eine Randlage

Ein bitterer Wermutstropfen blieb allerdings erhalten und erinnerte sichtbar an das Unrecht, das in deutschem Namen von deutschem Boden ausgegangen war: Die „Deutsche Teilung“ und der immer undurchdringlicher werdende „Eiserne Vorhang“. Insbesondere die Menschen in den sogenannten „Zonenrandgebieten“, zu denen auch die Kreise Eschwege und Witzenhausen gehörten, wurden tagtäglich damit konfrontiert.

Ihren Ursprung hatte diese Grenze in den sogenannten „Zonengrenzen“, welche die vier Besatzungszonen der unmittelbaren Nachkriegszeit voneinander trennten. Dabei lief die Grenzziehung nicht immer reibungslos und – wie auch in unserer Region geschehen – musste mitunter nachgebessert werden.

Das ehemalige Kurhessen bzw. die Provinz Hessen-Nassau gehörten zur amerikanischen Zone und mit ihnen auch die Kreise Eschwege und Witzenhausen. Allerdings lief die für die Amerikaner wichtige Nord-Süd-Eisenbahnverbindung von Bremen über Hannover, Göttingen und Eichenberg bis Bebra nicht nur durch britisches Besatzungsgebiet, sondern im Raum Neuseesen/Werleshausen auf einer Länge von drei Kilometern auch durch die sowjetische Zone.

Diese Bahnlinie – vom Volksmund in Anspielung auf die Trinkgewohnheiten der beiden Besatzungsmächte „Whisky-Wodka-Linie“ genannt – war ein dauernder Konfliktherd, der erst durch das sog. „Wanfrieder Abkommen“ vom 17. September 1945 beseitigt werden konnte.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Delegationen fanden u. a. im Keudelschen Schloss und im schwer bewachten damaligen Hotel Rexrodt (Ecke Martinstraße/Kirchstraße) statt. Man einigte sich schließlich auf einen Gebietstausch, der die ehemaligen hessischen Dörfer Asbach, Sickenberg, Vatterode und Weidenbach/Hennigerode mit 429 Einwohnern und einer Fläche von 761 ha der sowjetischen und die ehemals thüringischen Orte Neuseesen und Werleshausen mit 560 Einwohnern und 845 ha Fläche der amerikanischen Zone zuordnete. Die Bahnlinie verlief nun vollständig durch amerikanisches Gebiet.

Die Grenze hatte nun ihren endgültigen Verlauf erhalten, war aber in den ersten Jahren nach dem Krieg noch unbefestigt und wurde landläufig auch als „Grüne Grenze“ bezeichnet. Bewacht wurde sie zunächst von Angehörigen der Roten Armee, später übernahm diese Aufgabe dann die sogenannte „Kasernierte Volkspolizei“, im westdeutschen Sprachgebrauch kurz „Vopo“ genannt.

Wenn auch die Demarkationslinie entlang dem späteren Werra-Meißner-Kreis zwischen Eichenberg im Norden und Herleshausen im Süden noch überwindbar war, kannten weder Russen noch Vopos Pardon, wenn sie Grenzgänger erwischten. Mitunter wurde auch scharf geschossen und selbst Todesfälle sind aus jener Zeit dokumentiert.

Zeitzeugen aus Neuseesen erinnern sich, dass das Klima zwischen Ost und West in den frühen 50er Jahren aber noch ziemlich moderat war und es immer wieder auch einen „kleinen Grenzverkehr“ gab: Vopos besuchten in den Grenzorten die kleinen Läden, um Zigaretten und Bier zu kaufen und feierten mancherorts sogar die Kirmes mit.



*Besucher aus West-Berlin waren häufig zu Gast in der Region, schließlich unterhielt der Landkreis Eschwege und der Werra-Meißner-Kreis bis heute eine Partnerschaft mit dem Berliner Stadtbezirk Schöneberg-Tempelhof. Ursprung der Partnerschaft war ein Erholungsprogramm für Kinder aus Berlin-Tempelhof, welches auf die Zeit der Blockade West-Berlins 1948/49 zurück ging. Das Bild zeigt den von 1967 bis 1977 amtierenden Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, mit Landrat Eitel O. Höhne und entstand während eines Besuches von Schütz im Landkreis.*

Das änderte sich schlagartig mit dem 13. August 1961, denn nach dem Bau der Berliner Mauer wurde auch die innerdeutsche Grenze befestigt, vermint und immer mehr zu einer undurchdringlichen Todeslinie perfektioniert. Zwischenfälle mit sogenannten „Republikflüchtlingen“ gab es nun häufiger: Mal wurden Flüchtlinge beschossen, als sie versuchten die Werra zu durchschwimmen, mal wurden sie von Bodensminen verletzt oder sogar getötet.

Für die Sicherheit auf bundesdeutscher Seite waren in der Region der Bundesgrenzschutz in Eschwege und der Zollgrenzdienst zuständig. Dabei war der Zoll durch seine Kommissariate in Netra, Wanfried und Witzenhausen näher dran und vermittelte der Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit. Viele der eigens für die Zollbediensteten gebauten Wohnblocks – so in Witzenhausen in der Straße Auf den Hecken – stehen in den früheren Grenzorten heute noch.

Besonders menschenverachtend am Sperrsystem der DDR waren die Splitterminen (SM 70), die beim Berühren der Kontaktdrähte detonierten und ihre Opfer schwer verletzten. Unvermittelt wurde diese Technik dann ab Herbst 1983 abgebaut, mutmaßlich als Folge eines Milliardenkredites, den Franz-Josef Strauss, der damalige bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, der DDR vermittelt hatte.

Zwischen Hessen und Thüringen starben an der Innerdeutschen Grenze sechszwanzig Menschen bei Fluchtversuchen, mutmaßlich letztes Grenzopfer dürfte am 30. März 1982 Heinz-Josef Große (35) aus Thalwenden gewesen

sein. Ihn trennten nur noch wenige Meter von westdeutschem Boden, als er bei Sickenberg von Kugeln der DDR-Grenzposten niedergestreckt wurde.

Abgesehen von diesen unmenschlichen Begleitumständen und dem mit dem oft zitierten „gesunden Menschenverstand“ nur sehr schwer zu begreifendem Umstand, dass eine Urlaubsreise ins sonnige Italien leichter zu unternehmen war, als der Besuch eines Allendörfers bei den Bekannten im drei Kilometer entfernten Wahlhausen oder eines Altenburschlaers im nur den berühmten „Katzensprung“ entfernten Großburschla, bedeutete die „innerdeutsche Grenze“ für unsere Region einen jahrzehntelangen wirtschaftlichen Hemmschuh und die ebenso lange Abhängigkeit von staatlichen Fördertöpfen.

Um die tatsächliche Dimension dieser Problematik deutlich zu machen, genügt ein kurzer Blick auf die geographische Lage beider Kreise: Von den insgesamt 195 Kilometern der Eschweger Kreisgrenze waren fast die Hälfte (95 km) gleichzeitig schwer bewachte Zonengrenze, der Kreis Witzzenhausen teilte dieses Los auf insgesamt 24,5 Kilometern.

Neben der menschlichen Tragik dieses nach dem 13. August schier undurchdringlich gewordenen „Eisernen Vorhangs“ besaß die widernatürliche Grenzziehung durch die ehemalige Mitte Deutschlands noch eine erhebliche wirtschaftliche Problematik, die die Entwicklung beider Kreise – wenn auch in unterschiedlicher Schwere – nachhaltig beeinträchtigte.



Seit der Abriegelung der Zonengrenze gehörten Grenzschutz- und Zollbeamte zum alltäglichen Bild im Kreis. Während der Zoll schon bald nach der Wiedervereinigung vor Ort abzog, ist die Bundespolizei als Nachfolger des Bundesgrenzschutzes noch heute mit einem Aus- und Fortbildungszentrum in Eschwege vertreten.

Zum einen wurde der historisch gewachsene hessisch-thüringische Wirtschaftsraum auseinander gerissen – nicht umsonst waren die Kreise Mühlhausen, Heiligenstadt, Worbis und Schmalkalden als Teil der gemeinsamen Industrie- und Handelskammer Kassel/Mühlhausen integraler Bestandteil unserer Wirtschaftsregion –, zum anderen hatte die plötzliche Randlage zum westlichen Wirtschaftsraum schwerwiegende Struktur Nachteile zur Folge. Durch die Grenzziehung waren sowohl die frühere geographische Mittelpunktfunktion innerhalb Deutschlands als auch wichtige Beziehungen in den ostdeutschen Raum sowie nach Mittel- und Osteuropa zerschnitten worden.

Zusätzlich zu diesen eher übergeordneten ökonomischen Faktoren hatten viele kleine und mittlere heimische Unternehmen wichtige Absatzgebiete verloren. Dies galt im Bereich des Kreises Witzzenhausen insbesondere für den nördlichen Teil mit den Städten Witzzenhausen und Bad Sooden-Allendorf, denen mit dem benachbarten Eichsfeld nun ein wichtiger Teil ihrer traditionellen Absatzmärkte weggebrochen war.

Ähnlich, nur ungleich gravierender, gestaltete sich die Situation im Kreis Eschwege. Hier waren die ökonomischen Verflechtungen nach Thüringen traditionell noch stärker als im Kreis Witzzenhausen, der in seinem südlichen, vornehmlich industriell geprägten Teil stark in den Kasseler Raum orientiert war.

Die Folge war eine außergewöhnlich hohe Zahl an Arbeitslosen, wie die „Hessischen Nachrichten“ am 6. Februar 1950 melden mussten: „Die Zahl der Arbeitslosen für den Bezirk Witzzenhausen wird für Januar mit 2.809 gegenüber 2.172 im Dezember angegeben, wobei für den Bereich Witzzenhausen 17,5 % Arbeitslose gemeldet sind. Den Höchstdurchschnitt an Arbeitslosen meldet Eschwege mit 30,5 %.“

#### 5.4. Zonenrandförderung und „Großer Hessenplan“ sollen Lebensverhältnisse verbessern

Bereits seit Mitte der 50er Jahre wurden deshalb verstärkt staatliche Fördermittel für Investitionen in der Region bereitgestellt, so dass sich die Zahl der Beschäftigten im Landkreis Eschwege von 16.000 im Jahr 1951 auf 22.520 im Jahr 1966 erhöhte – und das trotz der Stilllegung des Kupferschieferbergbaus in Sontra. Beispielhaft kann in diesem Zusammenhang die Firma Massey-Ferguson genannt werden, die ab 1952 auf dem sogenannten „Eschweger Flugplatz“ angesiedelt wurde und in Spitzenzeiten bis zu 2.500 Mitarbeiter beschäftigte.

Die andere Kreisstadt, Witzzenhausen der seit 1965 im „Großen Hessenplan“ die Funktion eines „gewerblichen Schwerpunktes sowie einer Wohn- u. Fremdenverkehrsgemeinde“ zugedacht worden war, erhielt zudem als Bundesausbau und Sonderförderungsort seit Ende der 60er Jahre erhebliche Mittel zur Strukturverbesserung und Schaffung von Arbeitsplätzen. „Einen breiten Raum“, lautete bereits die zentrale Aussage des Verwaltungsberichtes der Stadt für die Jahre 1964–1968, „haben alle Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung eingenommen. Hier stand an erster Stelle die Stützung der heimischen Wirtschaft.“

Dies galt natürlich nicht nur für die beiden Kreisstädte, sondern auch für die gesamte Region, die als Kompensation für die aus der Randlage resultierenden strukturellen Nachteile seit 1971 von der Bundesregierung die sogenannte „Zonenrandförderung“ erhielt. Mit Subventionen und günstigen Abschreibungsbedingungen in Verbindung mit einem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau sollten die Standortat-

traktivität verbessert und Investitionsanreize geschaffen werden.

Verzeichnis Ab 3. März 1955  
der Telefonanschlüsse des Landratsamtes  
Vermittlung: Rufnummer 22.

Abt.	Bezeichnung	Rufnummer	Abt.	Bezeichnung	Rufnummer
LK	Landrat	10	K IX/2	Flüchtl. Dienststelle	57
	Vorszimmer	12	K X	Ausgleichsamt	
	Poststelle	16		Leiter	43
	<u>Kreisverw. - Kreisausschuss</u>		K X/7	Stellv. u. Festst. Abt. Registratur	46
K	Kreisamtmann	13	K X/1	Kriegsschadenrente	45
K I/1	Hauptabt. (Degenhardt)	19	K X/2	Haarrentenschädigung	45
K I/2	Personalstelle	24	K X/3	Hauptentschädigung, Einglied. Darlehen, Kriegsgefangenenentsch.	41
K I/3	Lohnstelle u. Bürobedarf	23		Staatliche Verwaltung	
K I/4	Statistik	über 19		Reg. Amtmann	14
K I/5	Kreisbildungsstelle	42		Vorszimmer	15
K I/6	Rechtsstelle	27	L I	Gemeindeaufsicht	18
	<u>Finanz- u. Steuerverwaltung</u>		L II	Gewerbe-, Jagd- u. Polizeiangelegenheiten	25
K II/1	Finanzabteilung	20		Pässe und Kennkarten	29
K II/2	Steuer- und Anordnungswesen	21	L III	Versich.-Amt, Personenstandswesen	30
K II/2			L IV	Wasseraufsicht, Veterinärwesen	31
K III	<u>Rechnungsprüfungsamt</u>		L V	Untere Verkehrsbehörde, Kfz. Zulassungsstelle	47
K III/1	Leiter und Ausdienet	40	L VI	Preisbehörde	26
K III/2	Stellv. u. sonst. Prüf. Beamten	38	PK	<u>Polizei-Kreiskommissariat</u> (gleichzeitig Nachtvermittlung)	44
L IV	<u>Kreis kommunalkasse</u>			<u>Besondere Dienststellen:</u>	
K IV/1	Rendant	36		Rathaus noch über	22
K IV/2-4	Buchhaltung	37		Rotes Kreuz	68
K V	<u>Kreisbauamt und Bauaufsicht</u>			Kreisberufsschule	66
K V/1	Leiter	32		Staatliche Kripo	67
K V/2	Bauaufsicht (Techniker)	34		Werkstatt	39
K V/3	" (Verwaltung)	35		Kreissparkasse	60
K V/4	Kreisbauamt	33		<u>Wohnungsanschlüsse</u>	
K VI	<u>Kreisgesundheitsamt</u>			Landrat	64
K VI/1	Kreisarzt	49		Hausmeister	63
K VI/2	Büro	48		Kreisarzt	65
K VI/3	Fürsorgefrauen	51			
	Untersuchungszimmer	50			
	Röntgenraum	52			
K VII	<u>Wohlfahrtsamt</u>				
K VII/1	Leiter	53			
K VII/2	Allg. Fürsorge	56			
K VII/3	Flüchtl. Fürsorge	17			
K VII/5	Schwerbeschädigtenfürs.	54			
K VIII	<u>Jugendamt</u>				
K VIII/1	Leiter	58			
K VIII/2	Jugendpflege und Fremdenverkehr	59			
	Jugendamt	28			
K IX	<u>Wohnungs- u. Pflichtlingsamt</u>				
K IX/1	Leiter u. Landesbau Darlehen	69			
	Wohnungsamt	55			

Mitte der fünfziger Jahre normalisierte sich das Leben und der Neuaufbau der Verwaltung war vorerst abgeschlossen. Sehr übersichtlich zeigt sich trotzdem noch das Telefonverzeichnis der Kreisverwaltung in Eschwege.

So ließ sich seit Mitte der sechziger Jahre auch im strukturschwachen Zonenrandgebiet endlich von Vollbeschäftigung sprechen und bald musste im Land an Werra und Meißner, um den Produktionsprozess aufrecht zu erhalten, verstärkt auf sogenannte „Gastarbeiter“ aus Südeuropa zurückgegriffen werden. Insbesondere wurden diese Arbeitnehmer in der Zigarrenindustrie benötigt, die, neben Möbel, Textil und Papierherstellung, den industriellen Kern im Raum Witzenhausen bildete.



Ministerpräsident Georg-August Zinn (l.), hier im Gespräch mit Landrat Eitel O. Höhne, war Vater des „Großen Hessenplanes“ mit dessen Hilfe die wirtschaftliche und soziale Situation – gerade auch in den von der Zonengrenze betroffenen Regionen Hessens – verbessert werden sollte.

Zusammen mit der Ton-, Schamotte- und Schmelzriegelherstellung im Raum Großalmerode, dem Braukohlebergbau

am Hirschberg und auf dem Meißner, der Textil- und Möbelherstellung in Hess. Lichtenau und den vielfältigen kleineren Handwerks- und Gewerbetrieben waren Ende der sechziger Jahre etwa 20.000 Menschen – mehr als ein Drittel der Einwohner des Kreises – in Industrie und Gewerbe beschäftigt.

Deutlich weniger industrialisiert war der Kreis Eschwege, dessen gewerblicher Schwerpunkt im Bereich der Metallindustrie lag. Hinzu kamen Textilbetriebe, pharmazeutische Industrie, Steine und Erden, Bauindustrie, Schmelzriegel sowie Betriebe im Bereich Nahrungs- und Genussmittel. Insgesamt waren damals rund 12.000 Arbeitnehmer in der Industrie und noch einmal ca. 5.000 in rund 1.000 Handwerksbetrieben beschäftigt.

Einen wesentlich höheren Stellenwert als heute besaß damals die Landwirtschaft, die, zumindest im Landkreis Eschwege, einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellte. Laut einer Statistik aus dem Jahr 1966 umfasste der Kreis Eschwege insgesamt eine Fläche von 50.000 ha, von denen 24.000 ha landwirtschaftlich und 18.000 ha forstwirtschaftlich genutzt wurden. Die Struktur war kleinteilig und von den rund 3.900 Betrieben bewirtschafteten etwas mehr als 2.700 eine Betriebsfläche von maximal fünf Hektar. Nur rund 1.000 Betriebe hatten bis zu zwanzig Hektar und lediglich 156 zwanzig bis fünfzig Hektar unterm Pflug. Ganze 33 Landwirte nannten im Kreis Eschwege fünfzig Hektar und mehr ihr eigen – die von ihnen genutzten rund 4.100 Hektar waren allerdings fast ebenso groß wie die Fläche der 2.700 Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirte.

Ähnlich strukturiert war die Landwirtschaft im Kreis Witzenhausen, wo fünfzehn landwirtschaftliche Großbetriebe über 54 % der Anbaufläche verfügten. Die anderen 46 % der Fläche wurden von 90 % der Betriebe bewirtschaftet, und dies in der Regel im Nebenerwerb. Größere Bedeutung besaß im Kreis Witzenhausen noch der Obstbau – insbesondere der Kirschenanbau wurde in den 60er und 70er Jahren im Werratal deutlich intensiviert.

Zukunftsträchtig erschien in beiden Landkreisen der Ausbau des Fremdenverkehrs, der sowohl über die Schiene örtlicher Heimat- und Verkehrsvereine als auch durch kreisweite Zusammenschlüsse wie dem 1961 gegründeten Fremdenverkehrsverein „Werra-Meißner-Kaufunger-Wald e.V.“ vorangetrieben wurde.

Besonders erfolgreich zeigten sich – neben der Kurstadt Bad Sooden-Allendorf als unbestrittenem Zentrum des heimischen Fremdenverkehrs – die Städte Witzenhausen und Großalmerode sowie die Gemeinde Ziegenhagen, die schon seit 1957 staatlich anerkannter „Luftkurort“ war und 1969 noch zusätzlich das Prädikat „Kneipp-Kurort“ erhielt.

Eine ähnliche Entwicklung war im Landkreis Eschwege zu beobachten. Hier lag der Schwerpunkt der Aktivitäten hauptsächlich bei den insgesamt elf Heimat- und Verkehrsvereinen, die, angefangen beim „Verkehrs- und Verschönerungsverein Eschwege“, über den Meißner, die „Hessische Schweiz“, den Ringgau bis hin nach Herleshausen, das gesamte Kreisgebiet touristisch betreuten. Dass diese in der Regel ehrenamtlichen Aktivitäten durchaus erfolgreich waren, zeigt die Verdreifachung der Übernachtungszahlen von 52.000 im Jahr 1957 auf 154.000 Ende 1965.

Eine ganz wichtige Einzelmaßnahme war in diesem Zusammenhang am 16. Februar 1962 die Schaffung des Naturparks „Meißner-Kaufunger-Wald“ durch die Landkreise Eschwege, Kassel und Witzenhausen.



Tourismusförderung war schon früh auch „Chefsache“. Das Bild zeigt Landrat Eitel O. Höhne mit Ruth Wolf und Elisabeth Beck in Tracht 1971 vor dem Berggasthof „Zur Boyneburg“.

Im großräumigen Gebiet von Meißner und Kaufunger Wald wollte man mit dem Ausbau des Parks mehrere „Fliegen mit einer Klappe“ schlagen. Einerseits sollten Naturlandschaft, Tier- und Pflanzenwelt geschützt und der heimischen Bevölkerung gleichzeitig lärmfreie Erholungsgebiete erschlossen werden. Andererseits war dem Naturpark langfristig eine wichtige Rolle in der touristischen Vermarktung der Region zgedacht. Und so begann man mit einem dichten Netz an Wanderwegen, Parkplätzen und Ruhemöglichkeiten die notwendige Infrastruktur zu schaffen.

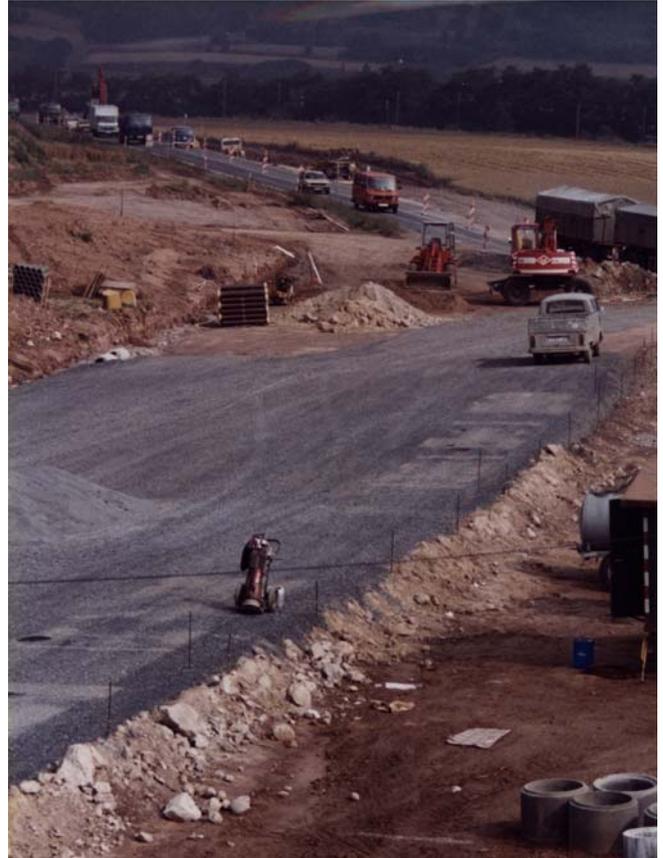
Die Schaffung moderner Infrastruktur war ganz allgemein ein zentrales Anliegen jener Jahre. Immer problematischer gestalteten sich Ausbau und Zustand des heimischen Straßennetzes, das, teilweise noch aus dem 19. Jahrhundert stammend, für den modernen und zudem rapide wachsenden Kraftfahrzeugverkehr nicht ausgelegt war. Dies betraf die Bundes- und Kreisstraßen ebenso wie die teilweise gefährlich engen und verwinkelten Ortsdurchfahrten.

Hier mussten von Bund, Land, Kreisen und Kommunen erhebliche Geldmittel aufgewendet werden, um die Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren – so hatten z. B. die Kreisverwaltungen in Eschwege und Witzenhausen 1966 für den verkehrsgerechten Ausbau von 154 bzw. 90 Kilometern Kreisstraßen zu sorgen.

Eine große Bedeutung für die Mobilität besaß damals noch der Schienennahverkehr, und beide Landkreise wiesen ein engmaschiges Schienennetz auf. Den Kreis Witzenhausen durchzogen die Bahnlinien Göttingen – Kassel bzw. Göttingen – Bebra mit dem Bahnhof Eichenberg als Drehkreuz. Von dort zweigte auch die sog. „Gelstertalbahn“ ab, die über Großalmerode, Walburg und Hess. Lichtenau nach Kassel führte.

Die Fernverbindung Göttingen – Bebra verband auch den Kreis Eschwege mit dem Fernverkehr. Darüber hinaus gab es von Eschwege noch Bahnlinien nach Wanfried, über Waldkappel und Hess. Lichtenau nach Kassel sowie über Waldkappel und Spangenberg nach Treysa. Moderne Infrastruktur bedeutete vor allem auch die Anpassung der allgemeinen Lebensbedingungen an die Standards des 20. Jahrhunderts. So nutzte Witzenhausen z. B. bis 1962 noch das alte Abwassersystem aus dem Jahr 1902 und musste von 1962 bis 1968 mit Millionenaufwand – die Stadt sprach damals von einem „Jahrhundertprojekt“ – das gesamte Kanalsystem erneuern. Eschwege war da schon weiter, aber auch dort standen in den 60er Jahren aufwändige und kostspielige

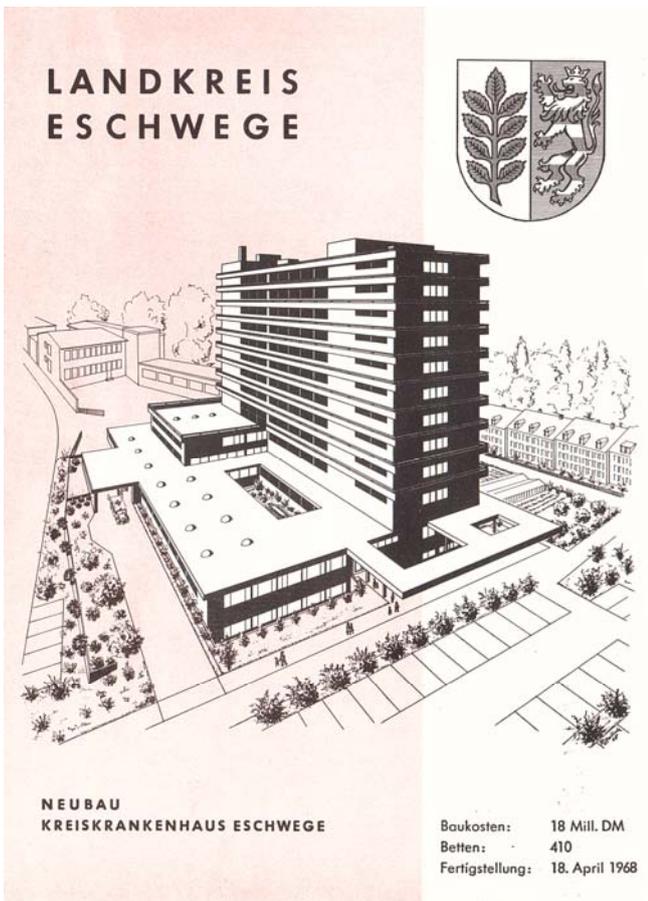
Erweiterungen und Modernisierungen der Kanalisation auf der Tagesordnung. Kanal, Strom, Wasser – all diese unverzichtbaren Bestandteile des täglichen Lebens mussten entweder modernisiert oder gänzlich neu eingerichtet werden.



Der Ausbau der Bundesstraße 7 (unten bei Waldkappel) und 27 (oben bei Bad Sooden-Allendorf) waren die beherrschenden Großprojekte im Verkehr, welche von den späten 60er bis in die 90er Jahre dauerten.



Einen ganz wichtigen Bestandteil bürgernaher Grundversorgung bildete auch damals schon das Gesundheitswesen. Beide Kreise gewährleisteten die medizinische Grundversorgung ihrer Bürger durch eigene Krankenhäuser: Der Kreis Eschwege als alleiniger Träger, der Kreis Witzenhausen seit 1950 gemeinsam mit der Stadt Witzenhausen im „Zweckverband Kreis- und Stadtkrankenhaus Witzenhausen“. Immer wieder baulich modernisiert – in Witzenhausen 1952, in Eschwege 1968 – und medizinisch auf den neuesten Stand gebracht, konnten beide Krankenhäuser eine hohe medizinische Qualität aufweisen und waren damals schon als Standortfaktoren unverzichtbar.



Zur Einweihung des Neubaus des Kreiskrankenhauses in Eschwege gab der Landkreis 1968 eigens ein Infoblatt heraus, die Abbildung zeigt das Titelblatt ganz im Stil dieser Zeit.

Erklärtes politisches Ziel der damaligen hessischen Landesregierung war der Versuch, größtmögliche Chancengleichheit im Bildungsbereich zu erreichen. Dies konnte natürlich nicht mit den traditionellen Dorfschulen geschehen, deren teilweise noch eingleisiges System – alle Jahrgangsstufen wurden in einem Raum unterrichtet – den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft nicht gerecht wurde.

Dies zu ändern war vordringliches Ziel auch der politisch Verantwortlichen in unserer Region, und so entstand mit der Ernst-Reuter-Schule auf der grünen Wiese zwischen Eichenberg, Berge und Hebenshausen Ende der 50er Jahre eine der ersten sogenannten „Mittelpunktschulen“ Deutschlands.

Hohen Besuch konnte Landrat Eitel O. Höhne 1972 zur Kaffeetafel im Rittersaal des Landgrafenschloss begrüßen: Bundeskanzler Willy Brandt stattete der Kreisstadt einen Besuch ab. Mit dabei waren auch der damalige Hessische Ministerpräsident Albert Oswald (unten rechts 2. v.r.) und der damalige Eschweger Bürgermeister Gerhard Rudolph. (unten rechts 1. v.r.)



Damit wurde ein deutliches bildungspolitisches Signal gesetzt und in den frühen sechziger Jahren konnte der Bau von Mittelpunktschulen u. a. in Grebendorf, Herleshausen, Hundelshausen, Nesselröden, Rommerode, Waldkappel, Wanfried und Walburg vehement vorangetrieben werden.



Bei der Grundsteinlegung für die Gelstertalschule in Hundelshausen durch Landrat Wilhelm Brübach (r.) wird ein Modell der neuen Schule präsentiert.

Realschulen bzw. Realschulzweige fanden sich in beiden Landkreisen nahezu flächendeckend, Höhere Schulen gab es in Bad Sooden-Allendorf, Eschwege und Hess. Lichtenau, eine der ersten „Gesamtschulen“ seit 1968 in Witzenhausen.

In Witzenhausen als traditionellem Standort landwirtschaftlicher Ausbildung, entstand 1963 mit der „Deutschen Landmaschinenschule“, kurz DEULA, eine moderne landwirtschaftliche Bildungseinrichtung von überregionaler Ausstrahlung. Hinzu kam mit dem „Seminar für ländliche Entwicklungshilfe“ ein völlig neues Bildungsangebot, das die Kreisstadt zu einem landwirtschaftlichen Ausbildungszentrum von Rang werden ließ.

Den zwischenzeitlichen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Einbindung der Witzenhäuser Ingenieurschulen als Fachbereiche in die neue Gesamthochschule Kassel: Mit dem Beginn des Wintersemesters 1971/72 nahm die GHK mit 300 Studenten auch in Witzenhausen ihren Lehrbetrieb auf – die Kirschenstadt hatte Eingang gefunden in den elitären Kreis der deutschen Universitätsstädte.

## 6. Die ungeliebte Reform – von frühen Ehen und zurückgewiesenen Avancen

Autoren: Jörg Klinge / Matthias Roeper

Der Werra-Meißner-Kreis verdankt seine Existenz einem Reformprozess, dessen Wurzeln in die späten 60er Jahre zurückreichen. Zwar hatte es auch bereits vorher immer wieder Kritik an zu kleinen und nicht effizienten Verwaltungseinheiten gegeben, die es aber bei der bloßen Aufzählung der Probleme beließ. So standen z. B. häufig den Bürgermeistern kleiner Landgemeinden keine entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung, so dass die Amtsstube in der Küche der Familie des Bürgermeisters keine Seltenheit darstellte.

An neue Verwaltungsmethoden, geschweige denn die Einführung moderner Technik, war unter diesen Bedingungen nicht zu denken. Darüber hinaus wurden die gesetzlichen Anforderungen an die öffentlichen Verwaltungen immer komplexer und konnten nicht mehr durch Klein bzw. Kleinstverwaltungen mit Bürgermeister und nur einem weiteren Mitarbeiter, wie das sehr oft der Fall war, bewältigt werden.

### 6.1. Freiwillig vor Zwang

Den verantwortlichen Politikern war allerdings klar, dass eine Reform der kleinteiligen öffentlichen Verwaltungen nur mit einer Gebietsreform einhergehen konnte und diese ein durchaus „heißes Eisen“ darstellte. Erst das letzte Kabinett des langjährigen hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn (SPD) leitete konkrete Schritte ein, um sowohl eine Reduzierung der Kommunen als auch der Landkreise zu erreichen.

Um den Kommunen und Landkreisen diese in der Regel einschneidenden Veränderungen schmackhaft zu machen, wurden Anreize für einen freiwilligen Zusammenschluss durch Vergünstigungen im Kommunalen Finanzausgleich geschaffen. Bei Reformbeginn am 28. Februar 1969 gab es in Hessen 2642 Gemeinden, 39 Landkreise und 9 kreisfreie Städte – mithin eine Zahl, die sich bis zu deren Ende im Jahre 1977 grundlegend ändern sollte.

Die nachfolgende Regierung unter Ministerpräsident Albert Osswald (SPD) und Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld (FDP) setzte sich dann das Ziel, die Zahl der Gemeinden auf ca. 500 und die der Kreise auf ca. 20 zu reduzieren. Zum 31. Dezember 1971 hatte sich durch freiwillige Grenzänderungen die Zahl der Gemeinden bereits auf 1233 verringert. Eine Zwangszusammenlegung wurde für den Stichtag 1. Juli 1974 angekündigt. Das Ergebnis: Heute gibt es in Hessen 421 Gemeinden in 21 Landkreisen und fünf kreisfreie Städte.

### 6.2. Gebietsreform in unserer Region

Dass sich die öffentliche Verwaltung den geänderten Anforderungen anpassen musste, war auch den Verantwortlichen in den nordhessischen Landkreisen und Kommunen bewusst. Klar war den Beteiligten auch, dass die Veränderung vor allem bedeuten würde, größere Einheiten zu bilden.

Doch darüber, wie weit eine solche Anpassung der Verwaltungsstrukturen gehen sollte und mit wem man sich auf eine kommunale Ehe einlassen könnte, gingen die Meinungen zum Teil sehr weit auseinander, wobei das Spektrum von grundsätzlicher Ablehnung über die Einsicht in das Notwen-

dige und damit auch Unvermeidliche bis hin zum Aufgreifen der vom Land gebotenen Chancen reichte.

So begriffen einige Bürgermeister in der Aufforderung des Landes, sich freiwillig Partner für eine neue Großgemeinde zu suchen, als willkommene Gelegenheit, sowohl die finanzielle Situation ihrer Kommunen zu verbessern als auch ohnehin bestehende Partnerschaften – z. B. auf der Ebene der gemeinsamen Schulgemeinde – auch politisch und verwaltungstechnisch umzusetzen. So begannen denn im Laufe des Jahres 1969 auch im Bereich des heutigen Werra-Meißner-Kreises die Diskussionen auf gemeindlicher- wie auch Kreisebene über geeignete Partner.

In einigen Fällen ging es sehr schnell. Bereits in den Jahren 1970/1971 kam es zu ersten freiwilligen Zusammenschlüssen, durch die sich die Gemeinden Herleshausen (01.12.1970) und Neu-Eichenberg (01.02.1971) bildeten. Die Gemeinde Wickenrode schloss sich mit der Gemeinde Helsa im Landkreis Kassel zusammen und schied aus dem Territorium des Kreises Witzenhausen aus. Und so kam es auch, dass noch vor der Herausgabe der in bestem Verwaltungsdeutsch offiziell genannten – „Vorschläge für die gebietliche Neugliederung auf der Gemeindeebene“ durch das Hessische Innenministerium im Sommer 1971 der Zusammenschluss der ersten neuen Großgemeinden abgeschlossen war. Hier waren ohne äußere Einflussnahme auf das „wer mit wem“ freiwillige Zusammenschlüsse geglückt, die alle weiteren Reformschritte unverändert überstehen sollten.

Darüber hinaus hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bereits eine ganze Reihe weiterer Gemeinden auf den Weg des Zusammenschlusses gegeben, der allerdings dann durch neue ministerielle Pläne durchkreuzt oder zumindest in Frage gestellt wurde. In vielen Bereichen sah man in Wiesbaden nämlich größere Verbünde vor und wollte dadurch verhindern, dass aus „Kleinstgemeinden“ nach dem Zusammenschluss mit nur einem oder wenigen kleinen Partnern wieder nur „Kleingemeinden“ entstünden.

Dies führte dazu, dass Pläne, die die Politik vor Ort gemacht hatte und mit der neu sich die Bevölkerung bereits zaghaft angefreundet hatte, häufig begraben werden mussten. Gerade Gemeinden, die sich in einer Stadt-Randlage befanden, wehrten sich häufig gegen den Anschluss an eben diese Stadt, denn sie befürchteten für die Zukunft eine erdrückende Dominanz durch den deutlich größeren Partner.

So kam es zu zahlreichen Planspielen kleinerer Gemeindeverbünde, die – wie z. B. der projektierten Gemeinde „Vierwald“, bestehend aus den rund um die Stadt Witzenhausen gelegenen Dörfern Dohrenbach, Kleinalmerode, Roßbach – Ellingerode und durch die Pläne des Innenministeriums verhindert wurden.

Ein weiteres Beispiel hierfür sind die Überlegungen der SPD im Landkreis Witzenhausen, die noch im Januar 1971<sup>231</sup> den Vorschlag machte, vier Städte und drei Gemeinden auf dem Gebiet des Kreises Witzenhausen entstehen zu lassen. Der Plan des Innenministers aus dem darauffolgenden Sommer sah aber nur noch vier Städte und eine Gemeinde vor.

Dies führte bei vielen Beteiligten vor Ort – sowohl den politisch Verantwortlichen als auch den Bürgerinnen und Bürgern – zu teilweise herben Enttäuschungen, die den weite



ren Prozess deutlich erschweren und sich als belastende Hypothek für die Zukunft erweisen sollten.

In der Folgezeit gab es weitere freiwillige Zusammenschlüsse auf gemeindlicher Ebene, die dann allerdings schon durch die neuen Vorgaben aus Wiesbaden geprägt waren. Auch kam es zu weiteren Grenzveränderungen auf Landkreisebene. So im Jahr 1971, als die Gemeinde Stolzhäuser vom Gebiet des Landkreises Melsungen zum Landkreis Eschwege wechselte. Das folgende Jahr 1972 brachte dann für den Landkreis Witzzenhausen einen Gebietstausch. Die Gemeinde Sankt Ottilien verließ das Kreisgebiet zum neu gebildeten Landkreis Kassel, dafür wurde der Teil des Gutsbezirkes Kaufunger Wald, der bisher zum Landkreis Kassel gehörte, dem Landkreis Witzzenhausen zugeschlagen. Eine

bedeutende Veränderung erfuhr in diesem Jahr auch der Landkreis Eschwege, dem im Zusammenhang mit der Neugliederung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg die Stadt Sontra mit all ihren Ortsteilen angegliedert wurde.

Auf Kreisebene rückte ein Zusammengehen der beiden Nachbarkreise Eschwege und Witzzenhausen immer stärker in den Fokus der Planspiele, denn durch die Gründung der neuen Landkreise Kassel und Hersfeld-Rotenburg wurde diese Option immer wahrscheinlicher. Dies lag auch im Interesse des Landes, das bereits im Mai 1971 vorgeschlagen hatte, einen Zusammenschluss unter dem Namen Werakreis anzustreben. Bestätigt wurde diese Linie schließlich durch noch konkretere Planungen vom November 1972.<sup>232</sup>

### 6.3. Vom Werrakreis zum Werra-Meißner-Kreis

Insbesondere im Kreis Witzenhausen traf dieser Vorschlag eines gemeinsamen Kreisgebietes mit dem Landkreis Eschwege auf erhebliche Widerstände. Zum einen war bei dieser Variante klar, dass die Stadt Witzenhausen den Rang als Kreisstadt an das größere und obendrein viel zentraler gelegene Eschwege verlieren würde, und zum anderen gab es – insbesondere aus dem Raum Hessisch Lichtenau – starke Tendenzen in Richtung Zusammenschluss mit dem Raum Kassel bzw. Melsungen.

Ziel dieser Bestrebungen war die Bildung eines Werra-Fulda-Kreises unter Einbeziehung der drei Landkreise Melsungen, Witzenhausen und Eschwege. So beauftragte der Kreistag des Landkreises Witzenhausen eine Verhandlungsdelegation, Gespräche mit dem Landkreis Melsungen aufzunehmen und parallel mit den Partnern in Eschwege zu sprechen.<sup>233</sup>

Schon bald stellte sich jedoch heraus, dass man mit den Avancen beim Wunschpartner Melsungen auf wenig Interesse stieß, woran auch die damals im Raum stehende Idee, Hess. Lichtenau zum Sitz der neuen Kreisverwaltung zu machen, nichts änderte. Der Vorsitzende des Witzenhäuser Kreistages Heinz Jünemann konnte dementsprechend als Ergebnis der Verhandlungen nur berichten, dass aus Melsunger Sicht „keinerlei Verbindungen zum Raum Eschwege bestehen“ und man sich, auch im Sinne des Landes, schon anderweitig orientiert habe und die Ehe mit den Kreisen Fritzlar-Homburg und Ziegenhain zum Schwalm-Eder-Kreis anbahnt. Ebenso signalisierte der Kreis Eschwege „kein Interesse“ an einer solchen Dreierfusion.<sup>234</sup> In dieser Situation blieb sowohl Eschwege als auch Witzenhausen mit der Bildung eines gemeinsamen Kreises nur noch der vom Land vorgezeichnete Weg.

Insbesondere im Raum Hessisch Lichtenau tat man sich damit schwer. Die gefühlte und tatsächliche größere Nähe zum Oberzentrum Kassel ließ den Wunsch aufkommen, sich im Lossetal gen Westen zu orientieren. Doch das Land sah auch hier eine große Lösung durch die Eingemeindung aller umliegenden Gemeinden zur Stadt Hessisch Lichtenau vor. Ein Ausscheiden der so gewachsenen Stadt Hessisch Lichtenau aus dem zu gründenden Werrakreis lehnte das Land – mit Hinweis auf die notwendige „strukturelle Stärkung des Zonenrandgebietes trotz der im Vergleich zu den anderen Mittelbereichen des Kreises stärker ausgeprägten Beziehungen zum Raum Kassel“ – ab.<sup>235</sup>

So galt es, gerade im westlichen Kreisgebiet, viele Gegner der Reform für das Projekt des neuen Kreises zu gewinnen. Um die zum Teil großen Widerstände gegen die Folgen der Gebietsreform heute verstehen zu können, muss man die unterschiedlichen Ausgangssituationen in den verschiedenen Kreisteilen berücksichtigen.

Für den Kreis Eschwege gab es aufgrund der Grenzlage beim Beginn des Reformprozesses nur zwei Optionen: Entweder eine Orientierung gen Süden zum angrenzenden Landkreis Rotenburg oder nach Westen zum Landkreis Witzenhausen. Die Kreisstadt Eschwege war wegen der großen Entfernung zum hessischen Oberzentrum Kassel und dem niedersächsischen Göttingen ein wichtiger Wirtschafts- und Verwaltungsschwerpunkt, der für den Landkreis alle zentralörtlichen Funktionen erfüllte.

Der Kreis Witzenhausen hingegen war in einer anderen Situation. Die Kreisstadt Witzenhausen lag am nördlichen Rand des Kreises und hatte eine deutlich größere Nähe zum

Oberzentrum Kassel und noch stärker zu Göttingen. Der am westlichen Rand liegende Raum Großalmerode und Hessisch Lichtenau wiederum besaß traditionell starke Verbindungen in den Kasseler Raum.

So waren die Erwartungen innerhalb des Landkreises Witzenhausen bezüglich des neuen Kreischnittes eher westorientiert. Der Blick des Landes auf den nordosthessischen Raum wiederum war von übergeordneten Überlegungen geprägt.

Hier stand früh fest, dass Eschwege und Bad Hersfeld in ihrer Funktion als Kreisstädte an der damaligen „Zonengrenze“ gestärkt werden sollten. Deshalb gingen die Überlegungen des Landes sehr schnell in Richtung der später auch umgesetzten Lösung. Hinzu kam, dass mit der in dieser Linie befindlichen Gründung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg im Jahr 1972 mit der Kreisstadt Bad Hersfeld die Südoption für den Landkreis Eschwege nicht mehr möglich war. Der Kreis Eschwege wurde durch diesen Schritt aber nicht geschwächt, sondern sogar gestärkt, da er um die Stadt Sontra, die diesen Wechsel auch selbst forderte, wuchs.



Mit einer Broschüre informierten der Landkreis Eschwege und die Stadt Sontra sowie die Kreisstadt Eschwege über die Planungen zum Werrakreis unter Einschluss der Stadt Sontra aus dem damaligen Landkreis Rotenburg.

Am westlichen Rand des Kreises Witzenhausen gab es eine ähnlich weichenstellende Entwicklung. Hier hatte sich ebenfalls bereits 1972 der neue Landkreis Kassel gebildet, der sich in Richtung Nordwesten (Wolffhagen, Hofgeismar) ausdehnte und dadurch bereits eine Größe erreicht hatte, die eine Hinzunahme des Kreises Witzenhausen ausschloss.

Den Verantwortlichen im Landkreis Witzenhausen musste daher schon lange klar gewesen sein, dass es bei allen möglichen Konstellationen schwierig sein würde, den Sitz der zukünftigen Kreisverwaltung in Witzenhausen halten zu können. Der vom Land gewünschte Partner Eschwege hatte die Stärkung der Kreisstadt Eschwege als Ziel, und der Landkreis Kassel als Witzenhäuser Wunschpartner würde seinen Sitz in der Stadt Kassel auf keinen Fall aufgeben.

Allerdings sah man bei den politisch Verantwortlichen des Kreises Witzenhausen eine letzte Chance, dem Kreisgebiet dauerhaft den Sitz der Kreisverwaltung zu sichern, indem man Hessisch Lichtenau als Sitz eines neuen Kreises aus den Teilen Melsungen, Witzenhausen und Eschwege ins Spiel brachte. Dass man damit beim Land Hessen und dem Kreis Eschwege wenig Gegenliebe fand, ist aus bereits genannten Gründen verständlich. Aber auch der andere potenzielle Partner in Melsungen war für diese Idee nicht zu gewinnen.

Mit dem Scheitern dieses Planes machte sich bei vielen Beteiligten Ernüchterung breit, die sich noch dadurch verstärkte, dass das Land in einem Übermaß an Vorgaben auch noch den Namen des neuen Kreises vorbestimmt zu haben schien. Gerade aus dem Raum Hessisch Lichtenau gab es ganz erheblich Vorbehalte gegen den Werrakreis, hatte man doch nicht nur den Traum vom Titel Kreisstadt beerdigen müssen, sollte mehr noch, nun auch noch ein Kreisname kommen, der nur für den nord-östlichen Teil des neuen Kreises verbindend wirkte.

Es entstand der Eindruck, als ob man gegen die vermeintliche Übermacht des Landes und der Interessen des Nachbarn Eschwege einfach keine Chance für ein aus eigener Sicht besseres Modell gehabt hätte. Dass es durchaus gute und nachvollziehbare Gründe für die vom Land favorisierte Lösung gab, wurde dabei zum Teil auch geflissentlich übersehen.

Die Chance, wenigstens diese Geburtswehe des neuen Kreises zu lindern, ergab sich durch eine Anregung des Gebietsausschusses Werraland des Fremdenverkehrsverbands Kurhessen und Waldeck. Dieser schlug vor, bei einer absehbaren Fusion der Landkreise Eschwege und Witzenhausen dem neuen Kreis den Namen „Werraland“ oder „Werra-Meißner-Kreis“ zu geben.<sup>236</sup>



7. Wahlperiode . Drucksache 7/3343

17. 05. 73

## Gesetzentwurf der Landesregierung

für ein  
Gesetz zur Neugliederung der Landkreise Eschwege  
und Witzenhausen

### A. Problem:

Gebietliche Neugliederung der Landkreise Eschwege und Witzenhausen und der kreisangehörigen Gemeinden der beiden Landkreise.

### B. Lösung:

Zusammenschluß der Landkreise Eschwege und Witzenhausen zu einem Landkreis mit dem Namen „Werrakreis“ und dem Sitz der Kreisverwaltung in der Stadt Eschwege. Auflösung kleinerer kreisangehöriger Gemeinden und Zusammenfassung zu neuen größeren Gemeinden oder Eingliederung in größere Gemeinden.

### C. Alternativen:

Keine.

### D. Finanzielle Mehraufwendungen:

Aus der Durchführung des Gesetzes entstehen dem Land keine besonderen Kosten.

Die Höhe der den Landkreisen und Gemeinden erwachsenden Mehrkosten können auch nicht annähernd geschätzt werden. Sie hängen in erster Linie von Entscheidungen der Organe der neugegliederten Gebietskörperschaften ab, deren Auswirkungen besonders unter Berücksichtigung erwarteter Einsparungen, Verbesserungen und Leistungssteigerungen — soweit sie sich überhaupt quantifizieren lassen — erst nach einem längeren Zeitraum erkennbar werden.

Die Landesregierung legt mit Schreiben vom 17. Mai 1973 den nachstehenden, durch Kabinettsbeschluß vom 14. Mai 1973 gebilligten und festgestellten Gesetzentwurf dem Landtag zur Beschlußfassung vor. Der Gesetzentwurf wird vor dem Landtag vom Minister des Innern vertreten.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung vom 17. Mai 1973 spricht noch vom Werrakreis erst im weiteren Gesetzgebungsverfahren im Landtag wird der Name in Werra-Meißner-Kreis geändert.

Der zweite Namensvorschlag wurde von allen Beteiligten dankbar aufgenommen. Anfangs favorisierte man allerdings noch die Reihenfolge Meißner-Werra-Kreis, was dann aber im anschließenden Gesetzgebungsverfahren doch schließlich zur Namensgebung „Werra-Meißner-Kreis“ führte. Der Kreistag in Eschwege machte am 23. Februar 1973 einstimmig den Weg zur Kreisgründung frei.<sup>237</sup> Witzenhausen folgte am 26. Februar 1973. Dort wurde mit 16 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen dem Vorschlag des Landes gefolgt.<sup>238</sup> Beide Kreistage signalisierten aber den Wunsch, den vom Land favorisierten Namen zu verändern, und so konnte aus dem im Gesetzentwurf vom 17. Mai 1973 noch „Werrakreis“ genannten Großkreis durch das Gesetz vom 28. September 1973 der „Werra-Meißner-Kreis“ entstehen.

Eine Forderung aus dem Kreis Witzenhausen blieb allerdings unerfüllt. Der Innenminister legte nämlich fest, dass die Autokennzeichen der neuen Landkreise sich nach dem Namen der Kreisstadt zu richten hatten. So blieb es beim ESW und das seither immer wieder ins Spiel gebrachte WMK konnte bis heute nicht realisiert werden — ist aber durch die Wiedereinführung des WIZ im Jahr 2013 wohl auch endgültig ad acta gelegt worden.

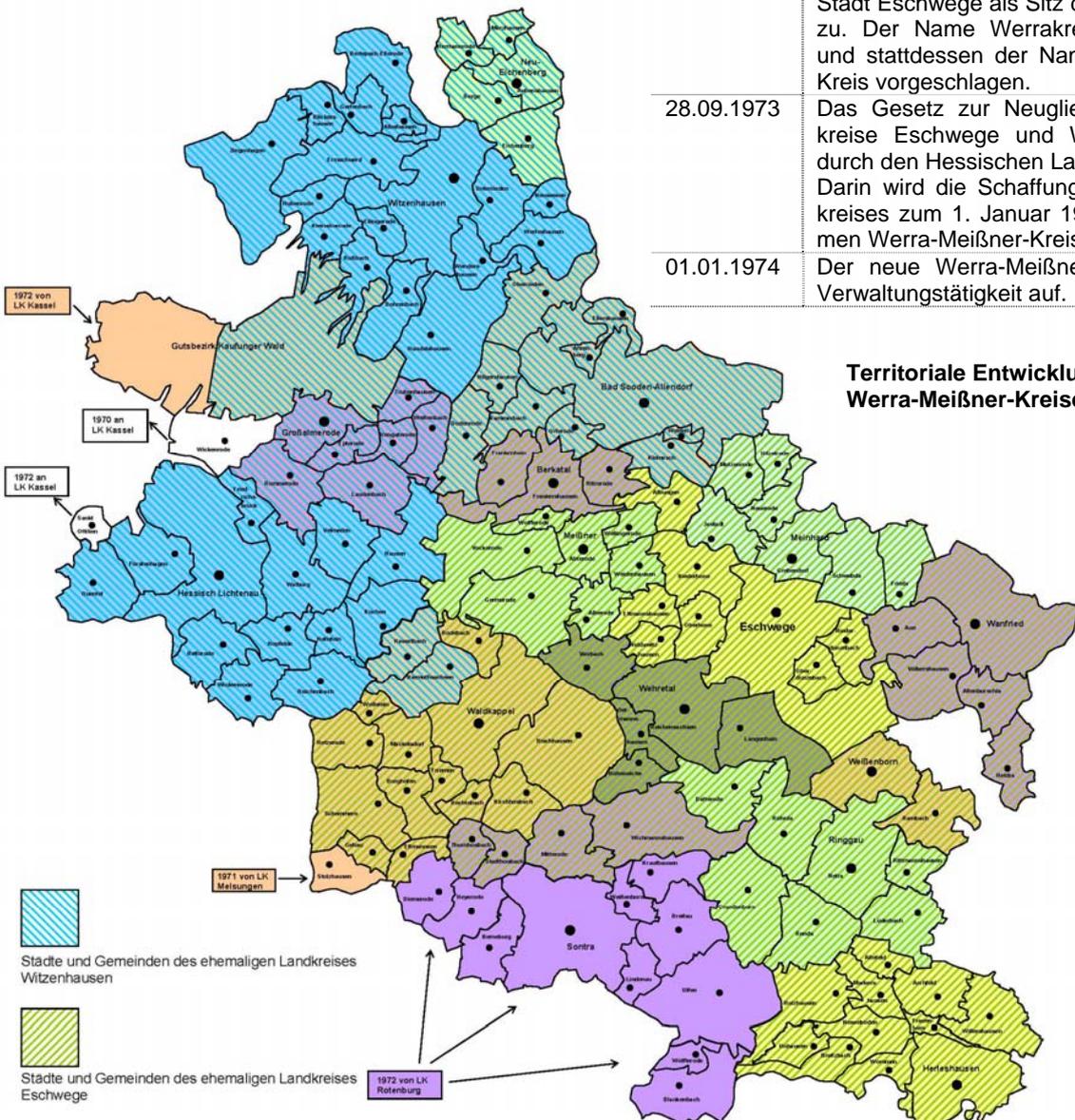
Gleichzeitig mit dem Gesetz zur Schaffung des Werra-Meißner-Kreises wurden auch alle gemeindlichen Neugliederungen abgeschlossen und alle sechzehn Kommunen des neuen Kreises erhielten ihre endgültige Form. Die Verwaltung des neuen Werra-Meißner-Kreises nahm am 1. Januar 1974 die Arbeit in der neuen Kreisstadt Eschwege und in der Außenstelle Witzenhausen auf.

## 6.4. Chronologisches

Die nachfolgende Tabelle gibt die wichtigsten Daten zur Kreisreform der beiden ehemaligen Landkreise Witzenhausen und Eschwege wieder. Dabei wird auf die Gemeinde- bzw. Kreisreform der angrenzenden Landkreise nur insofern eingegangen, in der diese direkte Auswirkungen auf die Landkreise Eschwege und Witzenhausen hatte.

1965	Das neue Hessische Finanzausgleichsgesetz sieht besondere Zuschüsse an Gemeinden vor, die mit anderen Gemeinden gemeinschaftliche Verwaltungseinrichtungen bilden.
06.07.1966	Konstituierung der Sachverständigenkommission zur Verwaltungsreform in Hessen.
18.01.1967	Ministerpräsident Georg August Zinn kündigt in einer Regierungserklärung an, dass die Sachverständigenkommission zur Verwaltungsreform einen Stufenplan zur Umsetzung der Reform vorgelegt hat.
Juli 1969	Veröffentlichung der Zielkonzeption durch den Hessischen Innenminister.
01.12.1970	Die Gemeinden Helsa (Landkreis Kassel) und Wickenrode (Landkreis Witzenhausen) schließen sich freiwillig zusammen. Mit dem Zusammenschluss wechselte Wickenrode vom Landkreis Witzenhausen in den Landkreis Kassel.
Mai 1971	Der Hessische Innenminister legt Vorschläge zur gebietlichen Neugliederung auf Kreisebene vor. Darin wird die Zusammenlegung der Landkreise Eschwege und Witzenhausen unter dem neuen Namen Werrakreis vorgeschlagen.
15.10.1971	Der Kreistag des Landkreises Witzenhausen spricht sich gegen eine Zusammenlegung der Landkreise Witzenhausen und Esch-

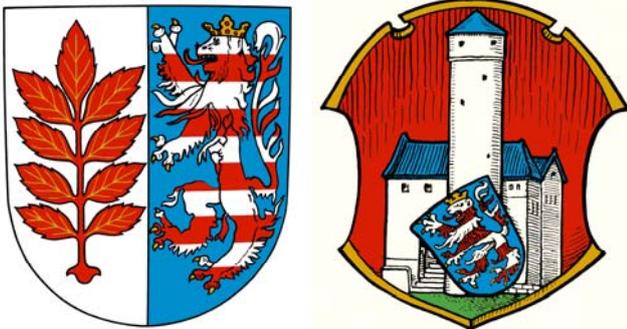
	wege aus und schlägt stattdessen eine Fusion der drei Landkreise Melsungen, Witzzenhausen und Eschwege vor.		Witzenhausen eingekreist, die Gemeinde St. Ottilien tritt der Großgemeinde Helsa bei und wechselt damit zum neuen Landkreis Kassel.
29.11.1971	Gespräche über eine Fusion der Landkreise Melsungen, Witzzenhausen und Eschwege werden aufgenommen, allerdings stehen sowohl der Landkreis Melsungen, der parallel mit den Landkreisen Fritzlar-Homberg und Ziegenhain verhandelt, als auch der Landkreis Eschwege einer Dreierfusion skeptisch gegenüber.	21.09.1972	Waldeck schlägt vor, bei einer absehbaren Der Gebietsausschuss Werraland des Fremdenverkehrsverbandes Kurhessen und Fusion der Landkreise Eschwege und Witzzenhausen dem neuen Kreis den Namen Werraland oder Werra-Meißner-Kreis zu geben.
31.12.1971	Die Gemeinde Stolzhausen gliedert sich der Stadt Waldkappel an und wechselt damit vom Landkreis Melsungen in den Landkreis Eschwege.	November 1972	Im Rahmen des Anhörungsverfahrens legt der Hessische Innenminister die Vorschläge für die gebietliche Neugliederung der Landkreise Eschwege und Witzzenhausen vor. Darin wird, wie schon im Mai 1971, die Fusion der Landkreise Eschwege und Witzzenhausen zu einem neuen Werrakreis vorgeschlagen.
13.04.1972	Der Landkreis Melsungen teilt mit, dass die Verhandlungskommission des Kreises dem Kreistag den Zusammenschluss des Kreises Melsungen mit den Landkreisen Fritzlar-Homberg und Ziegenhain empfehlen wird.	23.02.1973	Der Kreistag des Landkreises Eschwege stimmt der Zusammenfassung der Landkreise Eschwege und Witzzenhausen mit der Stadt Eschwege als Sitz der Kreisverwaltung zu. Als Name für den neuen Kreis wird sowohl Werrakreis als auch Meißner-Werra-Kreis vorgeschlagen.
11.07.1972	Mit dem Gesetz zur Neugliederung der Landkreise Hersfeld und Rotenburg wird die Stadt Sontra mit ihren Ortsteilen in den Landkreis Eschwege eingekreist.	26.02.1973	Der Kreistag des Landkreises Witzzenhausen stimmt der Zusammenfassung der Landkreise Eschwege und Witzzenhausen und der Stadt Eschwege als Sitz der Kreisverwaltung zu. Der Name Werrakreis wird abgelehnt und stattdessen der Name Meißner-Werra-Kreis vorgeschlagen.
11.07.1972	Mit dem Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Kassel wird der bisher zum Landkreis Kassel gehörende Teil des Gutsbezirks Kaufunger Wald in den Landkreis	28.09.1973	Das Gesetz zur Neugliederung der Landkreise Eschwege und Witzzenhausen wird durch den Hessischen Landtag beschlossen. Darin wird die Schaffung des neuen Landkreises zum 1. Januar 1974 unter dem Namen Werra-Meißner-Kreis festgelegt.
		01.01.1974	Der neue Werra-Meißner-Kreis nimmt die Verwaltungstätigkeit auf.



**Territoriale Entwicklung des Werra-Meißner-Kreises**

**6.5. Der steinige Weg zu einem Wappen für den neuen Kreis**

War schon die Namensfindung schwierig, so erwies sich die Suche nach einem Wappen für den neuen Kreis als noch anspruchsvoller und komplizierter. Auch hier stand am Ende ein verblüffend einfacher Kompromiss.



Die Wappen der beiden fusionierten Landkreise Eschwege (l.) und Witzhenhausen (r.) beinhalteten beide den hessischen Löwen. Auf dieses Gestaltungselement wurde im Wappen des Werra-Meißner-Kreises zugunsten einer sinnbildlichen Darstellung von Werra und Meißner verzichtet.

Dass auch der neu gebildete Kreis nicht ohne Wappen auskommen konnte, war selbstverständlich und da man im Zuge der Reform diese Frage noch nicht hatte klären können, gab es zunächst eine vom Land verordnete Übergangslösung. So zierte der Hessen-Löwe zunächst die Gebäude des Kreises und die Briefköpfe mussten vorerst ohne Wappen und nur mit dem mit der Schreibmaschine erstellten Schriftzug Werra-Meißner-Kreis auskommen.



Von 1974 bis 1976 führte der Werra-Meißner-Kreis als Ersatz für ein eigenes Wappen das hessische Landeswappen.

Um diesen wappenlosen Zustand zu beenden, wurde Reinhold Zeuch, der als Technischer Zeichner bei der Kreisverwaltung angestellt war, beauftragt, erste Entwürfe anzufertigen.



Die Abbildung zeigt die ersten drei Entwürfe der Verwaltung, die zur Prüfung an das hessische Staatsarchiv gesandt wurden.

Parallel dazu rief der Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises im April 1975 per Zeitungsartikel zu einem offenen Gestaltungswettbewerb auf. Dabei sollten die Entwürfe die Symbole der bisherigen Wappen, Burg Ludwigstein und Hessen-Löwe (Witzenhausen) und Eschenblatt und Hessen-Löwe (Eschwege), aufnehmen und um die Namensgeber des neuen Kreises, Werra und Meißner, ergänzt werden.

Kreisausschuß schreibt Wettbewerb aus:

# Neues Wappen für Großkreis gesucht

Einsendeschluß ist der 1. Juni / 700 DM für besten Entwurf

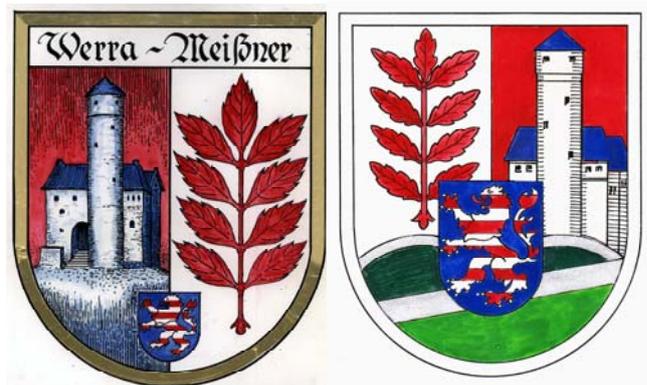
Eschwege (wl). Der Kreisausschuß des Werra-Meißner-Kreises bemüht sich um ein neues Wappen. Vor Pressevertretern wies Landrat Eitel O. Höhne heute darauf hin, daß durch die Verschmelzung der beiden ehemaligen Kreise Eschwege und Witzhenhausen auch die Wappen „untergegangen“ seien. Den Darstellungen des Landrats zufolge wollte man ursprünglich ein neues Großkreiswappen von einem Graphiker entwerfen lassen, allerdings habe man dieses Vorhaben fallen gelassen. Höhne wörtlich: „Wir wollen die Öffentlichkeit jetzt zur Mitarbeit aufrufen.“

Nach eingehender Beratung habe sich der Kreisausschuß für die Ausschreibung eines Wettbewerbs entschieden. Der beste Entwurf soll mit 700 DM prämiert werden, und für den zweiten sind 300 DM in Aussicht gestellt. Teilnahmeberechtigt ist jedermann. Als Einsendeschluß wurde der 1. Juni angegeben.

Landrat Eitel O. Höhne wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich in dem neuen Großkreiswappen möglichst beide ehemaligen Wappen der Kreistelle Eschwege und Witzhenhausen (Bild) wiederfinden sollten. Darüber hinaus sollten die Werra und der Meißner sowie der hessische Löwe zu erkennen sein. Landrat Höhne: „Wir wollen das neue Emblem symbolisch an die Bezeichnung Werra-Meißner-Kreis angleichen.“

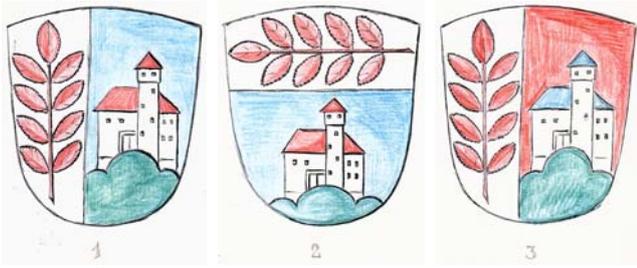
Ausschnitt aus der Werra-Rundschau vom 21. April 1975

Insgesamt wurden daraufhin fünfundsiebzig Gestaltungsentwürfe, deren Motivvorschläge sehr unterschiedlich waren, eingesandt. Einige orientierten sich stark an den bisherigen Wappen der Landkreise Eschwege und Witzhenhausen, andere lösten sich vollständig von den ursprünglichen Motiven und suchten andere Symbole, z. B. sinnbildliche Darstellungen des Meißners, des Bergbaus, der Kirche als Symbol für den Raum Witzhenhausen oder der im Kreis vorkommenden seltenen Pflanze Sonnentau.



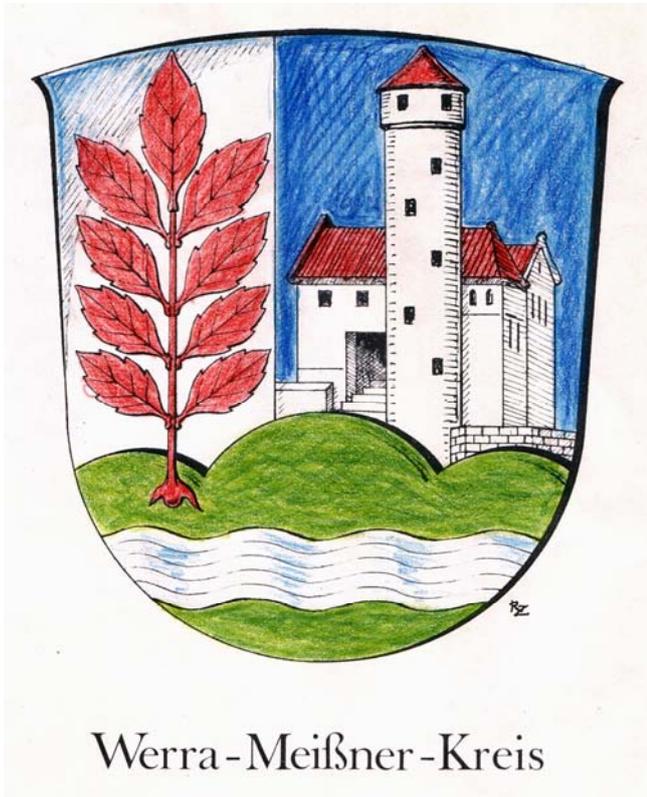
Die beiden später mit dem ersten (l.) und zweiten (r.) Preis bedachten Entwürfe aus dem freien Wettbewerb.

Sowohl die Entwürfe der Verwaltung als auch die aus dem Wettbewerb wurden zur Prüfung beim zuständigen Hessischen Staatsarchiv in Marburg eingereicht. Aufgrund der großen Zahl von Kreisen bzw. Städten und Gemeinden, die Entwürfe für neue Wappen eingereicht hatten, gab das Staatsarchiv aber erst am 21. Januar 1976 eine Antwort und teilte mit, dass die eingereichten Vorentwürfe alle nicht genehmigungsfähig seien und schlug selbst drei Vorentwürfe vor.



Die drei vom Hessischen Staatsarchiv vorgelegten Vorentwürfe verzichten auf den hessischen Löwen, enthalten aber auch keinen Hinweis auf die Werra. Das Staatsarchiv empfahl, seinen ersten Entwurf als Grundlage für das neue Wappen zu wählen.

Nach Prüfung der Entwürfe des Staatsarchivs machte man sich verwaltungsintern an die Überarbeitung der bisherigen Entwürfe und legte schließlich dem Hauptausschuss einen neuen Entwurf vor, dem dieser grundsätzlich zustimmte. Der Kreisausschuss beschloss daraufhin am 7. Juli 1976, dem Kreistag den Entwurf zur abschließenden Beratung vorzulegen, der dann am 2. August 1976 bei 53 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen als künftiges Wappen des Werra-Meißner-Kreises angenommen wurde.



Der durch Kreisausschuss und Kreistag beschlossene Entwurf für das neue Kreiswappen wurde vom Hessischen Staatsarchiv bemängelt und musste korrigiert werden.

Das aufwendige und durch die Überlastung des Staatsarchivs zeitlich stark verzögerte Verfahren führte dazu, dass der Kreisausschuss erst am 15. September 1976 auf Vorschlag einer verwaltungsinternen Kommission die Preisgelder für den ersten und zweiten Platz des Gestaltungswettbewerbs vergab. Prämiert wurden die beiden Entwürfe, die dem vom Kreistag beschlossenen neuen Wappen am ähnlichsten sahen. Alle anderen Teilnehmer am Wettbewerb erhielten als Dankeschön ein kleines Präsent.

Die Diskussion über das neue Wappen, die vor allem davon geprägt war, möglichst Motive zu finden, die alle Kreisteile berücksichtigen, kam erst zu einem glücklichen Ende, nachdem am 23. September 1976 das Staatsarchiv in Marburg erneut Einspruch gegen den Wappenentwurf erhob und eine nochmalige Überarbeitung einforderte. Entsprang beim vom Kreistag beschlossenen Entwurf des Wappens das Eschenblatt noch aus dem stilisierten Meißner, so musste aus heraldischen Gründen nun das Eschenblatt getrennt vom Meißner dargestellt werden.



## WERRA-MEISSNER-KREIS

Das Wappen des Werra-Meißner-Kreises zeigt über einem grünen, mit einem silbernen Wellenbalken (symbolisch die Werra) belegten Dreieck eine silberne Flanke, darin ein neunblättriger Eschenzweig (symbolisch für die Kreisstadt Eschwege), in einer blauen Flanke eine eintürmige, rotbedachte silberne Burg (symbolisch für die Burg Ludwigstein).

Erst dieser überarbeitete Entwurf wurde schließlich vom Staatsarchiv genehmigt und am 12. November 1976 durch Genehmigung durch den Hessischen Innenminister als Wappen des Werra-Meißner-Kreises offiziell eingeführt.

## 7. Suchen und Finden – der Weg des Kreis es bis zum November 1989

Autor: Matthias Roeper

Auch wenn vier Jahrzehnte in der Existenz politischer Gebilde eine eher geringe Zeitspanne darstellen, so beinhalten sie bei näherer Betrachtung dennoch eine schier unglaubliche Fülle an Ereignissen, Personen und Persönlichkeiten, lokalen, regionalen und übergeordneten Entwicklungslinien, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie einen rasanten wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

All dies hier ausführlich zu dokumentieren, ist weder der Anspruch noch kann es die Aufgabe einer solchen Chronik sein. Allerdings wird eine Darstellung der Geschichte unseres Kreises immer auch das regionale Blickfeld erweitern müssen, um sich nicht im Dickicht des Lokalgestrüpps zu verlieren.

Im Fall des Werra-Meißner-Kreises macht dies allein seine geographische Lage an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze zwingend erforderlich – zu stark prägten die damit verbundenen politischen wie wirtschaftlichen Besonderheiten die Entwicklung der Region und wirken bis heute nach.

Dabei macht es Sinn, den Gang der Dinge zu strukturieren und die vergangenen vierzig Jahre unter übergeordneten Blickwinkeln zu betrachten. Die wohl nachhaltigste Zäsur in der noch kurzen Kreisgeschichte bildete zweifellos die Deutsche Einheit, die mit den Ereignissen des November 1989 ihren Anfang nahm und die Situation des Werra-Meißner-Kreises von Grund auf veränderte.

„Als wesentlichstes und freudigstes Ereignis“, wie es der langjährige Erste Kreisbeigeordnete und Vize-Landrat Theodor Leyhe im Jubiläumsbuch zum 25. Geburtstag des Werra-Meißner-Kreises im Jahr 1999 formulierte, „in den 25 Jahren ist aus meiner Sicht die Grenzöffnung anzusehen. (...) Wichtig ist, dass wir nicht mehr am Rande des freien Europas, sondern im Herzen Deutschlands und eines späteren neuen Europas liegen.“<sup>239</sup>

So ist es sicher berechtigt, die vierzig Jahre Kreisgeschichte in zwei Phasen einzuteilen: Jene fünfzehn Jahre vor dem 9. November 1989 und das Vierteljahrhundert, das seitdem ins Land gegangen ist.

### 7.1. Schwere Geburt – holpriger Start

Am 31. Dezember 1974 hatte das neue politische Gebilde, das unter vielen Geburtswehen das Licht der Welt erblickt hatte, das erste Jahr geschafft und es hieß zum ersten Mal Bilanz zu ziehen. Diese fiel bei fast allen Akteuren auf der politischen Bühne ebenso verhalten aus, wie bei den Menschen von Herleshausen bis Ziegenhagen. „Ein Kreis, der noch keiner ist“, titelte die HNA und der aus Hess. Lichtenau stammende Kreistagsvorsitzende Horst Römisch (SPD) sinnierte: „... vielleicht waren wir alle zu recht nicht so begeistert.“<sup>240</sup>

Obwohl die Vorbehalte gegen das neue Gebilde im Altkreis Witzenhausen sicher größer waren als bei den Eschweger Nachbarn – immerhin wanderte der Hauptsitz des neuen Kreises nach Eschwege, das KFZ-Nummernschild WIZ verschwand und das ungeliebte neue Kennzeichen ESW stand bei vielen aus dem Altkreis Witzenhausen für „Esch-

wege schluckt Witzenhausen“ –, gab es auch dort nicht nur Zustimmung.

Selbst Eitel O. Höhne, der ehemalige Eschweger und seit dem 5. Juni 1974 erste Landrat des Werra-Meißner-Kreises konnte eine gewisse Skepsis nicht verhehlen. „Wir werden es alle“, so prophezeite er während des Prozesses der Kreisfindung, „miteinander schwer haben.“ Er sollte Recht behalten.

Wie groß die Vorbehalte gegen die neuen Strukturen allenthalben waren, dokumentierten die ersten Kommunalwahlen, die nach vollzogener Gebietsreform am 24. März 1974 stattfanden. Die bis dato in beiden Altkreisen unangefochten allein regierende SPD büßte über 12 % der Stimmen ein und verlor im neuen Kreistag die absolute Mehrheit. Wenn die Sprecher aller Parteien laut HNA vom 25. März unisono „... landes- und bundespolitische Themen für das Abschneiden“ ihrer Partei bei der Wahl verantwortlich machten, war das zwar ein wenig schwammig formuliert, traf aber, zumindest teilweise, den Kern der Sache.

Der Blick auf die Einzelergebnisse zeigt nämlich ganz deutlich, dass das wahlentscheidende „landespolitische Thema“ ohne wenn und aber die Gebietsreform war und die SPD in denjenigen Städten und Gemeinden am meisten verloren hatte, in denen die neuen Strukturen besonders kritisch gesehen wurden und erheblicher Unmut über die Ziehung der neuen Großgemeindegrenzen herrschte. Die Sozialdemokraten, von der Bevölkerung als „Partei der Gebietsreform“ wahrgenommen, wurden demnach bei dieser Wahl für die Reform an sich, alle damit verbundenen tatsächlichen Unzulänglichkeiten und – was fast noch schwerwiegender war – auch alle gefühlten Ungerechtigkeiten de facto verantwortlich gemacht und deshalb per Stimmzettel abgestraft.

Wie sehr dieser Verdross selbst bis weit in die Reihen sozialdemokratischer Parteimitglieder reichte, zeigt das doch recht bittere Fazit Armin Eulers, der als einer der profiliertesten Kommunalpolitiker der Region lange Jahre erst dem Witzenhäuser Kreistag und dann von 1974–1997 dem Kreistag des Werra-Meißner-Kreises angehörte.

Euler kritisierte das gesamte Prozedere der Reform grundsätzlich und rügte noch Ende der 90er Jahre die dadurch seiner Meinung nach entstandene bürgerferne Verwaltung: „Die schönen Worte und Versprechungen über eine bürgernahe Verwaltung sind vergessen. Die Verwaltungen sind größer und undurchsichtiger geworden. Die Gesetze und Verordnungen werden immer komplizierter, so dass der normale Bürger sie nicht mehr versteht. Ohne Rechtsberater kommt kaum noch eine Verwaltung aus. Der Mensch ist in den Hintergrund getreten. Das Vertrauen in den Staat nimmt erschreckend ab. Die kommunale Selbstverwaltung findet zum Teil nur noch auf dem Papier statt.“<sup>241</sup>

Den nunmehr noch dreißig Mandaten der SPD standen im ersten Kreistag des neuen Großkreises deren 26 der CDU und fünf der F.D.P. gegenüber. Zur konstituierenden Sitzung des neuen Parlamentes traf man sich am 2. Mai 1974 in Bad Sooden-Allendorf – der Ort war mit Bedacht gewählt, lag er doch fast genau in der Mitte zwischen den beiden „alten“ Kreisstädten Eschwege und Witzenhausen und sollte das künftige Miteinander der beiden Altkreise auch räumlich demonstrieren.

Das Bemühen, die durch die Gebietsreform aufgerissenen Gräben wieder zu schließen, zog sich nicht nur durch diese Sitzung, sondern war politische Leitlinie des am 5. Juni in Eschwege mit den Stimmen von SPD und F.D.P. zum Landrat gewählten Sozialdemokraten Eitel O. Höhne (1922–1998), der schon am 2. Mai die Abgeordneten dazu aufrief, in diesem neuen Parlament auch über politische Gegensätze hinaus zusammenzustehen, Konfrontationen zu vermeiden, um am Beginn der durch die gebietliche Neugliederung geschaffenen Legislaturperiode die gestellten Aufgaben meistern zu können.

In das Amt des Kreistagsvorsitzenden wählten die Abgeordneten am 2. Mai den Sozialdemokraten Horst Römisch aus Hess. Lichtenau und zum hauptamtlichen ersten Beigeordneten und stellvertretenden Landrat am 5. Juni Theodor Leyhe (F.D.P.). Mit dieser Wahl begann die politische Ehe zwischen Sozial- und Freidemokraten, die bis zur Kommunalwahl 2011 Bestand haben sollte.

Hautnah miterlebt hat diese Epoche der Kreisgeschichte auch Erika Wagner (1922–2011), die seit 1960 für die SPD erst dem Eschweger Kreistag und dann von 1974–2001 dem Kreistag des Werra-Meißner-Kreises angehörte, seit 1997 als dessen Vorsitzende. Auch sie verhehlt in ihren Erinnerungen nicht, wie problembeladen der Start des neuen Kreises letztendlich vonstatten ging.

„Mit der Kommunalwahl am 24. März 1974“, erinnert sie sich ein Vierteljahrhundert später, „wurde ein Schlussstrich unter die sehr strittige Diskussion über die vom Land Hessen „verordnete“ Gebietsreform gezogen. (...) Die Sozialdemokraten, die bis dahin im Landkreis Eschwege und im Landkreis Witzenhausen die absolute Mehrheit der Sitze hatten, mussten bei der Wahl kräftig Federn lassen und verloren die Mehrheit. Die Bürgerschaft hatte so ihren Unmut über die von der SPD geführten Landesregierung zu verantwortende Neugliederung der Kreise, Städte und Gemeinden deutlich zum Ausdruck gebracht.“

Nun, es war schon ein großer Einschnitt in das kommunale Leben, der in manchen Bereichen bis heute nicht ganz verwunden ist. (...) Wenn man sich in Erinnerung ruft, dass es in 1970 im Altkreis Eschwege 69 und im Altkreis Witzenhausen 57 selbständige Städte und Gemeinden mit Bürgermeister und Gemeindevertretung gab, die nun in 16 Städten und Gemeinden zusammengefasst wurden, dann kann man sicher ermessen, wie tiefgreifend die Veränderung war.

Das ging nicht ohne Verletzung und Frustration bei den bis dahin vor Ort Verantwortlichen ab und, so konstatierte Erika Wagner immerhin ein Vierteljahrhundert nach der vollzogenen Reform, „ein Rest von Groll kommt bei den Älteren immer wieder einmal hoch.“<sup>242</sup>

Fast schon rührend muten in diesem Kontext hingegen die Zeilen an, die 1974 unter der Überschrift „Der Werra-Meißner-Kreis: Aufgabe und Anregung“ dem damals publizierten ersten „Wegweiser durch den Werra-Meißner-Kreis“ vorangestellt wurden.

„Dieser Wegweiser durch den Werra-Meißner-Kreis“, so Professor Dr. Hanno Beck, der Autor des Vorwortes, „erhält damit die erste und große Chance, Tausenden von Menschen ihren neuen Kreis bewusst zu machen. Städte wie Witzenhausen, Wanfried und Bad Sooden-Allendorf, Sontra und Waldkappel, Großalmerode und Hess. Lichtenau mit vielen gesegneten Dörfern gruppieren sich nun um die jetzt tausendjährige Kreisstadt Eschwege. In diesem größeren

Rahmen soll die alte Heimatverbundenheit weiterleben und neue Grundlagen hinzugewinnen.“

Der Großkreis ist eine einzige Anregung, und jeder, der Verantwortung trägt, soll nicht nur verwalten, sondern sich auch menschlich verhalten, ja um besondere Menschlichkeit bemüht sein. (...) Möchte dieser Kreis zusammenwachsen im versöhnlichen Geist, und möchte er Achtung und Beachtung und schließlich auch etwas Liebe selbst derjenigen finden, die ihm noch abwartend gegenüberstehen.“<sup>243</sup>



Vermutlich auf der sogenannten Nordhessenschau in Eschwege im Jahr 1974 entstand dieses Bild einer Fotoausstellung, mit der sich der neu gegründete Werra-Meißner-Kreis den Besucherinnen und Besuchern vorstellte.

Damit mag es an dieser Stelle mit dem Blick auf die anfänglichen Schwierigkeiten des neuen Landkreises genug sein. Auf politischer Ebene kehrte die Region mit der Kommunalwahl 1977 zu den Mehrheitsverhältnissen vor der Gebietsreform zurück – d. h. die SPD als „Partei der Gebietsreform“ erholte sich von ihrer Niederlage im März 1974 und erreichte mit 51,5 % der Stimmen wieder die absolute Mehrheit.

Neben der vorsichtigen Überwindung der emotionalen Befindlichkeiten war nun eine ganze Menge handfester politische Arbeit zu leisten: Schließlich mussten nicht nur zwei bislang selbständige Kreise zu einer funktionstüchtigen organisatorischen Einheit verschmolzen werden, sondern es harrten auch auf allen Ebenen eine Fülle infrastruktureller Verbesserungen ihrer Umsetzung.

Wie ambivalent sich die Region damals Neubürgern darstellte, zeigt der Eindruck, den das Land zwischen Werra und Meißner auf den ehemaligen Oberurseler Stadtkämmerer und nunmehrigen Vize-Landrat Theodor Leyhe und dessen Familie machte:

„Während in Südhessen die Diskussion um Umweltprobleme voll entbrannt war, wohnten wir nun inmitten einer reizvollen, heilen Landschaft. In Städten und Dörfern hatte man überkommene Bausubstanz bewahrt. Hektik und sogenannter „Fortschritt“ hatten diese Region noch nicht besetzt. Wir begegneten arbeitssamen, verlässlichen und freundlichen Menschen, deren „Nachteile“, wie ein Professor es ausführte, Reichstreu und Heimattreue waren.“

Das große „Aber“ fiel uns sofort auf. Die private und öffentliche Armut waren nicht zu übersehen. (...) Die unselige Teilung Deutschlands hatte zwar einen Grenzübergang in Herleshausen übrig gelassen, aber ansonsten gewachsene Verbindungen im Bereich des Verkehrs, des Handels, des Arbeitskräfteaustausches und der familiären Beziehungen zerstört.



Auch wenn die Natur die Wunde häufig überwucherte, Mitte der 70er Jahre präsentierte sich die Innerdeutsche Grenze als technisch perfektionierte Todesfalle, die auch wirtschaftlich lähmende Folgen hatte.

Viele Menschen kamen mir damals mutlos vor. Dies war wiederum für jemanden, der aus Südhessen kam, wo alle

vor Selbstbewusstsein strotzten und alles „machbar“ war, nicht immer verständlich.“<sup>244</sup>

## 7.2. Bürgernähe als oberstes Prinzip

Damit der neue Kreis überhaupt als solcher in Erscheinung treten konnte, bedurfte es einer funktionierenden Struktur. Unter dem Motto „Aus zwei mach eins“ hatten die Verantwortlichen zwei bis dato eigenständige Verwaltungen zusammenzuführen und die Arbeit der neuen Kreisverwaltung an zwei unterschiedlichen Standorten in 30 km Entfernung zu koordinieren. Neben dem Landgrafenschloss in Eschwege, das als Dienstsitz des Landrates den Großteil der neuen Verwaltung beherbergte, blieb auch das, nun ehemalige, Landratsamt in Witzenhausen als Standort der Kreisverwaltung erhalten.

Beide Standorte der neuen Kreisverwaltung hatten diese Funktion schon lange inne, wobei das Eschweger Landgrafenschloss auf eine deutlich längere Geschichte zurückblicken konnte. Erbaut ab 1386 durch Landgraf Balthasar von Thüringen, durch verschiedene hessische Landgrafen erweitert und zum Renaissance-Schloss umgebaut, wechselte die Nutzung des Gebäudes in seiner langen Geschichte mehrfach von Amts- zu Wohnsitz, um schließlich seit der Kreisreform des Jahres 1821 Sitz als Sitz der Kreisverwaltung und des Landrats zu fungieren.



Kreishaus zu Witzzenhausen a. d. Werra.

Bis 1891 wurde ein Gebäude in der Innenstadt von Witzzenhausen als Kreishaus genutzt. Anschließend erfolgte der Umzug in das neue Gebäude in der Nähe des Nord-Bahnhofs.

Das Witzzenhäuser Landratsamt entstand zwischen 1889 und 1891 abseits der Altstadt auf einem parkartig angelegten Hügel in unmittelbarer Nähe der Bahnlinie Halle-Kassel. Vom damaligen Landrat Bernhard v. Schenck in Auftrag gegeben, ersetzte es das bis dato genutzte Kreishaus in der Innenstadt und erfüllt diese Funktion nunmehr bald 125 Jahre. Zwar bedeutete diese räumliche Zweiteilung der Verwaltung auch eine finanzielle Mehrbelastung des wahrlich nicht auf Rosen gebetteten Kreises, der diese aber von Anfang an wissentlich und vor allem willentlich in Kauf nahm, denn, wie es Eitel O. Höhne ausdrückte: „Demokratie und Bürgersinn bedarf der Nähe.“<sup>245</sup>

Das Festhalten an den räumlichen Strukturen der Verwaltung war ein nicht zu unterschätzender Bestandteil des aus heutiger Sicht doch relativ problemlosen Zusammenwachsens der beiden Kreisteile. Der Werra-Meißner-Kreis war hessenweit einer von zwei Landkreisen, die die neuen Strukturen in dieser Art und Weise handhabten.

Dies schuf sehr schnell eine vertrauensvollere Atmosphäre im Umgang miteinander und nach dem ersten Jahrzehnt Kreisgeschichte zeigte sich Landrat Höhne im Januar 1984

durchaus zufrieden mit dem bis dato Erreichten. „Ich kann verstehen“, so der Landrat vor der heimischen Presse, „dass es Witzenhausen wegen der verlorenen Funktion einer Kreisstadt schwerer fallen muss, als Eschwege, sich mit dem Ergebnis anzufreunden. Gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz haben aber Positives bewirkt, so dass zwar noch nicht von einem Zusammenwachsen, aber doch von Verständnis füreinander gesprochen werden darf und im Gegensatz zu anderen Gebieten Animositäten nicht vorhanden sind.“<sup>246</sup>

Natürlich brachte die räumliche Zweiteilung der Kreisverwaltung auch das eine oder andere Problem mit sich. Vor allem in Witzenhausen ging periodisch wiederkehrend die Angst um, der Kreis könnte diese Konstruktion als nicht mehr sinnvoll erachten und die Außenstelle der Kreisverwaltung dauerhaft schließen.

Besonders bis zur Jahrtausendwende – März 1979, April 1984, Dezember 1987, Mai 1994 und Oktober 1997, um nur einige markante Zeitpunkte zu nennen – tauchten diese Sorgen immer wieder auf und sorgten für erregte Anfragen, Resolutionen und Diskussionen. Neben den Zentralisierungswünschen der Landesregierung war es auch immer mehr die sich verschlechternde Haushaltslage des Kreises, die eine Schließung des Witzenhäuser Verwaltungsteils allein aus finanziellen Erwägungen zumindest diskussionswürdig machte.

Da mochte auch die Lokalpresse nicht abseits stehen und veröffentlichte am 5. April 1984 einen Kommentar mit der Überschrift „Ungewisse Zukunft“, der fast schon wie ein Nachruf klang. „Die Zukunftsaussichten der Dienststellen im alten Landratsamt an der Nordbahnhofstraße“, heißt es da, „müssen eher pessimistisch beurteilt werden. Allerorten ist die öffentliche Verwaltung zum Sparen gezwungen – der Werra-Meißner-Kreis macht da keine Ausnahme. (...) Dass es – wenn auch mit Schwierigkeiten und zum Leidwesen der Bürger – funktioniert, machen andere nordhessische Kreise vor. Und eine halbe Million Mark zusätzliche Kosten im Jahr, die die Filiale Witzenhausen angeblich verursacht, sind kein Pappentitel.“<sup>247</sup>

Die politische Leitlinie des Kreises war in dieser Frage allerdings eine andere. Schon Eitel O. Höhne betonte im März 1979 in einem mehrseitigen Papier an den Witzenhäuser Magistrat, dass er alles tun werde, um „im Interesse bürgernahe Verwaltung und zur Verhinderung von Substanzverlusten der ehemaligen Kreisstadt Witzenhausen Zentralisierungen zu vermeiden, auch wenn von anderer Seite eine Zusammenfassung aller Verwaltungszweige am Ort des Kreissitzes favorisiert werden mag.“<sup>248</sup>

Dieses politische Credo hat seitdem Bestand. So betonte Landrat Dieter Brosey (SPD) im Mai 1994 noch einmal, dass der Kreis nicht daran denke, die „bürgernahe Dienstleistung“ in Witzenhausen aufzugeben und auch Stefan Reuß, der dritte Landrat des Werra-Meißner-Kreises „zeigte Flagge“, wie die Lokalpresse titelte, und bezog im Januar 2007 ein neues Büro im alten Witzenhäuser Landratsamt. Erst zu Jahresbeginn 2014 begann die Frage einer eventuellen Aufgabe des Standortes Witzenhausen in der gerade entbrannten Diskussion um die Sanierung des Kreisdomizils im Eschweger Landgrafenschlosses wieder eine Rolle zu spielen.<sup>249</sup>

Wie sah nun der Kreis aus, den die seit dem 1. Januar 1974 insgesamt 430 Bediensteten der Kreisverwaltung zu betreuen hatten? In den jeweils acht Städten und Gemeinden, die innerhalb der 1.031,71 km<sup>2</sup> Kreisfläche lagen, lebten zum

Jahresende 1973 in 41.000 Wohnungen etwas über 123.500 Menschen, d. h. die Bevölkerungsdichte war mit 120 Einwohnern pro km<sup>2</sup> nicht besonders hoch.

Den Großteil der Fläche nahmen Wald (360 km<sup>2</sup>) und landwirtschaftliche Nutzfläche (450 km<sup>2</sup>) ein. In den 146 Industriebetrieben arbeiteten 13.322 Beschäftigte, das Handwerk mit 1.582 Betrieben und die Landwirtschaft mit 4.045 Betrieben kamen mit ihren 8.120 bzw. 5.584 Beschäftigten auf nur wenig mehr Arbeitnehmer.

Prägend war die Lage an der innerdeutschen Grenze: Von den 327 km Kreisgrenze waren 121 km gleichzeitig Staatsgrenze zur DDR. Diese Randlage brachte schwerwiegende Strukturnachteile mit sich, die seit 1971 mittels der sog. „Zonenrandförderung“, d. h. mit staatlichen Subventionen und günstigen Abschreibungsbedingungen, zumindest teilweise ausgeglichen werden sollten.

Trotz einiger durchaus bemerkenswerter Ansiedlungserfolge (u. a. die Witzenhäuser Papierfabriken im Gelstertal) gestaltete sich die wirtschaftliche Lage seit Mitte der 70er Jahre zunehmend schwieriger. Die weltweite Rezession, die sich in Folge der ersten Ölkrise 1973 zur schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg ausweitete und sich, bedingt durch die zweite Ölkrise 1979, noch verschärfte, schlug im strukturschwachen Werra-Meißner-Raum doppelt durch.

Was folgte, waren Liquidationen, Konkurse einiger größerer Firmen und Rationalisierungsmaßnahmen, die den Werra-Meißner-Kreis damals hart getroffen haben. Obwohl alle, die in der Region Verantwortung trugen, um jeden Arbeitsplatz kämpften und jede noch so kleine Chance zu ihrer Erhaltung nutzten, verlor der Kreis bis Ende der 80er Jahre über 4000 Arbeitsplätze.

Zwar wurden, insbesondere im Dienstleistungssektor, eine ganze Reihe neuer Arbeitsplätze geschaffen, die aber bei weitem nicht ausreichten, um den Verlust der gewerblichen Arbeitsplätze auszugleichen. Die Folge war ein kontinuierlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 4 % im Jahr 1974 bis auf 11,4 % ein Jahrzehnt später.

Am 11. Februar 1982 titelte die HNA: „Zahl der Arbeitslosen steigt weiter: Höchste Quote seit 1959“ und hatte am 6. März 1984 eine erneute Steigerung auf 13 % im Bezirk Witzenhausen und 14,5 % im Bereich Eschwege zu melden. Mit dieser Entwicklung einher ging ein immer begrenzter werdendes Angebot an Lehrstellen – „Suche nach Lehrstellen so schwer wie noch nie zuvor“, so eine Schlagzeile Anfang Juni 1982 – und, auch als Folge dieser Situation, ein stetiger Bevölkerungsrückgang. Die Einwohnerzahl schrumpfte in den ersten fünfzehn Jahren der Kreisgeschichte von 123 503 Einwohnern Ende 1973 auf 112 663 am 30. Juni 1989 – mithin also fast neun Prozent. Dabei führten die unbefriedigende Arbeitsplatzsituation und die fehlenden beruflichen Zukunftsperspektiven vor allem zur Abwanderung junger Leute, was sich zusätzlich noch negativ auf die Altersstruktur insgesamt auswirkte.

### 7.3. Investitionen in Gesundheit und Bildung

Neben der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung – eine institutionalisierte Wirtschaftsförderung war seinerzeit noch nicht Bestandteil der Kreisaufgaben – und den hoheitlichen Aufgaben lag die politischen Schwerpunkte der Kreispolitik in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziales, Bauen, Umwelt- und Naturschutz, Entsorgung, Jugend und Tourismus.



Die 70er Jahre waren geprägt durch große Anstrengungen im Schulbau. Hier besichtigt Landrat Eitel O. Höhne (2. v. l.) eine der vielen Schulbaustellen jener Jahre.

„Die zurückliegenden zehn Jahre“, so Landrat Höhne am 7. Januar 1984 in der Presse, „sind von den Kreisorganen genutzt worden, um die Lebensmöglichkeiten in unserem Gebiet auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weiter zu verbessern und die Infrastruktur auszubauen. Beispielhaft darf ich den Neubau des Krankenhauses in Witzzenhausen und die Errichtung einer neuen Berufsschule in Eschwege nennen, die in gemeinsamer Anstrengung verwirklicht werden konnten.“<sup>250</sup>

Der Landrat umriss mit dieser kurzen Nennung mit den Bereichen Schule und Gesundheit jene beiden Aufgabengebiete, die in den 70er und 80er Jahren das politische Geschehen im noch jungen Werra-Meißner-Kreis maßgeblich dominierten. In Folge der Gebietsreform war der Kreis zum hauptsächlichen Träger stationärer Krankenversorgung in seinem Hoheitsgebiet geworden – durch das Kreiskrankenhaus in Eschwege direkt und, gemeinsam über einen Zweckverband mit der Stadt Witzzenhausen, durch das dortige Kreis- und Stadtkrankenhaus.

In der Chronik zum 25. Kreisgeburtstag liest sich diese neue bzw. alte Aufgabenstellung folgendermaßen: „Auch im neuen Werra-Meißner-Kreis waren die Anstrengungen (...) auf die Erfüllung des staatlichen Versorgungsauftrages zur Vorhaltung von Krankenhäusern für die erkrankten Mitbürger gerichtet. Die sprunghafte Entwicklung unser aller Ansprüche an klinische Diagnostik und Therapie, aber auch an die stationäre Unterbringung, konfrontierte die Verantwortlichen mit höchsten organisatorischen, betrieblichen und wirtschaftlichen Anforderungen.“<sup>251</sup>

Kurz gesagt bedeutet dieser Text nichts anderes, als dass der Kreis dafür Sorge zu tragen hatte, seinen Bürgern die bestmögliche Gesundheitsfürsorge angedeihen zu lassen und sich sowohl räumlich und technisch als auch vom Personal auf modernstem Niveau zu bewegen. Für das 1968 eingeweihte Krankenhaus in Eschwege bedeutete dies die Erweiterung um eine interdisziplinäre Intensivpflegestation sowie die Modernisierungen im OP-Bereich sowie der Gynäkologie.

Weitaus komplexer stellte sich die Situation in Witzzenhausen dar, denn das in den Jahren 1952 bis 1955 erstellte Haus war deutlich in die Jahre gekommen und bedurfte dringend der Sanierung. Hier gab es ein noch unter dem Witzzenhäuser Landrat Wilhelm Brübach erarbeitetes Raumprogramm, das in einem „großen Wurf“ den Neubau eines 280 Betten umfassenden Krankenhauses vorsah und seit 1973 dem Hessischen Sozialministerium zur Prüfung vorlag. Dieser „große Wurf“ war allerdings bald vom Tisch, denn die angespannte Finanzlage des Landes erlaubte die

Breitstellung von Fördermitteln nur für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen – der angedachte Neubau war damit nicht mehr möglich.

Was folgte war eine Fülle von Verhandlungen, Projektstudien und Plänen, ehe der Erste Beigeordnete Theodor Leyhe als neuer Kurator des Zweckverbandes – er hatte dieses Amt im Mai 1975 von Landrat Höhne übernommen – gemeinsam mit zahlreichen Ehrengästen am 6. Oktober 1977 den Grundstein zur „Sanierung und Erweiterung des Kreis- und Stadtkrankenhauses Witzzenhausen“ legen konnte.



1977 begann die Sanierung des Krankenhauses in Witzzenhausen, die bis 1985 andauerte.

Nach fünfjähriger Bauzeit war es am 18. November 1982 die Röntgenabteilung, die als erste Abteilung in dem 51 Millionen DM teuren Erweiterungsbau ihren Betrieb aufnehmen konnte. Zug um Zug folgten die anderen Abteilungen und am 14. Februar 1985 titelte die HNA auf ihrer Verlagssonderseite „Witzzenhausen hat ein neues Krankenhaus“. Was nun noch fehlte war die Sanierung des Altbaus, die, nach abermals dreijähriger Bauzeit, im Dezember 1988 abgeschlossen wurde.



Erstem Kreisbeigeordneter Theodor Leyhe (2. v. l.) war als Kurator des Zweckverbandes Stadt- und Kreiskrankenhauses Witzzenhausen die Aufgabe zugefallen, die Sanierung und Erweiterung des Hauses in Angriff zu nehmen.

„Ein Krankenhaus der Grundversorgung ist keine Reparaturwerkstatt, sondern in ihm wird der Mensch als Ganzes gesehen.“ Mit diesen Worten übergab Theodor Leyhe am 2.

Dezember 1988 den neuen Altbau seiner Bestimmung. Leyhe prägte hier auch den Begriff vom „Krankenhaus für das Jahr 2000“ für Witzenhausen und den Nordkreis, den der Hessische Sozialminister Trageser als Ehrengast dankbar übernahm.

„Nach vielen Jahren gemeinsamer Anstrengungen“, so der Minister, „hätten der Werra-Meißner-Kreis und die Stadt Witzenhausen nun ein modernes, leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Behandlungszentrum, das ein wichtiger Eckstein für die nordhessische Krankenhausversorgung sei.“<sup>252</sup>

Kurz nachdem die Sanierung des Witzenhäuser Krankenhauses erfolgreich abgeschlossen war, begannen bereits die Planungen für eine grundlegende Sanierung und Erweiterung des Kreiskrankenhauses in Eschwege – dies sollte dann im Bereich der Gesundheitsfürsorge die vorrangige Aufgabe der 90er Jahre werden.

Ein anderes wichtiges Thema im Werra-Meißner-Kreis jener Jahre war die Schulpolitik, ein Politikfeld mit besonderer Brisanz und teilweise auch voller Emotionen. Vor allem hier gilt das oben vorangestellte Postulat dieser Chronik, dass es schlechterdings jeden vernünftigen Rahmen sprengen würde, alle Entwicklungen der vergangenen vier Jahrzehnte ausführlich zu dokumentieren. Dazu unterliegt gerade die Bildungspolitik einem dauerhaften Wandel und manchmal sprunghaften Veränderungen – der Weg hin zu G 8 und aktuell zurück zu G 9 wird sicher nicht der letzte bildungspolitische Wechsel sein.

Seit dem 1. Januar 1970 war den hessischen Landkreisen neben der Trägerschaft für Gymnasien und Berufsschulen vom Land die Verantwortung für die Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen übertragen worden. Hinzu kam als weitere Pflichtaufgabe die Verantwortung für die Erwachsenenbildung, die ab Mai 1970 durch die Volkshochschulen ebenfalls den Kreisen zugeordnet wurden.

Damit war man in den Landratsämtern quasi zu Bildungsmanagern geworden und stand nun in der nicht immer einfachen Pflicht, sowohl den Bedürfnissen von Kindern und Eltern Genüge zu tun, als auch die politischen Vorgaben der jeweiligen Landesregierungen und ihre doch manchmal divergierenden bildungspolitischen Vorstellungen umzusetzen.

Für die verantwortlichen Kreispolitiker entstand durch die Gebietsreform besonders im Feld der Schulentwicklung eine höchst komplexe Situation, zumal sie die bislang „geteilte“ Schulpolitik nun an den Bedürfnissen des Großkreises orientierten mussten und – was erschwerend hinzu kam – die Ausgangsvoraussetzungen in den beiden Altkreisen keineswegs deckungsgleich waren.

„Als der Großkreis geschaffen war“, erinnerte sich Erika Wagner 1998, „musste ja erst einiges aufgearbeitet werden, was noch nicht erledigt war. Zum Beispiel: Im Kreisteil Witzenhausen hatte man 1969 beschlossen, die Gesamtschule im Gesamtkreis einzuführen – und zwar einstimmig (...). Aber es fehlte das Drumherum, um die Schulen betreiben zu können. Bad Sooden-Allendorf war gebäudemäßig nicht arrondiert, da war ein Torso. In Großalmerode hat man noch Schichtunterricht (...) gemacht, weil die Räumlichkeiten nicht vorhanden waren. Witzenhausen war gerade fertig geworden, Hess. Lichtenau war noch nicht fertig.“

So wurde als Hauptaufgabe unmittelbar, nachdem die Kreise zusammengelassen waren, erst einmal Kassensturz gemacht und geschaut, was musste jetzt vorrangig besorgt

werden. Und da war eine große Leistung, dass dann vorrangig im Altkreis Witzenhausen die Schulen fertig gestellt wurden. Das war eine große finanzielle Aufgabe, die wir aber einvernehmlich (...) geregelt haben. Dafür haben wir viele andere Dinge hier erst einmal zurückgestellt.“<sup>253</sup>

Im Sommer 1977 umriss Theodor Leyhe die bildungspolitische Aufgabe des Kreises ebenso kurz wie treffend: „Wir haben“, so der Erste Kreisbeigeordnete anlässlich der ersten Abiturfeier in den Beruflichen Schulen Witzenhausen, „die Aufgabe, so viel wie möglich Bildung zu vermitteln.“<sup>254</sup>

In diesem Kontext wurde die Kreisverwaltung im Sommer 1974 beauftragt, den Entwurf eines Schulentwicklungsplanes zu erarbeiten, der dann auch nach jahrelangen, teilweise mühevollen und zermürbenden Diskussionen am 9. Juli 1980 vom Kreistag beschlossen und durch Fortschreibungen den jeweiligen politischen Veränderungen angepasst wurde.

Das Land Hessen hatte mit seinen Vorgaben für die Klassen 5 und 6 als Förderstufen und die Klassen 7 bis 10 als Sekundarstufe I in Form der additiven (= schulformbezogenen) oder integrierten (= schulformübergreifenden) Gesamtschule für reichlich Diskussionsstoff, beachtliches Konfliktpotenzial und teilweise heftige Auseinandersetzungen gesorgt.

Als schließlich aus der sogenannten „freiwilligen Förderstufe“ in 1985 die „Pflichtförderstufe“ wurde, musste für deren Umsetzung im Kreis abermals viel Zeit in schier endlosen Diskussionen verbracht werden, ehe man im November 1985 nach „einer mehrstündigen, zum Teil mit persönlichen Angriffen beladenen Debatte“<sup>255</sup> endlich darüber beschließen konnte.

Nachdem aber das Land Hessen Mitte 1987 wieder zur Freiwilligkeit bei der Einführung von Förderstufen zurückkehrte, musste der Schulentwicklungsplan erneut geändert und am 22. Januar 1988 abermals im Kreistag beschlossen werden. Diese „Abstimmung im Wirrwarr (...) mit einer kaum noch überschaubaren Abstimmungsprozedur“ sorgte zwar sowohl bei „Abgeordneten als auch sonstigem Auditorium für helle Aufregung und weitgehende Verwirrung“,<sup>256</sup> letztendlich konnte der erneuerte Schulentwicklungsplan aber dennoch in seine damalige Form verabschiedet werden.

Eine wesentliche Änderung zur ursprünglichen Fassung war der – bedingt durch die 1987 eingeführte „freie Schulwahl“ im weiterführenden Bereich – Wegfall von festgelegten Einzugsbereichen zwecks Absicherung der Schulstandorte, was mitunter Konkurrenzdenken der Schulen untereinander und z. T. nicht unerhebliche Sorge um die Zukunft einzelner Standorten zur Folge hatte.

Neben der flächendeckenden Möglichkeit zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife – in Bad Sooden-Allendorf, Eschwege, Hess. Lichtenau, Sontra und Witzenhausen war dies nun möglich – und einem bestens ausgebauten Berufsbildungssektor vor allem in Eschwege und Witzenhausen, hat sich der Kreis immer auch für den Erhalt kleiner und kleinster Grundschulen als unverzichtbare Bausteine ländlichen Bildungsangebotes eingesetzt.

„Allen Ansinnen der Schulbehörden zum Trotz“, bemerkt diesbezüglich das Jubiläumsbuch zum 25. Kreisgeburtstag, „sind die Kreisgremien nach dem Motto „Die Schule bleibt im Dorf“ immer wieder für den Erhalt kleinster Grundschulen wie der in Herleshausen-Nesselröden, Sontra-Ulfen und Weißenborn, aber auch Gertenbach, erfolgreich eingetreten.“<sup>257</sup>



Das Gebäude der Beruflichen Schulen in Eschwege ist nur eines von vielen Beispielen für die erheblichen Investitionen, die an den Schulstandorten im neuen Werra-Meißner-Kreis getätigt wurden.

Ganz andere Aufgabenstellungen zeichnen die beiden Volkshochschulen Eschwege und Witzenhausen aus, die seit 1977 beim Werra-Meißner-Kreis unter dem Dach der „Kreisvolkshochschule“ angesiedelt waren und, jede in ihrem Bereich eigenständig, die Aufgaben der Erwachsenenbildung wahrzunehmen hatten. Dabei waren ihre Programme – mit durchaus auch unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in Eschwege und Witzenhausen – immer ganz eng an den Bedürfnissen und Wünschen der Nutzer orientiert und symbolisierten durch ihre thematischen Veränderungen in gewissem Sinn auch den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte.

Zum Ausbau eines flächendeckenden modernen Bildungssystems, das nicht nur für die Ausbildung der nachwachsenden Generationen, sondern auch als sogenannter „weicher“ Standortfaktor bei der Ansiedelung von Gewerbebetrieben und der Schaffung neuer Arbeitsplätze immer wichtiger wurde, gehörte neben den bildungspolitischen Weichenstellungen auch deren räumliche und technische Umsetzung und Ausgestaltung.

In diesem Bereich hat der Werra-Meißner-Kreis in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens Erstaunliches geleistet. Wenn auch aufgrund des doch erheblichen Mittelbedarfes die bauliche Anpassung an Schülerzahlen und Unterrichtsformen nur sukzessive zu realisieren war, so konnten dennoch z. B. in Bad Sooden-Allendorf, Eschwege, Großalmerode, Hess. Lichtenau, Sontra und Witzenhausen – um hier nur die größten und umfangreichsten Baumaßnahmen zu nennen – moderne und großzügige Schulen gebaut werden.

Von der Multifunktionalität dieser Neubauten profitierten aber nicht nur Lehrer und Schüler, sondern vor allem auch Vereine und Verbände, mithin also die Menschen des Kreises insgesamt. Gab es vor der Gebietsreform im Werra-Meißner-Kreis noch eine spürbare Unterversorgung an modernen Sporthallen, so ist dieses Manko im Zuge der Schulneubauten nachhaltig beseitigt worden. Schon Ende der 80er Jahre gehörten unterteilbare Großsporthallen mit moderner Technik und erheblichen Zuschauerkapazitäten in den Städten und größeren Gemeinden des Kreises zum Standard – eine solch positive Entwicklung war Mitte der 70er Jahre noch kaum vorstellbar.

Allerdings, wo Licht ist, gibt es auch Schatten, und dieser Schatten trägt im Zusammenhang mit den Schulneubauten den Namen „Asbest“. Ein vom Land Hessen in den 70er Jahren den Kreisen vorgegebenes Rasterbausystem, das ein flexibles Reagieren auf Veränderungen der Schulform ermöglichen sollte, erwies sich als gesundheitliche Zeitbombe und finanzieller Bumerang.

Der im Zuge des Rasterbausystems aus Brandschutzgründen verwendete Baustoff Asbest begann sich nämlich im Laufe der Jahre aufzulösen und regelrecht zu zerfasern, so dass kleinste Teilchen des zwar feuerfesten aber krebserregenden Materials in der Atemluft schwebten. Bis zum Spätsommer 1990 hatte man seitens des Kreises die Asbestbelastung in den betroffenen Schulen messen lassen und war zu alarmierenden Ergebnissen gekommen: Die Luft etlicher Räume war so stark mit den giftigen Fasern durchsetzt, dass ganze Trakte der Schulen in Witzenhausen, Großalmerode und Hess. Lichtenau geschlossen werden mussten.

Um die Gefährdung von Schülern, Lehrern und Personal durch Asbestfasern auszuschließen, mussten an allen Schulen des Kreises sämtliche Asbestteile entfernt und aufwändig entsorgt werden. Dies führte nicht nur zu erheblichen Beeinträchtigungen des normalen Unterrichtsbetriebes, sondern bedeutete für den Kreis auf längere Sicht auch eine derartig große finanzielle Belastung – insgesamt kann man in diesem Zusammenhang von einer Summe in Höhe von ca. 40 Mill. € ausgehen –, dass für weitere schulische Neubauten sowie Modernisierungs- und Erhaltungsmaßnahmen am vorhandenen Bestand nur noch begrenzte Mittel zur Verfügung standen.

#### 7.4. Die schwierige Sache mit dem Müll

Das Thema Asbest führt über den Umweg Abfallentsorgung hin zum Themenkomplex Umweltschutz, der seit Mitte der 70er Jahre nicht nur in der Politik, sondern auch im Denken und Handeln der Menschen ganz allgemein immer größeren Raum einnahm. Formal zuständig für die Belange des Umweltschutzes auf der Ebene der Kreisverwaltung zeichnete das Kreisbauamt, dessen „Zuständigkeiten sich über Hochbau, Baugenehmigungsbehörde, Untere Denkmalschutzbehörde, Wohnungsbauförderung, Immissionsschutz und nicht zuletzt die Zuständigkeiten für Abfallvermeidung, -transport, -verwertung und -beseitigung erstrecken.“<sup>4258</sup>

Besonders in den Focus der Öffentlichkeit – und als Dauerthema auch in die politische Diskussion – rückte dabei der Themenbereich „Abfall und Entsorgung“. Seit der Verabschiedung des Hessischen Abfallgesetzes vom 21.10.1971 waren den Landkreisen weitreichende Aufgaben auf diesem kostenintensiven und daher höchst sensiblen Gebiet übertragen worden.

Nach Vollzug der Gebietsreform galt es für den sich gerade findenden Kreis eine gemeinsame Entsorgungsstrategie zu entwickeln und die dazu nötigen Deponieplätze zu finden. Vor dem Januar 1974 hatte man im Altkreis Witzzenhausen zwei kreiseigene Deponien in Hess. Lichtenau/Föhren und Witzzenhausen/Unterrieden, im Altkreis Eschwege gab es zwar keine kreiseigenen, dafür aber eine größere Anzahl gemeindeeigener Deponien.

Nach heftigen Auseinandersetzungen über die Standortfrage und einer kurzfristigen Nutzung der Deponie Kathus im Nachbarkreis Hersfeld-Rotenburg, rückte die gemeindeeigene Deponie „Am Breitenberg“ der Gemeinde Meißner immer stärker ins Blickfeld der Verantwortlichen. Ab dem 1. April 1975 erst als Übergangslösung geplant, wurde zwei Jahre später auf Drängen der hessischen Landesregierung mit den Vorbereitungen für eine dauerhafte Verwendung des Breitenberges als Kreisdeponie begonnen.

Nachdem ein vom Kreistag in Auftrag gegebenes hydrogeologisches Gutachten den Standort für unbedenklich erklärt hatte, konnte mit den Arbeiten zur Erweiterung der Deponie auf ein Endvolumen von 3,9 Mill. m<sup>3</sup> begonnen werden. Am 30. Juni 1979 beschloss der Kreistag auf seiner Sitzung in Abterode ein Bündel von Vorlagen, das als sog. „Müll-Paket“ die Weichen für die Zukunft stellte und die Müll-Entsorgung im Werra-Meißner-Kreis langfristig regelte. Im Kern bestand das „Paket“ aus der Einrichtung der Abfallbeseitigungsanlage am Breitenberg, die Vertragsneufassung mit einem Deponieunternehmen und die Änderung der Gebührensatzung. Weiterhin wurde eine Sonderregelung für die Stadt Eschwege beschlossen, da diese über eine eigene städtische Müllabfuhr verfügte.



Die Zuständigkeit für die Abfallentsorgung lag bei Umweltdezernent Theodor Leyhe (r.) der sich des öfteren auch selbst ein Bild vor Ort machte.

Der umweltkonforme Ausbau der Anlage konnte also beginnen, zog sich hin und verschlang viele Millionen. „Deponie schluckt schon Millionen“, titelten die lokalen Medien z. B. im Herbst 1989 und ließen die bislang aufgelaufenen Kosten Revue passieren: „Nach 6,4 Millionen DM Baukosten schon 1988 werden sich die Investitionen für die Deponie in diesem Jahr auf rund 11,8 Mill. DM belaufen, zusätzlich noch über 500.000 DM für Grunderwerb. Allein die Abdichtungsarbeiten sowie die Dammversiegelung sind mit 8,2 Mill. DM veranschlagt (...) Für 1990 sind 6,6 Millionen DM Baukosten und 2,25 Mill. Für Grundstückskäufe im Investitionsprogramm veranschlagt, die Baukosten der nächsten Jahre bewegen sich bei jeweils fünf Millionen DM. Und die Ausgaben werden steigen, prophezeit Kreismülldezernent Leyhe,

da der Stand der Technik ständig höhere Anforderungen stelle.

Mit Hinweis auf die Vergabe von Aufträgen seit Anfang 1988 bis heute mit einem Volumen von ungefähr 21 Mill. DM betonte er: Soviel wird investiert für die Sicherheit. Folge sei, dass auch die Bürger entsprechend mehr zur Kasse gebeten werden müssten, auch wenn der Kreis nun vorrangig die Getrenntsammlung sowie Vermeidungsstrategien betriebe.<sup>259</sup>

Während der einzelnen Ausbauphasen der Deponie kamen die jeweils modernsten Erkenntnisse und Methoden der Umwelttechnik und Sicherung zum Tragen. So wurden z. B. auf Grund von Vorgaben der Aufsichtsbehörden die Sickerwasserbehandlung von der Kläranlage Eschwege auf eine eigene Sickerwasserbehandlung umgestellt, moderne Basisabdichtung und Sickerwasserfassung eingeschlossen. Zusätzlich wurde die Anlage so konstruiert, dass das aus der Deponie gewonnene Gas über ein Blockheizkraftwerk zur Wärmeversorgung der Sickerwasserkläranlage und der Stromgewinnung eingesetzt werden konnte.

Das Thema Abfall als solches blieb dem Kreis aber selbst nach dem umfangreichen und kostenintensiven Ausbau der Weidenhäuser Deponie als „Dauerbrenner“ erhalten. Neue gesetzliche Vorgaben des Bundes, die Gründung des Abfallzweckverbandes Werra-Meißner und die Auseinandersetzungen um das Heizkraftwerk der Firma SCA-Packaging in Witzzenhausen sollten die Diskussionen – von denen an anderer Stelle noch zu berichten sein wird – noch bis weit über die Jahrtausendwende immer wieder neu entfachen.



Im Werra-Meißner-Kreis erfunden: Die Grüne Tonne für Bioabfälle war an der Universität in Witzzenhausen entwickelt worden und trat von dort ihren Weg in die Haushalte der Republik an.

Und noch eine Entwicklung im Abfallbereich, deren langfristige Tragweite man damals weder im Kreis noch anderswo einzuschätzen vermochte: Im März 1983 wurde an der Universität in Witzzenhausen die sogenannte „Biotonne“ entwickelt, die heute in Deutschland, Österreich, Belgien, Luxemburg, Schweden und Norwegen im Abfallkreislauf zu finden ist. Zumindest in Deutschland ist diese Innovation aus dem Werra-Meißner-Kreis ein echtes Erfolgsmodell, und bis spätestens 2015 müssen die letzten biolosen Landkreise die Tonne eingeführt haben.

## 7.5. Tschernobyl und Hochwasser

Kontrovers wurde damals auch die Diskussion über die friedliche Nutzung der Kernenergie geführt, die insbesondere ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre innenpolitisch zu maximal verhärteten Fronten führte. Wenn auch der Werra-

Meißner-Kreis nicht direkt von geplanten neuen Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen bzw. End- und Zwischenlagern betroffen war, so rückte die grundsätzliche Fragestellung dieser Problematik spätestens nach Bekanntwerden der Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 auch hier in den Fokus des öffentlichen Lebens.

Die Besorgnis über mögliche Auswirkungen der freigesetzten Radioaktivität war groß, und nicht nur beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach liefen deswegen die Telefone heiß, sondern auch die kommunalen und Kreisbehörden hatten ihre liebe Not, der besorgten Anfragen Herr zu werden: Der Supergau und seine Folgen war auch für die Menschen im Werra-Meißner-Kreis zum alles beherrschenden Thema geworden.

So wurden ab Anfang Mai 1986 kreisweit Spiel- und Sportplätze von Amts wegen gesperrt, Kinder hatten die Rasenflächen rings um ihre Kindergärten zu meiden, auf Wochenmärkten sowie in öffentlichen Einrichtungen traf man Behördenbedienstete in Schutzanzügen und mit Strahlungsmessgeräten bewaffnet, vor Wildbret und Pilzen aus heimischen Wäldern wurde eindringlich gewarnt und die über Herleshausen ankommenden DDR-Transit LKWs mussten sich ausgiebiger Strahlenkontrolle unterziehen. Der Atomunfall in der Ukraine war allgegenwärtig und seine Auswirkungen waren den Menschen spürbar in die Glieder gefahren.

Selten war das Informationsbedürfnis der Bürger größer als in diesen Mai-Tagen, und bei Veranstaltungen über die Auswirkungen der radioaktiven Belastungen waren überall im Kreis die Säle brechend voll. Die Angst vor einer Verseuchung war groß, das Durcheinander an Informationen nicht minder. Und obwohl die Medien ständig berichteten – oder vielleicht auch gerade deswegen –, wollten die Menschen insbesondere vor Ort wissen, ob es auch für sie eine ernstzunehmende Gefährdung gäbe.

Diese gab es glücklicherweise nicht und mit der Zeit verblassten auch die Sorgen, die man sich allenthalben auf dem Höhepunkt der Tschernobyl-Katastrophe hinsichtlich der Nutzung der Atomenergie gemacht hatte. Damit es diesbezüglich einen nachhaltigen Wandel geben konnte, bedurfte es einer erneuten Katastrophe – ein Vierteljahrhundert später und weit entfernt im japanischen Fukushima.

Nicht nur ganz nah dran, sondern leider mittendrin waren die Menschen an Werra, Gelster, Riedbach und Wehre allerdings im Frühjahr 1981, als in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni der Kreis „die schwerste Unwetterkatastrophe seit Jahrzehnten erlebte, deren Schäden noch lange sichtbar bleiben.“<sup>260</sup> Diese knappe Schilderung aus der Eschweger Stadtchronik kann das Ausmaß der Verwüstungen, die praktisch das gesamte Kreisgebiet in Mitleidenschaft zogen, natürlich nur unvollkommen beschreiben.

„Hochwasser-Katastrophe: Schwere Verwüstungen“ – „Chaotische Verhältnisse nach der Sintflut im Kreis“ – „Verheerendes Bild in Badestädter Ortsteilen“ – „Unwetter richtete Schäden in Millionenhöhe an“ – „Werratal verwandelte sich in eine einzige Seenplatte“ – „Wasserversorgung zusammengebrochen“<sup>261</sup> Diese Schlagzeilen aus der heimischen Presse vermitteln im Nachhinein vielleicht noch einen ungefähren Eindruck von der Dramatik des Geschehens. Lokal begrenzte Unwetter mit Katastrophenpotenzial – wie z. B. die Windhose in Gertenbach 1987 oder das Hagelunwetter am Meißner 2011 – hat es schon des Öfteren gegeben. Ein Unwetter allerdings, das einen ganzen Landkreis in ein

Katastrophengebiet verwandelt, ist glücklicherweise ein höchst seltenes Ereignis.



Hochwasser ist man an der Werra gewohnt, die Situation im Jahr 1981 war allerdings äußerst schwierig und zum Teil sogar dramatisch.

Gleich ob im Altkreis Eschwege oder Witzenhausen, im Werra-, Riedbach-, Wehre- oder Gelstertal, in Waldkappel oder Hess. Lichtenau: Überall das gleiche Bild: „Ein ganzer Kreis bot einen verwüsteten Anblick.“<sup>262</sup>

„Mehrere Ortschaften im Kreis waren von riesigen Seen umgeben“, hieß es in einem Situationsbericht über das Ausmaß der Katastrophe im Eschweger Raum, „stoßartig schossen die Fluten durch die Ortslagen. Auf der B 27 nahe Albungen wurde die Straße auf fast 100 Meter durch von den Hängen herabstürzendes Geröll blockiert (...) Ob in Reichensachsen oder Waldkappel, Albungen, Sontra, Hoheneiche oder Ringgau, Schwebda oder Eltmannshausen – überall waren Hunderte von Helfern im Einsatz, um der Katastrophe Herr zu werden. (...) Zahlreiche Industriebetriebe mussten ihre Produktion einstellen, nachdem das Hochwasser bis zu den Fertigungsstätten vorgedrungen war. (...)“

Überall hieß es „Land unter!“ In den beherzten Einsatz der Menschen, zu retten, was zu retten war, mischte sich oftmals Bitterkeit und Fassungslosigkeit. Ohnmächtig ob der Schreckenssituation standen Menschen vor ihrem vernichteten Hab und Gut, viele weinten. (...) Mit Bergepanzern der Bundeswehr versuchten die Soldaten, die Geröllmassen von den zugeschütteten Straßen zu entfernen. Immer wieder wurde dieses Unterfangen durch weitere starke Regenfälle beträchtlich behindert. Die Feuerwehren, z. T. seit über zwölf Stunden im Dauereinsatz, hatten alle Hände voll zu tun, pumpten Keller aus, legten Sandsäcke als Schutz vor weiteren Wassermassen und befreiten eingeschlossene Bewohner aus ihren Häusern.“<sup>263</sup>

Nicht besser sah es im Raum Witzenhausen aus: Die sonst nur kniehohe Gelster wurde zum reißenden Strom und setzte von Laudenbach bis Witzenhausen das ganze Tal unter Wasser. Besonders schwer traf es in dieser Region den Großalmeröder Stadtteil Trubenhausen. Das gesamte südliche Stadtgebiet von Witzenhausen stand durch die Gelsterfluten bis zum Krankenhaus unter Wasser und nur dem stundenlangen Einsatz hunderter Helfer war es zu danken, dass der Bruch des Werradeiches in der Nordstadt verhindert werden konnte.

In Bad Sooden-Allendorf traf es das Riedbachtal und Oberrieden am schlimmsten – „Der Ortsteil Oberrieden befindet sich in einem bedenklichen Zustand“, konstatierte Bürgermeister Rolf-Erich Barrie während eines Ortstermins im Gespräch mit der Presse. Allein hier belief sich der Schaden auf über drei Millionen DM.

Hart traf es auch die Landwirtschaft, denn nach vorsichtigen ersten Schätzungen des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung in Eschwege waren mindestens achtzig Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen im Kreis geschädigt. In einer ebenfalls ersten Schätzung bezifferte Landrat Höhne, der sich am 5. Juni mittels eines mehrstündigen Hubschrauberrundfluges ein Bild über das Ausmaß der Schäden im Kreisgebiet gemacht hatte, die Höhe des Gesamtschadens für den Werra-Meißner-Kreis auf ca. 80 Millionen DM.

## 7.6. Rettet den Meißner

„In der Not alle in einem Boot“: So kommentierte die Lokalpresse die Hilfe der Menschen untereinander und füreinander in den Katastrophentagen des Juni 1981. Dieser Satz könnte aber auch sehr gut als Kapitelüberschrift über dem Abschnitt der Kreisgeschichte stehen, der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ganz maßgeblich durch den Kampf um „unseren Meißner“ geprägt war.

Was war geschehen? Auf dem Meißner, mit seiner markanten Form, den weithin sichtbaren Sendemasten und der höchsten Erhebung, der 754 m hohen Kasseler Kuppe, nicht nur optischer Mittelpunkt des Werra-Meißner-Kreises, sollte der seit 1974 eingestellte Braunkohletagebau wieder begonnen werden.

Der Braunkohlebergbau am Meißner hat eine lange Tradition und reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Urkundlich belegt ist er seit 1571, als der hessische Landgraf Wilhelm IV (1567–1592) erste Untersuchungen auf Braunkohlenflöze durchführen ließ. 1575 wurde in der Nähe vom Schwalbenthal ein Schacht durch den Basalt gelegt, von dem aus 1578 – dem eigentlichen Geburtsjahr des Bergbaus am Meißner – Schwarzkohle abgebaut wurde.

Der Tiefbau wurde 1888 weitgehend eingestellt, nur in Bransrode förderte man zeitweise bis 1929 weiter. Der letzte Braunkohle-Tiefbau in Deutschland auf der Zeche Hirschberg bei Großalmerode wurde erst 2002 endgültig eingestellt. Nachdem die Bergbaurechte 1945 an den Ilse-Bergbau übergegangen waren, begann der Tagebau: Erst bei Grebestein-Ost, dann im Bereich der Kalbe, wo ein besonders ertragreiches Flöz entdeckt wurde. Nach erheblichen Eingriffen in die Natur und schweren Umweltschäden – Rekultivierungsmaßnahmen und der heutige sogenannte „Kalbensee“, der das 2 ha große Tagebaurestloch ausfüllt, – konnten diese nur verdecken, nicht aber beheben, wurde der Tagebau 1974 aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt.

Nach dreißig Jahren Tagebau und den damit verbundenen schwersten Umweltschädigungen begann eine sogenannte „Rekultivierungskommission Meißner“, die Landschaft und Natur des Berges so gut als es eben ging, von den Schäden der Eingriffe zu heilen. Niemand rechnete mit dem Versuch, den Tagebau erneut zu reaktivieren.

Entsprechend fassungslos und entsetzt war die heimische Öffentlichkeit, als Anfang Juni 1976 Direktor Friedrich von der Preußen-Elektra (kurz PREAG), die das Kraftwerk in Borken betrieb und die Bergrechten am Meißner erworben hatte, der Rekultivierungskommission im Gasthaus Schwalbenthal Pläne und Zeitplan seiner Firma vorstellte: Bis zum Jahresende 1976 sollte es noch 40 Probebohrungen im Naturschutzgebiet Weiberhemdmoor und Lettenberg geben, dann 1977 Versuchsstrecke Lettenberg und Schurf Weiberhemd, 1978 Genehmigungsverfahren und Abbaubeginn mit ca. 100.000 t; 1979–1990 jährlicher Abbau von 500.000 bis 600.000 t Braunkohle.

Grund für die Abbaupläne war das absehbare Ende der abbaufähigen Braunkohlevorräte im Borkener Raum, die bis 1985 erschöpft sein würden. Die PREAG malte in der Öffentlichkeit ein Schreckensszenario von unvermeidlichen Betriebsstilllegungen und Kündigungen, „wenn nicht weitere Vorkommen erschlossen werden könnten.“<sup>264</sup>

Wie damals nicht unüblich, wurde auch hier versucht, alle kritischen Einwände mit dem „Totschlagargument“ des Arbeitsplatzverlustes im Ansatz zu unterdrücken. Beispielhaft dafür soll hier die Stellungnahme zitiert werden, die der Fritzlaer SPD-Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Ernst anlässlich einer Informationsveranstaltung der Arbeitskreise Wirtschaft u. Technik bzw. Umwelt seiner Partei in den Betriebsräumen der PREAG abgab. „Scharf wandte er sich gegen Höhnes Stellungnahme, die durch Formulierungen wie „Kohleabbau wäre ein Verbrechen“ und „Meißner opfern“ die Diskussion belaste. Die Erhaltung der Arbeitsplätze sei für den Borkener Raum eine ebenso wichtige Frage wie der Landschaftsschutz. Die Interessen der betroffenen Ge-

meinden und Bürger im Werra-Meißner-Kreis müssten natürlich berücksichtigt werden.<sup>4265</sup>



So freundlich wie bei der Begrüßung durch Landrat Eitel O. Höhne blieb es nicht, wenn es mit dem damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner um das Thema Kohleabbau am Meißner ging. Landrat Höhne bot hier dem Ministerpräsidenten die Stirn, der den Abbau befürwortete und konnte sich schließlich auch gegen die Pläne der PREAG und der Landesregierung durchsetzen.

Die Bruchlinien der Diskussion des Für und Wider eines abermaligen Kohleabbaus auf dem Meißner zogen sich nordhessenweit quer durch die Parteien und entwickelten besonders innerhalb der SPD erhebliche Sprengkraft. Im Werra-Meißner-Kreis allerdings herrschte nicht nur in den Reihen der Sozialdemokraten, sondern auch parteiübergreifend – bis auf ganz wenige Einzelmeinungen – diesbezüglich Einvernehmen: Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen lehnten den Kohleabbau vehement ab und der Landrat selbst stellte sich entschlossen an die Spitze des Widerstandes.

Am 26. Januar 1977 trat Eitel O. Höhne vor die Presse und ließ mit deutlichen Formulierungen keinen Zweifel an seiner und der Bevölkerung im Werra-Meißner-Kreis erklärten Absicht, den geplanten Kohleabbau zu verhindern. „Die Wiederaufnahme des Kohleabbaus auf dem Meißner“, konnten die Menschen in der Region am folgenden Tag der Presse entnehmen, stelle insofern „ein Verbrechen“ dar, als es fahrlässig wäre, den Meißner zu opfern, während die Vorteile nur für kurze Zeit dauerten. (...) Ein Aufleben des Kohleabbaus würde für die schon schwer getroffene und mit Millionenaufwand gerade erst mühsam rekultivierte Meißnerlandschaft weitere irreparable Zerstörungen heraufbeschwören. (...) Er rechne mit der Initiative der Bevölkerung (...) denn sie müsse daran interessiert sein, den Meißner und seine nun wiedererlangte Attraktivität für die Zukunft zu erhalten.“<sup>4266</sup>

Dieser indirekte Aufruf zum Widerstand traf auf offene Ohren: Nicht nur, dass die Presse sich sofort auf die Seite

Höhnes schlug – „Der Eschweger Landrat Eitel O. Höhne bläst nun zum Angriff. Und dies zu Recht. Nach zahlreichen internen Verhandlungen möchte er nun die gesamte Bevölkerung des Kreises im Kampf gegen den Kohleabbau auf dem Meißner hinter sich sehen“, konnten die Menschen im Kreis unter der Überschrift „Zu hoher Preis“ am 27. Januar lesen –, auch die angesprochenen Bevölkerung scharte sich nun um den Landrat.

Am 18. Februar 1977 wurde in Bad Sooden-Allendorf die Arbeitsgemeinschaft „Rettet den Meißner“ gegründet, die unter dem Vorsitz des Landrats in den kommenden Jahren nicht müde wurde, gegen den Kohleabbau zu kämpfen. Sowohl auf politischer Ebene mit dem einstimmigen Beschluss des Kreistages vom 16. Februar 1977 im Rücken<sup>267</sup> als auch medien- und öffentlichkeitswirksam – wie z. B. der Großkundgebung auf dem Meißnerplateau Ende Juni 1977 oder während des Hessentagsfestzuges in Hofgeismar ein Jahr später – ließ man nicht nach und war immer dann zur Stelle, wenn sich Waage auf die Seite der Abbaubefürworter zu neigen drohte.

Die Zitterpartie um den Meißner hielt die Region fast ein ganzes Jahrzehnt in Atem, ehe Ende der 80er Jahre der Kohleabbau endlich zu den Akten gelegt wurde. Bis es allerdings soweit war, kosteten die politischen und gesellschaftlichen Diskussionen den Menschen im Werra-Meißner-Kreis noch jede Menge Nerven.

Ein Blick in die Schlagzeilen jener Jahre zeigt noch einmal das Wechselbad der Gefühle: „Kohle-Abbau verhindern“ (14.07.78) / „Unruhe über Braunkohle-Abbau. Landrat Höhne interveniert bei Ministerpräsident Börner“ (13.02.79) / „Es ist noch nichts verloren“ (24.08.79) / „Kohleabbau auf dem Meißner: Fronten unversöhnlich“ (25.01.82) / „Kraftwerk Borken: Kein Kohleabbau am Meißner?“ (13.07.83).

Im Mittelpunkt des Interesses stand der Meißner dann noch einmal anlässlich des 87. Deutschen Wandertages, der im August 1987 im Werra-Meißner-Kreis unter dem Slogan „Gesunde Umwelt-Aufgabe Europas“ stattfand und vielen tausend Besuchern aus ganz Deutschland die Schönheiten von Werratal und Meißnerlandschaft nahe brachte. Die Abschlusskundgebung des Wandergroßereignisses fand auf dem Meißnerplateau statt, und mehr als 3000 TeilnehmerInnen konnten sich noch einmal von der Notwendigkeit des Erhalts der unverwechselbaren Landschaft überzeugen.

Neben der Tatsache, dass es gelang, den Meißner vor seiner unvermeidlichen Zerstörung zu retten und damit den nachfolgenden Generationen zu bewahren, hat der gemeinsame Kampf um ihren Berg und seine Natur die Menschen zwischen Sontra, Eschwege, Großalmerode Hess. Lichte



Auch mit Aufklebern (re.) und Buttons (li.) warb die Initiative „Rettet den Meißner“ für ihr Ziel, den Braunkohleabbau am Meißner nicht wieder aufleben zu lassen.

nau und Witzenhausen einander näher gebracht und somit ganz wesentlich zur Schaffung eines „Wir-Gefühls“ im Werra-Meißner-Kreis beigetragen.



Zusammen mit Ministerpräsident Holger Börner (l.) besucht auch der als „Wanderpräsident“ in die Geschichte eingegangene Bundespräsident Carl Carstens den Werra-Meißner-Kreis.

## 7.7. Team Landrat

„Ein Schlitzohr geht in Pension“, titelte Bild-Hessen am 16. Mai 1988 und portraitierte fast schon liebevoll die Person Eitel O. Höhnes und dessen jahrzehntelanges Wirken als Landrat. HNA und WR gaben sich mit ihren Schlagzeilen „Ein skeptischer Realist nimmt Abschied“ und „Wallmann: Hessen schuldet Eitel O. Höhne Respekt und Dank“ (19. Mai 1988) zwar staatstragender, brachten aber mit der persönlichen Würdigung der Person Höhne als „Vaterfigur eines Kreises“ dessen Bilanz als Landrat ziemlich genau auf den Punkt.

In Zahlen, Jahren und Funktionen: Der 1922 in Dresden geborene Höhne betrat die politische Bühne 1948, als er erstmals in den Kreistag des damaligen Kreises Eschwege gewählt wurde. Seit 1961 fungierte er als Landrat eben dieses Kreises und von Juni 1974 bis Mai 1988 als erster Landrat des Werra-Meißner-Kreises. Zwanzig Jahre lang (1950–1970) vertrat er darüber hinaus als Mitglied des Hessischen Landtages die Interessen seiner Heimatregion in Wiesbaden.

Darüber hinaus war die Liste der Funktionen, die Höhne bekleidete, lang: Verwaltungsratsvorsitzender des Hessischen Rundfunks, Präsident der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes, Präsidiumsmitglied des Landkreistages, um hier nur einige zu nennen. Tätig war er auch

im Sparkassen- und Giroverband, in den diversen Organen der Regionalplanung und den Vorständen von Vereinen und Verbänden auf Kreisebene.



Zur Verabschiedung aus dem Amt kam auch der damalige Hessische Ministerpräsident Walter Wallmann (r.), der nicht nur dem Landrat für seine Leistungen dankte, sondern auch seiner Frau Helga Höhne.

Erst 2011 ist bekannt geworden, dass Eitel Höhne am 1. September 1941 als 18-jähriger in die NSDAP aufgenommen wurde. Die im Auftrag des Hessischen Landtages erstellte Studie „Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.–11. Wahlperiode“ kommt aber zu dem Schluss, „dass Höhne zu denen gehört habe, die wohl als jugendliche Opfer jahrelanger Indoktrination gesehen werden können, aus der sie sich spätestens nach dem Krieg gelöst haben“.<sup>268</sup>

Die Eschweger Stadthalle konnte am Tag seines Abschiedes die Besucher kaum fassen, die aus allen Winkeln des Kreises und von weiter her zusammengeströmt waren, um Eitel Höhne ihre Wertschätzung zu bekunden und seiner Lebensleistung Anerkennung zu zollen. Selbst der damalige Hessische Ministerpräsident Walter Wallmann ließ es sich nicht nehmen, dem Landrat persönlich den Dank des Landes Hessen auszusprechen. „Ungeachtet der unterschiedlichen politischen Positionen“, hob der Ministerpräsident hervor, „dürfe bei der Charakterisierung die Vorbildfunktion Höhnes nicht ohne Erwähnung bleiben. Die Lebensleistung des scheidenden Landrates in ihrer Gänze aufzuzeigen und würdigen zu wollen, hießen den Rahmen der Zusammenkunft sprengen. So sollten Anerkennung, Respekt und Verbundenheit sowie der dank des Landes Hessen Ausdruck der Sympathie und Zuneigung sein.“<sup>269</sup>



Die Beliebtheit von Landrat Eitel O. Höhne – hier bei einem Seniorennachmittag Anfang der 80er Jahre, deren Einführung in den 60er Jahren übrigens durch ihn erfolgte – hatte viel damit zu tun, dass er den Menschen immer auch Heimatgefühl gab und ein Ohr für sie hatte.

Als Vertreter des Parlaments – und damit auch der Bürger des Werra-Meißner-Kreises – bezeichnete Kreistagsvorsitzender Willi Höll den scheidenden Landrat als „Glücksfall für die Region“ und sprach ihm den Dank der Bürger aus.

Sympathie und Zuneigung erfuhr Höhne von allen Seiten, nicht nur an diesem Tag, hier aber komprimiert und deshalb auch stellvertretend für all die Jahre im Licht der Öffentlichkeit. Diese auszudrücken gelang am besten Theodor Leyhe, der seit 1974 an der Seite Höhnes stand, und dabei mit ihm nicht nur ein kongeniales dienstliches Team bildete, sondern ihm obendrein auch ein guter Freund wurde.

Als Dramaturg und Regisseur, teilweise auch als Hauptdarsteller habe Höhne die Belange des Kreises in immer neuen Inszenierungen gegenüber den Einflussreichen in Land und Bund zu vertreten gewusst. Dabei habe er auch so manches Mal die Rolle der lustigen Person übernommen, auch wenn ihm so gar nicht danach zu Mute gewesen – die Hauptsache war, für den Kreis und die hier lebenden Menschen ließen sich dadurch Erfolge erzielen. „Im übrigen“, so Leyhe, „hat er als Gourmet nicht nur seine Freizeit geopfert, sondern auch seine Figur, ist er dank seiner Wurstkennerschaft sogar als einer der wenigen Landräte in die Weltliteratur eingegangen.“<sup>270</sup>

Der erste Kreisbeigeordnete sah seinen Dienstherrn zudem in der Rolle des Standhaften, Vermittlers und Landes- bzw. in diesem Falle Kreisvaters. Als „Staat in Person“ habe er bei der Vermittlung eines „Wir-Gefühls“ für Einheimische und Zugezogene eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Höhnes landesväterliches Tun habe ein Maß an Heiterkeit und Harmonie verbreitet, wie es in einer ansonsten materialistisch geprägten Zeit mittlerweile kaum noch vorzufinden sei. „Wir“, so Leyhe abschließend, „der Kreisausschuss und alle Mitarbeiter, sind stolz, mit ihm in einem Ensemble gewirkt zu haben.“<sup>271</sup>

Wie Eitel O. Höhne diese Jahre selbst empfunden hat, verrät er ein gutes Jahrzehnt später in der Chronik zum 25. Geburtstag „seines“ Kreises: „Wesentlich scheint mir, das geistig-politische Klima zu schildern, das wir in all den Jahren geschaffen und in dem wir gelebt und gearbeitet haben. Ein Klima bewusster Toleranz unter dem Wort: ‚In der Macht ist der Keim der Ohnmacht, und wer seine Macht nicht demütig gebraucht, wird sie verlieren.‘ Es gibt leider nicht viele Plätze, an denen unter solchen Bedingungen so gehandelt wurde.“<sup>272</sup>



## 8. Von der „Schnittstelle der Systeme“ in die Mitte Europas

Autoren: Werner Keller / Matthias Roeper

Eine Meldung, die am 17. August 1989 über die Ticker der großen Nachrichtenagenturen lief, irritierte vor 25 Jahren Sicherheitsbehörden und Politiker gleichermaßen: Von hessischem Boden aus waren 90 Schüsse über die Werra auf die DDR-Gemeinde Wahlhausen abgegeben worden. Niemand konnte sich erklären, ob es sich um einen Anschlag oder um einen Dumme-Jungen-Streich handelte. Die DDR-Medien schlachteten das Ereignis weidlich aus, denn in der sich verschärfenden Staatskrise kam den Verantwortlichen in der DDR dieser Zwischenfall, als „westdeutsche Provokation“ deklariert, höchst gelegen. Der Vorfall wurde übrigens nie aufgeklärt und die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, dass die Schüsse von der DDR-Staatssicherheit inszeniert wurden, um von den akuten innenpolitischen Problemen im östlichen Teil Deutschlands abzulenken.

Die Schüsse von Wahlhausen wurden zu einer Fußnote der großen Geschichte und stehen fast schon symbolisch für das Schlusskapitel der deutschen Teilung, die die Menschen im Werra-Meißner-Kreis so lange von ihren thüringischen Nachbarn getrennt hatte.

In den Kreisen und Städten jenseits des Eisernen Vorhangs nahm der „Druck im Kessel“ während des gesamten Jahres 1989 immer mehr zu – überall begannen die Menschen aufzubegehren und waren nicht mehr bereit, die SED-Diktatur widerspruchslos hinzunehmen. In der gesamten Region zwischen Heiligenstadt, Mühlhausen und Eisenach begannen sich Umwelt-Aktivistinnen und kirchliche Gruppen zu organisieren und wurden zu Keimzellen einer immer größer werdenden Reformbewegung. Als in Leipzig und Ostberlin Zehntausende auf die Straße gingen, demonstrierten auch die Menschen in Heiligenstadt und Mühlhausen.

Es kam der 9. November 1989: Nach der legendären Pressekonzferenz des SED-Politbüromitglieds Günter Schabowski in Ostberlin zur Reisefreiheit setzte nicht nur ein Ansturm auf die Sektorengrenze in Berlin ein, sondern auch auf den einzigen hessischen Grenzübergang Wartha/Herleshausen. Um Mitternacht brachte das HR-Fernsehen bereits Bilder von Trabi-Kolonnen, die sich in Richtung Eisenach zurückstauten. Am darauffolgenden Freitag herrschte in Eschwege der Ausnahmezustand: Überall strömten Besucher aus der DDR in Kaufhäuser und Geschäfte, Stadtverwaltung und Banken organisierten die Auszahlung des Begrüßungsgeldes: Einhundert D-Mark pro Kopf waren viel Geld für Menschen aus dem anderen Teil Deutschlands.

Überall gab es Hilfsbereitschaft ohne Grenzen, Privatleute reichten Kaffee und Kuchen, die Kirchengemeinden richteten in aller Eile Verpflegungsstationen ein, um die zahllosen Gäste zu versorgen. Während es in den meisten anderen Orten des Kreises noch ruhig blieb, herrschte in der Kreisstadt am Abend des 11. November bereits eine Art Volksfeststimmung: Die Menschenmassen aus dem Osten strömten durch die Einkaufsstraßen und alle gemeinsam bejubelten das Ende der unmenschlichen Grenze.

### 8.1. Der Zaun bekommt Löcher

12. November 1989: Mitten in der Nacht rückten bei Hohen-gandern im Norden und Wanfried im Süden Arbeitskommandos an. Zunächst waren nur punktförmig die Scheinwer-

fer von Baufahrzeugen zu erkennen, die sich Meter für Meter nach Westen vorarbeiteten. Es galt, binnen weniger Stunden jahrzehntelang unterbrochene Straßenverbindungen provisorisch wieder herzustellen. Waren es am Arnstein zunächst nur einige wenige Schaulustige und Angehörige von Zoll und BGS, die die Aktion beobachteten, sprach sich die Nachricht vom bevorstehenden Fall der Grenze bis zum Vormittag wie ein Lauffeuer in den angrenzenden Städten und Dörfern herum. Immer mehr Menschen strömten an diesem sonnigen Spätherbsttag in Richtung Grenze.



*Nur für kurze Zeit gab es solche Schilder im Kreis zu sehen. Nach Jahren der Abriegelung gab es auf einmal viele neue Grenzübergänge, die aber – wie die ganze Grenze selbst – schnell wieder verschwanden.*

Der Zeiger der Uhr stand bei 12.25, als auch hier der Jubel im wahrsten Sinn des Wortes „keine Grenzen“ mehr kannte: Der erste Trabi aus Thüringen rollte auf den neuen Übergang zu, Sekt und Tränen flossen gleichzeitig, und der Posaunenchor aus Witzenhausen intonierte „Lobet den Herren“. Auch der damalige Hessische Ministerpräsident Walter Wallmann und die Verantwortlichen des Werra-Meißner-Kreises ließen es sich nicht nehmen, diesen historischen Moment direkt an der nunmehr offenen Grenze zu erleben.

Spätestens mit dem 12. November 1989 änderte sich das Leben im bis dahin beschaulichen und abgeschiedenen Werra-Meißner-Kreis: Von nun an strömten täglich die Fahrzeugkolonnen nach Hessen und – in einem etwas bescheideneren Ausmaß – auch in östliche Richtung, denn wer im kleinen Grenzverkehr ein Visum hatte, konnte die DDR-Nachbarkreise besuchen. Der früher so penible DDR-Zoll beschränkte sich auf stichprobenhafte Kontrollen, vor allem, um das Schmuggeln subventionierter Waren in den Westen zu unterbinden.



*Die ersten Grenzübergänge waren meist wirklich nur kleine Löcher im Zaun, doch die Tage an denen der Grenzzaun noch die Landschaft durchschnitt, sollten gezählt sein.*

Am Abend des 17. November 1989 überbrachte eine Streife des BGS Bürgermeister Rolf Jenther während der Einweihungsfeier des neuen Kurmittelhauses in Bad Sooden-Allendorf unter dem Jubel der Gäste die Nachricht, dass am nächsten Tag ein Grenzübergang für Fußgänger bei Wahlhausen geöffnet werden sollte.

18. November, kurz vor 6 Uhr früh: Von Wahlhausen her leuchtete den Menschen ein Spruchband entgegen: Willkommen! Die Parforcegruppe des Reitvereins Bad Sooden-Allendorf spielte „Ich bete an die Macht der Liebe“ – den Menschen ging es durch und durch. Wenige Minuten später setzte sich eine große Menschenmenge aus Richtung Bad Sooden-Allendorf nach Wahlhausen in Bewegung. In einer Kantine der dortigen LPG wurden die Hessen mit Mett und Kaffee bewirtet.

## 8.2. Hilfe für die Nachbarn

Die folgenden Wochen – die Grenze erhielt immer mehr Schlupflöchern – wurden dazu genutzt, zahlreiche Ost-West-Kontakte zu knüpfen: In Stadtverwaltungen und Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen gab es Besuch aus der DDR. Patenschaften bahnten sich an. So wurde z. B. noch im Dezember 1989 die Partnerschaft zwischen Mühlhausen und Eschwege besiegelt, ein Projekt, das schon lange vor der Wende angeschoben worden war. Aus der geplanten Städteverbindung zwischen Witzhausen und Heiligenstadt wurde nichts mehr, doch die beiden Städte pflegen seitdem eine herzliche Nachbarschaft.



Es sollte noch dauern, bis das Floß über die Werra ausgedient hatte und die zerstörte Werra-Brücke bei Lindewerra wieder aufgebaut wurde, um Hessen und Thüringen auch hier wieder zu verbinden.

Witzhäuser Verwaltungsbeamte halfen den Eichsfelder Nachbarn beim Aufbau moderner Stadtwerke und einer neuen Stadtverwaltung, Bad Sooden-Allendorfer Experten bei der Wiederbelebung des Kurbetriebes. Die Hilfe aus Hessen lief für die thüringischen Nachbarkreise auf vielen Ebenen an. Die Feuerwehren aus dem Werra-Meißner-Kreis überließen ihren Kameraden modernere Fahrzeuge, die Polizei schickte Funkstreifenwagen und die Bürgermeister des Werra-Meißner-Kreises vermittelten modernes Verwaltungswissen.

Das Haupthindernis einer noch intensiveren grenzübergreifenden Zusammenarbeit bildeten, neben den auf DDR-Seite äußerst schlechten Straßenverhältnissen, die an allen Ecken und Enden fehlenden Telekommunikationsverbindungen: So gab es allein in der Kreisstadt Mühlhausen 1990/91 einen Stau von 3000 Anträgen auf einen Fernsprechanschluss, von Verbindungen nach Hessen ganz zu schweigen. Als im Mai 1990 fünfundzwanzig neue Leitungen zwischen Mühlhausen und Eschwege geschaltet wurden, war dies eine deutlich spürbare Erleichterung.

## 8.3. Verkehrslawine und geplatzte Träume

Schnell versuchten auch hessische Unternehmen, in Thüringen Fuß zu fassen: Eschweger Bier war bald auch in den Läden und Märkten von Konsum und HO in Mühlhausen zu bekommen und ab dem Januar 1990 lieferten die regionalen Zeitungen ihre Ausgaben in die DDR-Nachbarkreise. West-Produkte standen damals dort hoch im Kurs.

Allerdings hatte auch diese Medaille ihre Kehrseite: Mit der Eröffnung neuer Übergänge wälzten sich täglich nicht enden wollende Fahrzeugkolonnen aus der DDR über die Bundesstraßen 7, 27, 80 und 249 nach Westen. Zwar profitierten von diesen Besucherströmen auch im Werra-Meißner-Kreis viele – vor allem die Kreisstadt Eschwege als Einkaufsstadt und Handelszentrum –, aber auf den Straßen schnellte ab 1990 die Zahl der, leider auch tödlichen, Verkehrsunfälle als Folge des drastisch gestiegenen Fahrzeugaufkommens rasant nach oben. Letztlich waren viele Straßenstücke für solche Mengen an Kraftfahrzeugen gar nicht ausgebaut.

Die Wiederherstellung aller früheren Verkehrsverbindungen war denn auch zentrales Thema der ersten Grenzkonferenz im Januar 1990. Dazu reisten Landrat Dieter Brosey, etliche Behördenleiter und die Vertreter der Grenzstädte und -gemeinden nach Geismar ins Südeichsfeld.



Sie hoben die länderübergreifenden Kreiskonferenzen aus der Taufe: Landrat Dr. Werner Henning (l.) (Heiligenstadt) und Landrat Dieter Brosey.

Im Kulturhaus Florian Geyer wurde über die Probleme diskutiert, die sich wenige Wochen nach der Öffnung der Grenze am Horizont abzeichneten. Dazu gehörte die Sicherheit auf den Transitstraßen: Feuerwehren und Schnelle Medizinische Hilfe (SMH) in der DDR schienen für größere Einsätze unzureichend gerüstet. Zwar saßen ranghohe Offiziere der DDR-Grenztruppe mit am Tisch, nicht aber BGS und Zoll aus der Bundesrepublik.

Waffen- und Uniformträger waren nicht erwünscht und mussten am eigens hergerichteten Übergang Großtöpfer umkehren. Im Grunde genommen schlug in Geismar die Geburtstunde der späteren Kreiskonferenzen zwischen den Landkreisen Werra-Meißner, Göttingen und Eichsfeld, die an wechselnden Orten bis heute stattfinden.

Der letzte fahrplanmäßige Zug von Eichenberg nach Arenshausen verkehrte am 24. Juli 1945. Seitdem war der Bahnverkehr – erst zwischen der amerikanischen und sowjetischen Zone, dann zwischen der Bundesrepublik und der DDR – unterbrochen. Die Gleise nach Osten führten ins Nichts und endeten über Jahrzehnte an einem hölzernen Rammbock: Endstation der einst so stark befahrenen Bahnlinie und gleichzeitig auch das „Aus“ für Eichenberg als Bahnknotenpunkt.

Im Nachhinein mutet es schon fast sensationell an, mit welcher Weitsicht Reichs- und Bundesbahn schon am 23. November 1989 über eine Grenzöffnung auch auf den Schienen der historischen Eisenbahnstrecke Kassel-Halle verhandelten. Sogar die Frage der Elektrifizierung wurde in diesem Kontext bereits geprüft. Am 31. Dezember 1989 kündigte DB-Chef Reiner Gohlke an, dass mit Fahrplanwechsel im Mai 1990 der Übergang Eichenberg-Arenshausen eröffnet werden solle.



*Der Bahnhof Eichenberg wurde nach der Wiedervereinigung wieder ein Knotenpunkt im regionalen Bahnverkehr. Die Hoffnungen, die sich mit dem IC-gerechten Ausbau des Bahnsteiges in Richtung Thüringen verbanden, wurden jedoch enttäuscht.*

Schon in den ersten Januartagen rückten Baumaschinen und Arbeiter an, um die Trasse für den Lückenschluss freizuschlagen und am 26. Mai 1990 rollte dann endlich der erste Zug wieder von Thüringen nach Hessen. Es war der Traditionszug „Zwickau“ der Deutschen Reichsbahn, der mit Politprominenz und diversen Staatsgästen an Bord von Arenshausen kommend in Eichenberg einfuhr. Zur Feier des Tages stiegen tausend Ballons in den Himmel und für den Zugverkehr ins nahe Eichsfeld sowie weiter nach Nordhausen bzw. Halle gab es einen eigenen Bahnsteig mit Kontrollstellen von BGS und Zoll.

Neu-Eichenbergs Bürgermeister Gerhard Hannich (SPD, Verwaltungschef von 1971 bis 1995, gestorben 2012) war ein Mann vorausschauender Planung: Das Konzept für den

Ausbau des Grenzüberganges Eichenberg/Hohengandern im Zuge der B 80 hatte er Anfang 1990 bereits im Kopf. Dazu gehörten Ver- und Entsorgungsleitungen von Eichenberg-Bahnhof zum Alten Holz, Parkplätze, Toiletten. Die seit Jahrzehnten unterbrochene Straße nach Hohengandern war nur provisorisch hergerichtet und bedurfte des Ausbaus. In den ersten Monaten des Jahres 1990 war die Route stark befahren, denn seit Weihnachten gab es die Reisefreiheit auch in östliche Richtung. Die „Organe“ der DDR kontrollierten nur mehr sporadisch.

Auf der großen politischen Bühne gewann die Wiedervereinigung immer mehr Fürsprecher und man diskutierte nicht mehr das „ob“, sondern nur noch das „wie“ und „wann“. Am 30. Juni 1990 waren die Tage der Grenzübergänge zwischen Thüringen und Hessen und damit auch der Kontrollstellen Eichenberg/Hohengandern, Wanfried/Katharinenberg und Netra/Ifta gezählt. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurden sie überflüssig. Die Anlagen, zumeist in Containern, wurden zurückgebaut und ungehindert rollte nun der Verkehr wieder zwischen den Kreisen Werra-Meißner, Heiligenstadt/Worbis und Eisenach (später: Eichsfeldkreis bzw. Wartburg-Kreis).

Die Gemeinde Neu-Eichenberg, allen voran ihr Bürgermeister Gerhard Hannich und sein Nachfolger Wolfgang Fischer (SPD, Bürgermeister von 1995 bis 2012), hatte sich schon Mitte der 80er Jahre für die Wiedereröffnung der unterbrochenen Bahnlinie eingesetzt. Nun schien die Renaissance des Bahnknotenpunktes Eichenberg, der in Spitzenzeiten Hunderten von Menschen Arbeit gegeben hatte, tatsächlich zum Greifen nah. Doch diese Träume platzten schnell: Zum einen entfiel durch die Deutsche Einheit die Kontrollstelle auf der Schiene, zum anderen bereiteten Stadt und Landkreis Göttingen gemeinsam mit der Deutschen Bahn den Bau der sogenannten „Göttinger Kurve“ vor, durch die die Züge aus Südniedersachsen direkt nach Heiligenstadt/Leinfelde und weiter nach Erfurt fahren konnten – ein Halt in Eichenberg war überflüssig geworden.

Immerhin hat sich zumindest die traditionsreiche Strecke Kassel-Halle über Eichenberg etabliert. Die Gemeinde Neu-Eichenberg hat allerdings davon keinen Nutzen – im Gegenteil, das Empfangsgebäude ist verödet und die Pläne für die Modernisierung des Haltepunktes harren noch immer ihrer Verwirklichung.

#### 8.4. Im Zeichen der deutschen Einheit

Mit dem Fall der Grenze – die Sperranlagen wurden nach und nach überall abgebaut – eröffneten sich neue Ziele für den Tourismus: Die Wartburg bei Eisenach lag nun quasi vor der Haustür, die Burgruine Hanstein eroberte sich ihren alten Einzugsbereich zurück und wurde wieder zum attraktiven Ziel für Touristen aus der Region Kassel/Göttingen/Erfurt.

Darüber hinaus waren viele Ziele beiderseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs für die Menschen in Ost wie West plötzlich wieder erreichbar: Ob nun der der Normannstein bei Treffurt und das Städtchen selbst, die Creuzburg, der Meißner oder auch der Ludwigstein und Schloss Berlepsch – sie alle wurden wieder zu beliebten Ausflugszielen für Besucher aus Hessen und Thüringen.

Kulturhistorisch hat das Eichsfeld mit seiner streng katholischen Tradition einen besonderen Rang: Herausragend bei den Wallfahrtsstätten sind der Hülfensberg, Klüschen Hagis und Etzelsbach. Die Anlagen des Franziskaner-Klosters Hülfensberg, einst im Sperrgebiet gelegen, sind nach und

nach hergerichtet worden. Tourismus-Konzepte machen nicht an Verwaltungsgrenzen halt, wie der Werratal-Radweg zeigt: Er führt mit seinen zahlreichen romantischen Abschnitten durch Thüringen, Hessen und Niedersachsen und hat sich mittlerweile zu mehr als nur einem Geheimtipp unter Deutschlands Velo-Fahrern entwickelt.

Mit dem Fall der Grenze eröffneten sich für die Wirtschaft des Kreises völlig neue Chancen: Der Handel etwa in der Kreisstadt Eschwege konnte an frühere Zeiten anknüpfen und seinen Einzugsbereich in die thüringischen Nachbarkreise erweitern.

Industriebetriebe wie Rege-Motorenteil, SCA, Friedola oder Plastoreg zog es mit Zweigwerken nach Osten – günstige Grundstücke und eine höhere Förderung sowie ein großes Arbeitskräftereservoir machten es möglich. Als Paradebeispiele für solche Industriensiedlungen im großen Stil können in Eisenach die Unternehmen Opel, BMW und Bosch gelten.

Ein knappes Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung bleibt allerdings auch festzustellen, dass es für den Werra-Meißner-Kreis schwerer geworden ist, Investoren zu gewinnen und – dies als Folge des Fördergefälles zu Thüringen – selbst heimische Betriebe vor Ort zu halten.

Beispielhaft für diese Entwicklung stehen die Bemühungen der Stadt Hessisch Lichtenau, die Fleischfabrik der Kaufland-Kette mit 350 Arbeitsplätzen im Stadtgebiet anzusiedeln. Der Versuch scheiterte und die Kaufland-Manager entschieden sich für das neue Gewerbegebiet in Heiligenstadt, fast direkt an der neuen Autobahn 38 und gefördert durch das Land Thüringen. Getreu dem Motto, wo schon was ist, kommt immer noch mehr hin, haben sich rund um das Werk mehrere andere Betriebe niedergelassen. Beispiele sind Leitec und Würth.

Große Hoffnungen richteten sich im nördlichen Werra-Meißner-Kreis auf den in Neu-Eichenberg geplanten Magnapark – mehrere tausend Arbeitsplätze im Bereich Logistik waren im Gespräch. Das Projekt war trotz nicht geringen Widerstandes aus der Bevölkerung weit gediehen, scheiterte aber letztlich nach langem Planungsvorlauf. Unter dem Eindruck einer globalen Wirtschaftskrise machte der englische Investor einen Rückzieher.

### 8.5. Der Ruf nach neuen Verkehrswegen

Es war im Jahr 1970, als Eschweger Geschäftsleute, vertreten durch die Werbegemeinschaft EWG, mit einer Resolution an die Öffentlichkeit gingen: Die Unternehmer forderten den Bau der Autobahn Kassel-Herleshausen und die Wiederaufnahme einer Planung, die bereits auf die Zeit vor dem Krieg zurückging. Man versprach sich insbesondere von der besseren Anbindung des Eschweger Raumes einen Aufschwung für Handel und Industrie und hatte dabei die südliche Nachbarstadt Bad Hersfeld im Blick.

Damals verhallte die Forderung, erhielt dann aber mit dem Fall der Grenze ungeahnte neue Aktualität. Die tägliche Verkehrslawine im Ost-West-Verkehr vor Augen, die sich über die Bundesstraßen 7 und 27 sowie die B 80 und die B 249 wälzte, wurden die unterschiedlichsten Lösungsansätze der drängendsten Verkehrsprobleme diskutiert.

Viele Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis an den West-Ost-Bundesstraßen litten unter Schwerlast- und PKW-Verkehr. Die Bundesstraße 7 im südlichen und die Bundesstraße 80 im nördlichen Kreis wurden plötzlich zu Hauptverbindungs-

wegen im Ost-West-Verkehr und Gemeinden wie Schwebda, Frieda, Wanfried, Bischhausen und Oettmannshausen litten unter der immer größer werdenden Fahrzeugflut.

Speziell im Nachwende-Jahr 1990 spitzte sich die Situation auf den Straßen des Werra-Meißner-Kreises dramatisch zu. Die Polizei zählte 55 Verkehrstote, was einen noch nie dagewesenen Negativrekord darstellte. Zum Vergleich: Aktuell waren in den letzten Jahren niemals mehr als zehn Verkehrstote pro Jahr zu beklagen.



*Insbesondere die B7 – hier in der Ortsdurchfahrt Fürstenhagen – war den Verkehrsmenschen, die nach der Grenzöffnung ihren Weg durch den Kreis suchten, nicht gewachsen.*

In dieser Situation wurden vielerorts die Bürger initiativ. Entlang der B 7 begann die Diskussion um mögliche Ausbauvarianten, im Sommer 1990 blockierten Umweltschützer die B 27 bei Bad Sooden-Allendorf, und im Herbst des gleichen Jahres forderten die Einwohner des Großalmeröder Stadtteils Trubenhagen das Ende der unerträglichen Verkehrssituation und endlich den Bau einer Ortskernumgehung.

In gewissem Maße konnte man zumindest die Unfallentwicklung durch eine bessere Verkehrslenkung, konsequentere Überwachung und bauliche Maßnahmen beeinflussen, aber um das Problem generell in den Griff zu bekommen, waren große Lösungen notwendig – sprich Ortsumgehungen –, insbesondere auch um die betroffenen Anwohner von Lärm und Gestank zu entlasten. Als erste Ortslage profitierte im Zuge der B 249 die Stadt Wanfried, dann durch den Bau eines Teilstücks der A 44 der Hess. Lichtenauer Stadtteil Walburg und das arg in Mitleidenschaft gezogene Trubenhagen. Andere Gemeinden (Frieda) sollen folgen. Mit dieser „Nach-Wende-Thematik“ nur mittelbar im Kontext stand der Bau des 530m langen „Schürzeberg-Tunnels“ bei Oberrieden, der am 12. September 1992 vom damaligen hessischen Verkehrsminister Ernst Welteke seiner Bestimmung übergeben wurde. Vier Jahre hatten die Bauarbeiten an der 46 Millionen DM teuren Oberrieder Ortsumgehung gedauert, deren Kernstück, der Tunnel, allein über 30 Millionen DM verschlang.

„Endlich hat es ein Ende mit Lärm und Gefährdungen in Oberrieden“, sprach der Minister aus, was in diesem Moment alle empfanden. Welteke rekapitulierte noch einmal die Geschichte des Baus, der 1986 mit dem Planfeststellungsverfahren begonnen hatte und mit dem ersten Tunnelanschlag am 21. September 1990 in die „heiße Phase“ getreten war. Für die Stadt Bad Sooden-Allendorf erinnerte Bürgermeister Erich Giese noch einmal an den jahrelangen Kampf der Oberrieder um die Umgehungsstraße, die letztlich das Leben in ihrem Dorf wieder lebenswert machte.



Der Tunnel unter dem Schürzenberg bei Oberrieden war die erste Straßentunnelbaustelle im Werra-Meißner-Kreis. Im Zuge des Baus der A44 sollten und werden ihr noch viele weitere folgen.

Die neue Verbindung durch den Tunnel besaß noch einen weiteren positiven „Nebeneffekt“: Die Fahrtzeit von Witzenhäusen nach Bad Sooden-Allendorf wurde fast halbiert – wieder war, wie schon nach dem Ausbau der B 27 zwischen Bad Sooden-Allendorf und Eschwege (1983/84), der Werra-Meißner-Kreis ein bedeutendes Stück näher zusammen gerückt.

### 8.6. Dauerthema Autobahnbau

Als zentrales – und vor allem konfliktbeladenes – Thema innerhalb der Diskussionen um die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zwischen Hessen und Thüringen kristallisierte sich sehr schnell die Verlängerung der Autobahn 44 von Kassel bis zum Anschluss an die A 4 in Herleshausen heraus. Erste Überlegungen zum Bau dieser Strecke gab es schon im Netzplan des Jahres 1927, der eine Autobahnverbindung Dortmund–Kassel–Erfurt mit Anbindung an die Strecke Frankfurt–Leipzig–Dresden–Breslau vorsah. Für die Strecke Kassel–Eisenach wurden Entwürfe erarbeitet und zum Bau freigegeben. Kriegsbedingt kam es jedoch nicht mehr zum Baubeginn. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zwar die Autobahn Dortmund–Kassel gebaut, ihre Weiterführung nach Herleshausen besaß jedoch wegen der Grenze keine Priorität.

Ortsumgehungen zur Entlastung der Anwohner, insbesondere im Zuge der B 7 oder die Weiterführung der Autobahn? Das war die zentrale Frage, die Anfang der 90er Jahre politisch heftig diskutiert wurde. Der Lückenschluss wurde schließlich 1991 mit der Nummer 15 in die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ aufgenommen. „Während andere Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zügig umgesetzt wurden, gestalteten sich die Planungen für die A 44 schwierig“, heißt es in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia.

Im Ergebnis wurde die vor dem Krieg aufgestellte Planung verworfen und die Strecke nicht durch die Söhre, sondern durch das Losse- und Wehretal geführt. Knapp siebzig Kilometer lang ist die A 44 zwischen Kassel und Herleshausen und wird – wenn sie denn fertig gestellt ist – etwa 1,5 Milliarden Euro gekostet haben. Ein Vierteljahrhundert nach der

Grenzöffnung sind lediglich gut 6 Kilometer bei Walburg befahrbar, jedoch weitere Abschnitte zwischen Kassel und Hessisch Lichtenau und zwischen Walburg und Waldkappel in Arbeit.



Der Streit über die Autobahn stieß auf wenig Verständnis bei den direkt betroffenen Anwohner, die aus ihrem Ärger – wie hier auf einem Plakat in Walburg – keinen Hehl machten.

Klagen von Naturschutzverbänden mit aufwändigen Gerichtsprozessen hatten für jahrelange Verzögerungen gesorgt. Zeitweise gab es sogar einen Baustopp, um die Planung im Sinne des Naturschutzes nachzubessern.



Landrat Dieter Brosey bei einem Ortstermin zur Verkehrsproblematik auf der alten, bedingt durch die Deutsche Teilung nie dem Verkehr übergebenen, Autobahnbrücke bei Wommen. Bereits Anfang der neunziger Jahre war klar, dass hier die A44 an die A4 angeschlossen werden sollte.

Im 40. Jahr des Bestehens des Werra-Meißner-Kreises ist die A 44 größtes Infrastruktur-Projekt der Region Nordhessen. Die Landschaft zwischen der Kreisgrenze bei Helsa und der Landesgrenze bei Herleshausen erlebt ihre größte

Veränderung. Aufwändige Brücken- und Tunnelbauten sind landschaftsbedingt eine Herausforderung für die Ingenieure. Wann der Verkehr endlich von Kassel bis Herleshausen über die fertige Autobahn fahren wird, ist aktuell leider immer noch nicht endgültig vorhersehbar.



Der damalige Hessische Verkehrsminister Lothar Klemm erläuterte bei einem Vor-Ort-Termin den gefundenen Trassenkompromiss durch Losse- und Wehretal.

Mit einem gewissen Neid können die Erbauer der A 44 (Lückenschluss) nach Norden blicken: Die Planung für die Südharzautobahn A 38 (Verkehrsprojekt deutsche Einheit Nr. 13) kam zwar später in Gang, wurde aber trotz einiger regionaler Widerstände deutlich schneller verwirklicht. Die A 38 verbindet die A 7 bei Göttingen mit dem Raum Leipzig und hat eine Länge von insgesamt 219 Kilometern, wobei der Heidkopftunnel an der Landesgrenze zwischen Niedersachsen und Thüringen mit 1,7 km Gesamtlänge das größte Einzelbauwerk der Gesamtstrecke darstellt.

Die A 38 verläuft in unmittelbarer Nähe des Werra-Meißner-Kreises, führt in der Gemarkung des Neu-Eichenberger Ortsteiles Marzhausen auf 1,6 km durch Kreisgebiet und ist damit auch zu einem wichtigen neuen Standortfaktor für die Wirtschaft in der Region geworden.

Die Planungshoheit lag beim Bau der A 38 in Händen der fünf von der Trassenführung betroffenen Bundesländer und, anders als bei der A 44 (Land Hessen), ging der Bund hier einen Sonderweg: Die Deutsche Einheit Fernstraßen-Planungsgesellschaft (DEGES) war federführend verantwortlich für Planung und Bau der Autobahn. Seit dem 22. Dezember 2009 rollt der Verkehr ungehindert nach Osten. Die Industrieregion Halle/Leipzig ist nun aus der Region Kassel/Göttingen schneller erreichbar.

### 8.7. Aus für Traditionsindustrien

Von dem Fall der Grenze und der Wiedervereinigung relativ unabhängig zu sehen ist der Niedergang der Traditionsindustrien im Werra-Meißner-Kreis. Zwar wurde dessen Geschwindigkeit durch den Wegfall von Grenze und dem dadurch bedingten Ende der Zonenrandförderung noch be-

schleunigt, war aber letztlich Folge des allgemeinen Strukturwandels und globaler Entwicklungen.



Auch dieser Teil der Industrieregion Werra-Meißner existiert nicht mehr: Die Zeche Hirschberg bei Epteroide.

Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden besonders Eschwege und Witzenhausen: Die Kreisstadt verließ der Landmaschinenhersteller Massey Ferguson, Paradebeispiel der Zonenrandförderung, und mit Pacoma blieb nur ein kleiner Teil zurück. Das Vertriebszentrum MF-AGCO war dann zwar noch einige Jahre im Verbund mit der DEULA in Witzenhausen präsent, ehe es 2007 nach Marktberndorf in Bayern verlegt wurde. Ebenso verabschiedete sich der Pharmahersteller Woelm in Richtung Spanien aus der Kreisstadt und auch die Nachfolgefirma Jul-Phar konnte sich nicht halten.



Von der großen Zeit der Tabakindustrie zeugt vor allem noch das Kautabakmuseum. Dies war in den 80er Jahren noch anders, als nicht nur – wie hier im Bild – Zigarren, sondern auch Kautabak in größerem Still im Kreis hergestellt wurden.

Verschwunden sind, hauptsächlich in Witzenhausen, viele hundert Arbeitsplätze in der Möbel- und Textilindustrie – hier besaßen die Namen wie Jaeger, Steinfeld (Möbel) und JORA (Textil) jahrzehntelang einen guten Klang. Vergebens sucht man auch die ehemals blühende Zigarrenindustrie – hier schloss mit Leopold Engelhardt u. Co. im September 1990 die letzte und gleichzeitig bedeutendste Fabrik ihre Tore. Nur die museale Herstellung von Kautabak durch die vor 1945 im thüringischen Nordhausen beheimatete Firma Grimm & Triepel erinnert in Witzenhausen noch an die große Zeit der Tabakindustrie in der Region.

## 9. Der Kreis im geeinten Deutschland – Chance und Herausforderung

Autor: Matthias Roeper

Mit dem 03. Oktober 1990 hatte sich das Koordinatensystem, in dem sich der Werra-Meißner-Kreis bis dato eingerichtet hatte, endgültig verschoben. Damit war nach nur zwei Jahren erfüllt worden, was Landrat Dieter Brosey im Rahmen seiner Amtseinführung am 6. Juni 1988 formuliert hatte. „Hauptproblem des Kreises“, so der Verwaltungschef in seiner Antrittsrede, „werde auch in Zukunft die Lage unmittelbar an der innerdeutschen Grenze sein, die beste Strukturpolitik daher eine vernünftige Deutschland und Ostpolitik (...) Der Kreis müsse seine natürliche zentrale Lage mitten in Deutschland und Europa wiedererhalten.“<sup>273</sup>

Niemand in der gut gefüllten Eschweger Stadthalle, in der sich neben den Abgeordneten auch zahlreiche Besucher – insbesondere die Bürgermeister der sechzehn Städte und Gemeinden des Kreises – eingefunden hatten, um der Amtseinführung des neuen Landrates beizuwohnen, hätte sich an diesem Tag vorstellen können, in welcher atemberaubenden Geschwindigkeit die DDR und der gesamte sog. „Ostblock“ verschwinden und der Werra-Meißner-Kreis sich dadurch plötzlich tatsächlich in der Mitte Deutschlands und Europas wiederfinden würde.

Die Euphorie war groß, die Hoffnungen in die Zukunft fast noch größer. Und tatsächlich schien die neue Zeit auch das zu halten, was man sich von ihr versprochen hatte: Der Einzelhandel boomte, viele neue Mitbürger aus der ehemaligen DDR ließen sich in den Städten und Dörfern des Kreises nieder, milderten dadurch den Bevölkerungsverlust der vergangenen Jahre ein ganzes Stück weit<sup>274</sup> und stärkten zudem das kommunale Steueraufkommen sowie die Finanzkraft der Gemeinden.

„Aufbruch zu neuer Zeit“, überschrieb Landrat Dieter Brosey am 30. Dezember 1989 sein Grußwort zum bevorstehenden Jahreswechsel und drückte in ihm aus, was sich viele Menschen an Werra und Meißner von der neuen Wirklichkeit erhofften: „Für unseren Kreis bietet die Öffnung der Grenzen große Chancen in der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Chancen müssen wir nutzen, unser Kreis ist über Nacht ein hochinteressanter Gewerbestandort geworden, nicht mehr am Rande der EG, sondern mitten in Europa. Dies wird für die Struktur im Kreis Aufschwung bringen und gilt auch für den Fremdenverkehr mit Möglichkeiten der Einbeziehung von Eichsfeld und Thüringer Wald.“<sup>275</sup>

Niemand konnte in jenen euphorischen Tagen der Wendezeit voraussehen, dass sich die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Realität der nun folgenden Epoche deutlich prosaischer zeigen würde, als es die Blümenträume des Novembers 1989 erhoffen ließen.

Für unseren Kreis galt es indes erst einmal Abschied nehmen, und das in doppelter Hinsicht. Einmal voller Freude und mit lachenden Augen von Stacheldraht, Todesstreifen, Schießbefehl und den Wachtürmen der innerdeutschen Grenze und – diesmal sicherlich mit einer gehörigen Portion an Nachdenklichkeit – vom Zeitalter der Zonenrandförderungen und der ausgeglichenen Kreishaushalte.

### 9.1. Dieser Haushalt ist ein ganz magerer Hering

Neben dem Wegfall der Zonenrandförderung war es vor allem die Entwicklung der Kreisfinanzen, die den Verant-

wortlichen die Sorgenfalten ins Gesicht trieb. Glänzten schon die Kreise Eschwege und Witzenhausen nicht durch besonders üppige finanzielle Ausstattung, so blieb dieses Manko leider auch dem neuen Großkreis erhalten.

Die ersten fünfzehn Jahre des Werra-Meißner-Kreises musste man mit einer Finanzlage leben, die dauerhaft sparsames Haushalten ebenso voraussetzte wie wohlüberlegtes Handeln im Investitionsbereich nötig machte. Ungeachtet aller pekuniären Schwierigkeiten gelang es aber mit ganz wenigen Ausnahmen in all den Jahren dennoch, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und gleichzeitig die notwendigen Investitionen in den Bereichen Verkehr, Schulen, Krankenhäuser und Abfallbeseitigung zu tätigen.

Dies sollte sich ab 1990 grundlegend ändern: Mit dem Haushaltsansatz dieses Jahres, der erstmals seit 1976 wieder einen Fehlbetrag auswies (1,751 Mill. DM), war die Zeit der ausgeglichenen Haushalte vorbei. Mit diesem ersten Haushalt nach der Grenzöffnung sollte eine unruhige Epoche voller finanzieller Probleme beginnen, in der beim Kreis vieles auf den Prüfstand gestellt und verändert wurde und deren Ende auch heute noch nicht absehbar ist.

Lässt man die durchgängig roten Zahlen der vergangenen Jahre Revue passieren wird erkennbar, dass es eine weder linear ansteigende noch absteigende Kurve in den Defizithöhen gibt. So lag z. B. der Fehlbetrag im Jahr 1994 bei 2,4 Mill. DM und provozierte den FDP-Abgeordneten zu der als Überschrift für dieses Kapitel gewählten Zeile vom dem „Haushalt, der ein „ganz magerer Hering“<sup>276</sup> sei, stieg dann innerhalb von 2 Jahren auf über 14 Mill. DM, was Landrat Brosey vor dem Kreistag von einer „todernsten Lage“<sup>277</sup> sprechen ließ.

Nach einer gewissen Stabilisierung in den Folgejahren und Defizitzahlen von 9 Mill. (1997) bzw. 11,6 Mill. DM (1998) bescherte das Jahr 1999 dem Kreis mit einem Minus von 17,7 Mill. DM den bis dato negativen Ausreißer. Nach der abermaligen leichten Stabilisierung auf niedrigem Niveau, brachte das Jahr 2004 einen erneuten Schock: Die „rasante Talfahrt“<sup>278</sup> der Kreisfinanzen ging nahezu ungebremst weiter und erreichte mit einem Defizit von 12,9 Mill. € ihren bisherigen Höhepunkt bzw. in diesem Fall Tiefstand.

Über 15,5 Mill. € für 2005 stieg der Fehlbetrag auf 16,5 Mill. € im Jahr 2006 – ein abermaliger neuer Tiefpunkt war erreicht. In den drei Folgejahren gestaltete sich die Haushaltslage dann wieder deutlich besser und das Haushaltsloch wurde kleiner: Das Minus sank erst auf 11 Mill. € (2007), dann auf 6,5 Mill. (2008) und erreichte mit lediglich noch 2,3 Mill. (2009) den niedrigsten Stand seit 1994.

Diese Entwicklung gab Anlass zu Optimismus und Landrat Stefan Reuß konnte am 12. Februar 2008 erstmals öffentlich davon reden, dass sich „die finanzielle Lage des Kreises deutlich gebessert“<sup>279</sup> hätte. Insbesondere der Haushalt des Jahres 2008 stellte sich im Nachhinein noch einmal deutlich positiver dar als gedacht und bei Vorlage des Jahresabschlusses im Frühjahr 2010 war der Fehlbetrag auf nur noch knapp eine halbe Million Euro gesunken.

Die Freude über die sich stabilisierenden Kreisfinanzen währte allerdings nur kurz, denn die aufbrechende weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise verschonte auch den Werra-Meißner-Kreis nicht und machte deren Haushaltserholung

erst einmal wieder zunichte. „Der Kreishaushalt verschlechtert sich durch Wirtschaftskrise dramatisch“,<sup>280</sup> titelte die Lokalpresse angesichts eines erwarteten Defizits von 17 Mill. Euro für 2010 – und das war beileibe noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Im Haushaltsjahr 2011 musste der Werra-Meißner-Kreis das bislang größte Haushaltsdefizit in seiner Geschichte verkraften: Mit 19,4 Mill. € blieb man nur knapp unterhalb der Marke von zwanzig Millionen und die Handlungsmöglichkeiten des Kreises wurden immer geringer. Großartigen Gestaltungsspielraum besaß man eigentlich schon seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr, was Landrat Dieter Brosey schon im November 1995 – angesichts eines erwarteten Haushaltsdefizits von 14 Mill. DM – zu drastischen Formulierungen greifen ließ. „Manchmal fragen wir uns“, so der Verwaltungschef in der Haushaltsdebatte vor dem Kreistag, „wofür wir überhaupt noch einen Kreistag haben – wir können ja doch nichts mehr entscheiden, nur noch die laufenden Kosten bedienen.“<sup>281</sup>

Die Einbringung und Diskussion des Haushalts ist auch immer in ganz besonderer Weise „die Stunde des Parlaments“. Hier hat die Regierung Gelegenheit, die Ziele ihrer Politik darzustellen und im Gegenzug kann die Opposition mittels einer „Generalabrechnung“ einen Gegenentwurf präsentieren. Dabei ist das Procedere in jedem Parlament ähnlich – gleich ob Bundes-, Land- oder wie in unserem Fall, eben der Kreistag. So sind denn auch im Kreistag des Werra-Meißner-Kreises in aller Regel während der alljährlichen Haushaltsdebatten die unterschiedlichen politischen Meinungen mit besonderer Vehemenz und teilweise drastischer Wortwahl ausgetauscht worden.

Betrachtet man die Einzelposten des Kreisetats auf der Ausgabenseite, so fällt sehr schnell ins Auge, dass der Sozialbereich, aufgeteilt in die Einzelkategorien „Sozialleistungen“, „Kinder, Soziales u. Familie“ und die „Umlage an den Landeswohlfahrtsverband“ fast die Hälfte aller Ausgaben ausmacht. Hinzu kommen, neben diversen kleineren Posten, die Zuschüsse an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement und die Personalausgaben als nochmals größere Einzelkategorien.

Die Einnahmenseite wird dominiert von der „Kreis- und Schulumlage“, die die Städte und Gemeinden an den Kreis entrichten sowie den „Schlüsselzuweisungen“ des Landes, die zusammen weit über die Hälfte der Gesamteinnahmen ausmachen.

Sowohl die Ausgaben – als auch die Einnahmenseite sind nur bedingt durch politische Entscheidungen des Kreises beeinflussbar, sondern unterliegen ganz wesentlich anderweitigen Einflüssen, wie z. B. der Anstieg der Ausgaben für Transfer – und Hartz IV – Leistungen im Haushalt 2010 deutlich macht. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage war dieser Einzelkategorie um zwei Millionen Euro gegenüber 2009 angestiegen – in Kombination mit den massiv verringerten Schlüsselzuweisungen des Landes war das im Jahr 2010 ein Grund dafür, dass das Minus so dramatisch aus dem Ruder lief.

Da half es auch wenig, dass der Kreis seinerseits die Kommunen stärker zur Kasse bat und die Kreisumlage erhöhte – „der eine Arme fasst dem anderen Armen ins leere Portemonnaie“,<sup>282</sup> kommentierte dies Lothar Quanz (SPD) während der Haushaltsdebatte – die Möglichkeit, den Haushalt ausschließlich durch eigene Anstrengungen zu sanieren, besteht nur in Ansätzen.

In dieser Situation ist es auch wenig tröstlich, dass der Kreis mit seinen Finanzproblemen nicht alleine steht. So schlugen schon im Mai 2004 alle nordhessischen Landkreise nebst der Stadt Kassel wegen ihrer Finanzmisere öffentlich Alarm<sup>283</sup>, warnte der Deutsche Städtetag im Februar 2010 davor, dass deutschlandweit die „Kommunen vor dem Kollaps“<sup>284</sup> stünden und ließen die „Rathaus-Chefs“ des Werra-Meißner-Kreises im Januar 2010 gemeinsam „Dampf ab“<sup>285</sup>

Seitdem ist viel ausführlich und kontrovers diskutiert worden, hat sich die Wirtschaft wieder erholt und ist vor allem vom Land das Programm „Kommunaler Schutzschirm“ zur Teilentschuldung der hessischen Kommunen und Landkreise aufgelegt worden. Diesem Programm, das von den beteiligten Kreisen und Kommunen einen gewissen Teil der aufgelaufenen Schulden übernimmt, ist auch der Werra-Meißner-Kreis mit großer Mehrheit des Kreistages am 07. Dezember 2012 beigetreten und erhielt vom Land die Zusage über 19,6 Millionen Euro Schuldenübernahme. Im Gegenzug verpflichteten sich Kreis und Kommunen bis spätestens 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Neben der Überprüfung aller nur denkbaren Einsparpotenziale und der sog. „freiwilligen Leistungen“ können allerdings insbesondere die Kommunen im Kreis ihre Haushaltskonsolidierung nur durch deutlich erhöhte Steuern und Abgaben erreichen. Ob sich die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern, Kindergarten und Parkgebühren sowie den Eintritt in öffentliche Einrichtungen nicht letztendlich als Nachteile für die Region als Wohn- und Gewerbestandort herausstellen werden, muss die Zukunft erweisen.

## 9.2. Kräfte bündeln – Wirtschaftsförderung, Tourismusmarketing und Landwirtschaft

Am 01. Januar 1974 waren im Werra-Meißner-Kreis in 5.773 Betrieben in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft insgesamt 27.026 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon 21.444 in Industrie und Handwerk.<sup>286</sup>

Zum Jahresbeginn 2012 gab es im Kreis 6.462 IHK – zugehörige Betriebe mit 26.599 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist also während des betrachteten Zeitraumes weitgehend gleich geblieben – die Struktur der Beschäftigung hat sich allerdings deutlich verändert.

Hervorstechend dabei ist vor allem der dramatische Bedeutungsverlust der Landwirtschaft. Gab es 1974 im Kreisgebiet noch insgesamt 4.045 bäuerliche Betriebe mit 5.584 Beschäftigten, so hat sich diese Zahl auf nur noch 138 Betriebe mit 457 reduziert, d.h. über 90 % der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze des Jahres 1974 sind seitdem verloren gegangen.

Ebenso rückläufig, wenn auch nicht in diesen Dimensionen, ist die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe. Waren 1974 noch 13.322 Personen im Werra-Meißner-Kreis im industriellen Bereich beschäftigt, so ist diese Zahl bis 2012 auf 8.698 Arbeitnehmer zurückgegangen, die, und das kommt noch hinzu, das gesamte sog. „produzierende Gewerbe (einschl. Bau)“ umfasst.<sup>287</sup>

In den vergangenen vier Jahrzehnten sind nicht nur völlig neue Berufsfelder und Berufe entstanden – man denke in diesem Zusammenhang nur an die Bereiche Information und Kommunikationstechnik bzw. Verkehr und Logistik – sondern die Arbeitsrealität selbst ist durch einen tiefgreifenden Strukturwandel radikal verändert worden. Um diesen neuen

Herausforderungen gewachsen zu sein, es notwendig neue Wege zu gehen.

Nachdem es in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vielerorts bereits erfolgversprechende Ansätze gebündelter Wirtschaftsförderung und Entwicklung mit Partnern aus Politik und Wirtschaft gegeben hatte, starteten Mitte Mai 1988 auch im Werra-Meißner-Kreis die hiesigen Wirtschaftsleute die Initiative zur Gründung einer „Wirtschaftsfördergesellschaft Pro Werra – Meißner“.

Durch eine solche Institution sollte ihrer Meinung nach das in der Region ansässige Potenzial gebündelt und aktiviert werden, „... so dass Defizite abgebaut, Stärken gefördert und gemeinsame Maßnahmen ergriffen werden, die unseren Kreis nach außen und innen positiver darstellen. Mit dem Randlagen – Gejammer müsse ebenso Schluss sein wie mit dem ständigen Sich – unter – Wert – verkaufen. Nötig sei der Schulterschluss des Landkreises, der Kommunen und aller Wirtschaftseinrichtungen im Werra-Meißner-Kreis unter der gemeinsamen Marschrichtung Pro Werra – Meißner.“<sup>288</sup>

Formuliert wurde diese Forderung als Ergebnis einer Klausurtagung in Bad Sooden-Allendorf, in deren Verlauf Unternehmen, Kammern, Verbände, die Bürgermeister der Städte Eschwege, Bad Sooden-Allendorf und Witzenhausen sowie der designierte Landrat Dieter Brosey die grundsätzliche Absicht bekundeten, sich gemeinsam im Bereich der Wirtschaftsförderung neu aufzustellen.

Zwar veränderten der Fall der innerdeutschen Grenze und die Wiedervereinigung kurze Zeit später die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Kreises grundlegend, aber die Notwendigkeit gezielter und nachhaltiger Wirtschaftsförderung verlor dadurch nichts von ihrer Dringlichkeit. So stand dann auch die „Wirtschaftsfördergesellschaft Werra – Meißner (WFG)“ – am 16. November 1989 als Gesellschaft des Kreises und, mit Ausnahme von Weißenborn, fünfzehn seiner Kommunen gegründet – unmittelbar nach ihrer Gründung vor großen Herausforderungen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich tiefgreifend verändert und stellten sich so ganz anders dar, als es noch vor anderthalb Jahren in der o. a. Klausurtagung skizziert worden war. So attestierte z. B. Siegfried Rauer, der im Sommer 1990 berufene Geschäftsführer der WFG auf der ersten Beiratssitzung der Gesellschaft im September 1990 dem Werra-Meißner-Kreis „hervorragende Entwicklungspotenziale (...) auf der erstaunlich guten Entwicklung der heimischen Betriebe lasse sich für die Zukunft aufbauen.“<sup>289</sup> Ähnlich positiv äußerte sich auch Landrat Dieter Brosey, der besonders die überproportionale Steigerung der Beschäftigungszahlen hervorhob, die mit 2,7 % im Werra-Meißner-Kreis den hessenweiten Spitzenwert darstellten.

Und in der Tat, überall waren die Hoffnungen auf ein Aufblühen der Region ebenso groß wie die fast mit den Händen zu greifende Aufbruchsstimmung. Das von den Wirtschaftsleuten noch im Mai 1988 monierte „Randlagen – Gejammer“ gehörte der Vergangenheit an und zum neuen Platz in der „Mitte Deutschlands“ kam ab Juli 1990 noch die Währungsunion und die damit verbundene Sonderkonjunktur, von der besonders Einzelhandel, KFZ – Gewerbe und Baubranche profitierten.

Für eine Reihe von Unternehmen eröffneten sich zudem durch den Wegfall der Randlage neue Perspektiven. Die jetzt wieder unbegrenzt vorhandene Möglichkeit, neue Absatzmärkte auch in Mittel- und Ostdeutschland zu erschließen und sie von hier aus zu bedienen, veranlasste sowohl

neue als auch alteingesessene Unternehmen zu erheblichen, vor allem baulichen Investitionen. Sorge bereitete allerdings nach wie vor die Arbeitslosenquote, die im Spätsommer 1990 kreisweit immer noch bei 9,5 % lag.

Der kurzfristige Nachfrageboom mit seinen günstigen Effekten war allerdings relativ schnell vorbei und machte schon ab 1991 einer „... Stagnation auf hohem Niveau mit rückläufiger Tendenz“<sup>290</sup> Platz. Hinzu kam, dass sich mit dem sog. „Fördergefälle“ – Wegfall der Zonenrandförderung in Hessen und hohe Förderung in Thüringen – ein neues und nicht unerhebliches Problem für unsere Region auftrat. Viele Unternehmen, die mit einer Betriebsansiedelung im Werra-Meißner-Kreis geliebäugelt hatten, gingen lieber ins benachbarte Thüringen und selbst einige heimische Unternehmen schlossen hier die Tore, nur um ihre Produktion in den neuen Ländern förderbegünstigt wieder aufzunehmen. Hinzu kam der schon angesprochene Strukturwandel, der erst im neuen Jahrtausend nach dem Verschwinden traditioneller Industriezweige (Möbel, Zigarren, Textil) seinen Abschluss fand.

Dem standen allerdings auch positive Entwicklungen in der Ansiedelung neuer und vor allem der Sicherung bzw. Erweiterung bestehender Unternehmen gegenüber. Und dies nicht nur lokal begrenzt, sondern in allen Teilen des Kreises. Zu nennen sind hier, um nur einige Beispiele zu nennen, die Firmen Stiebel-Eltron, Friedola, Bode, REGE, H. Angers & Söhne, Seeger Engineering AG und SCA, die nicht nur ihre Produktionspalette erweiterten und dadurch neue Arbeitsplätze schufen, sondern auch weit über die Region hinaus bzw. sogar weltweit hohes Ansehen genießen.

Erfreulich auch, dass durch eine beachtliche Zahl an Existenzgründungen im ersten Jahrzehnt nach der Grenzöffnung annähernd eintausend neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten – hier versuchte der Kreis über die WFG durch den Aufbau eines „Gründer und Innovationszentrums“, das im November 2001 in Witzenhausen eingeweiht werden konnte, unterstützend zu wirken.

Auch auf finanzieller Ebene war man bestrebt, die Gründung neuer Unternehmen zu unterstützen. So wurde im Mai 1999 in Kooperation mit der Sparkasse Werra – Meißner und den Genossenschaftsbanken des Kreises ein „Wagniskapitalfonds“ ins Leben gerufen, mit dem sich bei aussichtsreichen Unternehmensgründungen fehlendes Eigenkapital durch haftendes Beteiligungskapital der WFG ersetzen ließ und so den Gründerfirmen die Möglichkeit eröffnete, zusätzliches Fremdkapital zu erschließen.

Die WFG, die das erste Jahrzehnt ihrer Arbeit als ausschließlich kommunale Gesellschaft geleistet hatte, wurde zur Jahrtausendwende „runder gemacht“, wie es Landrat Dieter Brosey auf der Gesellschafterversammlung im Juli 1999 formulierte. Gemeint war die organisatorische Erweiterung der WFG hin zu den Institutionen der Wirtschaft im Kreis. Sinnbildliches Zeichen dafür war die Erweiterung des Aufsichtsrates mit Vertretern von IHK und Kreishandwerkerschaft sowie den Repräsentanten der heimischen Kreditinstitute.

Unter der Maxime „Wirtschaftsförderung könne nur erfolgreich sein, wenn die Kräfte gebündelt werden“<sup>291</sup> machte man aber nicht nur personell sondern auch räumlich mit dem „Zentrum der Wirtschaft“ in Eschwege deutlich, welch hohen Stellenwert der Bereich Wirtschaftsförderung in der Agenda des Kreises hatte.

Als gemeinsame Geschäftsstelle von WFG und IHK – im August 2000 kam noch der Verein für Regionalentwicklung und später auch die „Werratal Tourismus Marketing GmbH“ sowie die Werratal Energie- und Umweltgesellschaft hinzu – war dieses „gemeinsame Haus der Wirtschaft“, wie es IHK – Hauptgeschäftsführer Walter Lohmeier während der Einweihung formulierte, „... ein sehr selbstbewusstes Signal in Richtung der Wirtschaft, aber auch der Wirtschaft, sich präsent zu machen. Die gemeinsame Einrichtung werde neue Akzente setzen bei der Zusammenarbeit. Wirtschaftsförderung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, was hier in fabelhafter Weise sichtbar wird.“<sup>292</sup>



Das 1999 eröffnete Zentrum der Wirtschaft beherbergt nicht nur die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, sondern auch die IHK, die Werratal Tourismus Marketing GmbH, den Verein für Regionalentwicklung und die Werratal Energie- und Umweltgesellschaft.

Wie notwendig eine noch intensivere Wirtschaftsförderung durch eine kompetente und rundum vernetzte Schaltstelle für die Region war, hatte die zweite Hälfte der 90er Jahre gezeigt. „Lage im Kreis dramatisch“, „Werra-Meißner-Ort übertrifft 20 %“, „Höchste Quote seit Jahrzehnten“, „Rasanter Anstieg in zehn Jahren“, „Mit 15,5 % neuer Rekord“: Diese (unvollständige) Auswahl an Schlagzeilen der lokalen Presse aus den Jahren 1996 und 1997 dokumentieren die damalige Lage am heimischen Arbeitsmarkt – die Arbeitslosigkeit im Werra-Meißner-Kreis befand sich 1993 im zweistelligen prozentualen Bereich und hatte ab Mitte des Jahrzehnts mit Quoten von 15 bis 17 % bis dahin nicht für möglich gehaltene Höchststände erreicht.

Die Gründe dafür waren vielschichtig. Neben der gesamtwirtschaftlichen Situation und dem schon angesprochenen Strukturwandel incl. zahlreicher Betriebsverlagerungen bzw. Schließungen, gab es auch eine Vielzahl hausgemachter Gründe, die den Werra-Meißner-Kreis zum „Arbeitsplatz – Sorgenkind“ werden ließen.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das Fördergefälle nach Thüringen, das neue Betriebsansiedelungen außerordentlich erschwerte, dann betriebsimmanente Faktoren wie nicht mehr wettbewerbsfähige Technik und veraltete

Maschinen, überkommene Arbeitsstrukturen und fehlende Rückgriffe auf die Kreativität der Mitarbeiter.

Anknüpfungspunkte für eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung waren also genug vorhanden. Mit zahlreichen Initiativen und Projekten auf Kreisebene wie u. a. der „Perspektive 50+“, „Bioregion im Werratal“, „Berufs- u. Bildungsmesse Perspektiven“ und überregionalen gemeinsamen Marketingaktivitäten mit anderen Institutionen – hier ist in erster Linie das Regionalmanagement Nordhessen – zu nennen – konnte der seit 2002 erkennbare Trend zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Kreis unterstützt werden.

Aktuell stellt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt positiv dar: Mit einer Quote von 6,4 % für das Jahr 2013 ist die Arbeitslosigkeit seit Mitte der 90er Jahre um über zehn Prozent zurückgegangen – wenn sich bislang auch noch nicht alle Blütenräume erfüllt haben, so ist der eingeschlagene Weg offensichtlich richtig gewesen.

Zu diesem Weg gehören nicht nur die Neuansiedelung von Betrieben, erfolgreiches Außenmarketing und die Initiierung neuer Betätigungsfelder. Ebenso dazu gehört die Stärkung der bestehenden Unternehmen durch zielgerichtete Beratung und Unterstützung bei der Herstellung positiver Außenwirkung. Ein Paradebeispiel für Letzteres ist der im Jahr 2004 vom Werra-Meißner-Kreis und der heimischen Kreditwirtschaft ins Leben gerufene „Innovationspreis Werra – Meißner“, der seitdem im zweijährigen Turnus an Unternehmen mit besonders innovativen und erfolgreichen Geschäftsfeldern verliehen wird.

Die Präsentation von eingegangenen Bewerbungen und Preisträgern bietet dabei jedes Mal einen Blick auf die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und ist dadurch zu einem ganz wichtigen Schaufenster der Wirtschaft des Werra-Meißner-Kreises geworden. „Wer hätte das gedacht?“, kommentierte die Lokalpresse die Verleihung des ersten Innovationspreises, zu dem 41 Betriebe ihre Bewerbungen eingereicht hatten, „... im Werra-Meißner-Kreis sind die Unternehmen mit Sicherheit nicht minder erfindungsfreudig als anderswo. Bislang arbeiteten die Ideenschmieden weitgehend im Verborgenen. Warum nur hielten die Firmen mit ihren sehenswerten Erfolgen bislang hinter dem Berg? (...) Gut, dass die Verleihung des Innovationspreises Werra-Meißner dafür sorgt, dass die innovativen Betriebe und die Menschen, die dafür stehen, der Öffentlichkeit bekannter werden. Das dient mit Sicherheit als Ansporn für weitere (...) zukunftssträchtige Entwicklungen. Und es fördert auch das Selbstbewusstsein der (...) Region.“<sup>293</sup>

Der Stärkung bestehender Unternehmen dient auch die Initiative „Tu’s hier“, ein Zusammenschluss unterschiedlichster Betriebe und Wirtschaftsunternehmen aus dem gesamten Kreisgebiet. Ihr vordringlichstes Ziel ist die Schaffung eines Bewusstseins dafür, dass viele Produkte und Dienstleistungen in hervorragender Qualität und wettbewerbstauglichem Preis/Leistungsverhältnis in den Städten und Gemeinden des Kreises sozusagen „vor der Haustür“ angeboten werden und – bei Wahrnehmung dieses Angebotes – der regionale Wirtschaftskreislauf zum Nutzen aller gestärkt wird.

Angesiedelt ist „Tu’s hier“ beim „Verein für Regionalentwicklung“ (VfR), der 1995 gegründet wurde und dem auch der Werra-Meißner-Kreis, neben zahlreichen interessierten Bürgern, Verbänden und Kommunen aus dem ganzen Kreisgebiet, federführend angehört. Der VfR hat in den fast zwanzig Jahren seines Bestehens im und für den Kreis

bereits eine Menge Positives initiiert und bewegt und u. a. das „Regionale Entwicklungskonzept Werra-Meißner“ auf den Weg gebracht, das als Leitfaden für eine eigenständige Regionalentwicklung von besonderer Bedeutung ist.

In diesen Rahmen gehört auch der Gesamtkomplex Tourismus, der nicht nur zu einem wesentlichen Baustein nachhaltiger Regionalentwicklung, sondern auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor des Werra-Meißner-Kreises geworden ist und darüber hinaus als eine der „Zukunftsindustrien“ in der Region gilt. Nach dem „Fremdenverkehrsverband Werra-Meißner“ und dem Nachfolgeverein „Werra-Meißner-Touristik e.V.“ firmiert der Tourismus im Kreis seit dem Juli 2007 als „Werratal Tourismus Marketing GmbH“ (WTMG).

Der GmbH, die räumlich im „Zentrum der Haus der Wirtschaft“ in Eschwege angesiedelt ist, gehören neben dem Kreis selbst mit Ausnahme der Stadt Hess. Lichtenau alle Kommunen des Werra-Meißner-Kreises und die Gemeinde Nentershausen an.



*Der Kreis selbst und die Kommunen (mit Ausnahme der Stadt Hess. Lichtenau) waren Gründungsmitglieder der WTMG. Mit dabei war von Anfang an auch die Gemeinde Nentershausen aus dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg.*

Unter der Dachmarke „Werratal-Erlebnisland Werra-Meißner“ hat die WTMG seit ihrer Gründung schon einiges hinter, aber noch viel mehr vor sich. „Wir sind ein gutes Stück vorangekommen, haben aber noch längst nicht alles realisiert“,<sup>294</sup> so das Fazit der Geschäftsführerin Claudia Krabbes anlässlich des fünfjährigen Bestehens der GmbH.

Ein wichtiger, wenn auch nicht unumstrittener, Schritt war seinerzeit die Einführung der Dachmarke „Werratal“, mit der man seitdem zielgerichtet in die bundesweite Vermarktung der Region gegangen ist. Das touristische Pfund, mit dem das „Erlebnisland Werra-Meißner“ dabei wuchern kann, ist der landschaftlich reizvolle Raum im Flussdreieck von Werra, Fulda und Weser.

In einer Mittelgebirgslandschaft, in der Berge, Burgen, Wald und Wasser zu jeder Jahreszeit immer neue Eindrücke bieten, Fauna und Flora in selten gewordenen Arten zu finden sind und die Landschaft kaum zersiedelt ist, gibt es beste Voraussetzungen für erholsamen Natururlaub und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung.

Stark im Mittelpunkt steht dabei das Naturerlebnis selbst, denn über 40 % des Kreisgebietes sind meist großflächig mit zusammenhängenden Mischwäldern bedeckt, die zu über

80 % unter Natur- bzw. Landschaftsschutz stehen. Große Bedeutung kommt dabei dem durch viele Rad- und Wanderwege hervorragend erschlossenen Naturpark Meißner-Kaufunger Wald zu, der zu den schönsten Naturlandschaften Deutschlands zählt.

Als der Park 1962 gegründet und als Zweckverband organisiert wurde, sind ca. 45 000 ha unserer Region in ihm aufgenommen worden – damit war er der drittkleinste hessische Naturpark. Nach der Parkerweiterung im Jahr 2007 auf rund 93 000 ha ist er mittlerweile der drittgrößte Naturpark in Hessen, zu dessen Gebiet neben dem Meißner und dem Kaufunger Wald auch die Söhre sowie große Teile des Werratal mit der „Hessischen Schweiz“ und dem Ringgau gehören. Zahlreiche Infopunkte an markanten Stellen, gut ausgeschilderte Wanderwege und attraktive Produkte in Form geführter Erlebniswanderungen, der Naturparkküche mit regionalen Spezialitäten, dem Bergwildpark sowie neuerdings Mohnblüte und –vermarktung schafft der Naturpark Grundlagen für nachhaltigen Tourismus in der Region und steigende Wertschöpfung für die Wirtschaft.

Gemeinsam mit den benachbarten Naturparks in Thüringen und Niedersachsen (Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal, Naturpark Hainich und Naturpark Münden) ist so ein „grünes Herz“ mitten in Deutschland entstanden, das für Besucher jeder Altersstufe immer attraktiver wird.

Neben dem wachsenden Netz an qualitätsgeprüften Premiumwanderwegen unterschiedlicher Länge (5 – 22 km) und Schwierigkeitsgrade, die die schönsten Orte des Kreises für die steigende Zahl der Wanderbegeisterten erschließen, berühren auch mehrere Fernwanderwege wie etwa der neue Werra-Burgen-Steig oder der Barbarossaweg unsere Region und steigern so die Attraktivität des Werra-Meißner-Kreises als touristisches Ziel.

Sehr gut erschlossen präsentiert sich auch das kreisweite Radwegenetz mit dem 300 km langen „Werratal-Radweg“ als Zugpferd. Dieser Fernradweg, der die Quellen der Werra am thüringischen Rennsteig mit dem Zusammenfluss von Werra und Fulda zu Weser in Hann. Münden verbindet, gehört mittlerweile zu einem der beliebtesten Radwege Deutschlands und wird bundesweit vom „Werratal-Touristik e.V.“ in Bad Salzungen vermarktet.

Dieser hessisch – niedersächsisch – thüringische Tourismusverein ist 1996 unter starker Beteiligung des Werra-Meißner-Kreises und einer ganzen Reihe kreisangehöriger Städte und Gemeinden gegründet worden und hat seitdem wesentlich dazu beigetragen, länderübergreifend den Tourismus in der Mitte Deutschlands zu stärken.

Neben Wandern, Radfahren und, mit Abstrichen, auch dem Kanu-Tourismus auf der Werra als Standbeinen des Aktivurlaubes, kann der Werra-Meißner-Kreis mit einer Fülle begleitender touristischer Angebote aufwarten. Dazu gehören u. a. zahlreiche Museen, die vom Verein für Regionalentwicklung im Museumsverbund vermarktet werden, die sehens- und erlebenswerten Fachwerkstädte mit ihrem historischen Häuserensemble und nicht zuletzt die immer intensiver als Freizeitorte genutzten Werratalseen.

Ein ganz wichtiger Baustein im touristischen Angebot des Kreises ist die „Gesundheitslandschaft Werra-Meißner“ mit Bad Sooden-Allendorf im Zentrum. Nicht nur, dass der traditionsreiche Kurort mit seinen Reha-Kliniken über die Hälfte der kreisweiten Übernachtungen generiert, hier bündeln sich praktisch auch alle Stränge der unterschiedlichen touristischen Schwerpunkte des Kreises.

Hier trifft der Meißner mit Frau Holle als Märchen- und Sagen-gestalt, der Wandervielfalt und dem Naturerlebnis auf das Werratal mit Rad- und Kanutouristen, wird die Fachwerkvielfalt der historischen Innenstädte mit dem Wellness-Erlebnis kombiniert.

Bad Sooden-Allendorf bietet mit der WerratalTherme als einziger Anlage ihrer Art im Werra-Meißner-Kreis auf 1000 m<sup>2</sup> Wasserfläche die Heilkraft der Sole in vielfältiger Weise. Dabei gehört die Bündelung der Angebote im Gesundheitswesen und Wellnessbereich zur Philosophie der Gesundheitslandschaft Werra-Meißner: Von der Vorsorge über die Akutversorgung bis zur Nachsorge mit medizinischen und pflegerischen Leistungen reicht hier das breit Angebotsspektrum.

Relativ neu im touristischen Angebot des Kreises ist das sog. „Werratal-Culinarium“, das die kulinarischen Highlights der Region wie z. B. „Ahle Wurst“, Witzenhäuser Kirschen, Ringgauer Käse, Meißnerlamm, Schmandkuchen und Bier aus dem Werratal bündelt und ins rechte Licht rückt.

Das Gesamtkonzept des Tourismus Marketing im Werra-Meißner-Kreis war für Henry Thiele, den damaligen Ersten Kreisbeigeordneten und gleichzeitig Gründungsgeschäftsführer der neuen WTMG im Juli 2007 wie ein „Theaterstück“, mit dem man die „touristischen Potenziale der Region heben könne(...) Die schöne Landschaft ist dabei quasi die Kulisse. Aber kein Mensch geht wegen einer schönen Kulisse ins Theater. Da gebe es schließlich noch die Orte mit ihren touristischen Angeboten als Darsteller und eine Handlung, die wesentlich von der Regie vorangetrieben werde. Die Regie, das soll die Aufgabe der in Gründung befindlichen Marketing GmbH sein“<sup>295</sup>, brachte er das Konzept auf den Punkt.

Rund 177.000 Gäste (mit 761.000 Übernachtungen) haben sich 2012 von diesem „Theaterstück“ überzeugen lassen – zwar nur unwesentlich mehr als 2008, aber deutlich mehr als in den Jahren vor der Gründung der WTMG. Zur Erreichung des Ziels, das sich die GmbH bei ihrer Gründung setzte, nämlich wie in den 80er und frühen 90er Jahren wieder „Übernachtungsmillionär“ zu werden, bedarf es allerdings noch erheblicher Anstrengungen.

Folgt man den aktuellen Berechnungen des Regionalmanagements Nordhessen, wird der gesamtwirtschaftliche Stellenwert des Tourismus für den Werra-Meißner-Kreis deutlich, denn diese 761.000 Übernachtungen haben, in Euro umgerechnet, ein Umsatzvolumen von annähernd einhundert Millionen Euro.<sup>296</sup>

Ein solches Umsatzvolumen kann die heimische Landwirtschaft nicht, oder anders ausgedrückt, nicht mehr aufweisen. Dennoch ist sie im Werra-Meißner-Kreis nach wie vor ein eminent wichtiger Wirtschaftszweig, der – wie z. B. auch in den Tourismus – in viele Lebens- und Arbeitsbereiche ausstrahlt.

Bei einem kurzen Rückblick in das Gründungsjahr des Kreises finden wir über die heimische Landwirtschaft folgende Aussage: „Für den neuen Werra-Meißner-Kreis wird auch zukünftig die Landwirtschaft eine überragende Bedeutung behalten. Dies nicht nur aus Sicht der Produktivität und der wirtschaftlichen Leistung, sondern zunehmend im Hinblick auf die Erhaltung einer geordneten Kulturlandschaft. Die Wirtschaftsfläche beträgt rund 100.000 ha. Es ist eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 46.300 ha vorhanden, und davon werden 28.370 ha ackerbaulich und 16.200 ha als

Dauergrünland genutzt. Sehr große Teile des Kreises, etwa 42.000 ha, sind Waldfläche; selbst für das walddreiche Hesen stellt dies einen hohen prozentualen Anteil an der Gesamtfläche dar.“<sup>297</sup>

Hinzu kamen noch ca. 1.000 ha sogenannte „Grenzertragsböden“, deren Nutzung höhere Aufwendung erforderte als der zu erwartende Ertrag ausmachte und ungefähr 3.200 ha Öd- oder Unland.

Zwanzig Jahre später hatte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche um 7.300 ha oder rund 16 % auf 39.000 ha verringert. Zwei Drittel dieser Fläche wurden als Ackerland genutzt – besonders im Werratal und in den Niederungen um die Wehre – der Rest als Weide- und Grünland am Westrand des Meißners, dem Ringgau und dem Sontraer Land. An diesen Zahlen hat sich bis heute nur wenig geändert: Sowohl in den Jahren 2009 als auch 2012 wurden etwas mehr als 38.000 ha des Kreisgebietes landwirtschaftlich genutzt, wobei jeweils 23.800 ha als Ackerland und 14.200 ha als Grünland bewirtschaftet wurden.<sup>298</sup>

Dabei hat sich das Verhältnis der angebauten Feldfrüchte zueinander nur wenig verändert. Sowohl 1974 als auch in den Jahren 1995, 2009 und 2012 dominierten die gängigen Getreidearten Winter- und Sommergerste sowie Winter- und Sommerweizen mit jeweils gut 60 % der Anbaufläche. Die restlichen 40 % teilten sich hauptsächlich Ölfrüchte und Ackerfutter – alle anderen Anbauformen wie Obstbau und Baumkulturen, Hackfrüchte und Gartenbau waren, und sind, zumindest von der genutzten Flächen, ohne größere Bedeutung.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch der Kirschenanbau als Sonderkultur im Werratal und Witzenhäuser und Bad Sooden-Allendorf sowie dem unteren Gelstertal bis Hundelshausen, der sich bis 1573 zurückverfolgen lässt und über die reine Obstvermarktung hinaus eine nicht unerhebliche Bedeutung im Außenmarketing und Tagestourismus besitzt.

Deutlichere Veränderungen sind im Bereich der Tierhaltung festzustellen. In diesem Segment liegt der Schwerpunkt im Werra-Meißner-Kreis auf Rindviehhaltung und Schweinemast, wobei insbesondere die Rinderhaltung den typischen Produktionszweig landwirtschaftlicher Betriebe in Mittelgebirgslagen wie der hiesigen darstellt.

Gab es Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch annähernd 39.000 Rinder im heutigen Kreisgebiet, so hat sich diese Zahl ebenso kontinuierlich wie drastisch verringert. Über 24.000 im Sommer 1995 – ein Minus von knapp 40 % – schrumpfte die Zahl des Rindviehs auf 14.664 (2009), um aktuell bei 13.225 Tieren angelangt zu sein,<sup>299</sup> was einen Rückgang von zwei Dritteln des ursprünglichen Tierbestandes bedeutet.

Rückläufig war insbesondere die Milchviehhaltung, was allerdings nicht zwangsläufig eine Minderung der Milchlieferung in gleichem Ausmaß bedeutete, denn die Milchlieferung ist von einem ganz speziellen Quotensystem abhängig. Den Bauern des Werra-Meißner-Kreises standen lange Zeit rund 50 Millionen Liter Milch pro Jahr als Liefermenge zu, die sich dann auf 48,4 Millionen Liter reduzierten, um schließlich in jüngster Zeit noch einmal um zweieinhalb Millionen Liter abzunehmen.

Diese Liefermengen konnten trotz einer immer geringeren Anzahl von Tieren erbracht werden – von 14.799 (1971) über 8.113 (1995) bis hin zu 6.629 Milchkühen im Jahr 2009.

Die letzte Erhebung aus dem Jahr 2012, die dem Zweiten Bericht zur Lage der Landwirtschaft zu Grunde liegt, sieht die Zahl der Milchkuhe im Werra-Meißner-Kreis bei 6.075, Tendenz weiter fallend.

Nicht ganz so gravierend gestaltete sich der Rückgang im Bereich der Schweinehaltung. Wurden Anfang Dezember 1972 noch insgesamt 45.500 Mastschweine gezählt – ohne Ferkel bis acht Wochen, Zuchtsauen und Eber – so verringerte sich diese bis 1995 auf 28.500, um schließlich 2009 auf 17.821 zu sinken – mithin ein Verlust von knapp 60 Prozent des Schweinebestandes von 1972.

Seitdem ist der hier der Bestand konstant<sup>300</sup>, was u. a. auch an der intensiveren Vermarktung des Produktes „Ahle Wurscht“ liegen mag, die nicht nur regional von Bedeutung ist, sondern in den letzten Jahren durch intensiveres Marketing einen erheblich größeren Bekanntheitsgrad erlangt hat. In diesem Bereich ist auch der Werra-Meißner-Kreis tätig und stellt durch das „Werratal Culinarium“ seit einiger Zeit die Verbindung zwischen heimischer Landwirtschaft, entsprechenden Urlaubsangeboten und den Endverbrauchern im gesamten Bundesgebiet her.

Besonders deutlich wird der Wandel im Bereich der Landwirtschaft bei einem Blick auf Zahl und Struktur der Betriebe. Im Jahr 1971 wurden auf der Fläche des heutigen Werra-Meißner-Kreises noch insgesamt 4.546 Betriebe gezählt, die eine Fläche von 41.414 ha bewirtschafteten – statistisch gesehen hatte also jeder Betrieb 9,6 ha zur Verfügung. Ein knappes Vierteljahrhundert später hatte sich die Zahl der Betriebe um 2.828 oder 62 % auf nur noch 1.781 vermindert, die allerdings mit 39.000 ha nur eine geringfügig kleinere Fläche zur Verfügung hatten. Die durchschnittliche Betriebsgröße war auf 22,7 ha gewachsen, was dem Zweieinhalbfachen von 1971 entsprach.

Damit war dieser Prozess bei weitem noch nicht beendet. Die aktuelle Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Werra-Meißner-Kreis liegt bei 1.009 (1.062 in 2009), wovon 307 (319 in 2009) als Haupterwerbsbetriebe gelten und 702 (743 in 2009) die Landwirtschaft im Nebenerwerb betreiben. Dabei bewirtschaften die Betriebe im Haupterwerb mit 29.041 ha rund 75 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises – der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der landwirtschaftlichen Fläche des Kreises beträgt nur 25 % und liegt damit deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 36 %.

Dabei haben die Haupterwerbsbetriebe ihre die genutzte Fläche auf durchschnittlich 95 ha gesteigert, was deutlich über dem hessischen Durchschnitt liegt (74 ha in 2011) und den Konzentrationsprozess weiter fortsetzt. Im Gegensatz dazu stagniert die durchschnittliche Fläche der Nebenerwerbsbetriebe bei 13 ha und liegt damit weit unter dem Hessenschnitt, der bei 24 ha liegt.

Überdurchschnittlich abgenommen hat vor allem die Zahl der Kleinstbetriebe unter 5 ha auf aktuell 295, die zusammen nur 808 ha bewirtschaften. Wenn dies auch nur noch 2 % der landwirtschaftlichen Flächen insgesamt ausmacht, so sind diese Betriebe vor allem bedeutsam „... in Hinblick auf Biodiversität in den Gemarkungen von Bedeutung: Je mehr unterschiedliche Betriebe Flächen bewirtschaften, um so vielgestaltiger ist die Landnutzung (Kulturen, Nutzungszeitpunkte, räumlicher Wechsel von intensiver und extensiver Nutzung), was sich positiv auf die Artenvielfalt auswirkt.“<sup>301</sup>

Hinsichtlich der betrieblichen Schwerpunkte lässt sich festhalten, dass die Landwirtschaft im Werra-Meißner-Kreis in

etwa dem hessischen Landesdurchschnitt entspricht. Dabei ist die Spezialisierung weniger stark ausgeprägt und der Verbund zwischen Ackerbau und Tierhaltung stellt die charakteristische Betriebsform dar. Die Intensität der Produktion ist eher gering und geht mit einer relativ niedrigen Viehdichte einher.

Im Jahr 2012 hatte die Landwirtschaft des Werra-Meißner-Kreises laut dem „Lagebericht“ folgendes Gesicht:

- 175 reine Ackerbaubetriebe, davon 68 im Haupterwerb, bewirtschafteten 11.310 ha Fläche und damit 42 % der Gesamtackerfläche. Die Ackerbaubetriebe im Haupterwerb verfügen dabei über eine durchschnittliche Fläche von 120 ha. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe beträgt 26 %.
- 246 Verbundbetriebe, davon 132 im Haupterwerb, bewirtschafteten 16.854 ha Fläche. Davon arbeiteten 155 Betriebe als Viehhaltungsverband (80 Milchviehbetriebe), die restlichen 91 wirtschafteten als Pflanzenbauverbund mit dem Pflanzenbau als Schwerpunkt.
- 242 Futterbaubetriebe, davon 81 im Haupterwerb, bewirtschafteten 8.505 ha Fläche und damit 48 % des Grünlandes. Unter den 81 Haupterwerbsbetrieben waren 45 Milchviehalter, 16 Mutterkuhalter sowie 16 Rinderhalter und Schäfereien.
- 17 Veredelungsbetriebe, davon 14 im Haupterwerb, bewirtschafteten 1.160 ha Fläche. Auf Veredelung spezialisierte Betriebe (Schweine, Masthähnchen, Legehennen) spielen im Werra-Meißner-Kreis nur eine untergeordnete Rolle.

Die im Jubiläumsbuch zum 25. Kreisgeburtstag im Jahr 1999 aufgestellte Prognose, dass es bis 2010 im Werra-Meißner-Kreis nur noch 200, höchstens 250 landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe geben würde, hat sich, wie oben gesehen, nicht erfüllt.

Der ökologische Landbau, der mit dem Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel in Witzenhausen ein international renommiertes wissenschaftliches Zentrum besitzt, hat jenseits aller wissenschaftlichen Forschung auch die praktische Landwirtschaft im Werra-Meißner-Kreis erweitert und verändert.

In dem bereits erwähnten Buch zum Kreisgeburtstag 1999 fristete der ökologische Landbau noch ein relativ bescheidenes Randdasein: Auf insgesamt fünf Seiten „Landwirtschaft“ beschäftigten sich ganze dreizehn Zeilen mit dem ökologischen Landbau. „1995 wirtschafteten 34 Betriebe nach den Regeln des ökologischen Landbaus“, begann der Absatz, um dann fortzufahren, „Sehr oft haben sich diese Betriebe – wie auch einige konventionell wirtschaftende – neue Vermarktungswege (Wochenmärkte, Hofläden, Lieferservice u. a.) erschlossen und liefern ihre frischen und hochwertigen Produkte direkt an den Endverbraucher. Sie tun dies in der Regel sehr engagiert und erfolgreich, obgleich die Voraussetzungen für diese Vermarktungsform im dünn besiedelten und kaufkraftschwachen Werra-Meißner-Kreis nicht besonders günstig sind.“<sup>302</sup>

In den vergangenen fünfzehn Jahren ist eine Menge geschehen und die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat sich bis 2012 auf 77 erhöht und damit mehr als verdoppelt. Zentren des ökologischen Landbaus sind die Region Witzenhausen mit zwanzig und Bad Sooden-Allendorf mit dreizehn Betrieben. Knapp 8 % der landwirtschaftlichen Betriebe im Kreisgebiet wirtschaftet mittlerweile ökologisch und nutzt dabei insgesamt 3.596 ha Fläche, die zu zwei Drittel als Grünland und einem Drittel als Ackerland dient.

Die durchschnittliche Flächenausstattung lag 2012 bei 47 ha, Landwirtschaft im Haupterwerb betrieben 40 % der Öko – Betriebe. Die meisten ökologisch wirtschaftenden Betriebe hielten Rinder (25 Mutterkuhhalter und 7 Milchviehhalter) oder Schafe, so dass hier Futterbau- und Verbundbetriebe überdurchschnittlich vertreten waren. Besonders bedeutsam ist im Werra-Meißner-Kreis die ökologische Schafhaltung, auf deren 17 Betriebe mit 4.316 Tieren mehr als die Hälfte des gesamten heimischen Schafbestandes kam.

Im Kielwasser der Universität Kassel ist im Kreis eine hohe Konzentration von Bio – Betrieben entstanden, die von der WFG als „Bio – Region Werratal“ vermarktet werden. Im Februar 2013 gehörten 92 Anbieter dazu, die vom Honig über Rindfleisch, Getreide, Schafen bis hin zu Käse, „Ahler Wurscht“, mobilen Hühnerställen und Seifen ein breit gefächertes Angebot repräsentieren.

Der Werra-Meißner-Kreis ist also in den vergangenen Jahren immer mehr zum „Paradies für Bio – Freunde“ geworden, wie die WR am 08. Februar 2013 titelte. Zum Ausdruck kommt dies u. a. auch darin, dass zahlreiche heimische Betriebe im Kontext mit der Uni – Kassel regelmäßig das Land Hessen auf der Weltleitmesse „Bio – Fach“ in Nürnberg vertreten und damit den Kreis als überaus zukunftsfähig in diesem stetig wachsenden Segment der Landwirtschaft präsentieren.



### Zweiter Bericht zur Lage der Landwirtschaft im Werra-Meißner-Kreis

Dezember 2013  
Fachdienst Ländlicher Raum



*Der Bericht zur Lage der Landwirtschaft wird inzwischen regelmäßig durch den Werra-Meißner-Kreis veröffentlicht.*

Trotz aller teils einschneidender Veränderungen zeigt sich die Landwirtschaft im Werra-Meißner-Kreis robust, flexibel und damit zukunftsfähig. Dabei ist sie, wie es Horst Kupski, der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Werra-Meißner ausdrückte, „... mehr als nur die Herstellung von Lebensmitteln und nachwachsenden Energierohstoffen, sondern auch der Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft. Ohne Bewirt-

schaffung verbuschen Flächen, das erhöht die Attraktivität der auch touristisch vermarkteten Landschaft nicht.“<sup>303</sup>

### 9.3. Immer älter, immer weniger – den demografischen Wandel gestalten

Dünn besiedelt war unsere Region schon immer. Dies galt für die Jahrzehnte vor dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie für die erste Nachkriegszeit bis zur Gründung des Werra-Meißner-Kreises. Zwar erhöhten sich durch Flüchtlingszuzüge und Heimatvertriebene die Einwohnerzahlen der damaligen Kreise Eschwege und Witzenhausen nach 1945 erheblich, aber mit 123.500 „Werra-Meißnerianern“ zählte man zur Geburtsstunde des neuen Kreises am 01. Januar 1974 neben dem Vogelsbergkreis in Mittelhessen sowie dem Odenwaldkreis ganz im Süden des Landes zu den bevölkerungs- und auch wirtschaftsschwächsten Landstrichen Hessens.

Daran hat sich seit damals nichts geändert. Bereits in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts konnte, bedingt durch die problematische wirtschaftliche Lage an der innerdeutschen Grenze, ein schleichender aber stetiger Bevölkerungsrückgang nicht verhindert werden.

Die im Schnitt relativ hohe Arbeitslosigkeit – Mitte der 80er Jahre lag sie im Werra-Kreis bei 11,4 % und damit um 4 Prozent höher als der vergleichbare Hessenwert von 7,4 % – tat ein Übriges und immer mehr Menschen kehrten auf der Suche nach zukunftssicheren Arbeitsplätzen dem Werra-Meißner-Land den Rücken. Noch war dies eine bloße Wanderungsbewegung, durch welche die Bevölkerung im Kreis bis zum November 1989 um rund 11 000 Personen bzw. knapp neun Prozent schrumpfte und kurz vor der Grenzöffnung mit 111.991 ihren niedrigsten Wert seit 1974 erreichte.

Dann kam die Grenzöffnung, die, wie im Jubiläumsbuch zum 25. Kreisgeburtstag angemerkt, „... deutlich positiven Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung hatte“<sup>304</sup> und die Zahl der Einwohner bis 1993 auf wieder rund 117.903 ansteigen ließ. Seitdem ist die Bevölkerungszahl allerdings stetig im Sinken begriffen und über 107.156 im Jahr 2007 und 100.600 am 30. Juni 2013 aktuell bereits unter die 100.000 Einwohner Grenze gerutscht.

An dieser Marke soll mit dem Bevölkerungsrückgang, laut der Studien und Prognosen unterschiedlichster Institute, des statistischen Landesamtes und – dies erst jüngst – des hessischen Rundfunks, noch lange nicht Schluss sein. Die Voraussagen sind allerorten bescheiden, besonders alarmierend aber im aktuellen sog. „Demografie-Atlas“ von online vom Januar 2014.

Hier verliert der Werra-Meißner-Kreis bis 2030 mit 20 % der Bevölkerung so viele Menschen, wie kein anderer Landkreis in Hessen und wird dann nur noch knapp über 80.000 Einwohner haben. Nicht optimistischer stimmt auch der Blick in die etwas entferntere Zukunft: Bis zum Jahr 2050 sollen im Land an Werra und Meißner nur noch etwas über 62.000 Menschen leben – rund 40 % weniger als 2014 und nur noch die Hälfte der Einwohner des Jahres 1974.

Allerdings sind weder die Prognosen noch die skizzierte Entwicklung neu. Das Problem einer schrumpfenden Bevölkerung einerseits und, über die reine Abwanderung hinaus, deren gleichzeitige Veränderung der Altersstruktur andererseits steht unter der Bezeichnung „Demografischer Wandel“ schon seit geraumer Zeit in vielen davon betroffenen Landstrichen auf der Tagesordnung.



*Auch wenn die Demografische Entwicklung eine Reihe von Problemen mit sich bringt, gibt es in einer älter werdenden Gesellschaft auch Chancen. So zeigt sich bei den kreisweiten Freiwilligentagen jedes Jahr erneut das große ehrenamtliche Potential, gerade auch von älteren Bürgerinnen und Bürgern.*

Der Blick auf eine willkürliche Auswahl von Schlagzeilen der Presse im Werra-Meißner-Kreis aus den vergangenen zehn Jahren zeigt, dass die Problematik der abnehmenden und gleichzeitig alternden Bevölkerung zu einem ganz wichtigen Thema innerhalb der kreisweiten Öffentlichkeit geworden ist: „Der Kreis vergreist“ (Juli 2004), „Eine Stadt verschwindet“ (November 2004), „Die alternde Stadt“ (Februar 2006), „Die Zeit des Abschieds – demographischer Kollaps kommt“ (Oktober 2006), „Zahlen die Angst machen – Dörfer sollen nicht zu Wüstungen werden“ (Februar 2009), „Dramatische Zahlen für den Kreis“ (März 2009), „Kreis rutscht unter 100 000 Einwohner“ (November 2013).

Sehr früh schon waren sich die politisch Verantwortlichen der Brisanz des Themas bewusst und handelten. Innerhalb der Verwaltung wurde eine Stabsstelle Demografie geschaffen, hinzu kamen ein „Forum demografischer Wandel“ mit Vertretern aus allen gesellschaftlichen Bereichen und ein Regionalforum mit vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitikern. Der Kreis hat seit 2004 nicht nur die Herausforderungen angenommen, sondern auch seine „Hausaufgaben“ gemacht und quer durch Politik, Verwaltung und Gesellschaft tragfähige Strukturen und Netzwerke aufgebaut.

„Wenn der Werra-Meißner-Kreis nicht eines Tages als Landschaftsmuseum von sich reden machen will, muss dem Phänomen des Bevölkerungswandels gezielt entgegengewirkt werden“<sup>305</sup> – diese klaren Worte des Kasseler Professors Ulf Hahne, formuliert auf dem 2. Regionalforum des Kreises Anfang Oktober 2006, fielen bereits auf fruchtbaren Boden und die zusätzlich aufgestellten Forderung des Wis-

senschaftlers, sowohl in den Städten und Gemeinden wie auch im Kreis Leitbilder und Profile zu schärfen, wurde von allen Beteiligten des Forums unterstützt.

Diese seinerzeit postulierten Forderungen Hahnes, der als Leiter des Fachgebiets für nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Kassel bestens mit der Problematik vertraut ist, kann man getrost als Leitlinie für all das bezeichnen, was der Kreis seitdem zur Bewältigung des demografischen Wandels unternommen hat.

Einen großen Schritt nach vorn im Rahmen dieser Anstrengungen brachte das Jahr 2009: Ende April wurde neben dem Landkreis Ostfriesland auch der Werra-Meißner-Kreis aus 35 westdeutschen Bewerbern als Modellregion für das Programm „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ der Bundesregierung ausgewählt.

Der damalige Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee (SPD), der auf einer Pressekonzferenz in Berlin Modellregionen und Programm vorstellte, begründete die Entscheidung für den Werra-Meißner-Kreis damit, „... dass der Kreis innerhalb der Gruppe von 35 westdeutschen Bewerbern mit den besten strategischen Ansätzen aufwarten konnte. Er bescheinigte dem Kreis konkret umsetzungsfähige Projekte und einen starken Rückhalt in der Region.“<sup>306</sup>

Zu diesen umsetzungsfähigen Projekten, die bis Ende 2010 vom Bund mit 870.000 Euro bezuschusst wurden, zählten insbesondere Vorhaben zur Stärkung regionaler Wertschöpf-

fung (Projekt „Mitten drin statt außen vor“) und Ausschöpfung vorhandener Wirtschaftsressourcen (Projekt „Zukunft im Focus – hier will ich investieren“). Darüber hinaus wurden auch Projekte, bei denen es um Wohnen, Versorgung und Betreuung älterer Menschen sowie einen generationenübergreifenden Ansatz ging mit dem Ziel unterstützt, Dorfkerne zu stärken und die Versorgung der Menschen auf dem Lande zu verbessern.

In diesem Zusammenhang sind vor allem die Projekte zur Verbesserung von Nahversorgung und dörflicher Kommunikation zu nennen, die mit den neuen Dorfläden bzw. Dorfzentren in Datterode und Gertenbach beispielgebend umgesetzt wurden und als Startprojekte die Initialzündung zu vergleichbaren Initiativen in anderen Orten geben können.



Als Ergebnis aus dem Bundesprogramm „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ entstand ein Masterplan.

Den zweiten wichtigen Schritt nach vorn gab es durch den 2009 fertig- und Anfang 2010 vorgestellten ersten Demografiebericht des Kreises, der sich intensiv mit allen nur möglichen Facetten des Themas auseinandersetzte. Dabei ging es vor allem darum, dessen „... vielfältige Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeit, soziale und technische Infrastruktur, Verkehr, Stadt- und Dorfentwicklung, Finanzen sowie Haushalts- und Familienstrukturen gestalten zu können.“<sup>307</sup>

Impliziert war mit dem Bericht natürlich keine bloße Bestandsaufnahme, sondern er sollte mit seinen Handlungsempfehlungen als Grundlage für strategische Planungen und, dies vor allem, umsetzbare Projekte und Maßnahmen dienen. Dazu wurden insgesamt dreizehn Arbeitsfelder vorgestellt, die von „Kinder, Jugend und Familie“ über „Senioren“, „Regionale Entwicklung“, „Wirtschaft“ und „Nahverkehr“ bis hin zu „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Gesundheit“ reichten.

Alle diese Handlungsfelder beinhalten neben der Beschreibung der Ausgangssituation die Beantwortung der Frage, was im Hinblick auf die Veränderungen durch den demografischen Wandel in Zukunft zu tun ist. Grundsätzlich begreift der Werra-Meißner-Kreis den Wandel nicht nur als Problem, sondern auch als Chance, um sich „... als Wohnstandort für Familien mit Kindern, als Lebensort für ältere Menschen, als Ferienregion und als Standort zur Erzeugung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien zu positionieren und setzt in diesen Handlungsfeldern auf Qualität, Bündelung von Ressourcen und Vernetzung der Akteure und Angebote.“<sup>308</sup>

So entstand das „Netzwerk demografischer Wandel im Werra-Meißner-Kreis“, das alle Akteure zusammengefasst hat und kontinuierlich weiter arbeiten kann. Wichtig ist dabei auch, dass neben den unterschiedlichsten Einzelprojekten und Handlungsfeldern kreisweite Zusammenschlüsse wie etwa das „Bündnis für Familie“ oder die „Bürgerstiftung Werra-Meißner“ hier aktiv mitwirken und der Kreis als solcher im März 2014 mit der Zusammenfassung der Dienststelle „Dorf- und Regionalentwicklung“ und der Stabsstelle „Demografischer Wandel“ zum „Stab Demografie, Dorf und Regionalentwicklung“ in Witzenhausen ein zusätzliches Zeichen gesetzt hat.

Damit geht der Werra-Meißner-Kreis auch nach dem Ende des geförderten Programms „Region schafft Zukunft“ den eingeschlagenen Weg weiter und wird sich mit eigenen Haushaltsmitteln – der Kreistag hat mit großer Mehrheit dafür 150.000 Euro bereit gestellt – und dem Programm „Region hat Zukunft“ den Herausforderungen des Demografischen Wandels weiterhin stellen.

Für diese Herangehensweise an die Demografiefrage, die ja auch im eigentlichen Sinn die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Kreises beinhaltet, erhalten die Akteure von vielen Seiten, insbesondere aber aus der Wirtschaft, gute Noten. Stellvertretend sei hier die IHK Kassel – Marburg genannt, die 2012 den „Kreis auf einem guten Weg“<sup>309</sup> sah und 2013 noch einmal verdeutlichte, dass sich „die Chancen für den Kreis vergrößern.“<sup>310</sup>

#### 9.4. Sanierungsfall Krankenhäuser

Eines der Handlungsfelder im oben erwähnten Demografiebericht befasst sich mit dem Thema „Gesundheit“ und fordert „eine flächendeckende Grundversorgung im Gesundheitsbereich (...) als Voraussetzung dafür, dass sowohl mit Familien mit Kindern als auch ältere Menschen in den Kommunen wohnen können und wohnen bleiben.“<sup>311</sup> Obwohl sie in diesem Zusammenhang nicht direkt angesprochen werden, so bilden doch die kreiseigenen Krankenhäuser in Eschwege und Witzenhausen die beiden tragenden Säulen der flächendeckenden Grundversorgung im Werra-Meißner-Kreis.

Nachdem Ende 1988 Sanierung und teilweiser Neubau des Kreis- und Stadtkrankenhauses in Witzenhausen abgeschlossen war, konnte man auf ein Jahrzehnt Bautätigkeit und Gesamtkosten von über 60 Millionen DM zurückblicken. Das Haus in Witzenhausen war zu einem modernen medizinischen Dienstleistungszentrum mit 201 Patientenbetten geworden.

Im Kreiskrankenhaus Eschwege waren die 80er Jahre hauptsächlich durch den Beginn umfangreicher Brandschutzmaßnahmen und die Vorplanungen für eine grundlegende Sanierung und Erweiterung des Funktions- und Bettraktes gekennzeichnet, die insgesamt mit ca. 137 Millio-

nen DM zu Buche schlugen. Obwohl das Land auch hier durch umfangreiche Fördermittel erheblich zur Finanzierung des Gesamtkomplexes beitrug, hatte der Kreis doch einen beachtlichen Eigenanteil zu schultern.

Nach der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus im Jahr 1998 konnte mit der Sanierung des Altbaus begonnen werden – komplett fertig gestellt war das Kreiskrankenhaus schließlich mit der Einweihung des neuen Bettenhauses 2004 bzw. der Eröffnung des Neubaus der Psychiatrie ein Jahr später.

Nach dieser räumlichen und technischen Sanierung bzw. Modernisierung – im Bereich der Radiologie hatte sowohl in Eschwege als auch Witzenhausen modernste Technik in Gestalt von Computertomographie Einzug gehalten und in Eschwege gab es seit 1998 zudem einen Kernspintomographen – hatten beide Krankenhäuser allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Doch es sollte anders kommen. Deutschlandweit befand sich das Gesundheitswesen im Umbruch und immer neue Reformen hatten vordringlich das Ziel, die stetig steigenden Kosten zu dämpfen. Gerade auch die kleineren Krankenhäuser in ländlichen Regionen, zu denen die Kliniken in Eschwege und Witzenhausen fraglos gehörten, waren enormen Kostendruck von Seiten der Krankenkassen und Wettbewerbsdruck der deutlich größeren Mitbewerber in den Oberzentren Kassel und Göttingen ausgesetzt.

Weder der ausgezeichnete medizinische Ruf der beiden Häuser noch die selbstgesetzte Verpflichtung der Verantwortlichen, „... in einem ständigen Anpassungsprozess die Krankenhäuser zu humanen, leistungsfähigen und bürger-nahen Gesundheitszentren auszubauen und fortzuentwickeln“<sup>312</sup> bewahrte die Krankenhäuser davor, im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends in heftige Turbulenzen zu geraten.

Wie viele andere Krankenhäuser auch, litten die beiden Häuser im Werra-Meißner-Kreis seit der Jahrtausendwende unter einer fatalen Dreifach – Belastung: Sie erhielten weniger Geld bei wachsenden Aufgaben und sahen sich zudem einem stärkeren Konkurrenzkampf ausgesetzt. Es galt auch im Gesundheitswesen „die Kräfte zu bündeln“ zusammenzurücken und durch die so entstehenden Synergieeffekte Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit auszubauen.

Für eine regelrechte Fusion war die Zeit noch nicht gekommen und so entschloss man sich für das Konstrukt der „Gesundheitsholding Werra-Meißner“, die als gemeinsame Dachgesellschaft die beiden weiterhin eigenständig bleibenden Krankenhäuser leiten sollte. Den Grundsatzbeschluss dazu fasste der Kreistag im September 2003, der ein halbes Jahr später, am 22. März 2004, mittels Änderung der Gesellschaftsverträge der Krankenhaus GmbHs in Eschwege vertraglich besiegelt und in Kraft gesetzt wurde.

„Wichtig sei“, wie der damalige SPD – Kreistagsabgeordnete und jetzige Landrat Stefan Reuß im Zuge der Kreistagsdiskussion erklärte, „die Synergieeffekte durch Zusammenarbeit zu nutzen. Im Gegensatz zu anderen Landkreisen entziehe man sich nicht durch Verkauf der Kliniken der Verantwortung, sondern Sorge durch eine weiterhin kommunale Trägerschaft für den Erhalt der Gesundheitsversorgung.“<sup>313</sup>

Die Geschäftsführer der Krankenhäuser in Eschwege und Witzenhausen, Heinz-Walter Eisenhuth und Heinrich Lampe, wurden zu gleichberechtigten Geschäftsführern der neuen Holding, die sich Mitte Dezember 2005 der Presse gegenüber als „gut aufgestellt“ präsentierte. Durch die neu ge-

gründete Gesellschaft PRN (Prävention, Reha und Nachsorge) wurde u. a. auch die Orthopädie Hess. Lichtenau in den Holding – Verbund einbezogen.

Kern der damals im Entstehen begriffenen „Gesundheitslandschaft Werra -Meißner“, die neben der Orthopädie in Hess. Lichtenau auch die Reha-Kliniken und das übrige medizinische Potenzial in Bad Sooden-Allendorf mit einbeziehen sollte, waren die Krankenhäuser in Eschwege und Witzenhausen, die, baulich runderneuert, mit ihren fast 1100 Mitarbeitern von ihren Geschäftsführern der Öffentlichkeit als „Top Häuser“ präsentiert wurden.

Binnen Jahresfrist stellte sich die Situation plötzlich ganz anders dar und alle hochfliegenden Pläne verschwanden in den Schubladen. Ende Oktober 2006 wurde von Seiten der politischen Verantwortlichen öffentlich eingestanden, dass die Situation der Krankenhäuser „dramatisch“ sei und der „Werra-Meißner-Kreis und den Erhalt der Kliniken kämpft“<sup>314</sup>.

So ganz überraschend kam diese Feststellung von Seiten der Politik allerdings nicht, denn schon im Februar 2006 hatten an beiden Standorten die Beschäftigten in einem sog. „Sanierungstarifvertrag“ auf Teile ihres Gehaltes verzichtet und im Gegenzug eine Arbeitsplatzgarantie bis Ende 2009 erhalten. Allerdings musste auch die Politik einräumen, dass „... die Dramatik und Geschwindigkeit der schwierigen Entwicklung so nicht vorhersehbar“<sup>315</sup> gewesen seien.

Eine Entwicklung war in Gang gesetzt, deren erste Etappe am 5. Dezember 2008 mit dem Verkauf der Krankenhäuser an die in Kassel beheimatete „Gesundheit Nordhessen AG“ für einen, wie die Presse es formulierte, „... sensationell niedrigen Preis von 2,2 Millionen Euro“<sup>316</sup> endete. Die „Gesundheit Nordhessen AG“, ein ebenfalls kommunales Gesundheitsunternehmen mit Stadt und Landkreis Kassel als Träger, hatte sich gegen die privaten Mietbieter Asklepios, Rhön-Klinikum und die Agaplesion AG durchgesetzt – letztere hatte schon seit dem Sommer 2007 erheblichen Einfluss auf die Geschicke der Häuser, denn ihre Tochtergesellschaft DFG Beratungs- und Betriebsgesellschaft war geschäftsführend für die Holding zuständig.

Bevor es zu dieser Verkaufsentscheidung kommen konnte – die im Kreistag übrigens durch eine breite Mehrheit von 40 der 57 Abgeordneten quer durch alle Fraktionen getragen wurde – hatte es einen zweijährigen, teilweise turbulenten und schmerzhaften Diskussionsprozess über die Kliniken gegeben, die dabei, so Landrat Stefan Reuß während der Kreistagsitzung am 05.12.2008, „... am Rande des Abgrunds standen.“<sup>317</sup>



Im Sommer 2007 stellten Landrat Stefan Reuß (2.v.r.) und Erster Kreisbeigeordneter Henry Thiele (r.) zusammen mit Tim Allendorfer aus dem Hause Agaplesion die neue Geschäftsführung der Gesundheitsholding Werra-Meißner vor. Christoph Maier, Prof. Dr. med. Ulrich Vetter und Jens Hasley (v.l.n.r.) übernahmen fortan die Geschicke der Häuser in Eschwege und Witzenhausen.

Da zudem die bisherigen Geschäftsführer im Frühsommer 2007 fast zeitgleich in Pension gingen, musste eine neue Klinikleitung etabliert und das trudelnde Schiff „Gesundheitsholding Werra-Meißner“ über Wasser gehalten werden. Dabei ging auch die Furcht vor weiterem Bettenabbau und, als Folge dessen, einem radikalen Personalschnitt um. Erste Schätzungen sprachen von einer Reduzierung auf 220 Betten in Eschwege und auf 100 in Witzenhausen – hier war der Betrieb allerdings schon auf 163 Betten zurückgefahren worden. Dass in diesem Szenario auch über eine Schließung des Witzenhäuser Krankenhauses spekuliert wurde, lag auf der Hand.

Um die Liquidität zu sichern bewilligte der Kreistag Mitte Juni 2007 fünf Millionen Euro Soforthilfe und zum ersten Juli des gleichen Jahres wurde eine neue Geschäftsführung mit der Sanierung und weiteren Modernisierung der beiden Krankenhäuser beauftragt.

Zum Zeitpunkt des Verkaufs hatte die Arbeit der neuen Geschäftsführung bereits Früchte getragen, der Fehlbedarf im Geschäftsjahr 2007 war deutlich gesunken, Schulden konnten abgebaut sowie der Umsatz um 4,4 % gesteigert werden: Die Gesundheitsholding befand sich nachhaltig „... auf dem Weg der Besserung“ und Landrat Stefan Reuß war „... erfreut über einen wichtigen Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung der Kliniken, wie man ihn in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hatte.“<sup>4318</sup>

Niemand hatte allerdings damit gerechnet, dass der bereits beschlossene Verkauf im letzten Moment noch scheitern würde. Grund dafür war das Eingreifen des Bundeskartellamts, das Anfang April 2009 den Verkauf der Krankenhäuser an die Gesundheit Nordhessen „... formal untersagte, da hierdurch eine marktbeherrschende Stellung im Werra-Meißner-Kreis und der Region Kassel entstehen würde.“<sup>4319</sup>

Die Folge war ein Wiederaufleben der eigentlich bereits beendeten Diskussionen, die nun noch zusätzlich um die Variante bereichert wurden, letztendlich doch vielleicht sogar eigenständig zu bleiben. Untermauert wurde dieser Ansatz durch eine sich immer weiter verbessernde Wirtschaftlichkeit von Kliniken und Holding, die im Geschäftsjahr 2008 über 650.000 Euro Gewinn erwirtschaftet hatten.

Im September 2009 wurden dann auch die Verträge mit der Geschäftsführung bis 2012 verlängert – „mit dieser personellen Weichenstellung“ so Landrat Stefan Reuß vor dem Aufsichtsrat, „könne der erfolgreiche Weg der Konsolidierung und Sanierung der Krankenhäuser fortgesetzt werden.“<sup>4320</sup>



Dr. Heinz Berkermann (Klinikum Werra-Meißner), Dr. Michael Müller (Klinikum Werra-Meißner), Landrat Stefan Reuß, Prof. Dr. med. Ulrich Vetter (Klinikum Werra-Meißner), Prof. Dr. Cornelius Frömmel (Uniklinik Göttingen), Peter Schill (Kreisausschuss), Angela Veit (Klinikum Werra-Meißner) und Bürgermeisterin Angela Fischer freuten sich sichtbar, dass auch das Witzenhäuser Krankenhaus als Akademisches Lehrkrankenhaus anerkannt wurde.

Einen wesentlichen Anteil an diesem erfolgreichen Weg hatten auch die Mitarbeiter, die noch im Jahr 2009 einem bis

2017 befristeten sog. „Zukunftssicherungsvertrag“ zustimmten und dadurch bis 2015 auf 3,5 % ihres Gehaltes verzichteten. Die Situation der Häuser hatte sich deutlich verbessert und ein Verkauf war plötzlich nicht mehr die einzige mögliche Zukunft.

Die Situation verbesserte sich weiter, und dies sowohl wirtschaftlich als auch auf der medizinischen Ebene. Seit Mitte des Jahrzehnts war bereits das Klinikum in Eschwege „Akademisches Lehrkrankenhaus“ der Universitätsklinik Göttingen, im Januar 2012 kam auch das Witzenhäuser Haus hinzu und beide Standorte gingen als Bestandteil der Göttinger Ärzteausbildung eine enge Kooperation mit dem Universitätsklinikum ein. Diese und eine ganze Reihe weiterer positiver Entwicklungen, ließen den Wunsch eines Verkaufs der Krankenhäuser immer kleiner werden.

Im Mai 2010 stimmte der Kreistag einstimmig für die Verschmelzung der beiden Krankenhäuser zum „Klinikum Werra-Meißner“. Die Witzenhäuser Stadtverordnetenversammlung folgte im Juni und im Oktober folgte als letzter organisatorischer Schritt die Auflösung des „Zweckverbandes Stadt- und Kreis Krankenhaus Witzenhausen“. Das neue Klinikum Werra-Meißner war sozusagen „betriebsbereit.“

Ende Januar 2011 dann das offizielle Ende der Verkaufsabsichten: „Die Krankenhäuser in Eschwege und Witzenhausen“, so der Kreis in einer Pressemitteilung, „werden unter dem Dach des Klinikums Werra-Meißner weiter einen selbständigen Weg gehen. Man suche nach einem neuen Profil und setze auf den Ausbau an den Standorten Eschwege und Witzenhausen.“



Positive Jahresüberschüsse machten auch wieder Investitionen möglich. Das Bild zeigt (v.l.n.r.) den ersten Spatenstich für die Erweiterung der Psychiatrie, an dem Reiner Meister (Klinikum Werra-Meißner), Architektin Daniela Kirchner-König, Landrat Stefan Reuß, Dr. Wolfgang Nolte-Demgenski (Klinikum Werra-Meißner) und Christoph Maier (Klinikum Werra-Meißner) (v.l.n.r.) teilnahmen.

Im Sommer 2011 präsentierte die Gesundheitsholding Werra-Meißner mit einem Jahresüberschuss von 1,9 Mill. Euro das beste Jahresergebnis seit ihrer Gründung und dass – durch fünfzig Neueinstellungen – die Zahl der Mitarbeiter an beiden Standorten mittlerweile auf 1076 angewachsen ist. Diese positive Entwicklung setzte sich, wenn auch leicht abgeschwächt, in 2012 weiter fort und sowohl die verantwortliche Geschäftsführung mit Prof. Ulrich Vetter und Christoph Maier als auch der Aufsichtsrat mit Landrat Stefan Reuß konnten voller Zufriedenheit und gleichzeitiger Zuversicht feststellen: „Die Krise ist vorbei.“

Einen ganz wesentlichen Beitrag haben dazu die Mitarbeiter der beiden Häuser geleistet, die nicht nur den Zusammen-

schluss der beiden Häuser „... weitgehend reibungslos vollzogen, sondern auch durch ihren Gehaltsverzicht maßgeblich zur guten Bilanz des Klinikums beigetragen haben.“<sup>321</sup>

Nun gab es auch wieder Spielraum für die an beiden Standorten dringend notwendigen Investitionen, die, nach der erneuten Vertragsverlängerung, von der auch zukünftig in der Verantwortung stehenden Geschäftsführung umgesetzt werden sollen.



Im Jahr 2014 konnte nach zähem Ringen auch die Psychiatrische Institutsambulanz des Klinikums Werra-Meißner in Hessisch Lichtenau wieder eröffnet werden. Mit dabei waren: Prof. Dr. Ulrich Vetter (Klinikum Werra-Meißner), Reiner Meister (Klinikum Werra-Meißner), Erster Stadtrat Heinz Vogt, Landrat Stefan Reuß und Martin von Hagen (Klinikum Werra-Meißner).

In Witzenhausen steht bis 2016 für 9,5 Millionen Euro der in den 70er Jahren gebaute „Neue“ Krankenhausteil zur Modernisierung an – der Altbau soll abgerissen bzw. vermietet werden. In Eschwege ist es die Erweiterung und Aufstockung der Psychiatrie, die mit 4,5 Millionen Euro zu Buche schlägt.



Bis 2016 werden in die Modernisierung des Krankenhauses in Witzenhausen 9,5 Mio. Euro investiert.

Nicht vergessen werden sollen in dieser doch turbulenten Entwicklung des letzten Jahrzehnts die Leistungen des medizinischen Fachpersonals, die dafür gesorgt haben, dass die organisatorischen und finanziellen Probleme den guten Ruf der Krankenhäuser nicht beeinträchtigen konnten. Ein herausragendes, weil bundesweit publiziertes, Beispiel dafür ist der Qualitätsvergleich bei Gallenoperationen, den die AOK an 1.096 deutschen Kliniken vornehmen ließ. Danach findet sich das Klinikum Werra-Meißner unter den 30 besten Krankenhäusern deutschlandweit.

„Außergewöhnlich ist diese Nachricht auch deshalb“, so der HNA – Kommentar vom 22. November 2011, „weil sich die Analyse der AOK auf den Zeitraum zwischen 2007 und 2009 bezieht. Damals war die finanzielle Situation der Krankenhäuser in Eschwege und Witzenhausen dramatisch. In einer

solchen Zeit herausragende Ergebnisse zu erzielen, spricht für die Arbeit der Belegschaft. Deswegen ist die Auszeichnung ein Erfolg der Mitarbeiter. Glückwunsch“.

Dem ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen.

## 9.5. Einheit und Vielfalt

Der Werra-Meißner-Kreis hatte jahrelang die gleichen Probleme zu bewältigen wie viele der modernen sog. „Patchwork-Familien“: Durch die beiden Vorgängerkreise war alles doppelt vorhanden und musste auf die Notwendigkeiten nur noch einer Verwaltungseinheit abgestimmt werden.

Dies war eine schwierige Operation, denn hier ging es auch um die Traditionen der historisch gewachsenen Institutionen, räumliche Zuordnungen, persönliche Befindlichkeiten und lokale Präferenzen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass viele Organisationen Jahrzehnte gebraucht haben, um sich unter dem Dach des neuen Kreises zusammenzufinden – einige Verbände wie z. B. das Deutsche Rote Kreuz, der VdK oder die Arbeiterwohlfahrt haben diesen Schritt bis heute nicht vollzogen. Ebenfalls weiterhin ausschließlich auf „Altkreis-Ebene“ aktiv sind bislang auch die christlichen Kirchen, die für ihre Arbeit ebenfalls bislang noch keine Notwendigkeiten sahen, sich den politischen Strukturen anzupassen.

Beispielhaft für den unterschiedlichen Umgang mit der Problematik „Großkreis“ soll der Weg geschildert werden, den die Organisationen der Landwirtschaft, der Arbeitnehmer, des Sports und der Feuerwehren gegangen sind, ehe sie sich alle als Teil des größeren politischen Gebildes eingerichtet haben.

Wenige bis überhaupt keine Probleme mit der neuen Gebietsstruktur hatten die Verbände der heimischen Landwirtschaft, die sich in Gestalt der beiden Kreisbauernverbände Eschwege und Witzenhausen bereits am 19. Februar 1974 zum Kreisbauernverband Werra-Meißner zusammenschlossen und die gemeinsame Geschäftsstelle in der Kreisstadt Eschwege einrichteten. Dies fiel umso leichter, da die beiden vorher selbstständigen Kreisbauernverbände nicht nur fast zeitgleich im Jahr 1948 gegründet wurden, sondern bereits damals durch eine gemeinsame Geschäftsstelle in Eschwege verwaltet wurden. Zum Kreisbauernverband Werra-Meißner gehören in 130 Ortsverbänden fast eintausend Landwirte, die zusammen 34.000 ha Fläche bewirtschaften.

Der Kreisbauernverband hat sich zu einem modernen und leistungsfähigen Dienstleister für seine Mitglieder – die Geschäftsstelle des KBV ist gleichzeitig auch der Sitz der des Bodenverbandes, der Landtechnischen Fördergemeinschaft Werra-Meißner, des Kreisverbandes der Jagdgenossenschaften und der Kreisgruppe Werra-Meißner der hessischen Waldbesitzer – und einem unverzichtbaren Bestandteil des öffentlichen Lebens im Kreis entwickelt.

Sehr früh in einen gemeinsamen Kreisverband gebracht wurden auch die beiden Kreisverbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der allerdings nur bis 1996 eigenständig blieb, ehe er im größeren Verbund des damals neuen DGB-Kreises Hersfeld-Rotenburg/Werra-Meißner aufging. Aber dieses Konstrukt hatte nur wenige Jahre Bestand und am 07. April 2002 wurde der DGB-Kreisverband Werra-Meißner im Witzenhäuser Bürgerhaus neu gegründet und vertritt seitdem die Interessen der Arbeitnehmer in der Region.

Auch im Sport haben sich nahezu alle früher auf Altkreis-ebene eigenständigen Verbände schon lange auf der Grund-

lage des Werra-Meißner-Kreises neu aufgestellt – die Palette reicht hierbei von den Fußballern über die Reiter bis hin zu den Tischtennispielern. Etwas länger gedauert hat indes die Neuorganisation des Sportkreises Werra-Meißner e.V. als der Spitzenorganisation des heimischen Sports.

Erst 34 Jahre nach der Gebietsreform konstituierte er sich am 23. Februar 2008 nach langer und intensiver Vorbereitung in Bad Sooden-Allendorf als Dachorganisation von 240 Vereinen mit insgesamt 40.000 Mitgliedern und einer eigenen Service- und Geschäftsstelle an der Bad Sooden-Allendorfer Rhenanus-Schule.

Noch länger, und vor allem deutlich beschwerlicher, war der Weg hin zu einem gemeinsamen Kreisverband der Feuerwehren. Bereits kurz nach vollzogener Gebietsreform gab es erste Versuche, aus den zwei Verbänden der Altkreise einen neuen des Werra-Meißner-Kreises zu bilden. Damals war es vor allem Landrat Eitel O. Höhne, der immer wieder die Notwendigkeit einer solchen Fusion betonte. Stärker als die vor allem von der Politik forcierten frühen Fusionsbestrebungen waren allerdings die innerverbandlichen Widerstände, die damals dem Bau eines gemeinsamen „Werra-Meißner-Dachs“ für die heimischen Feuerwehren verhinderten.

Deutlich weiter kam man dann in einem zweiten Versuch, der kurz nach dem 125-jährigen Geburtstag der beiden Verbände Anfang des neuen Jahrtausends unternommen wurde. Fast wäre schon damals die Fusion vollzogen worden, aber nachdem sich der Witzenhäuser Kreisverband 2003 in der entscheidenden Abstimmung mit denkbar knapper Mehrheit dagegen entschieden hatte, war auch dieser Versuch gescheitert.

Danach wurde das Verhältnis der beiden Verbände einer harten Belastungs- und Bewährungsprobe unterzogen und es sollte noch einmal fünf Jahre dauern, ehe man sich erneut an einen Tisch und das Projekt Fusion wieder auf die Tagesordnung setzte. Diesmal allerdings sollte es gelingen – schließlich sind ja, wie das Sprichwort es sagt, auch aller guten Dinge drei – und am 21. Januar 2010 fusionierten die beiden Verbände zum Kreisfeuerwehrverband Werra-Meißner. Nachdem im Mai 2010 mit der FF Friedrichsbrück auch die letzte noch fehlende 133. Feuerwehr in den neuen Verband eingetreten war, hatte der Kreisfeuerwehrverband endlich alle heimischen Wehren unter seinem Dach sammelt.<sup>322</sup>

Deutlich schneller, aber auch nicht ohne Geburtswehen, fusionierten die beiden Kreissparkassen Eschwege und Witzenhäuser zur Sparkasse Werra-Meißner. Immerhin sollte es siebzehn Jahre dauern, ehe nach der Geburtsstunde des Werra-Meißner-Kreises 1974 schließlich am 01. Januar 1991 auch die gleichnamige Sparkasse das Licht der Welt erblickte. Eigentlich hätte man denken können, dass dieser Zusammenschluss zügiger von statten gehen würde, waren die beiden Sparkassen Eschwege und Witzenhäuser doch als „Kreissparkassen“ unmittelbare Institutionen der beiden Landkreise und daher für eine rasche Fusion geradezu prädestiniert.

Aber auch hier war eine ganze Reihe, vor allem psychologischer, Hürden zu überspringen, ehe am 02. November 1990 die Fusion formal vollzogen werden konnte. „Einstimmig hat der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises“, berichtete die Lokalpresse am Tag darauf, „in seiner gestrigen Sitzung die Fusion der Sparkassen in Eschwege und Witzenhäuser gebilligt, die ab 1. Januar 1991 als „Sparkasse Werra-Meißner“ ihre Zukunft gemeinsam gestalten. (...) Dem Be-

schluss des Kreistages waren eingehende Beratungen der Vorstände beider Sparkassen vorausgegangen, die den zuständigen Gremien empfohlen hatten, die Verschmelzung in die Wege zu leiten. (...) Durch die Fusion stellt sich für die beiden Sparkassen im Kreisgebiet die Aufgabe, der sich abzeichnenden Wettbewerbsverschärfung mit ihren folgen aus einer Position der Stärke heraus frühzeitig zu begegnen und ihre Kräfte zu bündeln.“<sup>323</sup>

Ein Zusammenschluss beider Kassen lag indes auch in den Jahren zuvor sozusagen immer wieder „in der Luft“, gelangte aber nie über den Stand bloßer Gedankenspiele hinaus. Besonders zum Jahresende 1977 wurde die Diskussion durch einen Antrag des DGB befeuert, der sich vehement für die weitere Eigenständigkeit der Witzenhäuser Kreissparkasse aussprach. Dahinter stand die Befürchtung des Verlusts von Arbeitsplätzen „durch eine Umwandlung der jetzt eigenständigen Sparkasse in eine Nebenstelle.“<sup>324</sup>

Ähnlich argumentierte damals die Witzenhäuser Politik, die in den ersten Jahren des neuen Kreises nur schwer den Verlust der Kreisstadtfunktion verwinden konnte immer wieder eine dadurch hervorgerufene Schwächung der Kirchschenstadt beklagte. Auch von Sparkassenseite selbst gab es noch kein gesteigertes Interesse an einem Zusammengehen mit Eschwege: „Wenn wir die Fusion gewollt hätten“, so Direktor Kurt Jahn im Dezember 1977, „hätten wir sie schon lange haben können (...) Wir können gut allein weiter existieren.“<sup>325</sup>

Erst die Liberalisierungspläne des damaligen EG - Finanzinnenmarktes und der sich damit verschärfende Konkurrenzdruck insbesondere auf kleinere Banken - zu denen die Witzenhäuser Kreissparkasse mit einer Bilanzsumme von 500 Millionen DM im Jahr 1990 fraglos gehörte - ließen die Verantwortlichen ab dem Sommer 1990 den Weg in Richtung „Sparkasse Werra-Meißner“ einschlagen, der trotz neu aufflammender Witzenhäuser Ängste<sup>326</sup> dann sowohl von den damaligen Sparkassenvorständen als auch den Kreisgremien konsequent beschritten wurde und sich mittlerweile als goldrichtig herausgestellt hat.

Schon im Jubiläumsjahr 1994 – das Sparkassenwesen im Werra-Meißner – Kreis konnte auf eine 150jährige Geschichte zurückblicken<sup>327</sup> – zeigte die Fusion ihre positiven Auswirkungen: „Nach der Fusion (...) zur Sparkasse Werra – Meißner erfüllt das moderne Bankinstitut, das wie vor 150 Jahren eine kommunale Einrichtung geblieben ist, wie eh und je seine wichtigste Aufgabe: Die Aufnahme von Spargeldern und die Bedienung der unmittelbaren Region mit den für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Krediten. Inzwischen 1,66 Milliarden DM an Kundeneinlagen, 1,34 Milliarden an Kunden ausgegebene Kredite und 2,15 Milliarden Geschäftsvolumen belegen eine unglaubliche Entwicklung, die vor 150 Jahren begonnen hatte.“<sup>328</sup>

Diesen Weg ist das „fest in Bevölkerung und Wirtschaft verankerte Institut“<sup>329</sup> seitdem unbeirrt weitergegangen und kann für das Geschäftsjahr 2013 1,1 Mrd. € an Kundeneinlagen, 1,1 Mrd. € Kreditsumme und 1,7 Mrd. € Bilanzsumme vorweisen, was fast einer Verdoppelung der Bilanzsumme von 1994 gleich kommt.

Mit ihren 401 Mitarbeitern (davon 31 Auszubildende) gehört die Sparkasse Werra-Meißner nicht nur zu den größten Arbeitgebern im Kreis, sondern ist auch mit siebzehn modernen Geschäftsstellen sowie der Überlandsparkasse, die mittlerweile neun Orte regelmäßig anfährt, kreisweit in der Fläche präsent.

Die Unterstützung regionaler Vereine, Verbände und Initiativen durch die Sparkasse ist traditionell sehr intensiv. So wurde z. B. im Jubiläumsjahr 1994 eine Stiftung mit dem Grundkapital von einer Million DM gegründet, aus deren jährlichen Erträgen seitdem insbesondere soziale und kulturelle Aktivitäten gefördert werden und allein im Geschäftsjahr 2013 sind darüber hinaus über eine Viertelmillion Euro in Form von Spenden und Unterstützungen in das öffentliche Leben des Werra-Meißner-Kreises geflossen.

Am Schluss seiner Festrede zum 150. Geburtstag der Sparkasse betonte Heinrich Keller, der damalige Direktor zum Schluss, dass die „... Sparkasse Werra-Meißner das bleiben wolle, was sie sei: Ein beachtlicher wirtschaftlicher Faktor und ein vertrauenswürdiger Partner ihrer Kunden, der sich durch Bürgernähe und Verbundenheit mit der Region auszeichne.“<sup>330</sup>



Kundennähe war auch das Motiv für die Einführung der modernen Überlandsparkasse, die der Vorsitzende des Vorstandes, Frank Nickel, und Vorstandsmitglied Wolfgang Wilke hier präsentieren. Der Truck ermöglicht Bankgeschäfte und Beratung auch dort, wo es keine feste Zweigstelle gibt.

An dieser Philosophie des kommunalen Kreditinstituts hat sich auch zwei Jahrzehnte später nichts geändert. „Wir leben vom Vertrauen unserer Kunden,“ so Frank Nickel, der heutige Sparkassenchef im Rahmen der Bilanzvorstellung für das Geschäftsjahr 2013, „und das dürfen wir nie und nimmer enttäuschen. Wir werden uns in Zukunft noch stärker davon leiten lassen, welche Produkte unsere Kunden benötigen und welche Bedürfnisse sie haben. Und wir werden bemüht sein, die Leistung qualitativ hochwertig und günstig zu erstellen.“<sup>331</sup>

Noch beschwerlicher war der Weg und vor allem ein ganzes Jahrzehnt später wurde er beschritten, an dessen Ende die heimischen Genossenschaftsbanken, die neben der Sparkasse das zweite Standbein des Bankwesens im Kreis bilden, den Zusammenschluss zur „Volks- und Raiffeisenbank Werra-Meißner“ vollzogen.

Traditionell dichtmaschig und kleinteilig war das Netz der Genossenschaftsbanken im ländlich strukturierten Werra-Meißner-Kreis. Neben der Volksbank Hess. Lichtenau, die als einzige ihrer Art den Gesamtkreis abdeckte, gab es noch die Raiffeisenbanken in Witzenhausen, Eschwege, Wehretal und Hess. Lichtenau. Zwar spielten die besonderen lokalpolitischen Befindlichkeiten, die beim Zusammenschluss der Sparkassen so dominierend gewesen waren, im Bereich der Genossenschaftsbanken nur eine marginale Rolle, aber die wirtschaftlichen Turbulenzen, in die eine der beteiligten Banken im Vorfeld der Fusion geraten waren, wirkten sich auf das geplante Zusammengehen zugleich erschwerend als auch beschleunigend aus.

Fast zeitgleich hatte das Fusionskarussell 1998 an Fahrt gewonnen. Auf der einen Seite schlossen die Volksbank

Hess. Lichtenau und die Raiffeisenbank Witzenhausen einen Kooperationsvertrag, dessen erklärtes Ziel die Verschmelzung der beiden Institute darstellte, auf der anderen Seite waren die Raiffeisenbanken in Eschwege, Hess. Lichtenau und Wehretal schon einen Schritt weiter und hatten sich bereits zusammengeschlossen.

Bis zum Sommer 2000 war man sich bei allen Beteiligten einig und die neue „VR Bank Werra-Meißner-Meißner“, gebildet aus den Partnern Volksbank Hess. Lichtenau/Raiffeisenbank Witzenhausen sowie der Raiffeisenbank Eschwege – Hess. Lichtenau – Wehretal hatte Gestalt angenommen. Das zur Fusion nötige Votum der Vertreterversammlungen war mit 99 % ebenso vorhersehbar wie deutlich und die neue kreisweite Genossenschaftsbank mit Kundeneinlagen von 1,1 Milliarden DM, einer Kreditsumme von rund 1 Milliarde DM und der Gesamtbilanzsumme von knapp 1,6 Milliarden DM war aus dem Taufbecken gehoben.

„Die Dreier – Fusion der Genossenschaftsbanken im Werra-Meißner-Kreis war eine schwere Geburt“, kommentierte die Lokalpresse am 22. Juli 2000, „im Landes- und Regionalvergleich kam sie eher spät, angesichts der zunächst schleppenden Diskussion in unserem Kreis dann doch überraschend schnell. Nun ist die Volks- und Raiffeisenbank Werra-Meißner dabei, sich zu etablieren. Der Name ist noch gewöhnungsbedürftig.“<sup>332</sup>

Mittlerweile ist die „schwere Geburt“ lange vergessen und der damals noch gewöhnungsbedürftige Name längst in den Sprachschatz des Werra-Meißner-Kreises eingegangen. Das liegt nicht nur am wirtschaftlichen Erfolg der neuen Bank – die Bilanzsumme erreichte im Geschäftsjahr 2012 mit 970 Mill. € fast die Milliardengrenze – sondern auch an der regionalen Verwurzelung im Werra-Meißner-Kreis.

Ähnlich wie die Sparkasse ist auch die VR Bank Werra-Meißner bestrebt, der Region durch die Unterstützung zahlreicher kultureller, sozialer und gemeinnütziger Initiativen etwas von dem Vertrauen zurückzugeben, das die Menschen in sie setzen – und das „hilfsbereit, engagiert, regional, zuverlässig“, eben mit Herz für die Region.

Die Einheit und Vielfalt des Werra-Meißner-Kreises repräsentieren auch die Organisationen der heimischen Wirtschaft. Zu nennen sind hier vor allem die Kreishandwerkerschaft sowie die Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg, die mit dem Regionalausschuss Werra-Meißner das gewählte Vertretungsorgan der im Kreis ansässigen Betriebe darstellt.

Ähnlich dem Kreisbauernverband gelang es bei den Handwerkern sehr schnell, die beiden selbständigen Altkreis – Kreishandwerkerschaften Eschwege und Witzenhausen sinnvoll miteinander zu verbinden. Nach nur einem Jahr Übergangszeit konnte die neue Kreishandwerkerschaft Werra-Meißner in ihrer Eschweger Geschäftsstelle – das dortige Haus gehörte der KH bereits seit dem Jahr 1954 – die Arbeit aufnehmen.

Bis in die 90er Jahre wurde noch eine zweite Geschäftsstelle in Witzenhausen betrieben, ehe man die dortige Liegenschaft aufgrund zu hoher Unterhaltungskosten veräußern musste, „... eine Entscheidung“, wie die KH auf ihrer Internetseite betont, „die wir uns nicht leicht gemacht haben.“<sup>333</sup>

Spezielle mit der Gebietsreform entstandene Befindlichkeiten haben die Arbeit der Kreishandwerkerschaft zu keiner Zeit nennenswert belastet. Nicht von ungefähr war man von Anfang an paritätisch besetzt, Veranstaltungen fanden und finden überall im Kreisgebiet statt. Die bislang vier Kreis-

handwerksmeister des Werra-Meißner-Kreises als oberste Repräsentanten der elf Innungen und ihrer 550 Einzelbetriebe kamen bis 2002 aus dem Altkreis Eschwege und seitdem aus dem Witzenhäuser Raum.

Ähnlich vertrauensvoll und problemlos gestaltete sich seit der Bildung des Kreises die Arbeit des Regionalausschusses Werra-Meißner der Industrie- und Handelskammer Kassel, der, betreut von der IHK-Service-Stelle im Eschweger „Haus der Wirtschaft“, als gewählte Institution sowohl die Interessen der heimischen Wirtschaft vertritt als auch im Sinne der Kreisentwicklung immer wieder nachdenkenswert Impulse für die öffentliche und politische Diskussion liefert.

### 9.6. Vom Amt zum Fachbereich – modernisierte Verwaltung

Einheit und Vielfalt, die Überschrift des vorangegangenen Kapitels könnte als Schlagzeile auch für die Verwaltung unseres Kreises stehen. Wenn man in der Öffentlichkeit von „dem Kreis“ spricht, sind in der Regel der Landrat nebst Stellvertreter, mit Abstrichen Kreistag und Kreisausschuss, vor allem aber die diversen Fachbereiche – früher Ämter – der Kreisverwaltung gemeint. Mit ihnen haben die Menschen zu allererst zu tun, hier wird das politische Gebilde Werra-Meißner-Kreis für jeden ebenso praktisch wie hautnah lebendig und erfahrbar.

Besonders auf dieser Ebene waren die größten Anstrengungen erforderlich, die beiden vorher selbständigen Kreisverwaltungen Eschwege und Witzenhäuser organisatorisch zu verschmelzen und eine funktionierende neue „Werra-Meißner-Struktur“ zu entwickeln – begonnen bei den unterschiedlichen Standorten im Eschweger Schloss bzw. Witzenhäuser Landratsamt, fortgeführt mit dem Zuschnitt sowie der räumlichen Verteilung einzelner Ämter und beendet schließlich mit der Neustrukturierung der Gesamtverwaltung im Jahr 2007.

Dass dies problem- und relativ geräuschlos gelungen ist, spricht sowohl für das Engagement der Mitarbeiter als auch die Führungsqualitäten der beteiligten Spitzenbeamten Eitel Höhne, Dieter Brosey und Stefan Reuß als Landräte sowie Theodor Leyhe, Henry Thiele und, seit kurzem, Dr. Rainer Wallmann.

Blickt man heute auf die Struktur der Kreisverwaltung, so findet man neben den acht Fachbereichen und der Verwaltungsleitung, den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, den Bürgerreferenten und den Bereich Kultur direkt im Kontext mit der Leitungsebene.

Darüber hinaus entfaltet sich unter der Kopfzeile „Werra-Meißner-Kreise“ mit dem „Stab Demographie, Dorf- und Regionalentwicklung“, dem „Seniorenbüro“, dem „Pflegestützpunkt“, der „Naturparkstiftung“, der „Sozial- und Familienstiftung“ sowie dem Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit“ ein buntes Kaleidoskop unterschiedlicher Aufgabenbereiche. Hinzu kommen noch die „Antikorruptions- und Behindertenbeauftragten“, der Personalrat als Vertretungsorgan der Mitarbeiter und schließlich und endlich das Gleichstellungsbüro.

Letzteres kann in diesem Jahr gemeinsam mit dem Kreis Geburtstag feiern, und mit dem 25ten gleich einen runden. Entfacht wurde damals die Diskussion um die Einrichtung des Gleichstellungsbüros im Sommer 1988 durch eine diesbezügliche Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Laut den Vorstellungen des DGB sollte auch im Werra-Meißner-Kreis „... ab 1989 eine sogenannte Gleichstellungsstelle (Frauenbeauftragte) geschaffen werden, die auf Kommunalebene mit dem Ziel arbeitet, die Frauendiskriminierung abzubauen. Sie soll – so der DGB – daraufhin wirken, dass verfassungsrechtliche Gebot der Gleichstellung von Mann und Frau zu erfüllen.“<sup>334</sup>



Nachholbedarf in Sachen Frauenförderung und -schutz sahen auch diese Demonstrantinnen, die die Schaffung eines eigenen Frauenhauses im Werra-Meißner-Kreis anmahnten. 1992 wurde eine entsprechende Einrichtung im Kreis eröffnet.

Im Vergleich zu den übrigen hessischen Landkreisen hinkte der Werra-Meißner-Kreis in Sachen Gleichstellung damals deutlich hinterher und war, als die dann als „Kreisfrauenbüro“ bezeichnete Stelle im Herbst 1989 mit Ilona Friedrich als der ersten „Kreisfrauenbeauftragten“ schließlich geschaffen wurde, der vorletzte Landkreis in Hessen, der diesen Schritt vollzog.

Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen und nicht nur die deutsche Landkarte, sondern auch die bundesrepublikanische Gesellschaft hat sich signifikant verändert. In diesem Kontext hat sich auch viel hinsichtlich des 1988 vom DGB auch für den Kreis angemahnten „verfassungsrechtlichen Gebotes der Gleichstellung von Mann und Frau“ getan – immerhin steht mit Angela Merkel seit 2005 ein Frau an der Spitze der Bundesregierung, ist Ursula von der Leyen Bundesverteidigungsministerin und gibt es mit Angela Fischer in Witzenhäuser und Ilona Rohde-Erfurth in Neu-Eichenberg zwei Frauen auf den Chefesseln von Rathäusern im Werra-Meißner-Kreis.

So positiv und ermutigend solche „Leuchttürme“ einer Entwicklung hin zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter auch sind, mehr als der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“ sind sie aktuell allerdings immer noch nicht. So bleibt denn auch dem seit 2006 in „Gleichstellungsbüro“ umbenannten ehemaligen Kreisfrauenbüro und Thekla Rotermund-Capar, der Gleichstellungsbeauftragten des Werra-Meißner-Kreises, noch ein großes Bündel unterschiedlichster Arbeitsschwerpunkte, um diesem Ziel ein Stück weit näher zu kommen.

Dazu gehören für das seit Anfang 2012 zusammen mit der KFZ-Zulassungsstelle und der Ausländerbehörde in der Eschweger Bahnhofstraße ansässige Büro neben vielen anderen Arbeitsbereichen insbesondere das wichtige Thema „Häusliche Gewalt“, das seit Schaffung des Gleichstellungsbüros nichts von seiner Brisanz verloren hat<sup>335</sup> und auch heute leider immer wieder im „Runden Tisch gegen häusliche Gewalt“ auf der Tagesordnung steht.

Immer mehr Raum nimmt als großes Zukunftsthema die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein – „... die Aktivierung der stillen Reserve. Damit meint Thekla Rotermund-Capar, Mütter wieder zurück ins Berufsleben zu führen. Dass dies oft nicht leicht sei, liege am mangelnden Selbstwertgefühl vieler Frauen, dass gestärkt werden soll“<sup>336</sup>, wozu auch die Forderung nach gleichem Gehalt für gleiche Arbeit gehört.

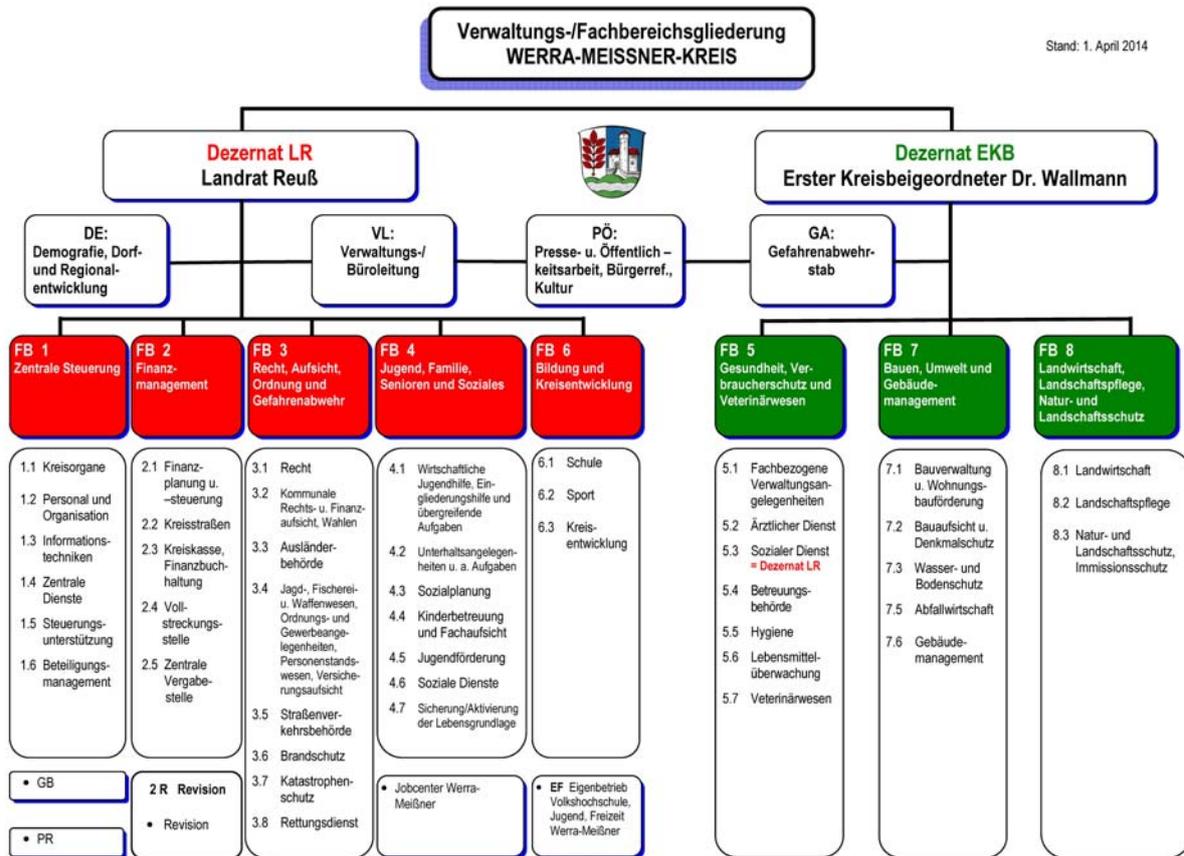
Über drei Jahrzehnte war die Kreisverwaltung in die klassische Ämterstruktur gegliedert – ob Kreisbauamt, Kreisgesundheitsamt, Kreissozialamt, Kreisjugendamt, Rechtsamt oder Hauptamt, all diese „Amts“ Bezeichnungen implizierten für die Bürger immer auch ein gehöriges Stück an staatlicher Obrigkeit und hatten oftmals auch ein gerüttelt Maß an Unbeweglichkeit zur Folge.

Grundsätzlich ist in der Bundesrepublik Deutschland der Verwaltung auf allen Ebenen – und damit natürlich auch im Rahmen der Landkreise – die Funktion der Aufgabenerfüllung zugeordnet. Die dafür notwendigen politischen Leitentscheidungen trifft das Parlament in Form von Gesetzen und deren Ausführungsbestimmungen. Dieses Procedere hat ganz entscheidend zu den unbestrittenen Stärken der deutschen Verwaltung beigetragen und ursächlich deren Rechtsstaatlichkeit, Leistungsverlässlichkeit und die prinzipielle Gleichbehandlung aller Bürger begründet.

Andererseits ist daraus unmerklich eine immer größere „Regelungswut“ entstanden, mit einem System von Kontrolle und Gegenkontrolle und Beteiligungsrechten unzähliger verschiedener Behörden. Dadurch wurde die Beachtung der Vorschrift wird immer mehr zum Selbstzweck und Flexibilität wie auch Ergebnisorientierung blieben auf der Strecke.

*Nicht nur die Strukturen der Verwaltung wurden verändert, auch räumlich gab es eine wichtige Veränderung. Im Jahr 2006 konnte das neue Gefahrenabwehrzentrum des Kreises, welches auch die Tunnelleitzentrale Hessen beherbergt, eröffnet werden.*





Irgendwann kam der Moment, ab dem niemand mehr diese „gesetzgebend“ handelnde Verwaltung dazu zwang, auch die Effizienz und Effektivität ihres Handelns in Betracht zu ziehen. Diese Problematik ist von den Verantwortlichen des Kreises Mitte der 90er Jahre erkannt und in eine Diskussion um „neue Steuerungsmodelle“ in der Verwaltung eingebracht worden.

„Alle Maßnahmen“, so Siegfried Rommel, der damalige „Büroleitende Beamte“ des Werra-Meißner-Kreises in seinem Beitrag zum 25. Kreisgeburtstag 1999, „welche die Verwaltung des Kreises zur Zeit durchführt und für die Zukunft plant (Budgetierung, Produktbildung, Kostenleistungs-Rechnung, Verstärkung des Wettbewerbs, Outsourcing, Informations- und Kommunikationstechniken etc.) haben insbesondere das Ziel die Leistungen für den Bürger stärker bedarfsbezogen und wirtschaftlicher zu erbringen.“

Um dies zu bewirken“, so Rommel weiter, „soll die Verwaltung des Werra-Meißner-Kreises in einem länger andauernden Prozeß von der bisher aufgabenorientierten Verwaltung zu einer produktorientierten Verwaltung umgewandelt werden. Diese Verschiebung zur Nachfrageorientierung bewirkt, dass das ‚Dienstleistungsunternehmen‘ WMK künftig ein Produkt erzeugt, das vom Bürger nachgefragt wird.“<sup>337</sup>

Gewollter Nebeneffekt dieser Neuorientierung war natürlich auch eine stärkere Transparenz auf der Kostenseite, die bislang nur in Ansätzen vorhanden war: Den Bürgern musste in Zukunft klar sein, welche Kosten die von ihnen beim Kreis in Anspruch genommenen Leistungen verursachten.

Oft heißt es, „Alles hat seine Zeit“ und noch öfter hört man, „Alles braucht seine Zeit“. Beide Aussagen galten uneingeschränkt auch für die Modernisierung der Verwaltung unseres Kreises. Einerseits war sie unabdingbar, andererseits so komplex und hatte auch eine ganze Reihe politische Hürden

zu nehmen, dass es bis in die zweite Hälfte des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend dauerte, ehe sie erfolgreich abgeschlossen war.

Anfang 2007 war dann die Neugliederung der Kreisverwaltung abgeschlossen und aus den früher siebzehn Ämtern waren acht Fachbereiche mit insgesamt 315 Mitarbeitern geworden. Hinzu kam der bereits 1997 aus der allgemeinen Kreisverwaltung ausgegliederte und seinerzeit noch selbständige „Eigenbetrieb Gebäudemanagement“ mit Sitz im ehemaligen Witzenhäuser Landratsamt, der mit seinen 156 Mitarbeitern 42 Schulgebäude im Kreisgebiet verwaltete.

Allerdings waren im Laufe der Zeit die Argumente für die Existenz des Eigenbetriebes – u. a. die schnellere Auftragsvergabe für die Modernisierung der Schulen Ende der 90er Jahre – durch die Umstellung der Verwaltung auf die doppische Buchführung<sup>338</sup> weggefallen, so dass das Gebäudemanagement 2013 wieder regulärer Teil der Kreisverwaltung und dem Fachbereich 7 „Bauen und Umwelt“ zugeordnet wurde.

Mit dieser Neuorganisation vollendeten Landrat Stefan Reuss und sein erster Beigeordneter Henry Thiele den noch unter dem Gespann Dieter Brosey und Theodor Leyhe begonnenen Umbau der Verwaltung. Die acht Fachbereiche bündelten verschiedene Ämter mit erhöhter Eigenverantwortung wie u. a. Budgetverwaltung und Personalwirtschaft. Die größten Fachbereiche sind Jugend, Familie, Senioren und Soziales sowie die frühere staatliche Verwaltung (Recht, Kommunalaufsicht, Wahlen, Straßenverkehrsbehörde mit KFZ-Zulassung und Gefahrenabwehr).

Zugeordnet sind die Fachbereiche den Dezernaten LR (Landrat Reuß) und EKB (Erster Kreisbeigeordneter Dr. Wallmann). Zwischen den Dezernenten und den Fachbereichsleitern gibt es eine neue Ebene, wozu die Büroleitung,

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Stab Demographische Entwicklung und die Gefahrenabwehr zählen. Die Bezeichnung Amt hat grundsätzlich ausgedient – mit Ausnahme vielleicht des Terminus „Landratsamt“, der immer noch über allem schwebt.

Eine bemerkenswerte Sondereinrichtung stellt noch das „Jobcenter Werra – Meißner“ mit Sitz in Eschwege und Witzhenhausen dar, dass im Zuge der Arbeitsmarktreformen Hartz IV nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Werra-Meißner-Kreis und den Arbeitsagenturen in Kassel und Bad Hersfeld entstanden ist, im Februar 2005 seine Arbeit aufnahm und seit nunmehr neun Jahren die früheren Bezieher von Arbeitslosen- und Sozialhilfe betreut.

### 9.7. Dinge, die (auch) bewegen

Die Vorzüge des Kreises nach innen und außen klar herausstellen, ein Wir-Gefühl entwickeln und sich „pro-Werra-Meißner“ zu verhalten – so lauteten kurz zusammengefasst die Wünsche, die Landrat Dieter Brosey am 6. Juni 1988 in der Eschweger Stadthalle an die Gäste seiner ersten Amtseinführung richtete. „Drei Punkte“, so Brosey in seiner Rede, „machen einen Kreis wie den unseren lebenswert: Eine moderne, zukunftsweisende Wirtschaftsstruktur mit ausreichenden und sicheren Arbeitsplätzen, eine hohe Wohn- und Lebensqualität sowie niedrige Lebenshaltungskosten.“<sup>339</sup>

Für manch internen wie externen Betrachter mag die Aufzählung dieser Vorzüge an die lauten Rufe des Wanderers im dunklen Wald erinnern, der damit seine Angst in den Griff bekommen möchte. Gründe dies anzunehmen, gaben den Menschen im Kreis insbesondere die Gutachten zahlreicher externer Institute wie z. B. der „Bertelsmann-Stiftung“, des „Prognos-Instituts“, des „Instituts neue soziale Marktwirtschaft“ oder der „Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)“ in periodisch wiederkehrenden Abständen zur Genüge.

Seit Ende der 90er Jahre erscheint der Werra-Meißner-Kreis in schönster Regelmäßigkeit in diesen Gutachten – meist ging und geht es darin um den ebenso bedeutungsschweren wie schwer zu fassenden Begriff der „Zukunftsfähigkeit“ – entweder am Ende oder im hinteren Drittel des deutschlandweiten Ranking oder wird, wie in der jüngsten Studie der GfK vom Dezember 2013, als Hessisches Kaufkraft – Schlusslicht präsentiert.

Schlagzeilen wie „Kreis mit roter Laterne“ (Institut für neue soziale Marktwirtschaft, Nov. 2006), „Region rutscht ins Chancen – Minus“ und „Kreis bleibt auf der Strecke“ (beide Prognos-Institut, März 2007 und Nov. 2010) oder „Kaufkraft: Landkreis Schlusslicht in Hessen“ (GfK, Dez. 2013) gehörten schon fast zum Standardrepertoire der heimischen Medien, wenn diese über die diversen Studien berichteten.

Bei einem exemplarischen Blick auf den Prognos Zukunftsatlas 2010 in dem der Werra-Meißner-Kreis unter den 412 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands den Platz 370 belegt und in der zweitschlechtesten Kategorie eingeordnet wird – „ein Kreis mit hohen Zukunftsrisiken“ – wird allerdings deutlich, dass die Aussagekraft der Erhebung nicht immer der Realität entspricht und daher mit der gebotenen kritischen Distanz zu bewerten ist.

Nicht nur, dass genauere Angaben über den Erhebungszeitraum fehlen, sondern auch inhaltlich muss der Studie zumindest ein gewisses Maß an Oberflächlichkeit bescheinigt werden. Untersucht wurden in jeweils verschiedenen Aspekten der Arbeitsmarkt (Platz 319), der demographische Faktor

(Platz 379), Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit (Platz 375) und der Wohlstand (Platz 311).



*Auch den Weggang der Bundeswehr aus dem Kreis musste der Wirtschaftsstandort Werra-Meißner verkraften. Seit den 60er Jahren gehörte die Bundeswehr an den Standorten Sontra (geschlossen 2008) und Hessisch Lichtenau (geschlossen 2006) zum Alltag im Kreis. Beliebte bei der Bevölkerung waren die Tage der offenen Tür.*

Insgesamt flossen neunundzwanzig unterschiedliche Kriterien in die Erhebung ein, wobei die Indikatoren, die den „Ist – Zustand“ beschreiben als Stärken zusammengefasst wurden (Platz 360) und Angaben, die eine Entwicklung nachzeichnen als „Dynamik“ (Platz 393). Daraus berechnete Prognos die Gesamteinordnung, bei der auch die Anbindung an die Autobahn (20 Minuten bis zur nächsten Auffahrt – Platz 339) ein Rolle spielte.

Und hier nun ist genau der Punkt, wo man den Prognos-Analytikern zumindest Oberflächlichkeit vorwerfen kann. Zwanzig Minuten bis zur nächsten Autobahn-Auffahrt mag vielleicht von Eschwege aus zutreffend sein, aber keineswegs von Sontra, Herleshausen, dem Ringgau, Hess. Lichtenau oder gar den Nordkreis mit Witzhenhausen und Neu-Eichenberg, von wo aus in fünf bis zehn Minuten sowohl die A7 in Nord – Süd als auch die A38 in östlicher Richtung erreichbar sind und somit fast „vor der Haustür“ liegen.

Zu dieser Studie aus dem November 2010 äußerte sich auch Landrat Stefan Reuß in einem Pressegespräch mit der Werra-Rundschau, das an dieser Stelle in Auszügen wiedergegeben werden soll:

„WR: Wieder einmal ein Ranking der Regionen – überrascht Sie das Gesamtergebnis für den Werra-Meißner-Kreis?“

Stefan Reuß: Es ist immer wieder das Gleiche, da die Indikatoren, die angewendet werden nur sehr eingeschränkte Urteile zulassen und bekannt ist, dass diese zum Teil auch in ihrer Aussagekraft fragwürdig sind. Insofern sind bestimmte Ergebnisse überhaupt nicht überraschend.

WR: Folgt man der Studie, so ist der Werra-Meißner-Kreis ein Kreis mit hohem Zukunftsrisiko. Teilen Sie diese Ansicht? Stefan Reuss: Das wird uns nun seit Jahren bescheinigt und wir müssen immer wieder sagen, dass die Indikatoren bestimmter Bereiche die Zukunft überhaupt nicht erfassen. So belegt z. B. eine Studie aus dem Frühjahr dieses Jahres, dass wir als Region sehr gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen sind, weil wir einen guten Branchenmix haben. Unsere Wachstumszahlen in diesem Jahr zeigen auch, dass die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit stark gesunken ist, die Bevölkerungsabwanderungsrate halbiert wurde. Die Vielzahl der im Kreis eingeleiteten Maßnahmen greifen und beginnen sich positiv auszuwirken. Die Studie hat dies noch nicht berücksichtigt. Also: Ich teile diese Ansicht nicht.<sup>340</sup>



Dauerbaustelle Autobahn: Nach gut 10 Jahren Diskussion und Planung begann der Bau der A 44 Anfang der 2000er Jahre. Heute, gut zehn Jahre später, sind erst zwei Abschnitte unter Verkehr. Deshalb mahnten Landrat Stefan Reuß (l.) und Kreistagsvorsitzender Dieter Franz MdL bei der Eröffnung des Abschnittes Schulbergtunnel im Interesse des Wirtschaftsstandortes Werra-Meißner auch einen zügigen Weiterbau an.

In Frage gestellt wurde die „Zukunftsfähigkeit“, sprich Existenz des Werra-Meißner-Kreises, indes weniger durch die Prognosen diverser weit entfernter Institute, sondern vielmehr durch Bestrebungen in Politik, Wirtschaft und kommunalen Spitzenverbänden, die insbesondere um die Jahrtausendwende in der Schaffung großflächiger „Regionalkreise“ das Allheilmittel zur Lösung aller Probleme im kommunalen Bereich sahen.

Begonnen hatte diese Diskussion in Südhessen Ende der 90er Jahre und schwappte dann gen Norden, so dass Landrat Dieter Brosey sich zum 25. Geburtstag des Werra-Meißner-Kreises genötigt sah, solchen Plänen eine nachdrückliche Absage zu erteilen. „Eine neue Gebietsreform“,

so der Landrat damals, „kann jedoch in unserem Kreis und in anderen ländlichen Kreisen Nordhessens niemand wollen.“<sup>341</sup>

Damit war diese Diskussion allerdings noch lange nicht beendet, denn zwei Jahre später startete der Hessische Städte- und Gemeindebund eine erneute Initiative zur Bildung von hessenweit fünf Regionalkreisen. Dabei sollte es in Nordhessen nur noch einen Kreis geben, gebildet aus den Kreisen Werra-Meißner, Kassel, Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg mit Sitz in Kassel.

Auch diese Initiative stieß auf den vehementen Widerstand der nordhessischen Landkreise und Dieter Brosey fasste seine und die Gemütslage seiner Amtskollegen wie folgt zusammen: „Der Landkreistag wird das Eckpunktepapier des Städte- und Gemeindebundes genauso ablehnen, wie ich dies tue. Dieses Papier ist unausgegoren und im Grunde ein Papier, das nur aus den Interessen des Ballungsraumes Rhein-Main erklärbar ist. Aus nordhessischer Sicht ist dieses Papier rundum anzulehnen, weil es gegen die Interessen der nordhessischen Flächengemeinden und Landkreise gerichtet ist.“<sup>342</sup>

Einen dritten Vorstoß in Richtung Regionalkreis Nordhessen gab es ebenfalls im März 2001, dieses Mal vorgetragen von der IHK Kassel, dem Spitzenverband der nordhessischen Wirtschaft. Ausgehend von einem Zusammenschluss der Stadt Kassel und des Landkreises zur „Gebietskörperschaft Region Kassel“ sollte, so zumindest angedacht im Planspiel der IHK, bis zum Jahr 2012 ein „Regionalverband Nordhessen“ unter Einschluss der Landkreise Waldeck-Frankenberg, Schwalm -Eder, Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg entstehen.

Zu den Aufgaben der neuen Gebietskörperschaft sollten alle kreisübergreifenden Aufgaben wie Tourismus, Abfallbeseitigung und Regionalplanung ebenso gehören wie die Vorbereitung des „Regionalkreises Nordhessen“, der bis 2016 gebildet sein sollte. Auch diese Pläne verschwanden wieder in der Schublade und wurden erst am Jahresanfang 2007 wieder reaktiviert – allerdings abermals ohne Erfolg. Bislang blieb die seit der Gebietsreform 1974 mit viel Engagement aufgebaute neue Gebietsstruktur glücklicherweise unangestastet, denn nicht immer liegt in der schieren Größe die Garantie des Erfolges.

Zu denken geben sollte allen Verfechtern der „Regionalkreis – Idee“ die Renaissance, die die historischen KFZ-Schilder der vor der Gebietsreform bestehenden „Altkreise“ überall in Deutschland gerade erleben.

Im Werra-Meißner-Kreis und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft sind dies in Niedersachsen HMÜ (für den ehemaligen Kreis Münden), in Thüringen das HIG (für Heiligenstadt) und in Nordhessen in bunter Reihe ROF (Rotenburg/F.), HOG (Hofgeismar), WOH (Wolfhagen) und natürlich vor allem das WIZ für Witzenhausen.

Seit September 2013 besteht die Möglichkeit, anstatt des bisher allein möglichen ESW auch das vor 1974 im Kreis Witzenhausen gebräuchliche WIZ als Kenzeichen zu wählen, wovon weit über eintausend Bürger des Werra-Meißner-Kreises bislang Gebrauch gemacht haben. Damit stellen sie nicht die Existenz des Werra-Meißner-Kreises in Frage, sondern dokumentieren sowohl ihre historische Identität als auch den Wunsch nach überschaubar und damit beherrschbaren Strukturen.



Nach 39 Jahren Pause wurde am 18. September 2013 erstmals wieder ein WIZ-Kennzeichen durch den Werra-Meißner-Kreis ausgegeben. Das erste neue WIZ-Kennzeichen hat Klaus Funke (r.) aus Hundelshausen von der Mitarbeiterin der Zulassungsstelle in Witzzenhausen, Vera Peter (l.) erhalten. Klaus Funke hatte schon eine Stunde vor Beginn der Ausgabe geduldig gewartet, um das neue Kennzeichen als erster in den Händen halten zu können. Belohnt wurde seine Geduld mit einem Bildband über den Hohen Meißner, den ihm der Leiter der Straßenverkehrsbehörde des Kreises, Harald Engel (m.), überreichte.

Und dass unser Kreis diese Strukturen in reichem Maße besitzt, ist in den vergangenen vier Jahrzehnten allerorten und in vielen Initiativen deutlich geworden. Ob es sich nun z. B. um den kreisweiten Freiwilligentag handelt, der seit 2008 unter dem Motto „Ein Kreis – ein Tag, gemeinsam für uns“ einmal im Jahr in vielen Gemeinden demonstrativ die ehrenamtlichen Leistungen der Bürger für ihre Region an einem ausgewählten Beispiel ins Licht der Öffentlichkeit rückt, die „Bürgerstiftung Werra-Meißner“, die seit ihrer Gründung vor einem Jahrzehnt auf 105 Stifter angewachsen ist und 99 Projekte im Kreis betreut hat oder den „Werra-Meißner-Tag“, der in diesem Jahr zum vierten Mal veranstaltet wird – überall kommt das regionale Zusammengehörigkeitsgefühl zum Ausdruck.

Sogar einen geographischen Mittelpunkt gibt es: Dieser liegt in der Gemarkung der Gemeinde Meißner in Sichtweite des Meißners, unweit von Kloster und Bergwildpark Germerode und ist Ende September 2010 von Landrat Stefan Reuß und den Symbolfiguren der Städte und Gemeinden des Kreises offiziell als solcher markiert worden.

Verbunden werden die Menschen und Gemeinden des Kreises zudem durch vielerlei traditionelle Heimatfeste und zusätzliche, nicht minder attraktive, moderne Veranstaltungen und Events. Beim Eschweger Johannisfest, den Erntefesten in Bad Sooden-Allendorf und Witzzenhausen, dem Schützenfest in Wanfried, der Kesperkirmes in Witzzenhausen und den Heimatfesten in Großalmerode und Hess. Lichtenau trifft man zum Feiern nicht nur die Einheimischen, sondern darüber hinaus den „halben Kreis“.

Innovative Veranstaltungen wie der „Werrataltag“ oder der „Deutsche Königinnentag“ sind Ende der 90er Jahre in Witzzenhausen entstanden und haben seitdem schon in vielen Städten und Gemeinden Station gemacht. In einer eigenen Liga spielt seit vielen Jahren schon das „Open Flair“, das mittlerweile zu den bekanntesten Open-Air Festivals in Deutschland gehört.

## 9.8. Weichenstellungen für die Zukunft

Auf der Agenda der politischen Diskussion stand dauerhaft das Thema Abfall. Am 1. Oktober 1995 hat der im Januar 1993 gegründete „Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis (ZVA)“ die Arbeit aufgenommen. Dem Verband, der für den Kreis und alle Mitgliedsgemeinden sämtliche Aufgaben der Abfallentsorgung übernommen und sei-

nen Sitz in Meißner – Weidenhausen hat, gehören die meisten Städte und Gemeinden des Kreises und der Kreis selbst als Mitglieder an.

Zum gleichen Zeitpunkt (1995) hat der Werra-Meißner-Kreis flächendeckend die Biotonne eingeführt und dadurch einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz geleistet, denn durch die Kompostierung der Bioabfälle anstatt der Deponielagerung konnte eine enorme Verringerung der Methangasemission erreicht werden.

Bemerkenswert ist auch die Nutzung von Deponiegas, das in der Kreisdeponie in Weidenhausen entsteht. „Dieses wird im Kreis“, wie Henry Thiele, Erster Kreisbeigeordneter 2001-2011 in einem Aufsatz über Abfallwirtschaft und Klimaschutz erklärt, „seit 1995 über horizontale Gasdrainagen und vertikale Gasbrunnen gefasst und (...) in ein Blockheizkraftwerk (BHKW) mit einem Gas-Otto-Motor eingespeist.“ Die über den Eigenbedarf hinausgehende Energie wurde mit einem Erlös von jährlich bis zu 210.000 € ins öffentliche Netz eingespeist. Bis Ende 2010 wurden fast zwei Millionen Euro Erlös durch die Stromeinspeisung erzielt.<sup>433</sup>

Darüber hinaus hat der Werra-Meißner-Kreis in Kooperation mit privaten Partnern in den letzten Jahren eine vorbildliche Kreislaufwirtschaft bei der Verwertung des Restmülls organisiert, der seit 2009 in direkter Nachbarschaft zur Deponie zu Sekundärbrennstoff verarbeitet und im Kraftwerk der Witzzenhäuser Papierfabrik DS Smith Packaging (ehemals SCA) zu Betriebsenergie verwertet wird.

Die Firma SCA hatte sich vor dem Hintergrund stetig steigender Energiekosten Anfang des neuen Jahrtausends dazu entschlossen, ihre Energieversorgung im Werk Witzzenhausen vollständig auf Ersatzbrennstoffe umzustellen, ein neues Kraftwerk zu bauen und damit langfristig auch Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Unterstützt wurde der Konzern dabei durch die Kreisverwaltung, obwohl sich in und um Witzzenhausen erheblicher politischer Widerstand artikuliert.

Der Kraftwerksbau entwickelte sich zu einem politisch äußerst brisantem Themenkomplex, an dem sich jahrelange massive Auseinandersetzungen entzündeten, die schließlich im Januar 2005 in einen Bürgerentscheid mündeten. Mit großer Mehrheit stimmten die Witzzenhäuser für den Bau des Kraftwerks und gaben dadurch auch grünes Licht für die folgenden Aktivitäten im Bereich der Deponie Weidenhausen.

Als vorläufig letzte Neuerung im Bereich von Abfall- und Energiewirtschaft steht das im Jahr 2011 erstellte Klimaschutzkonzept für den Werra-Meißner-Kreis, das, gefördert durch das Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit, von den Städten und Gemeinden des Kreises (mit Ausnahme der Stadt Witzzenhausen) und dem Kreis selbst erarbeitet wurde. Zur Umsetzung wurde am 1. August 2011 die „Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbh“ (WEGE) gegründet, die ab 2014 von einer eigens beim Kreis eingestellten „Klimamanagerin“ unterstützt wird.

„Abfallwirtschaft und Klimaschutz“, so Henry Thiele am Schluss seines bereits oben zitierten Aufsatzes, „sind im Werra-Meißner-Kreis seit langem und auch zukünftig zentrale Themen. Klimaschutzziele und Klimaanpassungsstrategien werden immer auch unter dem Gesichtspunkt einer positiven Entwicklung regionaler Wertschöpfung, also unter sozioökonomischen Aspekten, entwickelt und umgesetzt.“<sup>434</sup>

Zentrale Themen für die Zukunft sind mit Sicherheit auch die weitere Energieversorgung im Zeichen der Energiewende,

die Anbindung des Werra-Meißner-Kreises an schnelleres Internet und die Haushaltskonsolidierung von Kreis und Kommunen bis zum Jahr 2018. Letzteres liegt allerdings nicht mehr ausschließlich in der Hand der heimischen Akteure – hier gibt in den Zeiten des „kommunalen Schutzschirms“ das Land Hessen den Takt vor.

Die Diskussion um die Energiewende ist aktuell in vollem Gange und wird nicht nur durch prinzipielle Fragen bestimmt, sondern gerade auch im Werra-Meißner-Kreis durch regional bedeutsame Einzelaspekte wie z. B. die Standortfrage möglicher Windräder oder die Linienführung von 380 KV Starkstromleitungen dominiert.

Eine richtungweisende Entscheidung im Energiebereich ist bereits gefallen: Gemeinsam mit elf weiteren nord- und mittelhessischen bzw. südniedersächsischen Landkreisen sowie der Stadt Göttingen hat der Werra-Meißner-Kreis Ende 2013 den Stromversorger EON – Mitte zurückgekauft und ihn unter dem ehemaligen Namen EAM<sup>345</sup> rekommunalisiert. Der Kaufpreis des durch die Banken vorfinanzierten Kaufs lag bei 620 Mill. Euro, von denen der WMK rund 24 Mill. Euro zu tragen hat, und wird langfristig über Netzgewinne und Dividenden aufgebracht.

Die neuen kommunalen Eigentümer wollen, wie der Pressesprecher des Landkreises Kassel betonte, „... ein offensives Signal für die erneuerbaren Energien vor Ort geben. Wir wollen deutlich machen, dass wir bei der Energiewende vorankommen wollen.“<sup>346</sup>



Auch in einer weiteren wichtigen und zukunftsweisenden Sachentscheidung setzt der Werra-Meißner-Kreis auf die Kooperation mit den Nachbarkreisen. Gemeinsam mit den Kreisen Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder, Hersfeld-Rotenburg und dem Landkreis Kassel unterzeichnete Landrat Stefan Reuss am 17. Februar 2014 in Witzenhausen die Verträge zur Gründung der „Breitband Nordhessen GmbH.“

Durch diese bundesweit einmalige Kooperation haben die Kreise eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in der Region auf den Weg gebracht, durch das in den kommenden Jahren ein flächendeckendes Glasfasernetz in Nordhessen installiert werden soll. Als Grund für dieses 173 Millionen Euro teure Großprojekt geben die beteiligten Kreise die in vielen ihrer ländlichen Teile unzureichende Internet – Versorgung an, die insbesondere für gewerbliche Nutzer einen erheblichen Standortnachteil darstellt.

Um einer Abwanderung von Unternehmen und jungen Familien vorzubeugen, sind die Landkreise bereit, die Risiken dieses Großprojektes, das bis spätestens 2022 fertig gestellt sein soll, zu tragen. Etwa 30 Millionen Euro müssen die fünf Kreise selbst aufbringen, die Restsumme ist als Kredit bei der Wirtschafts- und Strukturbank Hessen beantragt. Als „Meilenstein und überlebenswichtig für den ländlichen Raum“ bezeichnet das Regionalmanagement Nordhessen den Internetausbau und Landrat Stefan spricht von „... einem der wichtigsten Zukunftsprojekte für unseren Kreis und Nordhessen.“<sup>347</sup>



Die Eröffnung der Lossetalbahn (l.) 2006 und die Inbetriebnahme des neuen Eschweger Stadtbahnhofes (r.) 2009 markierten wichtige Meilensteine in der Modernisierung und Verbesserung des Nahverkehrsangebotes im Werra-Meißner-Kreis.

## 10. Parteien und Politiker

Autor: Matthias Roeper

Damit ein politisches Gebilde wie der Werra-Meißner-Kreis im Sinn und zum Wohl seiner Bürger funktionieren kann, benötigt es neben der Kreisverwaltung politische Institutionen, die sowohl die Entscheidungen treffen als auch die Verwaltung kontrollieren und Persönlichkeiten, die diese Institutionen mit Leben erfüllen.

Das oberste Organ des Kreises ist der Kreistag, dessen 61 Abgeordnete im Fünf-Jahres-Turnus von den Bürgerinnen und Bürgern des Werra-Meißner-Kreises direkt in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt werden. Aus der Mitte der Abgeordneten werden der Kreistagsvorsitzende als oberster protokollarischer Repräsentant des Kreises, der sog. „Kreisausschuss“ – die dreizehnköpfige „Regierung“ des Kreises, bestehend aus dem Landrat und dem hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten sowie elf ehrenamtlichen Mitgliedern – und die neun Fachausschüsse mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten gewählt.<sup>348</sup>

Wie oft der Kreistag im Jahresverlauf zu ordentlichen Parlamentsitzungen zusammentritt ist der Themenvielfalt geschuldet, allerdings sind mindestens vier jährliche Sitzungstermine vom Gesetzgeber zwingend vorgeschrieben. Die politische Farbenlehre des Werra-Meißner-Kreises gestaltete sich in den vergangenen vier Jahrzehnten Kreisgeschichte ziemlich übersichtlich. Ebenso wie die bisherigen Landräte – „Immer einer von der SPD“<sup>349</sup> titelte die Presse – Eitel O.Höhne (1974 – 1988), Dieter Brosey (1988–2006) und Stefan G. Reuss (seit 2006), kamen auch die bislang sechs Kreistagsvorsitzenden aus den Reihen der Sozialdemokraten als der dominierenden politischen Kraft in der Region.

### Kreistagsvorsitzende seit 1974

1974 - 1980 Horst Römisch, SPD (Hess. Lichtenau)  
 1980 - 1988 Willi Höll, SPD (Wanfried)  
 1989 - 1996 Ronald Gundlach, SPD (Bad Sooden-Allendorf)  
 1997 - 2001 Erika Wagner, SPD (Eschwege)  
 2001 - 2011 Jürgen Schinkmann, SPD (Meinhard)  
 seit April 2011 Dieter Franz, SPD (Wehretal)

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich auch im Werra-Meißner-Kreis die politische Landschaft deutlich verändert. Waren im ersten Jahrzehnt der Kreisgeschichte CDU, F.D.P. und SPD im Kreistag unter sich, so hat mit dem erstmaligen Parlamentseinzug der Partei DIE GRÜNEN im Jahr 1985 eine Entwicklung hin zur Erosion der damaligen sog. „Volksparteien“ eingesetzt.

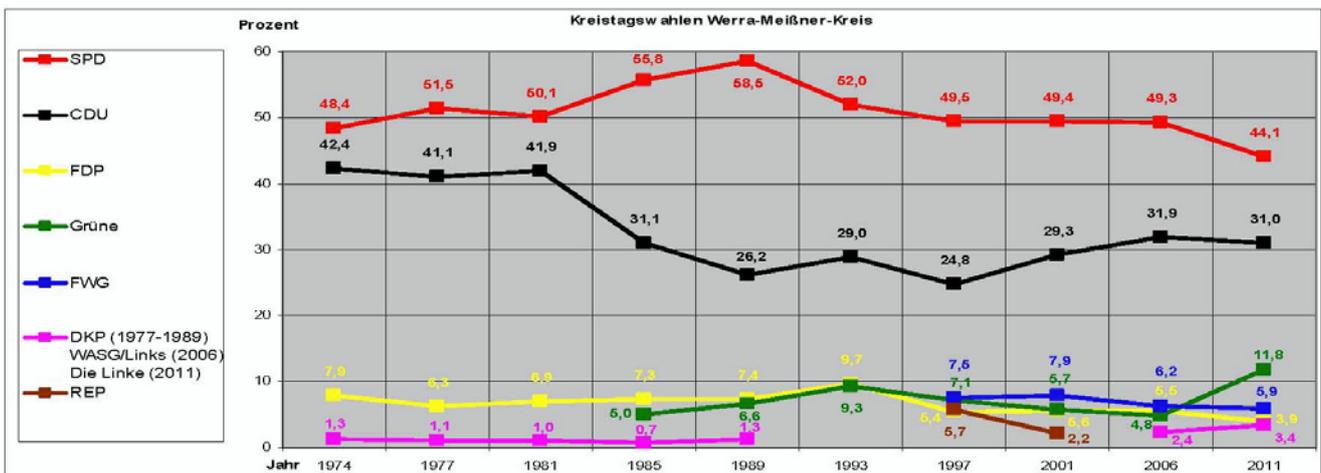
In der aktuellen Wahlperiode (2011–2016), sind im Kreistag mit den fünf Parteien CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE und der SPD fünf Parteien und die FWG als Wählergruppe vertreten: Im Vergleich zum ersten gewählten Parlament des Werra-Meißner-Kreises hat sich die Zahl der im Kreistag vertretenen politischen Strömungen damit glattweg verdoppelt.

Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle nicht erwähnt bleiben, dass in zwei Wahlperioden von 1997 bis 2006 auch Abgeordnete der am rechten Rand des Parteienspektrums angesiedelten Partei „Die Republikaner“ in den Kreistag gewählt worden sind. Dies blieb allerdings ein einmaliges Intermezzo und grundsätzlich spielten solcherlei politische Strömungen im Werra-Meißner-Kreis keine Rolle.

Fast auf Fraktionsstärke angewachsen ist im Jubiläumsjahr die Zahl der Abgeordneten aus dem Werra-Meißner-Kreis im Hessischen Landtag: Mit Lothar Quanz und Dieter Franz (SPD), Lena Arnold und Dirk Landau (CDU) sowie Siegrid Erfurt (Bündnis 90 / Die Grünen) stellt unser Kreis aktuell so viele Mandatsträger in Wiesbaden wie noch nie.

Eine große Rolle spielten immer, gleich ob haupt- oder ehrenamtlich, die handelnden Personen, ohne deren Engagement in der Vergangenheit `nichts ging´ und auch in der Zukunft nichts geht. Mittlerweile ist es ja gang und gäbe, sich bei den unterschiedlichsten Anlässen und aus den mannigfaltigsten Gründen in ausgiebiger Politikerschelte zu ergehen, was bisweilen auch bei eklatanten Fehlentscheidungen und spektakulären Fehlplanungen berechtigt sein mag.

Im Bereich ehrenamtlicher Politik in den Kommunen und Landkreisen, die im Engagement in Ortsbeiräten, Stadtver-



Zeitraum	01.01.1974 – 31.05.1988	06.06.1988 – 05.06.2006	ab 06.06.2006
Landrat	Eitel O. Höhne (SPD)	Dieter Brosey (SPD)	Stefan G. Reuß (SPD)

ordnenversammlungen und Magistraten, im Kreistag und Kreisausschuss ihren Ausdruck findet, sollte zuerst einmal die Anerkennung für das Engagement an sich und die Übernahme bisweilen doch erheblicher Verantwortung für das Wohl oder Wehe vieler stehen. Auch die hauptamtlichen Protagonisten der Kreispolitik, die Landräte und ihre Stellvertreter, stehen für eine bürgernahe Politik, geerdet und deshalb in der Regel ungefährdet, sich in „Wolkenkuckuckshöhlen“ zu verlieren.

In den vierzig Jahren Kreisgeschichte hat es von Herleshäusen bis Ziegenhagen und Neu-Eichenberg bis Fürstentagen zahlreiche solcher engagierter Mitbürgerinnen und Mitbürger gegeben, die sich in den Parteien für das Gedeihen des Kreises eingesetzt und sich nicht gescheut haben, viel Zeit und Energie durch die Übernahme politischer Ämter zu opfern.

Stellvertretend für die Vielen sind schon die Kreistagsvorsitzenden seit 1974 benannt worden, von denen sicher der Lichtenauer Horst Römisch in den ersten Jahren des neuen Kreises die schwierigste Aufgabe zu bewältigen hatte. Eines der größten Probleme, denen sich Horst Römisch damals gegenüber sah, war die relative Unkenntnis, die zwischen den handelnden Personen und teilweise auch über die zu behandelnden Probleme bestand. „Viele Abgeordnete kennen sich untereinander noch nicht“, so Römisch in seiner Bilanz nach einem Jahr Werra-Meißner-Kreis, „und das Problem, das an der Peripherie des Kreisteils Witzhausen ansteht, kennt der Abgeordnete aus dem Kreisteil Eschwege nur in den seltensten Fällen(...)Wenn es uns aber gelingt, es den Menschen leicht zu machen, dann ist das Ziel erreicht.“<sup>350</sup>

Heute, vier Jahrzehnte später, ist alles das, was Horst Römisch 1974 noch als Problem empfand, alltägliche Normalität: Man kennt sich bestens, und auch dank einer völlig veränderten Medienlandschaft und moderner Kommunikationstechnik sind alle Probleme aus allen Winkeln des Kreises allen Verantwortlichen in der Regel hinlänglich bekannt. Zwar langsam, dafür aber stetig, und vor allem ohne Umkehrerfekt, veränderte sich auch das politische Bewusstsein. Immer offensichtlicher rückte der neue Kreis als Ganzes in den Mittelpunkt der Wahrnehmung und bei den allermeisten Entscheidungsprozessen verblasste das Altkreisdenken zusehends und verschwand schließlich völlig.



1985 gratulierte Erika Wagner Eitel O. Höhne zu seiner erneuten Wahl zum Landrat.

Viel zu dieser Entwicklung beigetragen haben Persönlichkeiten wie die unvergessene Erika Wagner (\*1933 -†2011), die neben ihren Funktionen im Hessischen Landtag als Abgeordnete (1978–1995) und Vizepräsidentin (1991–1995) über vierzig Jahre lang erst dem Eschweger Kreistag und dann dem Kreistag des Werra-Meißner-Kreises angehörte. Zum

Schluss ihres langen politischen Engagements hatte Erika Wagner für eine Legislaturperiode von 1997 bis 2001 auch den Kreistagsvorsitz inne und blickte am Ende dieser vier Jahre auf 126 Plenar- und Ausschusssitzungen zurück, was einer Gesamtsitzungsdauer von vierzehn Tagen am Stück entsprach.

Der Kreistag würdigte in der Januarsitzung 2001 seine scheidende Vorsitzende und deren Lebensleistung. „Bei all ihrem Engagement habe Erika Wagner stets Bodenhaftigkeit behalten. Souveränität, Sachverstand und Augenmaß seien die herausragenden Persönlichkeitsmerkmale der scheidenden Vorsitzenden: Frau Wagner Sie waren eine großartige Repräsentantin der Bevölkerung unseres Kreises.“<sup>351</sup>



Bis 1988 amtierte Landrat Eitel O. Höhne, danach wurde aus dem Team Höhne/Leyhe das Team Brosey/Leyhe. Das untere Bild zeigt die Vereidigung des frisch gewählten neuen Landrates durch Ersten Kreisbeigeordneten Theodor Leyhe unter den Augen des Vorsitzenden des Kreistages Willi Höll.

Hervorragendes geleistet haben auch Persönlichkeiten wie der langjährige Kreistagsvorsitzende Willi Höll (SPD) aus Wanfried, der CDU-Fraktionsvorsitzende Heinz-Dieter Herborn aus Hess. Lichtenau und sein F.D.P. Kollege Prof. Dr. Heinz Bliss, die maßgeblich an der Zusammenführung der beiden Altkreise zum Werra-Meißner-Kreis beteiligt waren. Weiterhin zu nennen sind die zum Teil auch heute noch aktiven Kreistagsmitglieder: Corinna Bartholomäus (Grüne), Herbert Bruchmüller (FDP), Dieter Franz (SPD), Christa Fröhlich (CDU), Erich Hofsommer (SPD), Karl Jeanron (SPD), Dr. Wolfgang Kistner (SPD), Imelda Landgrebe (SPD), Dietrich Meister (\*1927-†2014) (CDU), Fritz Römer (CDU), Jürgen Schinkmann (SPD), Bernd Schleicher (SPD), Lothar Seeger (SPD), Wilfried Wetterau (SPD) und Lothar Winter (CDU) sowie die noch heute aktiven langjährigen Fraktionsvorsitzenden Uwe Brückmann (CDU), Sigrid Erfurth (Grüne) und Lothar Quanz (SPD). Höll und Herborn verlieh Landrat Dieter Brosey während der Kreistagsitzung im Dezember 1988 die Ehrenplakette des Werra-Meißner-

Kreises, nicht zuletzt „... weil sie Fairness in der Politik bewiesen“<sup>352</sup> haben.

Überhaupt Fairness: Trotz aller bisweilen schon mal auch heftiger Auseinandersetzungen in der Sache blieb das politische Klima in all den Jahrzehnten Kreisgeschichte immer moderat und der faire Umgang miteinander war einer der wichtigsten Eckpfeiler der Kreispolitik.

Diesen ganz wesentlichen Punkt unterstrich auch der Theodor Leyhe, der in seiner Funktion als Erster Kreisbeigeordneter insgesamt 27 Jahre zwei Landräten zur Seite stand.



Wahlkampf 1993 mit Landrat Dieter Brosey (SPD) (l.), Uwe Brückmann (CDU) (2.v.l.), Corinna Bartholomäus (Grüne) (2.v.r.) und Ersten Kreisbeigeordneten Theodor Leyhe (FDP) (r.).

„Er wünsche dem Kreistag,“ so Leyhe in einem Pressegespräch kurz vor seiner Verabschiedung, „weiterhin eine so gute Streitkultur wie bisher (...) man möge sich auch weiterhin nach hitzigen Sitzungen bei Essen und Bier zusammensetzen und mögliche Verletzungen gleich wieder heilen bzw. relativieren.“<sup>353</sup>

Damit wären wir bei den Personen angelangt, die nicht nur maßgeblich die politische Entwicklung des Kreises geprägt haben, sondern auch vor allen anderen als sein Gesicht in der Öffentlichkeit präsent waren: Die drei Landräte und ihre drei Stellvertreter. Gemeinsam mit Eitel Höhne, Dieter Brosey und Stefan Reuß lenkten die Ersten Kreisbeigeordneten Theodor Leyhe (1974 – 2001) und Henry Thiele (2001 – 2011, beide F.D.P.) und Dr. Rainer Wallmann (ab Frühjahr 2012, GRÜNE) die Geschicke des Kreises.

Am längsten von allen war Theodor Leyhe (F.D.P.) im Amt. Der gebürtige Korbacher, dessen Weg über das Amt des Stadtkämmerers von Oberursel in den Vize-Chef-Sessel des neu gebildeten Werra-Meißner-Kreises führte, stand fast drei Jahrzehnte an der Seite der Landräte Eitel Höhne bzw. Dieter Brosey und war so maßgeblich an der Entwicklung des Kreises beteiligt.

Meilensteine dieser Tätigkeit, die er in seiner ersten Amtszeit dem Verlust der absoluten SPD – Mehrheit bei den Kommunalwahlen 1974 verdankte, waren seinem eigenen Empfinden nach das Ringen um den gemeinsamen Schulentwicklungsplan, die Modernisierung der Krankenhäuser in Witzhausen und Eschwege sowie der Auf- und Ausbau der Deponie in Weidenhausen.

Seine Dezernate Schulverwaltung, Bauamt, Ausgleichsamt, Gesundheitsamt mit Krankenhäusern, Sozialamt und Jugendamt haben sich in seiner Amtszeit zu den größten Etatposten des Kreishaushalts entwickelt, „... das hätte ich am Anfang nicht gedacht. Als ich kam, war der gesamte Kreisetat so hoch wie der in Oberursel.“<sup>354</sup>

Am 20. August 2001 ist er mit stehenden Ovationen von „seinem“ Kreistag, an dessen Sitzungen er über 100 Mal teilgenommen hatte, in den Ruhestand verabschiedet worden. Davor war er 1980, 1986, 1992 und am 23. März 1998 vier Mal trotz nunmehr wieder absoluter sozialdemokratischer Mehrheit im Amt des 1. Kreisbeigeordneten bestätigt worden.

Zum Nachfolger Leyhes wählte der Kreistag im Oktober 2001 den gebürtigen Eschweger Henry Thiele, der zuvor als Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes und auch als Kreistagsabgeordneter der F.D.P. bereits eng mit dem Geschehen im Kreis verbunden war. Auch Henry Thiele, der ebenso wie Theodor Leyhe mit zwei Landräten erfolgreich und vertrauensvoll zusammen arbeitete und durch eine breite Mehrheit (47 von 53 anwesenden Abgeordneten) im Juni 2007 im Amt bestätigt wurde, setzte in vielen Bereichen zukunftsweisende Akzente.



Zu seiner Wiederwahl im Jahr 2007 gratulierten Erstem Kreisbeigeordnetem Henry Thiele (l.) der ein Jahr zuvor ins Amt gekommene neue Landrat Stefan Reuß (m.) und Kreistagsvorsitzender Jürgen Schinkmann.

Besonders am Herzen lag ihm, der sich in seiner Selbsteinschätzung als „Meister im Bohren dicker Bretter“<sup>355</sup> verstand, die Schulpolitik, der demografische Wandel, als gelerntem Landwirt selbstredend natürlich auch die Landwirtschaft – übrigens erst seit 2006 bei der Kreisverwaltung angesiedelt – und insbesondere der Tourismus, der durch seine Initiative neu aufgestellt und zukunftsfähig ausgerichtet werden konnte.

Die Gründung der Werratal Tourismus GmbH ging ebenso auf seine Tatkraft zurück wie die Einbeziehung des Naturparks Meißner - Kaufunger Wald in die neuen Tourismuskonzepte. „Den Naturpark“, schrieb die heimische Presse anlässlich Thieles Abwahl im Sommer 2011, „hat es vorher nur gegeben, er hat ihn zu einer Perle des Kreises gemacht und als erster den Begriff Fremdenverkehr abgeschafft – es gibt nur Gäste, sagte Thiele im überzeugenden Ton eines Machers.“<sup>356</sup> Dass Thieles zweite Amtszeit nicht über die kompletten fünf Jahre lief, lag am Ergebnis der Kommunalwahlen des Jahres 2011, das die Fortführung der seit 1974 regierenden SPD/F.D.P. Koalition unmöglich machte. Die neue politische Mehrheit im Kreis wurde von SPD und den Grünen gebildet, die folgerichtig auch die Aufgaben des Ersten Kreisbeigeordneten für sich reklamierten.

Gewählt wurde am 2. Dezember 2011 an Stelle Thieles, der übrigens als Geschäftsführer der DEULA GmbH in Witz-

hausen dem Werra-Meißner-Kreis erhalten blieb, als Kandidat von Bündnis 90 / Die Grünen Dr. Rainer Wallmann aus Witzenhausen. Der neue Vize-Landrat, gebürtiger Berliner, studierte in Witzenhausen Agrarwissenschaft und Ökologische Umweltsicherung, trat sein neues Amt im Frühjahr 2012 an – seinen Aufgabenschwerpunkt hatte er bereits vor Amtsantritt klar formuliert: „Das Wichtigste ist die Energiewende.“<sup>357</sup>



Neuer Erster Kreisbeigeordneter ist seit Ende 2011 Dr. Rainer Wallmann (m.), der hier die Glückwünsche von Landrat Stefan Reuß (r.) und Kreistagsvorsitzendem Dieter Franz MdL entgegennimmt.

Am 18. Februar 1988 wurde der damals 45-jährige Dieter Brosey (SPD) mit 41 Stimmen der SPD/F.D.P. Koalition als Nachfolger Eitel O. Höhnes zum neuen Landrat des Werra-Meißner-Kreises gewählt – gegen die Stimmen der CDU Fraktion, deren zwanzig Abgeordnete geschlossen für ihren Kandidaten, den Hess. Lichtenauer Ingo Geisler, stimmten. Geboren wurde der neue Landrat 1942 im sächsischen Chemnitz und lebte ab 1947 mit seiner Familie in Hünfeld. Nach Abitur, Jura-Studium und Referendariat übernahm er die Stelle als Dezernent für Gesundheitswesen beim Regierungspräsidium in Kassel. 1975 wurde er in seinem Wohnort Großalmerode zum Bürgermeister gewählt und schließlich im Februar 1988 zum Landrat des Werra-Meißner-Kreises.

Obwohl diese Wahl unspektakulär und das klare Votum für Dieter Brosey aufgrund der Mehrheitsverhältnisse von vornherein absehbar gewesen ist, so ist diese Wahl, im Nachhinein betrachtet, doch gewissermaßen als historisch zu bezeichnen, denn zum letzten Mal nämlich wurde der Landrat von den Abgeordneten des Kreistages gewählt.

Die Landratswahl des Jahres 1994 wurde bereits als Direktwahl durchgeführt und – niemand im Saal der Eschweger Stadthalle hätte das damals für möglich gehalten – in einem Kreis, der vom Rand des freien Europa in die Mitte des geeinten Deutschland gerückt war.

Der Blick auf die Ziele des neuen Landrates am Beginn seiner Amtszeit und auf das Fazit nach 18-jähriger Tätigkeit im Juni 2006 macht deutlich, welche gravierenden Umwälzungen in der Amtszeit Dieter Broseys das Gesicht des Werra-Meißner-Kreises verändert haben. Ganz oben auf seiner Agenda standen eine „behutsame Führung und sachliche Politik“, die mit dem vorhandenen „soliden finanziellen Fundament als Basis“ helfen sollte, die innerdeutsche „Grenze durchlässig zu machen“(...) „Dies sei“, so der Landrat, „lebenswichtig für den Kreis und könne die Probleme der Randlage mildern.“<sup>358</sup>

Drei Amtsperioden später las sich Dieter Broseys Bilanz seiner Jahre als Landrat deutlich ernüchterter, als sie es angesichts der weltgeschichtlichen Veränderungen eigent-

lich hätte sein müssen: „Ich habe 1988 eine wohlgeordnete Kreisverwaltung von meinem Vorgänger übernommen, und alles war planbar und überschaubar. Nach dem Jahr 1989 änderte sich das sukzessive. Die Grenzöffnung und der Fall des Ostblocks katapultierte den Kreis aus seiner Randlage ins Herz Europas. Die anfängliche Euphorie wich Mitte der Neunziger Jahre den ersten wirtschaftlichen Rückschlägen, die sich in den vergangenen zehn Jahren noch verstärkt haben. Firmen schlossen ohne Not und verlagerten ihre Produktionsstätten ins Ausland. Das Fördergefälle zwischen Ost und West tut noch heute wirtschaftlich ordentlich weh. Im zweiten Schritt musste der Kreis entsprechend weniger Einnahmen verbuchen, so dass der ausgeglichene Haushalt in Schiefelage geriet und heute ein Defizit von knapp 40 Millionen Euro aufweist.(...) Diesen Vorgängen hätte ich gern noch mehr entgegengesetzt.“<sup>359</sup>

Zweimal wurde Dieter Brosey durch Direktwahlen in seinem Amt bestätigt, beide Male setzte er sich in überzeugender Manier gegen Mitbewerber Uwe Brückmann (CDU) durch – 1994 mit 70,9 und 2000 mit 67,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Einziger Wermutstropfen bei diesen überzeugenden Wahlerfolgen war die schlechte Wahlbeteiligung, die sich beim Wahlgang im Januar 2000 mit 43,8 % noch einmal um fast acht Prozent gegenüber der ohnehin schon mäßigen Beteiligung von 51,1 % im Januar 1994 verschlechterte. „Ob Sieger oder Unterlegener“, kommentierte diesen Trend am Tag nach der Wahl die Presse, „beide muss nachdenklich stimmen, dass nicht einmal die Hälfte der Kreisbevölkerung an die Urnen gegangen ist. Desinteresse oder Politikverdrossenheit?“<sup>360</sup>



Zehn Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt verstarb Landrat a.D. Eitel O. Höhne im August 1998 im Alter von 76 Jahren. Die Trauerrede hielt der damalige Hessische Ministerpräsident Hans Eichel.

Dieter Brosey manövierte in der ihm eigenen unaufgeregten Art den Kreis sicher durch diese schwierige Zeit und brachte neben der Förderung der heimischen Wirtschaft, die ihm besonders am Herzen lag, und der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs auch die Verwaltungsmodernisierung auf den Weg, die dann vom neuen Landrat Stefan Reuss kurz nach der Amtsübernahme umgesetzt werden konnte. Reuss war es auch, der im Rahmen der Verabschiedung seines Vorgängers nicht nur dessen Sachlichkeit und Fairplay herausstellte, sondern sich auch für die gut funktionierende Verwaltung bedankte, die ihm nun zur Verfügung stand: „Herr Brosey, Sie haben mir ein bestelltes Haus übergeben.“<sup>361</sup>

Der aktuelle Landrat Stefan Reuß kann für sich in Anspruch nehmen, mit seinem Wahlsieg am 29. Januar 2012 historische Maßstäbe gesetzt zu haben: Mit 78,2 % der abgegebenen Stimmen siegte er „überdeutlich“, wie die Presse titelte und bekam mit diesem Vertrauensbeweis der Kreisbürger den Lohn für eine überzeugende erste Amtszeit. „Stefan

Reuß“, so die Presse weiter, „hat sich das große Vertrauen der Menschen im Werra-Meißner-Kreis erarbeitet – deutlicher konnte ihm dies gestern nicht bescheinigt werden.“<sup>362</sup>



Nach einem deutlichen Wahlsieg konnte Landrat Stefan Reuß (l.) 2012 in seine zweite Amtszeit starten. Es gratulierten nach der Vereidigung Kreistagsvorsitzender Dieter Franz MdL und Kreisbeigeordneter Fritz Römer.

Noch in der ersten Wahl im März 2006 konnte Stefan Reuß mit 56,9 % der Stimmen deutlich weniger Wähler hinter sich vereinigen, allerdings hatte er mit Sigrig Erfurt MdL (Bündnis 90/Die Grünen) und Dirk Landau MdL (CDU) auch veritable Gegenkandidaten. Reuß, Jahrgang 1970, wurde in Kassel geboren, wuchs in Velmeden auf und lebt mit seiner Familie in Witzhausen. Nach dem Studium von Wirtschaftspädagogik und Verwaltungswissenschaften war er seit 2001 Dozent für Volks- und Betriebswirtschaftslehre in Kassel, Kreistagsabgeordneter und SPD-Unterbezirksvorsitzender. Als begeisterter Fußballer schlug er die Schiedsrichterlaufbahn ein und brachte es als Referee immerhin bis in die 3. Bundesliga. Aktuell gehört er als Vizepräsident für Wirtschaft und Finanzen dem Präsidium des hessischen Fußballverbandes an. Neben der Rettung der heimischen Krankenhäuser, die zweifellos als das herausragende Ereignis seiner bisherigen Amtszeit gelten kann, waren es die unterschiedlichen Aktivitäten gegen die Folgen des „demografischen Wandels“, die der Landrat zur Chefsache gemacht und ganz oben auf seine Agenda gesetzt hat.



Was schon unter Eitel O. Höhne Chefsache war, bleibt auch beim Team Stefan Reuß (l.)/Dr. Rainer Wallmann (r.) Aufgabe der Kreisspitze: Die Tourismusförderung, wie hier auf der Grünen Woche in Berlin.

Vieles von dem, was er in seiner Antrittsrede am 29. Mai 2006 vor dem Kreistag in Reichensachsen formulierte, ist seitdem umgesetzt worden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang z. B. das „Bündnis für Familie“, eine verstärkte

Tourismusförderung oder auch der „Werra-Meißner-Tag“ als Mittel zum besseren Kennenlernen der Menschen im Kreis untereinander. „Lassen sie uns“, rief er den Kreistag damals auf, „abseits von parteipolitischen Interessen zum Wohle des Kreises und der Menschen arbeiten (...) und uns als Einheit begreifen.“<sup>363</sup>

Einen passenderen Schlusssatz für die Chronik des Werra-Meißner-Kreises anlässlich seines 40. Geburtstages kann es nicht geben.



## 10.1. Landräte seit der Gründung der Landkreise in Kurhessen im Jahr 1821

### Werra-Meißner-Kreis

Name	Amtszeit	Partei
Landrat Stefan G. Reuß	seit 2006	SPD
Landrat Dieter Brosey	1988–2006	SPD
Landrat Eitel O. Höhne	1974–1988	SPD

### Landkreis Eschwege

Name	Amtszeit	Partei
Landrat Eitel O. Höhne	1961-1973	SPD
Landrat Hansjochen Kubitz	1954-1960	BHE <sub>3</sub>
Landrat Gerhard Pforr	1948-1954	LDP <sub>2</sub>
Landrat Johannes Braunholz	1946-1948	SPD
Landrat Dr. Friedrich Alfred Busse	1945-1946	
Landrat Wolfgang Hartdegen	1945	
Landrat Dr. Walter Schultz	1936-1945	NSDAP <sub>1</sub>
Landrat Dr. Philipp Deichmann	1932-1936	NSDAP <sub>1</sub>
Landrat Hans Otto Glahn	1932	SPD
Landrat Hermann Langer	1921-1932	SPD
Regierungsassessor Dr. Rudolf Bödiker	1919-1920	
Landrat Alexander v. Keudell	1893-1919	
Landrat Emil Grimm	1885-1893	
Landrat Carl August Friedrich Groß	1861-1885	
Landrat Carl Friedrich v. Stiernberg	1853-1861	
Landrat Adrian v. Specht	1851-1853	
Landrat Carl August Friedrich Groß	1847-1851	
Landrat Philipp Georg Giesler	1844-1847	
Kreissekretär Carl Rohde	1843-1844	
Landrat Elard Wilhelm v. Ende	1835-1843	
Kreisrat Friedrich Rohde	1829-1835	
Kreisrat Christian Schmitten	1823-1829	
Kreisrat Friedrich Meisterlin	1821-1823	

1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei  
 2 Liberal-Demokratische Partei  
 3 Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten

### Landkreis Witzenhausen

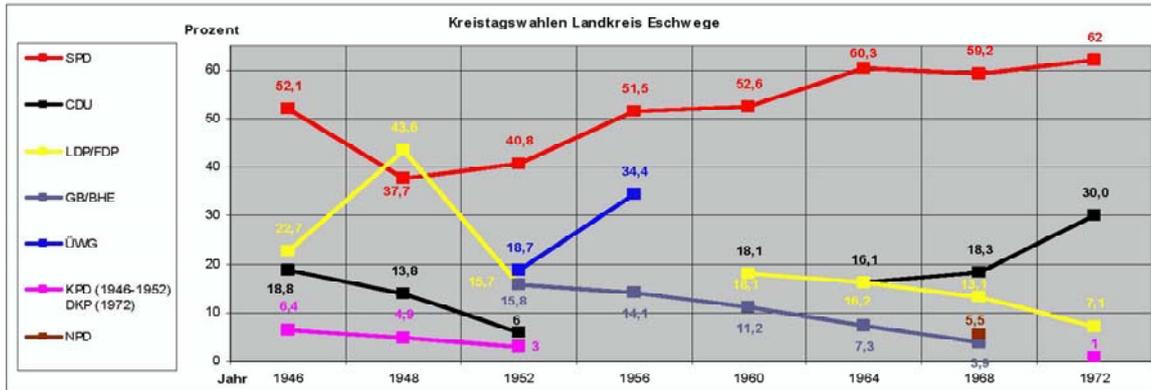
Name	Amtszeit	Partei
Landrat Wilhelm Brübach	1946–1973	SPD
Landrat Hans Wilhelm v. Coelln	1945–1946	
Landrat Dr. Walter Gerber	1938–1945	NSDAP <sub>1</sub>
Landrat Dr. Ernst Beckmann	1932–1938	NSDAP <sub>1</sub>
Landrat Jean Ernst Gröniger	1929–1932	SPD
Landrat Georg Thöne	1919–1928	SPD
Landrat Georg Eschstruth	1919	
Landrat Dr. Hermann Wolf	1917–1919	
Landrat Heinrich Erdwin Mordian v. Bischoffshausen	1895–1917	
Landrat Bernhard v. Schenck	1884–1895	
Landrat Christian Ludwig Friedrich Ernst Bernstein	1875–1884	
Kreissekretär Sandrock	1875	
Landrat Thomas Boch	1868–1875	
Landrat Adam Heinrich Wilhelm Uloth	1856–1868	
Landrat Eduard v. Göddaeus	1855–1856	
Landrat Ludwig Carl v. Oeynhaus	1851–1855	
Landrat Carl Wilhelm Bickell	1848–1851	
Kreissekretär Schlott	1847–1848	
Kreissekretär Ludwig Carl v. Oeynhaus	1846–1847	
Kreisrat Karl Michael Heuser	1832–1846	
Kreisrat Karl Wilhelm Philipp Bockwitz	1821–1832	

## 10.2. Persönlichkeiten die für ihr Jahrzehnte andauerndes politisches Engagement mit der Ehrenplakette des Werra-Meißner-Kreises ausgezeichnet wurden

- |                         |                        |
|-------------------------|------------------------|
| - Helmut Apel           | - Ursula Hilmes        |
| - Karlheinz Apel        | - Erich Hofsummer      |
| - Prof. Dr. Heinz Bliss | - Willi Höll           |
| - Uwe Brückmann         | - Dr. Wolfgang Kistner |
| - Manfred-Otto Cassel   | - Waltraud Kohlhasse   |
| - Armin Euler           | - Imelda Landgrebe     |
| - Fritz Ewald           | - Theodor Leyhe        |
| - Otto Fey              | - Dietrich Meister     |
| - Helmut Fohler         | - Charles Miossec      |
| - Fritz Franke          | - Lothar Quanz         |
| - Christa Frölich       | - Fritz Römer          |
| - Walter Hallepape      | - Jürgen Schinkmann    |
| - Josef Heinz           | - Lothar Seeger        |
| - Carl-Moritz Heppe     | - Erika Wagner         |
| - Heinz-Dieter Herbort  | - Wilfried Wetterau    |

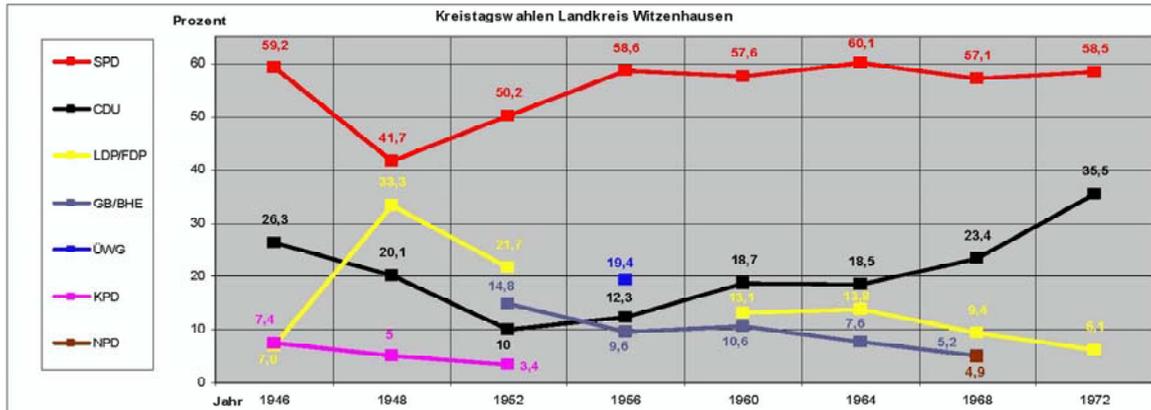
10.3. Wahlergebnisse seit 1946

Landkreis Eschwege



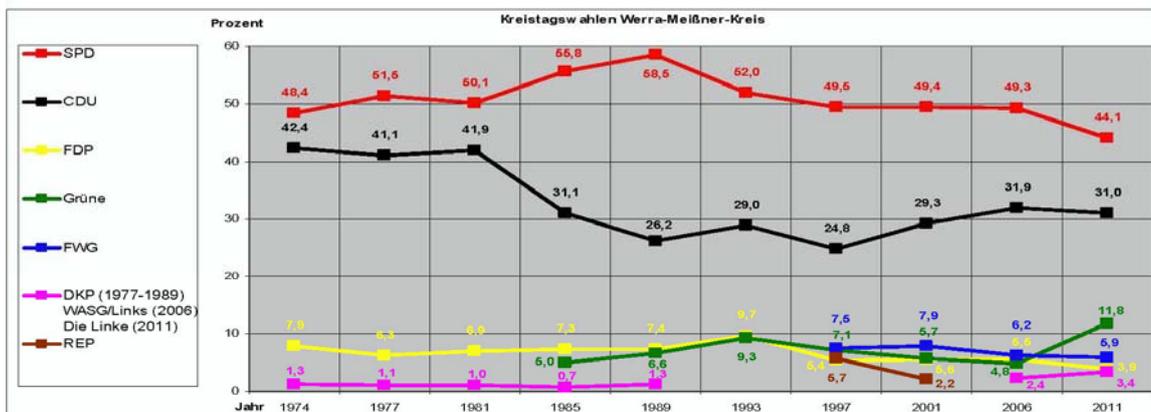
Zeitraum	08.05. - 31.08.1945	01.09.1945 - 25.02.1946	01.07.1946 - 30.06.1948	01.07.1948 - 30.06.1954	05.07.1954 - 15.12.1960	04.03.1961 - 31.12.1973
Landrat	Wolfgang Hartdegen	Dr. Busse	Johannes Braunholz (SPD)	Gerhard Pfirr (LDP)	Hansjochen Kubitz (BHE)	Eitel O. Höhne (SPD)

Landkreis Witzzenhausen



Zeitraum	21.05.1945 - 29.06.1946	01.07.1946 - 31.12.1973
Landrat	Hans Wilhelm von Coelln	Wilhelm Brühbach (SPD)

Werra-Meißner-Kreis



Zeitraum	01.01.1974 - 31.05.1988	06.06.1988 - 05.06.2006	ab 06.06.2006
Landrat	Eitel O. Höhne (SPD)	Dieter Brosey (SPD)	Stefan G. Reuß (SPD)

## 11. Die Autoren

**Jörg Klinge**, geboren 1970 in Wolfhagen, aufgewachsen in Hessisch Lichtenau, Mittlere Reife, Ausbildung bei der Siemens AG, Fachoberschule, Studium an der Universität Kassel zum Dipl. Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Joachim Tappe, Referent beim Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft, seit 2007 Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Werra-Meißner-Kreises.

**Dr. Karl Kollmann**, geboren 1950, ab 1970 Studium der Geschichte in Göttingen, 1979 Promotion zum Dr. phil, 1979-89 wiss. Mitarbeiter im Archiv der Dt. Jugendbewegung, Burg Ludwigstein. Seit 1989 bei der Stadt Eschwege als Archivar, seit 1990 Abt. Leiter Kultur (heute Fachdienstleiter), seit 2002 Museumsleiter. Zahlreiche Publikationen zur Regionalgeschichte seit 1975. Vors. des Geschichtsvereins Eschwege seit 1995, Vors. Historische Gesellschaft des Werralandes seit 1997. Leiter der AG Archäologie an der VHS seit 1995.

**Werner Keller**, geboren 1951 in Eschwege, Mittlere Reife, Kaufmännische Lehre, freie Mitarbeit bei Tageszeitungen, Volontariat bei der Hessischen Allgemeinen, Redakteur in Kassel und Göttingen, Redaktionsleiter der HNA in Witzen-

hausen von 1977 bis 1990 und von 1996 bis 2011, dazwischen verantwortlich für die Lokalausgaben der HNA-Tochter Mitteldeutsche Allgemeine in Thüringen.

**Dr. Herbert Reyer**, geboren 1949 in Witzenhausen, Studium an der Universität Göttingen und anschließend dort bis 1982 wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Historische Landesforschung, 1983 bis 1985 Archivreferendar im niedersächsischen Archivdienst, anschließend stellvertretender Archivar am Niedersächsischen Staatsarchiv in Aurich, seit 1992 leitender Archivar und Leiter des Fachbereichs Archiv und Bibliotheken der Stadt Hildesheim sowie Honorarprofessor an der Universität Hildesheim.

**Matthias Roeper**, geboren 1952 in Witzenhausen, wohnhaft in Berkatal – Frankenhain. Nach Abitur in Hann. Münden, Studium Lehramt an Gymnasien mit den Fächern Deutsch und Geschichte in Göttingen, Referendariat an der Leuchterbergschule in Eschwege, mehrere Forschungsprojekte in Nordhessen und Südniedersachsen. Seit Anfang 1990 Leiter des Stadtarchivs in Witzenhausen und zwischenzeitlich in Doppelfunktion Stadtmanager. In ersterer Funktion Verfasser zahlreicher stadt- u. heimatgeschichtlicher Publikationen.

## 12. Bildnachweise

- Beck, T.: 25 m. + u., 29 l.o.
- Greim, C.-H.: 3
- Hessisches Innenministerium: 32
- Hessischer Landtag: 34
- Hessisches Staatsarchiv: 40 r.
- Klinikum Werra-Meißner: 68, 69 l.o.
- Lenarduzzi, M.: 5
- Ortsbeiräte Friemen, Rossbach, Lüderbach, Dudenrode: 65 im Uhrzeigersinn
- Sparkasse Werra-Meißner: 71
- Stadtarchiv Eschwege: 14 o., 25 o.
- Stadtarchiv Witzenhausen: 15 u., 19, 30 r. o., 56 r. u.
- Tellmann, F.: 14 u.
- Unger, M.: 49 l.
- Werra-Meißner-Kreis: Titel, 3, 9, 10, 12, 15 o., 17, 18, 21, 28 o., 28 r.o. + r.u., 30 l.o., 30 u., 33, 35, 36, 37, 39, 40 l., 44, 48 u., 49 r.u., 53, 61, 64, 66, 67, 69, 73, 74, 76, 77, 78, 79, 81 r., 82 l., 83 l.o. + l.u.
- Werra-Rundschau: 26, 27, 28 u., 36 r. o., 42 l., 48 l.o., 49 r.o., 52 r., 55 r. u., 56 l., 75, 80, 82 r.
- Werratal Tourismus-Marketing GmbH: 50 u., 83
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner: 60
- Witzenhäuser Allgemeine: 42 r., 45, 46, 51, 52 l., 54, 55 l. + r.o., 56 r.o., 72, 81 l.

## 13. Anmerkungen

1 Sammlung von Gesetzen für die kurhessischen Staaten, Jahr 1821, Nr. XII, Juni; S. 29ff.

2 Wie vor, Nr. XV, August; S. 69ff.

3 Wie Anm. 1, S. 50

4 Wie Anm. 1, S. 50-52. – Vgl. dazu auch die Ausführungen in den Repertorien des Hessischen Staatsarchivs Marburg, Bestand 180 Witzenhausen (1975) und 180 Eschwege (1962), S. XIV bzw. IX

5 Casselsche Polizei- und Commerzien-Zeitung, Nr. 78, 29.09.1821, S. 1465

6 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 35, 28.04.1824, S. 643

7 Wie vor, Nr. 71, 05.09.1835, S. 1375

8 Casselsche Polizei- und Commerzien-Zeitung, Nr. 91, 14.11.1821, S. 1693

9 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 9, 30.01.1822, S. 109

10 Wie vor, Nr. 27, 03.04.1822, S. 483

11 Wie vor, Nr. 80, 04.10.1823, S. 1486

12 Wie vor, Nr. 42, 22.05.1824, S. 747

13 Wie vor, Nr. 73, 09.09.1829, S. 1747

14 Marburger Sippenbuch, Nr. 26988

15 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 25, 29.03.1837, S. 551

16 Wie vor, Nr. 33, 25.04.1838, S. 690

17 Wie vor, Nr. 99, 12.12.1838, S. 1965

18 Wie vor, Nr. 98, 06.12.1834, S. 2189. Rangordnung siehe Sammlung von Gesetzen usw., 7. Band (1834-36), Jg. 1834, S. 215ff.

19 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 90, 11.11.1835, S.1707. Vgl. dazu auch Nr. 71, 03.09.1836, S. 1510

20 Wie vor, Nr. 102, 21.12.1842, S. 1969. Immer noch am 16.01., 18.02., 06.03., 07.04., 27.04., 13.05.1843

21 Wie vor, Nr. 51, 28.06.1843, S. 963

22 Wie vor, Nr. 2, 06.01.1844, S. 16. Auch noch am 03.01., 22.01., 23.02., 16.03., 27.03., 27.04.1844

23 Wie vor, Nr. 24, 24.03.1841, S. 465

24 Wie vor, Nr. 39, 15.05.1844, S. 785

25 Wie vor, Nr. 22, 15.03.1845, S. 445

26 Wie vor, Nr. 34, 26.04.1845, S. 669

27 Wie vor, Nr. 39, 15.05.1847, S. 847

28 Wie vor, Nr. 104, 29.12.1847, S. 2315

29 Casselsche Polizei- und Commerzien-Zeitung, Nr. 96, 01.12.1821, S. 1779. – 13.03.1793–02.09.1874. Über ihn siehe Sippel, Materialsammlungen zur Nordhessischen Führungsschicht.

30 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 9, 30.01.1822, S. 109

31 Wie vor, Nr. 18, 02.03.1822, S. 304

32 Wie vor, Nr. 30, 13.04.1822, S. 539f

33 Wie vor, Nr. 36, 05.05.1832, S. 803

34 Wie vor, Nr. 25, 26.03.1845, S. 501

35 Wie vor, Nr. 42, 24.05.1845, S. 857

36 Wie vor, Nr. 90, 10.11.1847, S. 1989

37 Wie vor, Nr. 3, 10.01.1849, S. 62

38 Wie vor, Nr. 8, 27.01.1849, S. 181

39 Wie vor, Nr. 10, 03.02.1849, S. 239 17

40 Wie vor, Nr. 14, 17.02.1849, S. 353

41 Wie vor, Nr. 17, 28.02.1849, S. 420

42 Wie vor, Nr. 27, 04.04.1849, S. 719. – Vorhanden im StAE

43 Polizeiliche Nachrichten, Nr. 11, 07.02.1849

44 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 22, 15.03.1848, S. 428

45 Erste Beilage zum Wochenblatt für den Bezirk Eschwege, Nr. 26, 28.06.1851

46 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 10, 03.02.1849, S. 239

47 Extra-Beilage zum Wochenblatt für den Bezirk Eschwege, Nr. 38, 22.12.1849

48 Wochenblatt für den Verwaltungsbezirk Eschwege, Nr. 42, 19.10.1850, S. 605. – Schon am 11.10.1850 wurde unter seiner Leitung eine Reform der Finanzverwaltung durchgeführt.

49 Extra-Beilage zum Wochenblatt für den Bezirk Eschwege, Nr. 45, 09.11.1850

50 50 Wie vor, Nr. 2, 11.01.1851

51 51 Wochenblatt für den Verwaltungsbezirk Eschwege, Nr. 16, 19.04.1851, S. 260. Groß wurde im Juni 1855 als Landrat nach Ziegenhain versetzt; ebd. Nr. 63, 07.06.1855, S. 1205

52 3. Beilage zum Wochenblatt für den Bezirk Eschwege, Nr. 31, 02.08.1851, S. 539

53 Wochenblatt für den Amtsbezirk Eschwege und Umgegend, Nr. 1, 20.09.1851, S. 2

54 Wochenblatt für den Landraths-Bezirk Eschwege, Nr. 13, 13.12.1851, S. 154

55 Wochenblatt für die Provinz Niederhessen, Nr. 28, 07.04.1852, S. 883

56 Wie vor, Nr. 21, 19.02.1853, S. 373

- 
- 57 Wie vor, Nr. 126, 03.11.1853, S. 2597  
58 Wie vor, Nr. 62, 05.06.1855, S. 1187  
59 Wie vor, Nr. 63, 07.06.1855, S. 1205  
60 Wie vor, Nr. 34, 22.03.1856, S. 599  
61 Wie vor, Nr. 55, 17.05.1856, S. 1005; StA MR, 180 Witzenhausen, Nr. 1656  
62 Wie vor, Nr. 98, 26.08.1856, S. 1657  
63 Wie vor, Nr. 135, 22.11.1856, S. 2163  
64 Wie vor, Nr. 143, 11.12.1856, S. 2281  
65 Amtsblatt für Hessen, 1867, No. 68, S. 763-768  
66 Wie vor, No. 74, S. 829-838  
67 Eschweger Kreisblatt, Nr. 128, 29.10.1881  
68 Wochenblatt für den Landraths-Bezirk Eschwege, No.10, 11.03.1871, S. 77  
69 Hanno Beck: Das Werra-Meißner-Gebiet im 19. Jahrhundert, in: Land an Werra und Meißner, Eschwege 1983, S. 51-62  
70 Tageblatt für die Provinz Niederhessen, Jg. 1861, Nr. 195, 21.08.1861  
71 Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Cassel, No. 12, S. 212  
72 Eschweger Kreisblatt, 29.04.1885. Langer Bericht zur Feier dort am 30.04.1892  
73 Eschweger Tageblatt, 03.-05.02.1892  
74 HStAM, 180 Eschwege, Nr. 1983  
75 Wie vor  
76 Eschweger Kreisblatt, 22.08.1886  
77 Eschweger Tageblatt, 31.08.1893; StAE, Meldekarte Emil Grimm  
78 Eschweger Tageblatt, 06.12.1885  
79 Wie vor, 12.01. u. 14.03.1886  
80 Wie vor, 24.01. u. 14.03.1886  
81 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 718  
82 Eschweger Tageblatt, 16.11.1888  
83 Wie vor, 01.12.1888  
84 84 Wie vor, 04.02.1890  
85 Eschweger Tageblatt, 13.01. u. 01.03.1894  
86 Weitere Einzelheiten siehe bei Erwin Heuckerth: Das Geschlecht der von Keudell zu Schwebda in Hessen, Schwebda 2010, S. 146-154.  
87 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 1128  
88 Wie vor  
89 Wie vor  
90 Eschweger Tageblatt, 25.06.1919  
91 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 1110  
92 Eschweger Tageblatt, 30.06.1919  
93 Wie vor, 18.06.1926  
94 Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Cassel, No. 12, S. 212  
95 Kirchenbuch Eschwege-Altstadt  
96 Wikipedia  
97 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. 1656  
98 Amtsblatt der Kgl. Regierung zu Cassel, 1875, Nr. 43, S. 260  
99 Wie vor, 1884, Nr. 13, S. 53  
100 Wie vor, 1884, Nr. 41, S. 174  
101 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. 1656  
102 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. 1279  
103 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 1032  
104 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 1  
105 Amtsblatt der Kgl. Regierung zu Cassel, 1895, Nr. 32, S. 172  
106 Wie vor, 1896, Nr. 8, S. 36  
107 Details zur Planung und zum Gebäude finden sich in der Denkmaltopographie, Werra-Meißner-Kreis Band II (Altkreis Witzenhausen), Wiesbaden 1995, S. 582ff.  
108 Wie vor, 1895, Nr. 39, S. 224; StA MR, 180 Witzenhausen, Nr. 1279  
109 Wie vor, 1896, Nr. 29, S. 165; StA MR, 180 Witzenhausen, Nr. 1279  
110 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. 1279  
111 Wie vor  
112 Wie vor  
113 Amtsblatt der Regierung zu Cassel, 1919, Nr. 4, S. 40  
114 HStAM, 180 Eschwege, A 591  
115 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 718  
116 Vgl. Aufruf zur Ernährungslage, Eschweger Tageblatt, 29.10.1919  
117 HStAM, 180 Eschwege, A 591  
118 Eschweger Tageblatt, 16.02.1921  
119 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 1110  
120 Wird ersetzt durch den Landwirt und Postagenten Karl Kratzenberg, Bischhausen.  
121 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 718  
122 Eschweger Tageblatt, 30.09.1921  
123 Wie vor, 13.10.1923  
124 Ergebnisse in: Werra-Bote, Nr. 89, 06.05.1924  
125 Der Meißner-Verband, angeführt von dem Gutsbesitzer Joseph Schwenger auf dem Gut Mönchhof, bezeichnete sich selbst als „vaterländisch gesonnen“.  
126 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 1110  
127 Eschweger Tageblatt, 11.01.1926  
128 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 718  
129 Eschweger Tageblatt, 24.06.1927

- 
- 130 Wie vor, 18.02.1932
- 131 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 13
- 132 Wird ersetzt durch Bürgermeister Johannes Zeuch aus Oberdünzsbach
- 133 Legt das Mandat am 19.02.1930 nieder und geht in den Kreisausschuss; an seine Stelle tritt der Schreinermeister Wilhelm Heckmann aus Niederhonne
- 134 Verzichtet am 28.11.29 zugunsten Joseph Schwenger, Gut Mönchhof
- 135 Verstorben am 05.08.1932
- 136 Verstorben am 19.07.1930; Nachrücker Karl Walter
- 137 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 718
- 138 Eschweger Tageblatt, 02.04.1932; StAE, Meldekarte Hermann Langer
- 139 Wie vor, 06.02.1932
- 140 HStAM, 180 Eschwege, A 591; Eschweger Tageblatt, 23.05.1932
- 141 Eschweger Tageblatt, 28.07.1932. Ministerial-Blatt für die Preußische Innere Verwaltung, 93. Jg., Nr. 36, 03.08.1932, Sp. 774
- 142 StAE, Meldekarte Hans Otto Glahn
- 143 Wikipedia
- 144 HStAM, 180 Eschwege, A 591
- 145 Eschweger Tageblatt, 12.01.1933
- 146 Wie vor, 05.08.1932
- 147 StAE, Gefangenbuch (sic!) Eschwege
- 148 Eschweger Tageblatt, 25.03.1933
- 149 Wie vor, 29.03.1933
- 150 Wie vor, 08.04.1933
- 151 HStAM, 180 Eschwege, Nr. 1611
- 152 Eschweger Tageblatt, 30.03.1933
- 153 HStAM, 180 Eschwege, Nr. 1611
- 154 HStAM, 180 Eschwege, Nr. A 718
- 155 Eschweger Tageblatt, 06.11.1936
- 156 HStAM, 180 Eschwege, 1611
- 157 Eschweger Tageblatt, 06.01.1937
- 158 HStAM, 180 Eschwege, A 591
- 159 Wie vor
- 160 Wie vor, 1917, Nr. 52, S. 604
- 161 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 4
- 162 Allgemeiner Anzeiger für Allendorf-Bad Sooden und Umgegend, Nr. 73, 27.03.1919
- 163 Wie vor, Nr. 81, 05.04.1919
- 164 Wie vor, Nr. 141, 20.06.1919
- 165 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 4
- 166 Allgemeiner Anzeiger für Allendorf-Bad Sooden und Umgegend, Nr. 185, 10.08.1919
- 167 Amtsblatt der Regierung zu Cassel, 1919, Nr. 32, S. 255; StA MR, 180 Witzenhausen, Nr. 1669
- 168 Wie vor, 1919, Nr. 37, S. 296; Nr. 40, S. 317
- 169 Allgemeiner Anzeiger für Allendorf-Bad Sooden und Umgegend, Nr. 218, 18.09.1919
- 170 Wie vor, Nr. 209, 07.09.1919
- 171 Wie vor, Nr. 225, 26.09., u. Nr. 227, 28.09.1919
- 172 Wie vor, Nr. 268, 15.11.1919
- 173 Amtsblatt der Regierung zu Cassel, 1920, Nr. 19, S. 136
- 174 Vgl. die Beschlüsse der Kreis-Preis-Prüfungsstelle am 09.08.1920; in: Werra-Bote, Nr. 191, 15.08.1920
- 175 Wie vor, Nr. 239/240, 10./12.10.1920
- 176 Wie vor, Nr. 46, 24.02.1921
- 177 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 4
- 178 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 1033
- 179 Ausführliche Berichterstattung im Werra-Boten, Nr. 138-140, 16.-18.06.1922
- 180 Beschlüsse im Werra-Boten Nr. 258, 05.11.1922
- 181 Wie vor, Nr. 145, 24.06.1923
- 182 Wie vor, Nr. 188, 14.08.1923
- 183 Ergebnisse in: Wie vor, Nr. 89, 06.05.1924
- 184 Ausführlicher Bericht im Werra-Boten, Nr. 106, 25.05.1924
- 185 Wie vor, Nr. 270, 07.12.1924
- 186 Verstorben am 07.01.1926. Bürgermeister in Witzenhausen 01.07.1905-01.12.1921
- 187 Legt zum 01.04.1929 nieder wegen Übersiedlung nach Karlshafen.
- 188 Legt am 23.04.1926 sein Mandat nieder
- 189 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 1033. Kandidatenliste im Werra-Boten, Nr. 274, 22.11.1925
- 190 Werra-Bote, Nr. 285, 05.12.1925
- 191 HStAM, 180 Witzenhausen, Nr. A 4
- 192 Werra-Bote, Nr. 50, 28.02.1926
- 193 Wie vor, Nr. 233, 05.10.1926
- 194 Wie vor, Nr. 6, 08.01.1927
- 195 Wie vor, Nr. 39, 16.02.1927
- 196 Wie vor, Nr. 132, 09.06. u. Nr. 133, 10.06.1927
- 197 Wie vor, Nr. 49, 26.02.1928
- 198 Wie vor, Nr. 94, 21.04.1928
- 199 Wie vor, Nr. 138, 13.06., u. Nr. 141, 16.06.1928
- 200 Wie vor, Nr. 173, 25.07., u. Nr. 181, 03.08.1928
- 201 Wie vor, Nr. 182, 04.08.1928
- 202 Offizielle Bekanntmachung im Werra-Boten, Nr. 153, 03.07.1929

- 
- 203 Wie vor, Nr. 263, 06.11.1928
- 204 Wie vor, Nr. 39, 15.02.1929
- 205 Wie vor, Nr. 99, 28.04., u. Nr. 101, 01.05.1929
- 206 Werra-Bote, Nr. 272, 19.11.1929. Einzelergebnisse in Nr. 277, 26.11.1929
- 207 HStAM, 180 Witzzenhausen, Nr. 611
- 208 HStAM, 180 Witzzenhausen, Nr. A 5
- 209 Eschweger Tageblatt, 22.08.1932. Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung, 93. Jg. Nr. 41, 07.09.1932, Sp. 875f.
- 210 Werra-Bote Nr. 61, 13.03. u. 28.03.1933
- 211 Wie vor, Nr. 88, 12.04.1933
- 212 Joachim Tappe: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Witzzenhausen, Witzzenhausen 1984, S. 340
- 213 HStAM, 180 Witzzenhausen, Nr. A 6
- 214 HStAM, 180 Witzzenhausen, Nr. A 1025
- 215 Wikipedia
- 216 Vgl. Baumgart S. 61f
- 217 Vgl. Baumgart, z. B. S. 75, 78, 82, 96-98
- 218 Baumgart, S. 184
- 219 Baumgart a.a.O.
- 220 StadtA Witzzenhausen, Proklamation Nr.1 der alliierten Streitkräfte
- 221 StadtA Witzzenhausen, Protokollbuch der Gemeinde Hundelshausen vom 1.4.1946 – 31.1.1955
- 222 ebd. Sitzung des Gemeinderats vom 21.05.1946
- 223 zit. nach Wetterau, S. 313
- 224 StadtA Witzzenhausen Schulchronik Hundelshausen 1946
- 225 225 Hübschmann, Dr. E.W. Kreisbeschreibung und Strukturanalyse des Kreises Witzzenhausen, Nr. 26, S. 41, Bl.3
- 226 Harberg, Rudolf Witzzenhäuser Stadtchronik 1945 – 1949, Witzzenhausen 1982, S. 111
- 227 ebd. S.218
- 228 StadtA Witzzenhausen Polizeiliche Lageberichte
- 229 StadtA Witzzenhausen Schulchronik Hundelshausen 1946
- 230 230 Wetterau, Ferdinand Betrachtungen zur Wirtschafts- u. Sozialgeschichte der Stadt Großalmerode 1775 – 2000, Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Großalmerode 2000, S.326
- 231 231 Werra-Nachrichten Ausgabe v. 20. Januar 1971
- 232 232 Der Hessische Minister des Inneren Vorschläge für die gebietliche Neugliederung der Landkreise in Hessen, Mai 1971, S. 52
- 233 Archiv WMK Protokoll der Sitzung des Kreistages des Landkreises Witzzenhausen v. 15.10.1971
- 234 Archiv WMK Protokoll der Sitzung des Kreistages des Landkreises Witzzenhausen v. 06.10.1972
- 235 Der Hessische Minister des Inneren Vorschläge für die gebietliche Neugliederung der Landkreise Eschwege und Witzzenhausen, November 1972, S. 6
- 236 Fremdenverkehrsverband Kurhessen und Waldeck Gebietsausschuss Werraland, Schreiben vom 21.September 1972
- 237 Archiv WMK Protokoll der Sitzung des Kreistages des Landkreises Eschwege v. 23.01.1973
- 238 Archiv WMK Protokoll der Sitzung des Kreistages des Landkreises Witzzenhausen v. 26.01.1973
- 239 Leyhe, Theodor 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis, Bilanz – Momentaufnahme – Ausblick, Heft 12 der Schriftenreihe der Sparkasse Werra-Meißner, Eschwege 1999, S.17.
- 240 HNA 31.12.1974
- 241 Euler, Armin in : 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis, a. a. O. S. 12
- 242 HNA 30.12.1998
- 243 Dr. Beck, Hanno Der Werra-Meißner-Kreis, Aufgabe und Anregung, In: Wegweiser durch den Werra-Meißner-Kreis, Verkehrs- u. Verschönerungsverein Eschwege (Hrsg.), Eschwege 1974, S. 9 ff
- 244 Leyhe, Theodor in : 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis, a. a. O., S. 15 82
- 245 Höhne, Eitel O. ebd. S.9
- 246 HNA, 07.01.1984
- 247 HNA, 05.04.1984
- 248 HNA, 15.03.1979
- 249 vgl. dazu HNA und WR v. 18.02.2014. In diesem Artikel heißt es unter der Überschrift „Der Zweitsitz steht in Frage“ u. a. „Kann der Standort Witzzenhausen der Kreisverwaltung aufgegeben werde? Diese Frage, vor allem aber die Frage, wer sie gestellt hat, beschäftigte den Kreistag am Freitagnachmittag in Eschwege. (...) Eine klärende Antwort gab es zu beiden Fragen nicht.
- 250 HNA, 07.01.1984
- 251 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis a. a. O. S. 30
- 252 HNA, 03.12.1988
- 253 HNA, 19.11.1985
- 254 HNA, 30.12.1998 „Immer noch Empfindlichkeiten“ Erika Wagner zum 25jährigen Kreisjubiläum
- 255 HNA, 01.07.1977
- 256 HNA 23.01.1988 88
- 257 25 Jahre Werra – Meißner – Kreis a. a. O. S. 21
- 258 ebd. S.31
- 259 HNA, 19.09.1989
- 260 Kollmann, Karl 1945 – 1992. Ein Chronik der Stadt in Zahlen und Fakten, In: Geschichte der Stadt Eschwege, Eschwege 1993, S. 185
- 261 HNA / WR vom 05.und 06.Juni 1981
- 262 ebd.
- 263 ebd.
- 264 HNA 03.02.1977
- 265 ebd.
- 266 HNA 27.01.1977
- 267 HNA 17.02.1977 „Mit Bestürzung hat der Kreistag davon Kenntnis genommen, dass der Abbau entgegen dem ausdrücklichen erklärten Willen der Bevölkerung und jeder besseren Einsicht zum Trotz neu begonnen werden soll. (...) Der Abbau zerstört außerdem die jahrelangen Bemühungen der Forstwirtschaft durch Rekultivierung die Wunden der Vergangenheit zu heilen. Der Braunkohlentagebau vernichte das Kernstück des Naturparks Meißner-Kaufunger Wald und mache diesen Raum als Naherholungsgebiet für den Fremdenverkehr wertlos. Zudem setzt sich der Abbau aus kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen über das Grundbedürfnis jeglicher menschlicher Existenz auf ausreichende Wasserversorgung hinweg.“
- 268 Klausch – H. P. Braunes Erbe. NS – Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11.Wahlperiode (1946 – 1987), Oldenburg / Wiesbaden 2011 S. 8
- 269 HNA/WR 19.05.1988
- 270 270 ebd.
- 271 ebd.

272 25 Jahre Werra – Meißner – Kreis a. a. O. S. 10

273 HNA 07.06.1988

274 vgl. dazu 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis a. a. O. S. 42 f. Hier heißt es zu dieser Entwicklung: „So nahm von 1974 bis 1989 die Einwohnerzahl im Kreis um, fast 10 000 oder 8,1 % ab.(...) Die Grenzöffnung hatte auch deutlich positiven Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung. So hat sich seit 1989 bis zum 30.08.1998 die Zahl der Einwohner im Werra-Meißner-Kreis von 112 663 auf 116 013 erhöht“.

275 HNA 30.12.1989 111

276 HNA 18.12.1993

277 HNA 17.11.1995

278 HNA 08.11.2003

279 HNA 12.02.2008

280 HNA 05.12.2009

281 HNA 17.11.1995

282 WR 04.02.2010

283 vgl. dazu HNA – Sonderseite vom 10.05.2004 „Lahn-Dill-Kreis vor dem Bankrott“ / Auch nordhessische Landkreise und die Stadt Kassel häufen Millionenschulden auf“. (...) „Für den Werra-Meißner-Kreis (...) werde mit Fehlbeträgen gefahren, die sich zum Jahresende auf 15,15 Millionen Euro addieren werden, berichtete Dirk Hohmann, Amtsleiter Finanzen- und Steuerverwaltung in Eschwege. Auf Besserung wagt Hohmann nicht zu hoffen. Die käme nur, wenn Bund und Land den Kreisen mehr Geld zugestehen würden. Um den von der Hessischen Gemeindeordnung vorgeschriebenen ausgeglichenen Etat zu erreichen, müsste die Kreisumlage für die Städte und Gemeinden um 10,12 oder noch mehr Prozent erhöht werden. Doch eine solche Last könne von den Kommunen mit ihren knappen Kassen nicht geschultert werden.“

284 HNA 03.02.2010

285 HNA 22.01.2010

286 Wegweiser a. a. O. S. 344 f

287 vgl. dazu Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner (Hrsg.), Zahlen, Daten, Fakten über den Werra-Meißner-Kreis, 2012

288 HNA 18.05.1988

289 289 HNA 12.09.1990

290 290 Lagebericht der WFG für das Jahr 1991, zit. nach HNA vom 30.04.1992

291 WR 22.12.1999

292 HNA 02.08.2000

293 HNA 18.03.2004

294 WR 25.05.2013

295 Wiegand. H. Mit neuer Strategie den Markt erobern. Interview mit dem Ersten Kreisbeigeordneten Henry Thiele zur Gründung der WTMG, In: Wirtschaft Nordhessen, Monatszeitschrift der IHK Kassel, 07.2007

296 HNA 10.02.2014 Als „Hintergrund“ zum Artikel „Die Grimm – Heimat lockt Touristen an“ Zahlen zum „Tourismus in der Region“ „Seit 2004 steigen die Gästezahlen in Nordhessen an. Vor acht Jahren wurden 6,3 Mill. Übernachtungen gezählt, 2009 waren es 7,2 Millionen. Bis heute sind noch einmal 400 000 Übernachtungen dazugekommen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist seit Jahren mit 3,3 Tagen relativ konstant. Ein Übernachtungsgast gibt im Schnitt pro Tag 130 € aus, ein Tagesgast 30€.“

297 Moscherosch, H. Die Landwirtschaft des Werra-Meißner-Kreises, In: Wegweiser... a. a. O. S.335

298 vgl. dazu Fachdienst Ländlicher Raum des Werra-Meißner-Kreises (Hrsg.), Zweiter Bericht zur Lage der Landwirtschaft im Werra-Meißner-Kreis, Eschwege 2013

299 299 ebd. S.12

300 300 ebd. S.14 123

301 ebd. S. 7 Hinsicht landwirtschaftlichen Nebenerwerbs findet sich im Bericht zur Lage der Landwirtschaft auf Seite 7 folgende Erläuterung: „Nebenerwerb wird oft als Übergangsform vom Haupterwerb zur Betriebs-Aufgabe dargestellt. Dies trifft aber nur auf einen Teil der Betriebe zu. Eine bundesweite Befragung von 104 Nebenerwerbsbetrieben zeigte, dass bei knapp einem Viertel der Betriebe der Nebenerwerb bereits in der zweiten der dritten Generation bestand oder noch länger bei gut einem Viertel im vorausgegangenen Generationswechsel auf Nebenerwerb umgestellt wurde ein Sechstel der Befragten den Hof während des aktiven Erwerbslebens umwandelte in einem Drittel der Fälle die Betriebe als Nebenerwerbsbetriebe neu gegründet wurden Motivation für Nebenerwerbslandwirtschaft: - Freude an der Landwirtschaft, selbständiges Arbeiten und Entscheiden - Tradition, Verpflichtung den Hof zu erhalten - Ausgleich zur außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit - Zweites Einkommensstandbein

302 zit. nach 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis a. a. O. S.49

303 HNA, 14.01.2011

304 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis a. a. O. S. 43

305 WR, 02.10.2006

306 HNA, 30.04.2009

307 vgl. dazu Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises (Hrsg.), Demografiebericht Werra-Meißner-Kreis 2009, S.7

308 ebd. S.75

309 HNA 02.07.2012

310 HNA 08.10.2013

311 Demografiebericht a. a. O. S.67

312 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis a. a. O. S.31

313 HNA 23.03.2004

314 HNA 21./25.10.2006

315 ebd.

316 HNA 06.12.2008

317 ebd.

318 HNA 03.07.2008

319 HNA 23.04.2009

320 HNA 22.10.2009

321 HNA 03.08.2012

322 HNA 21.05.2010 In einem Kommentar der HNA heißt es unter der Überschrift „Ein gutes Ergebnis“ u. a. „Die Verantwortlichen des KfV Werra-Meißner haben allen Grund, sich zufrieden zurückzulehnen: Es ist geschafft! Dass mit Friedrichsbrück auch die letzte Wehr ins Boot geholt werden konnte, hat nicht nur Symbolwert, sondern ist Ausdruck eines neuen Zusammengehörigkeitsgefühls.(...) Es war ein mühsamer und bisweilen quälender Prozess, bis zu diesem Punkt zu kommen. Doch der Einsatz hat sich gelohnt. Alle 133 Wehren unter einem Dach – das ist eine gute Nachricht. Es war höchste Zeit, dass die Alt – Verbände nicht länger ihr Süppchen kochten. Fast vier Jahrzehnte besteht der Werra-Meißner-Kreis, da sind Zusammenschlüsse nur folgerichtig. Dabei bleibt auch der neue Verband immer noch überschaubar.“

323 WR 03.11.1990

324 324 HNA 05.12.1977

325 325 HNA 06.12.1977

326 HNA 15.08.1990 Unter der Überschrift „Einbußen für den Stadtsäckel befürchtet – Fusionspläne stoßen auf Kritik“ äußerten die Witzenhäuser Kommunalpolitiker unisono ihre Bedenken bezüglich der geplanten Fusion. „Kritisch stehen die Vorsitzenden der Fraktionen im Witzenhäuser Stadtparlament den Plänen zur Fusion der beiden Kreissparkassen in Eschwege und Witzenhäuser gegenüber. Mit einer Zusammenlegung, so der Tenor der Stellungnahmen, dürfe keine Ausdünnung in Witzenhäuser verbunden sein.“

327 vgl. Fritsche, H. „Eschweger Kalenderblätter“ vom 30. Juni 1994 Im Sommer 1844 wurde die Eschweger Stadtparkasse gegründet, die dann im April 1873 in der Kreissparkasse Eschwege aufging. Eine ähnliche Entwicklung fand im Kreis Witzenhausen statt. Hier wurde die Stadtparkasse Witzenhausen im Mai 1860 gegründet und verschmolz Anfang 1890 mit der am 01.Juli 1874 gegründeten Kreissparkasse. Auf diesen historischen Wurzeln fußt die heutige Sparkasse Werra-Meißner.

328 ebd.

329 WR 01.07.1994

330 ebd.

331 Extra- Tip 09.02.2014

332 HNA 22.07.2000

333 vgl. dazu www.kh-wm.de

334 HNA 28.07.1988

335 HNA 20.03.1990 In der Kreistagssitzung am 19.März 1990 im Witzenhäuser Bürgerhaus stand auch das Thema „Gewalt in der Ehe“ auf der Tagesordnung. Dazu die HNA: „Einstimmig hat der Kreistag beschlossen, dass die Situation von Frauen und Kindern in aktueller Notlage durch Gewalt in der Ehe oder in einer Partnerschaft nunmehr im Ausschuss für Gleichstellungsund Frauenfragen genauer beleuchtet werden soll. (...) Ute Füllgrabe von den Sozialdemokraten begründete den Antrag der SPD – Kreistagsfraktion damit, dass das Thema Gewalt in der Ehe enttabuisiert werden müsse.“

336 HNA 06.03.2012

337 Rommel, Siegfried Die Verwaltung des Werra-Meißner-Kreises in: 25 Jahre Werra-Meißner-Kreis, a. a. O. S.19

338 Durch die Einführung der der doppelten Buchführung, der sog. "Doppik" wurde das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der früher angewandten zahlungsorientierten Darstellungsform (Kameralistik) auf eine ressourcenorientierte Ausrichtung umgestellt, wobei die Kameralistik den Geldverbrauch, die Doppik den Ressourcenverbrauch abbildet. Die Kameralistik gibt zwar Auskunft darüber, ob für anstehende Ausgaben oder auch Personalkosten genügend Geld eingeplant wurde, beantwortet aber nicht die Frage nach dem Werteverbrauch dieser Leistung incl. aller auch nicht zahlungswirksamen Größen wie z. B. Abschreibungen oder Pensionsrückstellungen für das Personal. Dies leistet die Doppik durch die Gegenüberstellung von Ertrag und Aufwand und schafft dadurch sowohl für die politischen Gremien als auch die Bürger deutlich mehr Transparenz.

339 HNA 07.06.1988

340 WR 22.11.2010

341 HNA 28.12.1998

342 HNA 08.03.2001

343 Thiele, Henry Abfallwirtschaft und Klimaschutz als kommunale Herausforderung am Beispiel des Werra-Meißner-Kreises. In: Klimaschutz und Abfallwirtschaft, Deutsches Institut für Urbanistik, (Hrsg.) Köln 2012, S. 38f.

344 ebd. S.45

345 Hintergrund: Über das Netz der neuen EAM werden zwölf Landkreise und die Stadt Göttingen mit Strom und Gas versorgt. Insgesamt erhalten 1,5 Millionen Menschen von dem Versorger ihre Energie. Das Stromnetz ist 45 828 km lang. Davon entfallen 23 510 km auf Niederspannung, 9749 km auf Mittelspannung, 12550 km auf Straßenbeleuchtung und 19 km auf Hochspannung. Das Gasnetz hat eine Länge von 4808 km. 3657 km Mitteldruck, 559 km Niederdruck, 592 km Hochdruck. Etwa 1200 Beschäftigte sind auf 23 Standorte verteilt. ( Quelle: HNA Kassel,10.12.13)

346 HNA Kassel, 10.12.2013

347 WR 18.02.2014

348 "Regierung des Kreises": Der Kreisausschuss ist die Verwaltungsbehörde des Landkreises, vergleichbar mit einer Regierung, die die Beschlüsse des Parlamentes, in diesem Fall des Werra-Meißner – Kreistages, umsetzt und die laufende Verwaltung des Kreises besorgt. Zu den Aufgaben des Gremiums, dem der Landrat vorsitzt, gehört unter anderem, Gesetze und Verordnungen auszuführen, die Beschlüsse des Kreistages vorzubereiten und auszuführen, Haushaltsplan und Investitionsprogramm aufzustellen sowie die öffentlichen Einrichtungen und Wirtschaftlichen Betriebe des Landkreises zu verwalten. (Quelle: HNA, 2001)

349 349 HNA 28.12.2013

350 350 HNA 31.12.1974

351 HNA 17.01.2001

352 HNA 19.12.1988

353 WR 22.08.2001

354 ebd.

355 HNA 08.06.2011

356 ebd.

357 WR 03.12.2011

358 HNA 08.02.1988

359 Marktspiegel, 11.06.2006

360 HNA, 24.01.2000

361 Marktspiegel 11.06.2006

362 HNA 30.01.2012

363 363 Marktspiegel 11.06.2006